



Landkreis Lörrach
Der Jahresabschluss
2014

I – Einleitung

■ Management Summary	5
■ Feststellungsbeschluss nach § 95 b GemO	6
■ Feststellung und Aufgliederung des Jahresergebnisses (Anlage 18) gem § 49 III S. 4 GemHVO	8

II – Jahresrechnung

■ Gesamtergebnisrechnung	10
■ Gesamtfinanzrechnung	11
■ Vermögensrechnung (Bilanz)	12
■ Anhang zum Jahresabschluss	14
▪ 1. Grundlagen	15
▪ 2. Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	16
▪ 3. Erläuterungen zu den Positionen der Aktivseite	20
▪ 4. Erläuterungen zu den Positionen der Passivseite	31
▪ 5. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung	35
▪ 6. Erläuterungen zur Finanzrechnung	36
▪ 7. Sonstige Angaben	37
▪ 8. Organe des Landkreises Lörrach	38
▪ 9. Anlagen	40
■ Rechnungsquerschnitt der Ergebnisrechnung	46
■ Rechnungsquerschnitt der Finanzrechnung	48
■ Zuordnung der Erträge und Aufwendungen zum verbindlichen Produktrahmen	50

III – Rechenschaftsbericht

■ Ziele & Strategien	53
■ Wichtigste Jahresergebnisse	56
■ Drei-Komponenten-System	58
■ Verlauf der Haushaltswirtschaft	59

■ Kommunale Aufgabenerfüllung	77
■ Planabweichungen	78
■ Bewertung der Abschlussrechnungen	85
■ Wirtschaftliche Lage	94
■ Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres	94
■ Chancen & Risiken	95

IV – Prüfung

■ Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2014 des FB Kommunalaufsicht & Prüfung	98
---	----

V – Teilhaushalte

■ Erläuterung zu den einzelnen THH	121
■ THH 1 Finanzen & Zentrales Management	122
■ THH 2 Ordnung & Gesundheit	150
■ THH 3 Bildung & Kultur	164
■ THH 4 Verkehr & Strukturpolitik	186
■ THH 5 Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum	218
■ THH 6 Soziales & Arbeit	238
■ THH 7 Jugend & Familie	266

VI – Abspann

■ Allgemeine Hinweise	289
■ Budgetabrechnung	291
■ Ermächtigungsübertragungen	292
■ Gegenüberstellung Zeilentexte	294

Einleitung



Management Summary

Der Jahresabschluss für das Jahr 2014 ist der letzte der vergangenen Legislaturperiode des Kreistags. Der Jahresabschluss besteht aus den drei Hauptrechnungen, der Ergebnis-, Finanz- und der Vermögensrechnung; er ist um einen Anhang zu erweitern und durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern. Damit wird ein vollständiges und transparentes Bild der finanziellen Lage des Landkreises Lörrach vermittelt, was den Jahresabschluss zu einem wichtigen Steuerungsinstrument macht.

Mit Verabschiedung des Haushaltsplans 2014 wurde ein Kontrakt (Zielvereinbarung) zwischen dem Kreistag und der Landrätin geschlossen. Unterjährig wurde in den Ausschüssen über die Entwicklung der Zielerreichung und Budgets mittels zweier Haushaltszwischenberichte informiert. In den Ausschusssitzungen im April/Mai diesen Jahres wurde bereits ausführlich über die Zielerreichung und endgültigen Jahresergebnisse der einzelnen Teilhaushalte berichtet. Dies diente als Grundlage zur Fortschreibung der Zukunftsstrategie durch den Kreistag am 20.05.2015, welche die Basis für die anstehende Budgetplanung für das Haushaltsjahr 2016 bildet.

Der vorliegende Jahresabschluss zeigt die wesentlichen Ereignisse des letzten Jahres und gibt damit in Verbindung mit der finanziellen Perspektive einen umfassenden Einblick in die Arbeit der Verwaltung. Einzelheiten können Sie den jeweiligen Berichten zu den Teilhaushalten, ausgewählten Produktgruppen und den Schlüsselprodukten entnehmen.

Das Haushaltsjahr 2014 schließt mit einem ordentlichen Ergebnis in Höhe von 7.192.600,29 EUR ab, welches durch insgesamt positive gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen wie die gute Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage und eine damit verbundene stabile Ertragslage begünstigt wurde. Da von den geplanten Investitionsmaßnahmen nicht alles in 2014 umgesetzt werden konnte, hat sich die Liquidität ebenfalls weiter positiv entwickelt, was eine fundamentale Basis für die anstehenden Großprojekte darstellt.

Die Deckung der ordentlichen Aufwendungen durch die ordentlichen Erträge ist im Sinne des Haushaltsausgleichs gemäß § 80 GemO gewährleistet. Bei Erwirtschaftung des gesamten Ressourcenverbrauchs schloss das Haushaltsjahr 2014 mit einem Überschuss ab. Dieser resultiert jedoch auch teilweise daraus, dass geplante Maßnahmen nicht im Jahr 2014 umgesetzt werden konnten. Bei diesen Minderaufwendungen handelt es sich nicht um Einsparungen. Teilweise wurden Ermächtigungsübertragungen gebildet.

Das Jahr 2014 war wiederum für den Landkreis wie auch die kreisangehörigen Städte und Gemeinden ein gleichermaßen erfreuliches Haushaltsjahr. Etliche Kommunen partizipierten von der besser als prognostiziert ausgefallenen Entwicklung der Steuerkraft mit ähnlich positiven Jahresergebnissen; bestenfalls konnten die Ergebnisverbesserungen für Sondertilgungen eingesetzt werden, um so die Schuldenlast weiter abzubauen.

Die letzten Jahresergebnisse stellen eine gute Ausgangslage für die finanziellen Herausforderungen der kommenden Haushaltsjahre (Instandhaltungs- und Investitionsstau, Entwicklung der Flüchtlingssituation, demografische Entwicklung, Fachkräftemangel) dar, die es durch eine Beibehaltung und stetige Verbesserung der konsequenten Haushaltspolitik und strategischen Ausrichtung des Landkreises im Hinblick auf eine nachhaltige Steuerung zu festigen gilt.

Der bewährt vertrauensvolle und konstruktiv kritische Umgang von Politik und Verwaltung sowie die gute Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung bilden hierfür die Basis. Allen Verantwortlichen und Mitwirkenden sei an dieser Stelle herzlich gedankt!

Feststellungsbeschluss

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 22.07.2015 folgenden Feststellungsbeschluss gefasst:

Das Ergebnis der Jahresrechnung 2014 wird nach § 95 b Abs. 1 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in Verbindung mit § 48 der Landkreisordnung für Baden-Württemberg wie folgt festgestellt:

1.	in der Ergebnisrechnung mit folgenden Beträgen	- in EUR -
	Summe der ordentlichen Erträge von	207.632.372,85
	Summe der ordentlichen Aufwendungen von	-200.439.772,56
1.1	Ordentliches Ergebnis von	7.192.600,29
	Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren von	
1.2	ordentliches Ergebnis einschließlich Fehlbetragsabdeckung von	7.192.600,29
	außerordentlichen Erträgen von	82.410,90
	außerordentlichen Aufwendungen von	-1.571.356,96
1.3	Sonderergebnis von	-1.488.946,06
1.	Gesamtergebnis (Summe 1.2 & 1.3) von	5.703.654,23

2.	in der Finanzrechnung mit folgenden Beträgen	- in EUR -
	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	205.135.265,87
	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	-194.909.732,95
2.1	Zahlungsmittelüberschuss /-bedarf der Ergebnisrechnung von	10.225.532,92
	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeiten von	165.584,46
	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten von	-3.513.082,20
2.2	Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Investitionstätigkeit von	-3.347.497,74
2.3	Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf von (Summe 2.1 & 2.2)	6.878.035,18
	Summe der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeiten von	2.000.000,00
	Summe der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeiten von	0,00
2.4	Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Finanzierungstätigkeiten von	2.000.000,00
2.5	Änderung des Finanzmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres (Summe 2.3 & 2.4)	8.878.035,18
2.6	Überschuss/Bedarf aus haushaltsunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen von	-32.740.523,69
2.7	Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln (Summe 2.5 & 2.6)	-23.862.488,51
2.8	Anfangsbestand an Zahlungsmitteln	29.554.478,54
2.	Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres	5.691.990,03

3.	in der Vermögensrechnung mit folgenden Beträgen	- in EUR -
	Immaterielles Vermögen von	76.912,64
	Sachvermögen von	50.288.779,97
	Finanzvermögen von	83.241.431,22
	Abgrenzungsposten von	12.202.248,46
3.1	Gesamtbetrag auf der Aktivseite von	145.809.372,29
	Basiskapital von	84.494.921,13
	Rücklagen von	29.960.098,41
	Sonderposten von	13.694.164,56
	Rückstellungen von	4.814.168,95
	Verbindlichkeiten von	9.526.571,13
	Passive Rechnungsabgrenzung von	3.319.448,11
3.2	Gesamtbetrag auf der Passivseite von	145.809.372,29

Lörrach, den 22.07.2015



Marion Dammann

Landrätin

Feststellung und Aufgliederung des Jahresergebnisses

Nr.	Behandlung von Überschüssen * Haushaltsjahr 2013	Sonderergebnis	Ordentliches Ergebnis	Verlustvortrag vom Vorjahr	Verlustvortrag vom Vorvorjahr	Verlustvortrag vom Vorvorvorjahr
		- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
1	nachrichtlich: vorgetragene Fehlbeträge aus Vorjahren zu Jahresbeginn					
2	nachrichtlich: davon bereits im Rahmen des ordentlichen Ergebnisses abgedeckt nach § 49 Abs. 2 i.V.m. § 2 Abs. 1 Nr. 20 GemHVO					
3	verbleibende Beträge	0,00	0,00			
4	Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses		7.192.600,29			
5	Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	0,00				
6	Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses nach § 25 Abs. 1 GemHVO		0,00			
7	Verrechnung eines Fehlbetrags beim ordentlichen Ergebnis mit einem Überschuss des Sonderergebnisses nach § 25 Abs. 2 Alt. 1 GemHVO	0,00	0,00			
8	Verrechnung durch Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses nach § 25 Abs. 2 Alt. 2 GemHVO		0,00			
9	Fehlbetragsvortrag längstens für drei Jahre nach § 25 Abs. 3 GemHVO		0,00	0,00	0,00	
10	Verrechnung auf das Basiskapital nach § 25 Abs. 3 GemHVO					0,00
11	Verrechnung durch Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses nach § 25 Abs. 4 Satz 1 GemHVO	137.124,55				
12	Verrechnung auf das Basiskapital nach § 25 Abs. 4 GemHVO	1.351.821,51				

* (zu § 49 Abs. 3 Satz 4 i.V.m. § 2 Abs. 1 Nr. 26 bis 33 GemHVO)

Gesamtergebnisrechnung

lfd. Nr.	Gesamtergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässiger Mehraufw. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	1.869.030,14	1.200.000	1.335.980,63	135.980,63	0	0	135.980,63-	0
2	+ Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	166.161.678,55	172.304.700	172.531.092,14	226.392,14	45.270,81	0	181.121,33-	0
3	+ Sonstige Transfererträge	9.403.106,46	9.334.000	11.766.837,49	2.432.837,49	0	0	2.432.837,49-	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Entgelte	1.600.049,91	1.476.900	1.477.438,69	538,69	41.200,00	0	40.661,31	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	796.587,19	684.900	763.099,22	78.199,22	0	0	78.199,22-	0
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	13.646.721,88	14.677.100	17.088.036,02	2.410.935,78	0	0	2.410.935,78-	0
7	+ Zinsen und ähnliche Erträge	184.538,44	102.600	104.959,29	2.359,29	0	0	2.359,29-	0
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	32.594,00	0	44.458,83	44.458,83	0	0	44.458,83-	0
9	+ Sonstige ordentliche Erträge	2.598.575,20	1.333.900	2.520.470,54	1.186.570,54	0	0	1.186.570,54-	0
10	= Ordentliche Erträge	196.292.881,77	201.114.100	207.632.372,85	6.518.272,61	86.470,81	0	6.431.801,80-	0
11	- Personalaufwendungen	41.307.470,99-	44.205.500-	45.264.162,60-	1.058.662,48-	0	137.300,00-	921.362,48	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	12.272.749,53-	15.051.900-	13.702.815,48-	1.349.084,52	38.473,65	1.336.980,98-	2.647.591,85-	2.011.517,38-
14	- Planmäßige Abschreibungen	2.930.610,88-	3.082.000-	4.087.959,21-	1.005.959,21-	0	0	1.005.959,21	0
15	- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	267.264,22-	48.100-	31.594,62-	16.505,38	0	0	16.505,38-	0
16	- Transferaufwendungen	100.157.010,24-	107.697.600-	107.051.899,40-	645.700,60	11.800,00	62.900,00-	696.800,60-	88.800,00-
17	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	30.483.632,68-	31.029.000-	30.301.341,25-	727.658,87	13.891,04	265.100,00-	978.867,83-	264.400,00-
18	= Ordentliche Aufwendungen	187.418.738,54-	201.114.100-	200.439.772,56-	674.327,68	64.164,69	1.802.280,98-	2.412.443,97-	2.364.717,38-
19	= Ordentliches Ergebnis	8.874.143,23	0	7.192.600,29	7.192.600,29	150.635,50	1.802.280,98-	8.844.245,77-	2.364.717,38-
21	= Ordentliches Ergebnis einschliesslich Fehlbetragsabdeckung	8.874.143,23	0	7.192.600,29	7.192.600,29	150.635,50	1.802.280,98-	8.844.245,77-	2.364.717,38-
22	+ Außerordentliche Erträge	224.156,90	0	82.410,90	82.410,90	0	0	82.410,90-	0
23	- Außerordentliche Aufwendungen	203.169,32-	0	1.571.356,96-	1.571.356,96-	0	0	1.571.356,96	0
24	= Sonderergebnis	20.987,58	0	1.488.946,06-	1.488.946,06-	0	0	1.488.946,06	0
25	= Gesamtergebnis	8.895.130,81	0	5.703.654,23	5.703.654,23	150.635,50	1.802.280,98-	7.355.299,71-	2.364.717,38-

Gesamtfinanzrechnung

lfd. Nr.	Gesamtfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächti- gungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	1.869.030,14	1.200.000	1.335.980,63	135.980,63	0	0	135.980,63-	0
2	+ Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	165.908.426,24	171.854.000	171.548.550,58	305.449,42-	45.270,81	0	350.720,23	0
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	9.846.661,09	9.334.000	10.286.602,84	952.602,84	0	0	952.602,84-	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Entgelte	1.560.863,67	1.476.900	1.455.466,07	21.433,93-	41.200,00	0	62.633,93	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	798.912,79	684.900	810.597,08	125.697,08	0	0	125.697,08-	0
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	13.613.096,14	14.677.100	18.079.404,55	3.402.304,31	0	0	3.402.304,31-	0
7	+ Zinsen und ähnliche Einzahlungen	193.823,85	102.600	105.300,42	2.700,42	0	0	2.700,42-	0
8	+ Sonst. haushaltswirks. Einzahlungen	1.520.746,54	1.333.900	1.513.363,70	179.463,70	0	0	179.463,70-	0
9	= Einzahlungen der Ergebnisrechnung	195.311.560,46	200.663.400	205.135.265,87	4.471.865,63	86.470,81	0	4.385.394,82-	0
10	- Personalauszahlungen	42.933.173,09-	45.098.600-	45.851.438,07-	752.837,95-	0	137.300,00-	615.537,95	0
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	12.877.387,74-	15.051.900-	13.059.710,28-	1.992.189,72	38.473,65	1.336.980,98-	3.290.697,05-	2.011.517,38-
13	- Zinsen und ähnliche Auszahlungen	266.938,95-	48.100-	29.393,85-	18.706,15	0	0	18.706,15-	0
14	- Transferauszahlungen	100.675.692,04-	107.697.600-	107.385.897,24-	311.702,76	11.800,00	62.900,00-	362.802,76-	88.800,00-
15	- Sonst. haushaltswirks. Auszahlungen	31.513.868,01-	31.029.000-	28.583.293,51-	2.445.706,61	13.891,04	265.100,00-	2.696.915,57-	264.400,00-
16	= Auszahlungen der Ergebnisrechnung	188.267.059,83-	198.925.200-	194.909.732,95-	4.015.467,29	64.164,69	1.802.280,98-	5.753.583,58-	2.364.717,38-
17	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	7.044.500,63	1.738.200	10.225.532,92	8.487.332,92	150.635,50	1.802.280,98-	10.138.978,40-	2.364.717,38-
18	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	473.565,89	588.600	88.211,66	500.388,34-	8.947,61	0	509.335,95	0
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	4.593,45	0	57.692,66	57.692,66	0	0	57.692,66-	0
21	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	9.973,34	0	815,51	815,51	0	0	815,51-	0
22	+ Einzahlungen für sonstige Invest.tätigkeit	4.619.035,86	318.000	18.864,63	299.135,37-	0	0	299.135,37	0
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	5.107.168,54	906.600	165.584,46	741.015,54-	8.947,61	0	749.963,15	0
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	6.484.180,10-	1.000.000-	35.700,00-	964.300,00	82.706,12	130.000,00-	1.011.593,88-	130.000,00-
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	2.240.688,50-	3.330.000-	2.152.520,37-	1.177.479,63	72.777,37-	398.466,00-	1.648.723,00-	1.605.596,00-
26	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	833.947,59-	1.794.100-	812.771,06-	981.328,94	126.808,41-	448.621,00-	1.556.758,35-	1.144.646,00-
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	1.425.050,00-	0	50,00-	50,00-	50,00-	0	0,00	0
28	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	834.893,50-	349.500-	512.040,77-	162.540,77-	42.653,45-	150.000,00-	30.112,68-	0
30	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	11.818.759,69-	6.473.600-	3.513.082,20-	2.960.517,80	159.583,11-	1.127.087,00-	4.247.187,91-	2.880.242,00-
31	= Saldo aus Investitionstätigkeit	6.711.591,15-	5.567.000-	3.347.497,74-	2.219.502,26	150.635,50-	1.127.087,00-	3.497.224,76-	2.880.242,00-
32	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	332.909,48	3.828.800-	6.878.035,18	10.706.835,18	0	2.929.367,98-	13.636.203,16-	5.244.959,38-
33	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	1.000.000,00	2.050.000	2.000.000,00	50.000,00-	0	0	50.000,00	0
35	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	1.000.000,00	2.050.000	2.000.000,00	50.000,00-	0	0	50.000,00	0
36	= Delta Finanzierungsmittelbestand	1.332.909,48	1.778.800-	8.878.035,18	10.656.835,18	0	2.929.367,98-	13.586.203,16-	5.244.959,38-
37	+ Haushaltsunwirksame Einzahlungen	144.088.513,28		133.338.918,93	133.338.918,93				
38	- Haushaltsunwirksame Auszahlungen	118.054.914,89-		166.079.442,62-	166.079.442,62-				
39	= Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	26.033.598,39		32.740.523,69-	32.740.523,69-				
40	+ Anfangsbestand an Zahlungsmitteln	2.187.970,67		29.554.478,54	29.554.478,54				
41	+ Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln / -	27.366.507,87		23.862.488,51-	22.083.688,51-				
42	= Endbestand an Zahlungsmitteln	29.554.478,54		5.691.990,03	7.470.790,03				

Vermögensrechnung (Bilanz)

AKTIVSEITE	31.12.2013 - in EUR -	31.12.2014 - in EUR -
1. VERMÖGEN		
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	89.492,44	76.912,64
1.2 Sachvermögen		
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	142.022,53	142.022,53
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	30.520.138,32	31.258.353,97
1.2.3 Infrastrukturvermögen	11.599.919,68	11.743.570,07
1.2.4 Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	169.881,05	169.881,05
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	2.268.238,86	2.440.460,32
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.066.573,30	2.265.796,82
1.2.8 Vorräte	162.262,63	169.045,72
1.2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	2.468.193,17	2.099.649,49
	49.397.229,54	50.288.779,97
1.3 Finanzvermögen		
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	22.993.190,90	21.452.250,76
1.3.2 Sonstige Beteiligungen und Kapitaleinlagen in Zweckverbänden, Stiftungen oder anderen kommunalen Zusammenschlüssen	635.519,30	631.105,52
1.3.3 Sondervermögen	9.456.813,45	9.456.813,45
1.3.4 Ausleihungen	3.139.357,08	620.867,18
1.3.5 Wertpapiere	1.069.445,63	35.069.447,39
1.3.6 Öffentlich-rechtliche Forderungen	2.548.785,75	3.230.771,92
1.3.7 Forderungen aus Transferleistungen	3.812.469,83	4.927.963,58
1.3.8 Privatrechtliche Forderungen	982.539,57	2.138.866,39
1.3.9 Liquide Mittel	29.566.498,54	5.713.345,03
	74.204.620,05	83.241.431,22
	123.691.342,03	133.607.123,83
2. ABGRENZUNGSPOSTEN		
2.1 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	3.151.070,48	2.271.784,80
2.2 Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse	10.190.828,21	9.930.463,66
2.3 Verrechnungs- und Zwischenkonten	0,00	0,00
	13.341.898,69	12.202.248,46
3. NETTOPOSITION (nicht gedeckter Fehlbetrag)	0,00	0,00
BILANZSUMME	137.033.240,72	145.809.372,29

PASSIVSEITE	31.12.2013 - in EUR -	- in EUR -	31.12.2014 - in EUR -
1. KAPITALPOSITION			
1.1 Basiskapital	85.926.017,08		84.494.921,13
1.2 Rücklagen			
1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	22.767.498,12	29.960.098,41	
1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des Sonderergebnisses	137.124,55	0,00	
1.2.3 Zweckgebundene Rücklagen	0,00	0,00	
	22.904.622,67		29.960.098,41
1.3 Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses			
1.3.1 Fehlbeträge aus Vorjahren	0,00	0,00	
1.3.2 Jahresfehlbetrag, soweit eine Deckung im Jahresabschluss durch Entnahme aus den Ergebnisrücklagen nicht möglich ist	0,00	0,00	
	0,00		0,00
	108.830.639,75		114.455.019,54
2. SONDERPOSTEN			
2.1 für Investitionszuweisungen	13.975.872,26	13.612.302,89	
2.2 für Investitionsbeiträge	0,00	0,00	
2.3 für Sonstiges	20.062,78	81.861,67	
	13.995.935,04		13.694.164,56
3. RÜCKSTELLUNGEN			
3.1 Lohn- und Gehaltsrückstellungen	1.131.649,03	290.876,04	
3.2 Unterhaltsvorschussrückstellungen	402.371,19	420.376,23	
3.3 Stilllegungs- und Nachsorgerückstellungen für Abfalldeponien	0,00	0,00	
3.4 Gebührenüberschussrückstellungen	0,00	0,00	
3.5 Altlastensanierungsrückstellungen	0,00	0,00	
3.6 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	423.805,25	352.770,33	
3.7 Weitere Rückstellungen	3.861.581,04	3.750.146,35	
	5.819.406,51		4.814.168,95
4. VERBINDLICHKEITEN			
4.1 Anleihen	0,00	0,00	
4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	1.000.000,00	3.000.000,00	
4.3 Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0,00	0,00	
4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.704.465,61	4.879.557,09	
4.5 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	366.093,87	226.464,53	
4.6 Sonstige Verbindlichkeiten	1.883.223,50	1.420.549,51	
	6.953.782,98		9.526.571,13
5. PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	1.433.476,44		3.319.448,11
BILANZSUMME	137.033.240,72		145.809.372,29

Nachrichtlich:

Die Höhe der bestehenden Bürgschaften beträgt zum 31.12.2014 in Euro 3.557.923,19.

Die Höhe der in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen beträgt zum 31.12.2014 in Euro 0,00.

Die Höhe der Ermächtigungsübertragungen des Ergebnishaushalts beträgt zum 31.12.2014 in Euro 2.364.717,38.

Die Höhe der Ermächtigungsübertragungen des Finanzhaushalts beträgt zum 31.12.2014 in Euro 2.880.242,00.

Die Höhe der in Anspruch genommenen Kreditermächtigungen beträgt zum 31.12.2014 in Euro 2.000.000,00.

Anhang zum Jahresabschluss des Landkreises Lörrach
zum 31.12.2014



1. Grundlagen

Der Landkreis Lörrach hat auf Basis des Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts und mit Beschluss des Kreistages vom 16.12.2009 sein Rechnungswesen zum 01.01.2011 von der Kameralistik auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) umgestellt.

Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach den Grundsätzen des NKHR erstellt und knüpft an den Jahresabschluss des Vorjahres an, der am 23.07.2014 vom Kreistag festgestellt wurde.

Der Jahresabschluss umfasst die gemäß § 95 GemO erforderlichen Bestandteile und hat die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Landkreises unter der Beachtung der gemeindehaushaltsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der §§ 47 ff. GemHVO, darzustellen.

Die Gliederung entspricht den Vorgaben der GemO und GemHVO sowie den Anforderungen der „Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums Baden-Württemberg über den Produktrahmen für die Gliederung der Haushalte, den Kontenrahmen und weitere Muster für die Haushaltswirtschaft der Gemeinden (VwV Produkt- und Kontenrahmen)“ vom 11. März 2011.

Der Anhang ist ein Teil des Jahresabschlusses. Er erläutert die Positionen des Jahresabschlusses und dient somit, zusätzlich zum Rechenschaftsbericht, der Informationspflicht.

Dem Anhang sind gemäß § 55 GemHVO eine Vermögensübersicht, eine Forderungsübersicht und eine Schuldenübersicht sowie eine Rückstellungsübersicht als Anlage beigefügt. Darüber hinaus sind die in das folgende Jahr übertragenen Haushaltsermächtigungen nach Maßgabe des § 95 Abs. 3 GemO ebenfalls als Anlage beigefügt.

2. Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

■ **Allgemeine Angaben**

Die Ansatzpflicht von Bilanzpositionen der Aktiv- und der Passivseite (Ansatz dem Grunde nach) ist durch den Gesetzgeber abschließend geregelt worden.

Die in § 43 GemHVO normierten allgemeinen Bewertungsgrundsätze (Ansatz der Höhe nach) sind beachtet und die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden stetig fortgeführt worden.

Für die Bewertung der Forderungen wurde im Rahmen der Abschlusserstellung gemäß § 43 Abs. 1 Nr. 2 GemHVO ein Verfahren für die erforderliche Einzelbewertung entwickelt, mit dem die wertmäßig bedeutendsten Forderungen der betroffenen Fachbereiche hinsichtlich ihrer Einbringlichkeit einzeln beurteilt wurden. Auf die nicht einzeln betrachteten Forderungen wurde zu Ausweiszwecken die Pauschalwertberichtigung angewendet.

Von dem Wahlrecht des § 38 Abs. 4 GemHVO zur Freistellung der Inventarisierung der beweglichen Vermögensgegenstände des Sachvermögens bis zu einem Wert von 1.000,00 EUR ohne Umsatzsteuer ist Gebrauch gemacht worden.

Nach Maßgabe des § 40 Abs. 1 GemHVO sind die Vermögensgegenstände und Schulden vollständig ausgewiesen und hinreichend aufgegliedert. Eine anteilige Abbildung einzelner Vermögensgegenstände oder Schulden unter mehreren Bilanzpositionen liegt nicht vor.

■ **Vermögen (Aktiva)**

▪ **Immaterielle Vermögensgegenstände**

Die Vermögensgegenstände des immateriellen Vermögens sind gemäß § 46 Abs. 1 Satz 1 und 2 i. V. m. Abs. 2 GemHVO zu ihren fortgeführten historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten bewertet worden.

Selbst erstellte immaterielle Vermögensgegenstände liegen nicht vor.

▪ **Sachvermögen**

Die Vermögensgegenstände des Sachvermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, sind zu ihren historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen gemäß § 46 Abs. 1 Satz 1 und 2 i. V. m. Abs. 2 GemHVO, bewertet worden. Selbst erstellte Vermögensgegenstände des Sachvermögens liegen nicht vor. Es wurden Eigenleistungen i. H. v. 44.458,83 EUR aktiviert.

Vermögensgegenstände, deren Nutzung zeitlich unbegrenzt ist (Grund und Boden, Aufwuchs und Kunstgegenstände bzw. Denkmale), sind ebenfalls zu historischen Anschaffungskosten angesetzt.

Die Vorräte wurden zu ihren tatsächlich geleisteten Brutto-Einstandspreisen nach dem FIFO-Verfahren bewertet. Für die Vorräte der Straßenmeistereien Kandern-Wollbach und Schönau ist gemäß § 37 Abs. 2 GemHVO ein Festwert auf Grundlage des Inventurbestandes zur Eröffnungsbilanz gebildet worden.

Auf die zeitlich unbegrenzt nutzbaren Vermögensgegenstände sowie das Vorratsvermögen wurden keine planmäßigen Abschreibungen vorgenommen. Sofern erforderlich, werden auf diese Vermögensgegenstände außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Der niedrigere beizulegende Wert gemäß § 46 Abs. 3 GemHVO für bestimmte Vermögensgegenstände des Sachvermögens (Infrastrukturvermögen) ist beibehalten worden.

Geleistete Anzahlungen betreffend das Sachvermögen lagen zum Stichtag nicht vor.

Anlagen im Bau sind mit den tatsächlich geleisteten Auszahlungen bewertet worden.

▪ **Finanzvermögen**

Die Vermögensgegenstände des Finanzvermögens werden grundsätzlich zu den Anschaffungskosten bewertet.

Für die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen (Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH) und weiterer Beteiligungen sowie dem Sondervermögen ist wegen der Schwierigkeiten bei der Ermittlung der Anschaffungskosten nach verbindlicher Abstimmung mit der Gemeindeprüfungsanstalt die sog. Spiegelbildmethode zur ersatzweisen Ermittlung der Anschaffungskosten angewendet worden.

Der Wertansatz der Kliniken GmbH musste im abgelaufenen Rechnungsjahr i. H. v. 1.540.940,14 EUR außerplanmäßig wertberichtigt werden.

Die Ausleihungen sind mit ihrem Nennwert angesetzt.

Die Forderungen sind zu ihrem Nennwert angesetzt und unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit teilweise einzeln bewertet worden. Für nicht einzeln bewertete Forderungen wurden weiterhin pauschale Wertberichtigungen gebildet.

Die Bestände der liquiden Mittel sind zu ihrem Nennwert angesetzt worden.

▪ **Abgrenzungsposten**

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden vor dem Abschlussstichtag geleistete Ausgaben ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Die Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse sind mit ihren Anschaffungskosten unter Berücksichtigung der planmäßigen Abschreibungen fortgeführt worden.

■ **Schulden (Passiva)**

▪ **Kapitalposition**

Der Wertansatz des Basiskapitals zum 31.12.2014 vermindert sich im Saldo um 1.431.095,95 EUR. Die Kapitalposition enthält das Jahresergebnis 2014 i. H. v. 5.703.654,23 EUR.

2. Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

▪ **Sonderposten**

Die empfangenen Investitionszuschüsse wurden passiviert, wenn die Zuwendung dem Grunde und der Höhe nach konkret feststand. Alle Sonderposten werden analog zur Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes rätierlich aufgelöst.

Für die Vermögensgegenstände des Infrastrukturvermögens, die dem Landkreis Lörrach unentgeltlich zugegangen sind (z. B. Ingenieurbauwerke des Infrastrukturvermögens), wurden, analog zu den betreffenden Vermögensgegenständen, in gleicher Höhe Sonderposten gebildet.

▪ **Rückstellungen**

Alle Rückstellungen sind mit dem Betrag angesetzt worden, der nach vernünftiger Beurteilung notwendig ist.

Die in § 41 Abs. 1 GemHVO aufgelisteten Rückstellungen wurden als Pflicht-Rückstellungen angesetzt. Daneben besteht gemäß § 41 Abs. 2 Satz 1 GemHVO ein Wahlrecht, weitere Rückstellungen abzubilden.

Die Verwaltung hat entschieden, bestimmte „Weitere Rückstellungen“ abzubilden, da nur so ein wirklichkeitsgetreues Bild der wirtschaftlichen Lage dargestellt werden kann.

Als sogenannte „Wahl-Rückstellungen“ wurden gebildet:

- Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub
- Rückstellungen für geleistete Überstunden
- Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen
- Rückstellungen für bewilligte Zuschüsse
- Rückstellungen für bestimmte kreditorische Rechnungen
- Rückstellungen für Immobilienbewirtschaftung
- Sonstige Rückstellungen

Als Rückstellungen für die Immobilienbewirtschaftung werden vertragliche Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Nutzung von Immobilien abgebildet (z. B. Miet- oder Nebenkostenabrechnungen wie Strom-, Abwasser- oder Reinigungsabrechnungen), die zum Bilanzstichtag noch nicht kreditorisch abgerechnet gewesen sind.

Unter den Sonstigen Rückstellungen werden die übrigen rückstellungspflichtigen Sachverhalte erfasst, die nicht bereits in einer anderen Rückstellungsart abgebildet wurden.

Die Vorgabe des § 43 Abs. 1 Nr. 3 Satz 2 Hs. 1 GemHVO, dass alle vorhersehbaren Risiken und Verluste zu berücksichtigen sind, ist beachtet worden.

Bei der Erfassung der Rückstellungen für Altersteilzeitverhältnisse und der Rückstellungen für Urlaub und Mehrarbeit ist kostenstellenbezogen eine Verrechnung der Aufwendungen und Erträge vorgenommen worden. Bei beiden Rückstellungsarten wurden die Zuführungen als Aufwand und die Verbräuche als Aufwandsabsetzung auf demselben Sachkonto erfasst. Der Grund für diese Vorgehensweise war die Darstellung der Personalkosten auf dem dafür durch den Kontenrahmen vorgegebenen Personalaufwandskonto.

- **Verbindlichkeiten**

Alle Verbindlichkeiten sind gemäß § 44 Abs. 4 GemHVO mit dem jeweiligen Rückzahlungsbetrag bewertet worden.

3. Bilanzpositionen der Aktivseite

IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Immaterielle Vermögensgegenstände	01.01.2014 - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge - in EUR -	Abschreibungen - in EUR -	31.12.2014 - in EUR -
Software und Software-Lizenzen	89.492,44	26.721,70	-545,42	-38.756,08	76.912,64
Gesamt	89.492,44	26.721,70	-545,42	-38.756,08	76.912,64

Unter **immateriellen Vermögensgegenständen** sind alle werthaltigen, abgrenzbaren und unkörperlichen Vermögensgegenstände zu verstehen, die nicht Sachen i. S. v. § 90 BGB sind. Sie müssen einzeln greifbar sein und selbstständig bewertet werden können. Allen immateriellen Vermögensgegenständen ist gemeinsam, dass sie physisch nicht existent sind.

Überwiegend werden unter dieser Bilanzposition Software und Lizenzen für Bürokommunikation, Fachanwendungen sowie Schulsoftware ausgewiesen.

SACHVERMÖGEN

Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	01.01.2014 - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge - in EUR -	Abschreibungen - in EUR -	31.12.2014 - in EUR -
Grund und Boden bei Grünflächen	60.336,13	0,00	0,00	0,00	60.336,13
Grund und Boden bei Ackerflächen	74.307,61	0,00	0,00	0,00	74.307,61
Grund und Boden bei Wald, Forsten	1.957,18	0,00	0,00	0,00	1.957,18
Aufwuchs bei Wald, Forsten	3.814,76	0,00	0,00	0,00	3.814,76
Sonstige unbebaute Grundstücke	1.606,85	0,00	0,00	0,00	1.606,85
Gesamt	142.022,53	0,00	0,00	0,00	142.022,53

Alle **Grundstücke** sind mit ihren jeweiligen Anschaffungskosten angesetzt worden. Der Aufwuchs wird nicht planmäßig abgeschrieben.

Zu- und Abgänge liegen im Haushaltsjahr 2014 nicht vor.

SACHVERMÖGEN

Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	01.01.2014 - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge - in EUR -	Abschreibungen - in EUR -	31.12.2014 - in EUR -
Grund und Boden mit Schulen	978.691,47	0,00	0,00	0,00	978.691,47
Gebäude/Aufbauten bei Schulen	14.807.321,18	2.049.099,83	0,00	-663.813,93	16.192.607,08
Grund und Boden mit Sportanlagen	0,01	0,00	0,00	0,00	0,01
Gebäude/Aufbauten bei Sportanlagen	1.033.559,22	0,00	0,00	-25.519,98	1.008.039,24
Grund und Boden mit Dienstgebäuden	1.399.732,73	0,00	0,00	0,00	1.399.732,73
Gebäude/Aufbauten bei Dienstgebäuden	12.212.930,92	0,00	0,00	-623.710,20	11.589.220,72
Außenanlagen auf Grundstücken	87.902,79	11.815,62	0,00	-9.655,69	90.062,72
Gesamt	30.520.138,32	2.060.915,45	0,00	-1.322.699,80	31.258.353,97

Unter der Position „**Grund und Boden mit Sportanlagen**“ ist das Flurstück der Vicemooshalle in Schopfheim, auf dem der dritte Teil eines 75-jährigen Erbbaurechts zugunsten des Landkreises Lörrach liegt, mit einem Wert i. H. v. 0,01 EUR angesetzt.

An dem **Gebäude** der Vicemooshalle besteht ebenfalls ein Teileigentum i. H. v. 1/3 der tatsächlich festgestellten Baukosten. Dieses Teileigentum ist zum 31.12.2014 mit einem fortgeführten Buchwert i. H. v. 1.008.039,24 EUR ausgewiesen.

Die **übrigen Gebäude** und die **Außenanlagen auf Grundstücken** werden mit ihren fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten ausgewiesen.

Der Zugang i. H. v. 2.049.099,83 EUR bei der Position „**Gebäude/Aufbauten bei Schulen**“ betrifft Zugänge bzw. Umbuchungen aus „Anlagen im Bau“ betreffend die energetische Sanierung der Kaufmännischen Schulen in Lörrach.

Bei den „**Außenanlagen auf Grundstücken**“ betrifft der Zugang i. H. v. 11.815,62 EUR den Zugang eines Rollstuhlfahrer-Karussells an der Helen-Keller-Schule (22.947,61 EUR) und eine Korrektur der historischen Anschaffungskosten der Parkplätze an der Gewerbeschule Rheinfeld (- 11.131,99 EUR). Diese Korrektur war aufgrund einer Steuerprüfung notwendig.

SACHVERMÖGEN

Infrastrukturvermögen -Straßen, Wege, Plätze-	01.01.2014 - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge - in EUR -	Abschreibungen - in EUR -	31.12.2014 - in EUR -
Grund und Boden	3.240.672,58	0,00	0,00	0,00	3.240.672,58
Brücken und Tunnel	5.111.230,73	410.391,56	0,00	-110.486,72	5.411.135,57
Straßenkörper, Wege, Plätze	1.465.196,63	0,00	0,00	-127.554,70	1.337.641,93
Stützwände	1.782.819,74	0,00	0,00	-28.699,75	1.754.119,99
Gesamt	11.599.919,68	410.391,56	0,00	-266.741,17	11.743.570,07

Als **Grund und Boden des Infrastrukturvermögens** werden Straßen- und Straßenbegleitgrundstücke und Grundstücke für Radwege dargestellt.

Im Infrastrukturvermögen werden **Straßenkörper** mit 653.248,29 EUR und **Radwege** mit 684.393,64 EUR dargestellt.

Als **Ingenieurbauwerke** werden Brücken/Tunnel und Stützbauwerke ausgewiesen. Im Berichtsjahr ist im Zuge der Grundsanierung der Kanderbrücke (Kreisstraße 6350; bei Marzell) ein Zugang i. H. v. 410.391,56 EUR erfasst worden.

Im Rechnungsjahr 2014 liegen keine Abgänge vor.

3. Bilanzpositionen der Aktivseite

SACHVERMÖGEN					
Kunstgegenstände und sonstige Kulturdenkmale	01.01.2014 - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge - in EUR -	Abschreibungen - in EUR -	31.12.2014 - in EUR -
Kunstwerke	128.894,28	0,00	0,00	0,00	128.894,28
Denkmale	40.986,77	0,00	0,00	0,00	40.986,77
Gesamt	169.881,05	0,00	0,00	0,00	169.881,05

Die **Kunstwerke** und das **Denkmal** („Jahrhundert-Plastik“ auf dem Vorplatz des Landratsamtes) sind mit ihren historischen Anschaffungskosten ausgewiesen.

SACHVERMÖGEN					
Maschinen, technische Anlagen und Fahrzeuge	01.01.2014 - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge - in EUR -	Abschreibungen - in EUR -	31.12.2014 - in EUR -
Fahrzeuge	1.595.576,74	565.880,19	-44.973,97	-303.647,17	1.812.835,79
Maschinen	571.587,90	41.800,38	0,00	-91.064,97	522.323,31
Technische Anlagen	101.074,22	45.080,40	0,00	-40.853,40	105.301,22
Gesamt	2.268.238,86	652.760,97	-44.973,97	-435.565,54	2.440.460,32

Die **Maschinen, technischen Anlagen und Fahrzeuge** des Landratsamtes sind mit den fortgeführten, historischen Anschaffungskosten angesetzt worden.

Die Zugänge bei den **Fahrzeugen** betreffen im Wesentlichen eine Schneefrässchleuder für den Fuhrpark der Straßenmeistereien (320.919,20 EUR), verschiedene KFZ (151.283,52 EUR), mehrere Kehrmaschinen betreffend die Kreisstraßen, Verwaltungsgebäude und die Schulen (45.969,18 EUR) sowie einen Gabelstapler (31.360,07 EUR). Als Abgang ist ein Transporter aufgrund eines Totalschadens (44.973,97 EUR) erfasst.

Die Zugänge bei den **Maschinen** betreffen eine Aufsatz-Streumaschine (22.612,82 EUR) und einen Schneepflug (19.187,56 EUR).

Die Zugänge bei den **technischen Anlagen** betreffen größtenteils den Zugang eines Hydraulikaggregates für die Gewerbeschule Lörrach (40.785,38 EUR).

SACHVERMÖGEN					
Betriebs- und Geschäftsausstattung	01.01.2014 - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge - in EUR -	Abschreibungen - in EUR -	31.12.2014 - in EUR -
Betriebsvorrichtungen	29.366,36	161.116,53	0,00	-6.645,05	183.837,84
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.817.391,43	398.857,41	0,00	-330.893,63	1.885.355,21
Telekommunikation + EDV	217.461,24	47.726,71	0,00	-71.944,63	193.243,32
Musikinstrumente	2.354,27	1.289,00	0,00	-282,82	3.360,45
Gesamt	2.066.573,30	608.989,65	0,00	-409.766,13	2.265.796,82

Die **Betriebs- und Geschäftsausstattung** ist mit den fortgeführten, historischen Anschaffungskosten angesetzt worden.

Zugänge sind bspw. ein Böschungsmähgerät bei den Straßenmeistereien (99.438,19 EUR), ein Kassenautomat (48.807,59 EUR), ein 3D-Drucker (20.641,74 EUR) und ein Videokonferenzsystem (13.623,12 EUR).

Anlageabgänge zu Restbuchwerten liegen nicht vor.

SACHVERMÖGEN

Vorräte	01.01.2014 - in EUR -	31.12.2014 - in EUR -
Büro- und Verbrauchsmaterial	19.447,66	26.230,75
Materialien der Straßenmeistereien	142.814,97	142.814,97
Gesamt	162.262,63	169.045,72

Die Gegenstände des Vorratsvermögens betreffend das **Büro- und Verbrauchsmaterial** sind nach dem Inventurverfahren der Buchinventur i. S. d. § 38 Abs. 2 GemHVO permanent erfasst und zum Stichtag mit den tatsächlichen Brutto-Einstandspreisen bewertet worden.

Für die **Bestände der Straßenmeistereien** ist gemäß § 37 Abs. 2 Satz 1 GemHVO ein Festwert gebildet worden. Als Bewertungsverfahren ist gemäß § 45 Abs. 1 GemHVO das FIFO-Verfahren angewendet worden.

SACHVERMÖGEN

Anlagen im Bau, geleistete Anzahlungen	01.01.2014 - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge/ Umbuchungen - in EUR -	31.12.2014 - in EUR -
Verrechnungskonten	956,69	0,00	137,58	1.094,27
Erweiterung Landratsamt	6.580,70	0,00	0,00	6.580,70
Photovoltaikanlage BSZ Lörrach	103.181,92	0,00	-103.181,92	0,00
Energetische Sanierung Kaufm. Schule Lörrach	1.967.861,20	0,00	-1.967.861,20	0,00
Energetische Sanierung GWS Lörrach, Bau A	10.177,76	1.226.597,16	0,00	1.236.774,92
Radwegebrücke Märkt, K 6326	30.059,80	48.468,05	0,00	78.527,85
Teilumfahrung Rümmingen, K 6327	106.242,89	38.350,75	0,00	144.593,64
Kanderbrücke bei Marzell	243.132,21	0,00	-243.132,21	0,00
Zweiter Rettungsweg HKS Maulburg	0,00	268.872,51	0,00	268.872,51
BHKW Kaufm. Schule Lörrach	0,00	1.916,46	0,00	1.916,46
Plattenbrücke bei Grenzach, K 6332	0,00	325.589,14	0,00	325.589,14
Baubüros Katzenbergtunnel	0,00	35.700,00	0,00	35.700,00
Gesamt	2.468.193,17	1.945.494,07	-2.314.037,75	2.099.649,49

Die **Anlagen im Bau** sind mit den tatsächlich geleisteten Auszahlungen angesetzt worden und werden bis zum Beginn ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzung nicht planmäßig abgeschrieben.

3. Bilanzpositionen der Aktivseite

FINANZVERMÖGEN

Anteile an verbundenen Unternehmen	01.01.2014 - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge - in EUR -	Abschreibungen - in EUR -	31.12.2014 - in EUR -
Kliniken des LK Lörrach GmbH, 100%	22.993.190,90	0,00	-1.540.940,14	0,00	21.452.250,76
Gesamt	22.993.190,90	0,00	-1.540.940,14	0,00	21.452.250,76

Der Wertansatz der **Beteiligung** des Landkreises Lörrach an der „**Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH**“ ist im Rechnungsjahr 2014 aufgrund einer außerplanmäßigen Wertberichtigung um 1.540.940,14 EUR gesunken. Die Wertberichtigung war notwendig, da die Kliniken GmbH eine Verrechnung eines bilanziellen Verlustvortrages mit den Kapitalrücklagen in ihrer Gesellschafterversammlung vom 05.06.2014 beschlossen und am 28.11.2014 durchgeführt hat.

Aufgrund der Anwendung der Spiegelbildmethode zur Bewertung des Anteils des Landkreises an der Kliniken GmbH, musste der Landkreis diese Verrechnung bei seinem Beteiligungsansatz ebenfalls durchführen.

FINANZVERMÖGEN

Sonstige Beteiligungen	01.01.2014 - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge - in EUR -	Abschreibungen - in EUR -	31.12.2014 - in EUR -
Rheinhafengesellschaft mbH; 2,16%	59.215,00	0,00	0,00	0,00	59.215,00
RRZ Südl. Oberrhein GmbH; 12,00%	259.854,20	0,00	0,00	0,00	259.854,20
BGV, öff.-rechtl. Körperschaft; 0,40%	3.150,00	50,00	0,00	0,00	3.200,00
WSW GmbH; 22,00%	11.000,00	250,00	0,00	0,00	11.250,00
Bürgelnbund; 1.000 Anteile	0,01	0,00	0,00	0,00	0,01
Schwarzwald Tourismus GmbH; 6,85%	6.850,00	0,00	0,00	0,00	6.850,00
Zweckverband KIVBF; ca. 4,16%	79.386,70	0,00	-4.713,78	0,00	74.672,92
Zweckverband PROTEC; ca. 6,78%	191.063,39	0,00	0,00	0,00	191.063,39
Energieagentur LK Lörrach GmbH, 50%	25.000,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00
Gesamt	635.519,30	300,00	-4.713,78	0,00	631.105,52

Als **Sonstige Beteiligungen** werden Unternehmen und Zweckverbände dargestellt, bei denen die Beteiligungsquote des Landkreises Lörrach kleiner oder gleich 50% ist.

Das Stammkapital beim Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verband (BGV) wird jährlich anhand der zu leistenden Jahresprämie überprüft. Für 2014 ergibt sich eine Erhöhung des Stammkapitals von 50,00 EUR.

Die Erhöhungen betreffen zudem die Zunahme der Beteiligung an der WSW GmbH i. H. v. 250,00 EUR durch die unentgeltliche Übernahme eines Anteils des DGB Südbaden.

Die Wertveränderung des Ansatzes betreffend die Beteiligung am Zweckverband KIVBF ist durch die Direktmitgliedschaft der Gemeinde Zell im Wiesental beim Zweckverband KIVBF zum 01.01.2014 begründet. Der betreffende Anteil i. H. v. 4.713,78 EUR ist als Abgang bei den sonstigen Beteiligungen erfasst und gleichzeitig der korrespondierende passivische Sonderposten angepasst worden.

Der Zweckverband Protec Orsingen ist zum 01.01.2014 als vollwertiges Mitglied dem Zweckverband TBA Warthausen beigetreten. Ebenfalls ab dem 01.01.2014 wurde der Zweckverband TBA Warthausen umbenannt in " Zweckverband Tierische Nebenprodukte Süd-Baden-Württemberg (Zweckverband SüdBW)". Der Zweckverband Protec Orsingen als Mitglied des Zweckverband SüdBW besteht vorerst als Zweckverband fort. Es ist beabsichtigt, dass sich der Zweckverband Protec in den nächsten Jahren auflöst und dessen einzelne Mitglieder als Mitglieder jeweils direkt in den Zweckverband SüdBW aufgenommen werden.

3. Bilanzpositionen der Aktivseite

FINANZVERMÖGEN				
Sondervermögen	01.01.2014 - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge - in EUR -	31.12.2014 - in EUR -
EB Heime, Ambulanter Dienst	100.000,00	0,00	0,00	100.000,00
EB Heime, Pflegeheim Schloss Rheinweiler	1.848.000,00	0,00	0,00	1.848.000,00
EB Heime, Pflegeheim Markgräflerland	3.900.000,00	0,00	0,00	3.900.000,00
EB Heime, Markus-Pflüger-Heim	3.300.000,00	0,00	0,00	3.300.000,00
EB Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach	308.813,45	0,00	0,00	308.813,45
Gesamt	9.456.813,45	0,00	0,00	9.456.813,45

Als **Sondervermögen** werden die Verbindungen zu den Eigenbetrieben des Landkreises Lörrach angesetzt. Diese sind nach der Spiegelbildmethode bewertet worden.

FINANZVERMÖGEN				
Ausleihungen	01.01.2014 - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge - in EUR -	31.12.2014 - in EUR -
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2.500.000,00	0,00	-2.500.000,00	0,00
Ausleihungen an sonstige öffentliche Sonderrechnungen	95.676,09	0,00	-12.543,95	83.132,14
Ausleihungen an sonstigen inländischen Bereich	543.680,99	0,00	-5.945,95	537.735,04
Gesamt	3.139.357,08	0,00	-2.518.489,90	620.867,18

Die **Ausleihungen** werden zu den jeweiligen Nennwerten ausgewiesen.

Es sind Ausleihungen an die Wohnungsbaugesellschaften in Lörrach und Rheinfelden und mehrere kirchliche und wohltätige Organisationen abgebildet.

Die Abnahme der Ausleihungen betrifft überwiegend die Kassenkredite an die „Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH“. Neben einer Tilgung i. H. v. 1,5 Mio. EUR ist 1,0 Mio. EUR aufgrund einer geänderten Zuordnungsvorschrift in die Bilanzposition „Darlehensforderungen“ umgebucht worden.

Die Tilgungen der Ausleihungen erfolgen regelmäßig und werden überwacht.

FINANZVERMÖGEN				
Wertpapiere und Sonstige Einlagen	01.01.2014 - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge - in EUR -	31.12.2014 - in EUR -
Termineinlagen	1.068.000,00	34.000.000,00	0,00	35.068.000,00
Kautionen-Sparbücher	1.445,63	1,76	0,00	1.447,39
Gesamt	1.069.445,63	34.000.001,76	0,00	35.069.447,39

Die **Wertpapiere und Sonstigen Einlagen** werden mit ihren jeweiligen Nennwerten ausgewiesen und betreffen bis auf die Kautionen-Sparbücher kurzfristige Geldanlagen.

FINANZVERMÖGEN

Forderungen	01.01.2014 - in EUR -	31.12.2014 - in EUR -
Öffentlich-rechtliche Forderungen	2.548.785,75	3.230.771,92
Forderungen aus Transferleistungen	3.812.469,83	4.927.963,58
Privatrechtliche Forderungen	982.539,57	2.138.866,39
Gesamt	7.343.795,15	10.297.601,89

Eine Einzelbewertung von Forderungen wurde aufgrund der hohen Anzahl der Sachverhalte nicht für sämtliche offenen Posten durchgeführt.

Jedoch sind aus dem Forderungsgesamtbestand 121 Einzel-Forderungen mit einem individuellen Buchwert i. H. v. 9.000,00 EUR oder höher aus den Fachbereichen Soziales und Jugend & Familie für eine spezifische Betrachtung ausgewählt worden. Die Werthaltigkeit dieser Forderungen (Buchwert ca. 2,1 Mio. EUR) wurde anhand der aktuellen Fall- bzw. Vollstreckungsakten durch die jeweiligen Fachbereiche oder durch das mit der Beitreibung beauftragte Sachgebiet Forderungsmanagement beurteilt. Dabei wurden Kriterien wie regelmäßige (Raten-) Zahlungen, dingliche Sicherungsrechte (Hypotheken, Grundschulden) oder sonstige vollstreckungsrelevante Vermögenswerte der Schuldner in die Werthaltigkeitsbeurteilung einbezogen.

Als Ergebnis dieser Einzelbetrachtung konnten drei Werthaltigkeits-Kategorien gebildet werden. Neben einwandfreien Forderungen (0% Wertberichtigung) und als uneinbringlich anzusehenden Forderungen (100% Wertberichtigung) sind auch zweifelhafte Forderungen identifiziert worden. Letztere wurden gemäß des Grundsatzes der wirklichkeitstgetreuen Bewertung individuell abgewertet (1% - 99% Wertberichtigung).

Der Wertansatz der restlichen, nicht einzelwertberichtigten, Forderungen wurde in einem zweiten Schritt um eine pauschale Wertberichtigung korrigiert. Dazu wurden die Forderungen in verschiedene Bestände gruppiert und die Haushaltsjahre 2014, 2013 und 2012 (bei Forderungen betreffend den Bereich Unterhaltsvorschuss: zzgl. 2011 und 2010) betrachtet. Für jedes dieser Rechnungsjahre wurde ein Quotient gebildet, der das Verhältnis von offenen Posten zu erfassten Eingangszahlungen beschreibt. Das Ausfallrisiko je Forderungsbestand wurde als Durchschnittswert auf Basis dieser Quotienten bestimmt und auf den jeweiligen Forderungsbestand zum 31.12.2014 angewendet.

Forderungen aus den Bereichen Soziales und Jugend & Familie, die sich zum Bilanzstichtag als Erstattungsfälle gegen andere Leistungsträger und Behörden richten, wurden von jeglicher Wertberichtigung ausgenommen. Mit dieser Vorgehensweise wird eine Prüfungsfeststellung aus der GPA-Prüfung umgesetzt, da ein Ausfallrisiko bei diesen Schuldnern nicht gesehen wird.

Die insgesamt ermittelten pauschalen Wertberichtigungssätze bewegen sich in Abhängigkeit der jeweils betrachteten Forderungsart zwischen ca. 6,62 % betreffend den Forderungsbestand der „Sonstigen Gebühren“ und ca. 85,47 % betreffend die Forderungen aus verausgabten Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG).

3. Bilanzpositionen der Aktivseite

Nachrichtlich:

Wichtig ist, dass die oben beschriebene Abwertung des Forderungsbestandes ausschließlich zu bilanziellen Ausweiszwecken im Rahmen der Jahresabschlusserstellung erfolgt ist. Jede einzeln abgewertete Forderung und jeder wertberichtigte Forderungsbestand wird zunächst auch weiterhin unverändert als aktiver Sachverhalt geführt und ggf. zwangsvollstreckt.

Als **öffentlich-rechtliche Forderungen** sind sowohl öffentlich-rechtliche Forderungen aus Dienstleistungen als auch übrige öffentlich-rechtliche Forderungen erfasst.

Als öffentlich-rechtliche Forderungen aus Dienstleistungen sind überwiegend Forderungen aus der Grunderwerbsteuer (813.794,85 EUR), Forderungen aus der Erhöhung der Landesmittel für die Unterhaltung/Instandhaltung der Landesstraßen (171.125,00 EUR), Gebührenforderungen betreffend die KFZ-Zulassung (170.934,92 EUR), Forderungen aus der Abrechnung der „Kosten der Unterkunft -KdU-“ (141.217,98 EUR) und Forderungen aus Gebühren des Veterinärwesens (118.182,19 EUR).

In den übrigen öffentlich-rechtlichen Forderungen sind mehrheitlich Forderungen an das Land Baden-Württemberg aus der Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern (735.858,00 EUR), übrige öffentlich-rechtliche Forderungen im Saldo 445.503,36 EUR (bspw. der Jahressaldo der Umsatzsteuervoranmeldung betreffend den EAL [114 TEUR] und offene Forderungen aus Ordnungswidrigkeiten [174 TEUR]), Forderungen an das Land und den Bund für die Erhaltung und Unterhaltung von Landes- und Bundesstraßen (147.122,71 EUR) und Forderungen aus zugesagten Zuschüssen (20.000,00 EUR) enthalten.

Als werthaltige **Forderungen aus Transferleistungen** sind überwiegend Forderungen aus Sozial- und Jugendhilfeleistungen (4.079.832,00 EUR) und als werthaltig eingeschätzte Forderungen aus Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (630.564,00 EUR) ausgewiesen.

Als **privatrechtliche Forderungen** sind vorwiegend Forderungen gegenüber der Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH aus der Umbuchung eines Darlehens i. H. v. 1 Mio. EUR von den Ausleihungen aufgrund einer Änderung der Zuordnungsvorschriften.

Weiterhin sind ausgewiesen übrige privatrechtliche Forderungen (253.851,25 EUR), Forderungen aus verschiedenen Lieferungen und Leistungen (677.970,20 EUR), debitorische Kreditorenforderungen (59.017,40 EUR) und Forderungen aus Minderarbeitsstunden (54.424,10 EUR).

Nachrichtlich:

Beim Jobcenter des Landkreises Lörrach bestehen zum 31.12.2014 Forderungen i. H. v. 3.580.368,43 EUR überwiegend aus Leistungen „Unterkunft und Heizung“ und „einmalige Leistungen“. Diese Forderungen sind seit 2005 bis dato entstanden und nicht im Kreishaushalt enthalten. Die unmittelbaren Rechte aus diesen Forderungen stehen der Bundesagentur für Arbeit zu, die die Forderungen in ihren Büchern führt.

FINANZVERMÖGEN

Liquide Mittel	01.01.2014 - in EUR -	31.12.2014 - in EUR -
Sichteinlagen bei Banken und Kreditinstituten	29.554.686,78	5.634.408,67
Kassenbestand	8.481,63	20.351,45
Bankverrechnungskonto	-8.689,87	37.229,91
Handvorschüsse	12.020,00	21.355,00
Gesamt	29.566.498,54	5.713.345,03

Die liquiden Mittel sind zu ihrem Nennwert ausgewiesen.

Als **Sichteinlagen** sind 2 Girokonten (2.400.535,47 EUR) und ein Giro-Pluskonto (3,2 Mio. EUR) jeweils bei der Sparkasse Lörrach / Rheinfeldern ausgewiesen. Daneben wird ein Girokonto bei der Sparkasse Schopfheim abgebildet (26.867,51 EUR).

In den Sichteinlagen ist ein Anteil an der Gemeinschaftskasse betreffend das Mündelvermögen (117.029,10 EUR) enthalten.

Nachrichtlich:

Das gemäß § 97 Abs. 3 GemO im Jahresabschluss gesondert nachzuweisende Mündelvermögen beläuft sich auf 244.422,33 EUR. Das Mündelvermögen umfasst zum Stichtag 31.12.2014 neben dem oben erwähnten Anteil an der Gemeinschaftskasse die mündelsicher angelegten aber nicht bilanzierten Kapitalanlagen jugendlicher und erwachsener Mündel i. H. v. 127.393,23 EUR.

Als **Kassenbestand** ist der Bestand der Barkasse (20.351,45 EUR) erfasst.

Auf den **Bankverrechnungskonten** sind schwebende Posten i. H. v. 37.229,91 EUR ausgewiesen. Dabei handelt es sich um zum Stichtag bereits ausgeführte, aber bankseitig noch nicht erfasste Auszahlungen betreffend den Monat Januar.

Unter der Position der **Handvorschüsse** werden der Bestand des Geldautomaten (14.505,00 EUR) und die Bestände der Handkassen (6.850,00 EUR) nachgewiesen.

Der in der Finanzrechnung ausgewiesene Bestand an Zahlungsmitteln (5.691.990,03 EUR) umfasst auf Grund der VwV-Gliederung nicht die Position der „Handvorschüsse“. Insofern ergibt sich eine geringfügige Abweichung der Darstellung in der Finanzrechnung.

3. Bilanzpositionen der Aktivseite

AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNG		
Abgrenzungsposten	01.01.2014 - in EUR -	31.12.2014 - in EUR -
Aktive Rechnungsabgrenzung	3.151.070,48	2.271.784,80
Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse	10.190.828,21	9.930.463,66
Gesamt	13.341.898,69	12.202.248,46

Als **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** sind vor dem Abschlussstichtag geleistete Ausgaben auszuweisen, sofern sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Stichtag darstellen.

Im Rechnungsjahr 2014 sind Ausgaben in dieser Bilanzposition verausgabte soziale Hilfeleistungen (1.396.656,74 EUR), Beamtenbezüge für den Monat Januar 2015 (589.697,77 EUR), kreditorische Rechnungsabgrenzungen (56.382,29 EUR) sowie der anteilige Beteiligungswert am ZV KIVBF (229.048,00 EUR) ausgewiesen. Der Ansatz dieser Beteiligung an der Kapital-Rücklage „Neues Finanzwesen“ des ZV KIVBF darf aufgrund der überörtlichen Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt nicht unter der Bilanzposition „Beteiligungen“ abgebildet werden und wird daher in dieser Bilanzposition dargestellt.

Als **Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse** sind bereits vom Landkreis geleistete Zuschüsse, die überwiegend die Bereiche „Infrastruktur und Verkehr“ und „Alten- und Pflegeheime“ betreffen, abgebildet. Die Sonderposten werden entsprechend den korrespondierenden Investitionen des Zuschussempfängers aufgelöst.

4. Bilanzpositionen der Passivseite

SCHULDEN

KAPITALPOSITION

Kapitalposition	01.01.2014 - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge - in EUR -	31.12.2014 - in EUR -
Basiskapital	85.926.017,08	0,00	-1.431.095,95	84.494.921,13
Rücklagen aus Überschüssen des ordentl. Ergebnisses	22.767.498,12	7.192.600,29	0,00	29.960.098,41
Rücklagen aus Überschüssen des Sonderergebnisses	137.124,55	0,00	-137.124,55	0,00
Gesamt	108.830.639,75	7.192.600,29	-1.568.220,50	114.455.019,54

Das **Jahresergebnis** des Rechnungsjahres 2014 des Landkreises Lörrach beträgt 5.703.654,23 EUR. Es setzt sich aus dem ordentlichen Ergebnis (7.192.600,29 EUR) und dem Sonderergebnis (-1.488.946,06 EUR) zusammen.

Das **Basiskapital** hat sich erstmalig in 2011 als Rechengröße aus der Eröffnungsbilanz ergeben und ist im Rechnungsjahr um insgesamt 1.431.095,95 EUR angepasst worden.

Die Korrekturen beruhen im Wesentlichen auf dem Ausgleich des Fehlbetrages aus dem Sonderergebnis des Rechnungsjahres i. H. v. -1.351.821,51 EUR. Darüber hinaus sind im Rechnungsjahr Prüfungsfeststellungen der überörtlichen Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt umgesetzt worden. Diese betragen -79.274,44 EUR und betrafen im Wesentlichen die Bildung von passiven Sonderposten für die Ingenieurbauwerke des Todtnauerli-Wanderweges i. H. v. -68.142,45 EUR. Die Korrekturen sind gemäß § 63 GemHVO erfolglos direkt über das Basiskapital vorgenommen worden.

Der Wert der **Kapitalposition** zum 31.12.2014 beträgt 114.455.019,54 EUR und ergibt sich ausgehend vom berichtigten Basiskapital zuzüglich des Jahresergebnisses.

SONDERPOSTEN

Sonderposten	01.01.2014 - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge - in EUR -	Auflösungen - in EUR -	31.12.2014 - in EUR -
Sonderposten aus Investitions- und sonstigen Zuwendungen	13.995.935,04	136.604,11	-15.104,98	-423.269,61	13.694.164,56
Gesamt	13.995.935,04	136.604,11	-15.104,98	-423.269,61	13.694.164,56

Die **passiven Sonderposten** sind zu den fortgeführten Nennwerten abgebildet. Die Auflösung erfolgt korrespondierend zu den bezuschussten Vermögensgegenständen.

Enthalten sind überwiegend Sonderposten für unentgeltlich zugewandene Vermögensgegenstände des Infrastrukturvermögens.

Als Zugang ist neben dem Bundesanteil für die Beschaffung von Fahrzeugen und Geräten betreffend die Straßenmeistereien (61.689,51 EUR) eine Nachaktivierung aufgrund eines Prüfberichtes der Gemeindeprüfungsanstalt bezüglich die Ingenieur-Bauwerke des Todtnauerli-Wanderweges i. H. v. 68.142,45 EUR erfasst worden.

4. Bilanzpositionen der Passivseite

Wenn empfangene Zuschüsse für abschreibungspflichtige Investitionen zu verwenden waren, werden diese Zuschüsse analog zu den jeweiligen Nutzungsdauern der bezuschussten Vermögensgegenstände im gleichen Verhältnis ertragswirksam aufgelöst.

Sofern die korrespondierenden Vermögensgegenstände nicht planmäßig abgeschrieben werden (wie bspw. Grundstücke), erfolgt auch keine Auflösung dieser Zuschüsse.

RÜCKSTELLUNGEN					
Rückstellungen	01.01.2014 - in EUR -	Verbrauch - in EUR -	Auflösung - in EUR -	Zuführung - in EUR -	31.12.2014 - in EUR -
Pflicht-Rückstellungen	1.957.825,47	-29.859,03	-996.507,56	132.563,72	1.064.022,60
Weitere Rückstellungen	3.861.581,04	-899.964,83	-990.020,69	1.778.550,83	3.750.146,35
Gesamt	5.819.406,51	-929.823,86	-1.986.528,25	1.911.114,55	4.814.168,95

Rückstellungen wurden gemäß § 44 Abs. 4 GemHVO in Höhe des Betrags angesetzt, der nach vernünftiger Beurteilung notwendig ist.

In den **Pflicht-Rückstellungen** werden Rückstellungen für bestehende Altersteilzeitverhältnisse (290.876,04 EUR), Rückstellungen für latente Verpflichtungen aus der Erstattung von Unterhaltsvorschussleistungen an das Land BW (420.376,23 EUR) und Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsprozessen (352.770,33 EUR) ausgewiesen.

Der Ausweis der **weiteren Rückstellungen** enthält überwiegend Rückstellungen für nicht genommene Zeiten aus Urlaubsansprüchen (1.751.788,20 EUR) und Überstunden (745.254,29 EUR), sonstige Rückstellungen (625.429,00 EUR), Rückstellungen für fehlende Abrechnungen von im Haushaltsjahr 2014 empfangenen Lieferungen und Leistungen (340.275,44 EUR), Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen (237.699,42 EUR) sowie Rückstellungen für bereits bewilligte Zuschüsse (49.700,00 EUR).

Der Berechnung der Rückstellung für nicht genommene Zeiten aus Urlaubsansprüchen liegen für das Berichtsjahr 10.630 Urlaubstage (VJ: 9.232; VVJ: 8.504) zugrunde. Zur Ermittlung der Rückstellung für nicht genommene Zeiten aus Überstunden wurden 30.059 Überstunden (VJ: 31.084; VVJ: 25.265) herangezogen.

In den sonstigen Rückstellungen sind überwiegend Beträge von noch abzurechnenden Krankheitskosten des sozialen Bereichs i. H. v. 276.000,00 EUR, Personalkostenzuschüsse an die Karl-Rolfus-Schule für betreuende Kräfte von insgesamt 149.196,00 EUR, die Weiterleitung der Sachkostenbeiträge für Schüler, die in Gemeinschaftsschulen inklusiv beschult werden i. H. v. 54.033,00 EUR, der Kofinanzierungsbeitrag des Landkreises für 2014 zur Internationalen Bauausstellung IBA Basel 2020 i. H. v. 50.000,00 EUR sowie die noch ausstehende Abrechnung der Integrierten Leitstelle i. H. v. 45.000,00 EUR enthalten.

Rückstellungen wurden nach Vorgabe des § 41 Abs. 3 GemHVO nur aufgelöst, soweit der Grund für deren Bildung entfallen ist. Im Haushaltsjahr 2014 betrafen die Auflösungen Fälle, in denen das eingetretene Risiko geringer war als die dafür vorgesehene Rückstellung aber auch Fälle, in denen das Risiko vergrößert ist (Rückstellungen für Immobilienbewirtschaftung).

Die Abgänge betrafen im Wesentlichen die Rückstellungen für Altersteilzeitmaßnahmen (915.931,67 EUR), die Rückstellungen für nicht verbrauchte Mittel aus „Bildung & Teilhabe“ (771.928,81 EUR), die Rückstellungen für nicht in Anspruch genommene Zeiten aus Urlaub (261.124,20 EUR) und Überstunden (198.323,54 EUR) sowie die Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsprozessen (110.434,92 EUR).

Eine tabellarische Darstellung zur Entwicklung der Rückstellungen ist in Form eines Rückstellungsspiegels als Anlage dieses Anhangs enthalten.

Nachrichtlich:

Zum 31.12.2014 beträgt der auf den Landkreis Lörrach entfallende Anteil an der beim KVBW gemäß § 27 Abs. 5 GKV gebildeten Pensions-Rückstellung 43.385.591,00 EUR (VJ: 44.359.590,00 EUR; VVJ: 41.512.289,00 EUR).

VERBINDLICHKEITEN		
Verbindlichkeiten	01.01.2014 - in EUR -	31.12.2014 - in EUR -
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	1.000.000,00	3.000.000,00
Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0,00	0,00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.704.465,61	4.879.557,09
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	366.093,87	226.464,53
Sonstige Verbindlichkeiten	1.883.223,50	1.420.549,51
Gesamt	6.953.782,98	9.526.571,13

Die Verbindlichkeiten sind gemäß § 44 Abs. 4 GemHVO zu ihrem Rückzahlungsbetrag abgebildet worden.

Die **Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen** betreffen vollständig die Aufnahme zweier zinsgünstiger Darlehen für die energetische Sanierung der Kaufmännischen Schule, die Sanierung der Gewerbeschule und der Mathilde-Planck-Schule in Lörrach im Rahmen des kfw-Programms „Energieeffizient Sanieren – Kommunen“.

Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen liegen nicht vor.

Die **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** beinhalten Schulden gegenüber Lieferanten für bereits zum Bilanzstichtag erbrachte Lieferungen oder Leistungen.

Die **Verbindlichkeiten aus Transferleistungen** enthalten noch nicht ausbezahlte Leistungen des sozialen Bereiches.

4. Bilanzpositionen der Passivseite

Die **Sonstigen Verbindlichkeiten** beinhalten u. a. kreditorische Debitoren (330.224,79 EUR), zum Bilanzstichtag vorhandene Überzahlungen oder ungeklärte Zahlungseingänge (165.427,77 EUR), Verbindlichkeiten aus zugesagten Zuschüssen (82.133,00 EUR) und den Anteil an der Gemeinschaftskasse für Schulden gegenüber Mündeln (65.158,82 EUR).

PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Passive Rechnungsabgrenzung	01.01.2014 - in EUR -	31.12.2014 - in EUR -
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	1.433.476,44	3.319.448,11
Gesamt	1.433.476,44	3.319.448,11

Die **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** enthalten empfangene Einnahmen, soweit sie Erträge für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen.

Die abgegrenzten Beträge betreffen im Wesentlichen erhaltene Einzahlungen im Zusammenhang mit der Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen (2.945.224,96 EUR).

5. Erläuterungen der Ergebnisrechnung

In der Ergebnisrechnung nach § 49 GemHVO werden sämtliche Erträge und Aufwendungen unabhängig vom zeitlichen Anfall der mit ihnen verbundenen Zahlungen erfasst, um das tatsächliche Ressourcenaufkommen bzw. den Ressourcenverbrauch darzustellen. Die Ergebnisrechnung weist entsprechend der Gliederung des Ergebnishaushalts separat die Positionen des ordentlichen Ergebnisses und des Sonderergebnisses aus.

Zusätzlich wird der nach § 51 GemHVO erforderliche Planvergleich vorgenommen. Planabweichungen werden durch die Gegenüberstellung von den im Haushaltsplan ausgewiesenen Ansätzen, ggf. unter Einbeziehung von Nachtragshaushalten, den Ist-Werten gegenüber gestellt. Darüber hinaus werden die Haushaltsermächtigungen dargestellt.

Die Ergebnisrechnung 2014 schließt mit einem Jahresüberschuss i. H. v. 5.703.654,23 EUR ab.

Dieser Jahresüberschuss setzt sich aus dem ordentlichen Ergebnis i. H. v. 7.192.600,29 EUR und dem außerordentlichen Ergebnis i. H. v. -1.488.946,06 EUR zusammen.

Der Jahresüberschuss ist der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt worden.

Zur Zusammensetzung und den Planabweichungen des ordentlichen Ergebnisses wird auf die Ausführungen des Rechenschaftsberichts verwiesen.

In das folgende Haushaltsjahr übertragene Ermächtigungen (Haushaltsübertragungen) liegen für die Ergebnisrechnung 2014 i. H. v. 2.364.717,38 EUR vor.

6. Erläuterungen der Finanzrechnung

Die Finanzrechnung nach § 50 GemHVO enthält sämtliche, nach Arten gegliederte Ein- und Auszahlungen des Haushaltsjahres und weist die Ursachen der Veränderungen des Zahlungsmittelbestands und die Abweichungen zum Plan nach.

Hierzu werden die Ein- und Auszahlungen des Ergebnishaushalts und der Investitionstätigkeit zum Finanzierungsmittelüberschuss bzw. -fehlbetrag zusammengefasst. Nach Einbeziehung des Saldos aus der Finanzierungstätigkeit, aus den Zahlungen aus der Aufnahme und der Tilgung von Krediten für Investitionen, wird die Änderung des Bestands an eigenen Finanzierungsmitteln ermittelt.

Zusätzlich zum Finanzhaushalt werden haushaltsunwirksame Zahlungsvorgänge wie durchlaufende Gelder, Geldanlagen und die Aufnahme bzw. Tilgung von Kassenkrediten aufgenommen, um die Finanzrechnung zu den Positionen der Vermögensrechnung überzuleiten.

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Investitionen wie folgt finanziert (Verwendung liquider Mittel zur Finanzierung der Investitionen, § 53 Abs. 2 Nr. 5 GemHVO):

	- in EUR -	- in EUR -
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		165.584,46
davon Ausleihungen	18.864,63	
Zahlungsmittelüberschuss der Ergebnisrechnung		10.225.532,92
abzüglich Tilgungen (ohne Umschuldungen)		0,00
zuzüglich Einzahlungen aus Kreditaufnahmen		2.000.000,00
Finanzierungsmittel		12.391.117,38
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		-3.513.082,20
davon Ausleihungen		
Investitionsauszahlungen		-3.513.082,20
Finanzierungsmittelbestand		8.878.035,18

Zur Finanzierung der Investitionen stehen Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (empfangene Investitionszuwendungen und Einnahmen aus der Veräußerung von Vermögen) und der Zahlungsmittelüberschuss der Ergebnisrechnung sowie Einzahlungen aus der Kreditaufnahme abzüglich Kredittilgungen zur Verfügung.

In der Rechnungsperiode 2014 konnten die Investitionen des Landkreises durch Investitionseinzahlungen und den Zahlungsmittelüberschuss der Ergebnisrechnung finanziert werden.

Für die energetische Sanierung der Kaufmännischen Schule Lörrach und der Gewerbeschule Lörrach wurden im Rahmen des kfW-Programms zinsgünstige Darlehen i. H. v. 2,0 Mio. EUR aufgenommen.

In der Finanzrechnung 2014 sind 2.880.242,00 EUR Ermächtigungen nach 2015 übertragen worden.

7. Sonstige Angaben

■ Bürgschaften (nachrichtlich)

Der Valuta-Betrag der zum Stichtag vorhandenen Bürgschaften beträgt insgesamt 3.557.923,19 EUR und teilt sich wie folgt auf:

	Bürgschafts- erklärung vom	Urspr. verbürgter Betrag - in EUR -	Stand zum 01.01.2014 - in EUR -	Stand zum 31.12.2014 - in EUR -
Kliniken des Landkreises GmbH		5.561.627,00	3.642.892,00	3.362.918,04
davon bei Kreditinstitut:				
Spk. Lörrach	1998	1.278.230,00	612.479,00	550.813,04
Spk. Lörrach - verbürgter Kassenkredit -	18.02.1999	2.556.459,00	2.556.459,00	2.556.459,00
davon in Anspruch genommen (Höhe Kassenkredit)			0,00	265.106,34
Spk. Schopfheim - verbürgter Kassenkredit -	21.02.2002	255.646,00	255.646,00	255.646,00
davon in Anspruch genommen (Höhe Kassenkredit)			857,96	0,00
DG Hypo	29.09.1999	511.292,00	218.308,00	0,00
Bürgerbund e.V.	27.01.1998	550.000,00	70.745,08	52.230,65
Kinder- und Jugendhilfe-Verein	26.09.2003	121.000,00	94.380,00	91.960,00
Kambium e.V.	16.12.2005	100.000,00	49.095,86	42.558,50
Energieagentur Landkreis Lörrach GmbH	26.02.2014	8.256,00	0,00	8.256,00
Summe		6.340.883,00	3.857.112,94	3.557.923,19

■ Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen wurden im Jahr 2014 nicht eingegangen.

■ Ermächtigungsübertragungen

Zum Abschlussstichtag liegen Ermächtigungsübertragungen nach 2015 für den Ergebnishaushalt in Höhe von 2.364.717,38 EUR und für den Finanzhaushalt in Höhe von 2.880.242,00 EUR vor.

8. Organe des Landkreises Lörrach

LANDRÄTIN

Allgemeiner Stellvertreter

Marion Dammann

bis zum 31.10.2014 Walter Holderried, danach N. N.

Mitglieder des Kreistages des Landkreises Lörrach (Stand: 31.12.2014)

CDU-Fraktion		
Braun, Alexander	Bankkaufmann	Inzlingen
Deschler, Wolfgang	Bilanzbuchhalter i. R.	Steinen
Escher, Bernhard	Polizeibeamter	Lörrach
Fürstenberger, Wolfgang	Bürgermeister	Efringen-Kirchen
Grüter, Dr. Stefan	Arzt	Weil am Rhein
Heute-Bluhm, Gudrun	Geschäftsführerin Städtetag B.-W.	Lörrach
Hoffmann, Dr. Christoph	Bürgermeister	Schliengen
Hüttlin, Hanspeter	Krankenpfleger	Maulburg
Markus, Wilfried	Glasbläsermeister	Rheinfelden (Baden)
Nitz, Christof	Bürgermeister	Schopfheim
Renkert, Dr. Christian	Bürgermeister	Schliengen
Renz, Paul	Sparkassenfilialdirektor i. R.	Rheinfelden (Baden)
Schelshorn, Peter	Bürgermeister	Schönau im Schw.
Schmidt, Bruno	Bürgermeister	Häg-Ehrsberg
Schneucker, Andreas	Bürgermeister	Lörrach
Stöcker, Diana	Geschäftsführerin	Lörrach
Volkmer, Dr. Hans-Peter	Arzt	Weil am Rhein
Wild, Dieter	Polizeibeamter	Rheinfelden (Baden)
Zabel, Dr. Günter	Chefarzt i. R.	Schopfheim

ausgeschieden in 2014		
Fischer, Karl	Landwirtschaftsmeister	Weil am Rhein
Hug, Karl-Friedrich	Metzgermeister	Steinen
Niethammer, Eberhard	Oberbürgermeister a. D.	Rheinfelden (Baden)
Schubnell, Ulrich	Rechtsanwalt	Schönau
Stiasny, Siegfried	Bahnoberamtsrat a. D.	Weil am Rhein
Vollmer, Ursula	Hausfrau	Lörrach
Winterhalter, Bernhard	Bürgermeister	Kandern

SPD-Fraktion		
Argast, Karl	DB-Fahrdienstleiter a. D.	Zell im Wiesental
Baier, Herbert	Bürgermeister a. D.	Kleines Wiesental
Böhringer, Hans-Dieter	Fahrlehrer	Lörrach
Buck, Hanspeter	Lehrer	Efringen-Kirchen
Cremans, Artur	Rentner	Schopfheim
Eberhardt, Klaus	Oberbürgermeister	Rheinfelden (Baden)
Foege, Johannes	Rechtsanwalt	Weil am Rhein
Gula, Inge	Oberstudienrätin a. D.	Lörrach
Karrer, Rolf	Bürgermeister	Rheinfelden (Baden)
Lutz, Jörg	Oberbürgermeister	Grenzach-Wyhlen
Nuß, Hannelore	Personalfachkauffrau	Rheinfelden (Baden)
Schlecht, Günter	Ortsvorsteher, Betriebsratsvors.	Lörrach
Valley, Jürgen	Diplom Finanzwirt (FH)	Weil am Rhein
Weber, Gabriele	Sonderschullehrerin	Kandern

ausgeschieden in 2014		
Caspers-Merk, Marion	Parl. Staatssekretärin a. D.	Efringen-Kirchen
Intveen, Heinz	Oberstudiendirektor a. D.	Grenzach-Wyhlen
Lewerenz, Michael	Arzt	Rheinfelden (Baden)
Rümmele, Rudolf	Bürgermeister	Zell im Wiesental

Freie Wähler/Die Unabh.- Fraktion		
Brogie, Erika	Hausfrau	Lörrach
Bühler, Martin	Bürgermeister	Hausen im Wiesental
Halm, Martin	Geschäftsführer	Todtnau
Halter, Gunter	Schulleiter i. R.	Maulburg
Hildebrand, Erich	Bürgermeister a. D.	Inzlingen
Kaltenbach-Holzmann, Beatrice	Dipl. Wirtsch. Ing. (FH)	Lörrach
Kerscher, Willibald	Arzt	Steinen
Lenz, Dr. Fritz	Internist	Schopfheim
Lützelschwab, Ewald	Gärtnermeister	Rheinfelden (Baden)
May, Ulrich	Bürgermeister a. D.	Binzen
Müller, Dr. Dieter	Zahnarzt i. R.	Weil am Rhein
Reichert-Moser, Karin	Konrektorin	Rheinfelden (Baden)
Rung, Rolf	Landwirtschaftsmeister	Weil am Rhein
Sattler, Thomas	Geschäftsführender Gesellschafter	Schliengen

ausgeschieden in 2014		
Claassen, Uwe	Geschäftsführer	Lörrach
Meier, Daniela	Bürgermeisterin	Rümmingen
Silbereisen, Walter	Diplom Verwaltungswirt (FH)	Efringen-Kirchen

"Die Grünen"-Fraktion		
Grether, Annette	Sozialpädagogin	Grenzach-Wyhlen
Hauk, Heike	Diplom Geoökologin	Efringen-Kirchen
Kurfeß, Margarete	Technische Lehrerin	Lörrach
Lohmann, Heinrich	Diplom Biologe	Rheinfelden (Baden)
Pross, Ingrid	Erzieherin	Weil am Rhein
Rosenthal, Ina	Angestellte	Lörrach
Schalajda, Peter	Selbstständiger Diplom Physiker	Kandern
Straub, Michael	Systemanalytiker	Schopfheim
Zickenheiner, Gerhard	Architekt	Lörrach

ausgeschieden in 2014		
Ferger, Dietmar	Diplom Ingenieur Umweltschutz	Lörrach

FDP-Fraktion		
Brändlin, Kevin	Obstbaumeister	Efringen-Kirchen
Kiefer, Franz	Metzgermeister i. R.	Efringen-Kirchen
Roth-Greiner, Wolfgang	Industriekaufmann i. R.	Weil am Rhein

ausgeschieden in 2014		
Perinelli, Mario	Diplom Kaufmann	Lörrach
Zahoransky, Dr. Prof. Richard	Geschäftsführer	Todtnau

9. Anlagen

Vermögensübersicht*

Vermögen	Stand des Vermögens	Vermögensveränderungen im Haushaltsjahr					Stand des Vermögens
	zum 01.01. des Haushaltsjahres ***	Vermögenszugänge	Vermögensabgänge	Umbuchungen	Zuschreibungen	Abschreibungen	am 31.12. des Haushaltsjahres (Σ Sp. 2 bis 7)
	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
1	2	3	4	5**	6	7	8
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	89.492,44	26.721,70	-545,42	0,00	0,00	-38.756,08	76.912,64
1.2 Sachvermögen (ohne Vorräte)							
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	142.022,53	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	142.022,53
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	30.520.138,32	97.350,15	0,00	1.963.565,30	0,00	-1.322.699,80	31.258.353,97
1.2.3 Infrastrukturvermögen	11.599.919,68	167.259,35	0,00	243.132,21	0,00	-266.741,17	11.743.570,07
1.2.4 Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	169.881,05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	169.881,05
1.2.6 Maschinen, techn. Anlagen, Fahrzeuge	2.268.238,86	652.760,97	-44.973,97	0,00	0,00	-435.565,54	2.440.460,32
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.066.573,30	505.807,73	0,00	103.181,92	0,00	-409.766,13	2.265.796,82
1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen i. Bau	2.467.236,48	1.945.494,07	-4.295,90	-2.309.879,43	0,00	0,00	2.098.555,22
1.3 Finanzvermögen (ohne Forderungen und liquide Mittel)							
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	22.993.190,90	0,00	-1.540.940,14	0,00	0,00	0,00	21.452.250,76
1.3.2 Sonst. Beteilig. u. Kapitaleinlagen in Zweckverbänden, Stiftungen od. and. kommunalen Zusammenschlüssen	635.519,30	300,00	-4.713,78	0,00	0,00	0,00	631.105,52
1.3.3 Sondervermögen	9.456.813,45	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	9.456.813,45
1.3.4 Ausleihungen	3.139.357,08	0,00	-2.518.489,90	0,00	0,00	0,00	620.867,18
1.3.5 Sonstige Einlagen und Wertpapiere	1.069.445,63	34.000.001,76	0,00	0,00	0,00	0,00	35.069.447,39
insgesamt	86.617.829,02	37.395.695,73	-4.113.959,11	0,00	0,00	-2.473.528,72	117.426.036,92

* "Anlagespiegel"

** In dieser Spalte werden Umgliederungen bereits vorhandener Vermögensgegenstände auf andere Positionen der Übersicht abgebildet (z. B. von Nr. 2.8 nach Fertigstellung nach Nr. 2.3)

*** entspricht Stand zum 31.12. des Vorjahres

■ **Forderungsübersicht**

Art der Forderungen	Gesamtbe- trag am 01.01. des Haus- haltsjahres *	Zugänge im Haushalts- jahr	Abgänge im Haushalts- jahr	Zuschrei- bungen im Haus- haltsjahr	Abschrei- bungen im Haus- haltsjahr	Gesamtbe- trag am 31.12. des Haus- haltsjahres
	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
1	2	3	4	5	6	7
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen	2.548.785,75	997.522,35	-333.762,32	19.011,40	-785,26	3.230.771,92
2. Forderungen aus Transferleistungen	3.812.469,83	1.484.214,68	-8.731,13	92.602,54	-452.592,34	4.927.963,58
3. Privatrechtliche Forderungen	982.539,57	1.884.599,11	-728.272,29	0,00	0,00	2.138.866,39
Summe aller Forderungen	7.343.795,15	4.366.336,14	-1.070.765,74	111.613,94	-453.377,60	10.297.601,89

* entspricht Stand zum 31.12. des Vorjahres

9. Anlagen

Schuldenübersicht

Art der Schulden (Gliederung richtet sich nach der Bilanz, Passivposten 4.1, 4.2 und 4.3 (Anleihen, Kreditaufnahmen inklusive Kassenkredite und kreditähnliche Rechtsgeschäfte)	Gesamt- betrag am 01.01. des Haushalts- jahres * -in EUR-	Gesamt- betrag am 31.12. des Haushalts- jahres -in EUR-	davon mit einer Restlaufzeit von			Mehr (+) weniger (-) ***** -in EUR-
			bis zu 1 Jahr ** -in EUR-	über 1 bis 5 Jahre *** -in EUR-	mehr als 5 Jahre **** -in EUR-	
1	2	3	4	5	6	7
1. Geldschulden	1.000.000,00	3.000.000,00	0,00	0,00	3.000.000,00	2.000.000,00
1.1 Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2 Kredite für Investitionen						
1.2.1 Bund	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.2 Land	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.3 Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.4 Zweckverbände und dergleichen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.5 sonstiger öffentlicher Bereich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.6 Kreditmarkt	1.000.000,00	3.000.000,00	0,00	0,00	3.000.000,00	2.000.000,00
1.3 Kassenkredite	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen *****	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Schulden, Kernhaushalt	1.000.000,00	3.000.000,00	0,00	0,00	3.000.000,00	2.000.000,00

Nachrichtlich:

3. Schulden der Sondervermögen mit Sonderrechnung							
3.1	Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	6.420.336,40	5.758.059,54	0,00	0,00	5.758.059,54	-662.276,86
3.3	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.4	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Schulden, Eigenbetriebe	6.420.336,40	5.758.059,54	0,00	0,00	5.758.059,54	-662.276,86

4. Schulden insgesamt							
4.1	Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	7.420.336,40	8.758.059,54	0,00	0,00	8.758.059,54	1.337.723,14
4.3	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4.4	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Summe 4.1 + 4.2 + 4.3 + 4.4	7.420.336,40	8.758.059,54	0,00	0,00	8.758.059,54	1.337.723,14

* entspricht Stand zum 31.12. des Vorjahres

** Tilgung der Restschuld im 1. Folgejahr

*** Tilgung der Restschuld im 2. bis 5. Folgejahr

**** Tilgung der Restschuld ab dem 6. Folgejahr

***** Spalte 3 minus Spalte 2

***** Der Inhalt dieser Position wird unter der gleichen Bezeichnung im Anhang dargestellt.

■ Ermächtigungsübertragungen nach 2015 (Ergebnishaushalt)

PG	Bezeichnung	gebildete Übertragungen	
		lt. HH-Vermerk 100 % - in EUR -	Budgetüberträge - in EUR -
11.12	Steuerungsunterstütz., Controlling u. Beteil.man.	20.000,00	25.000,00
11.20	Organisation und IuK	20.000,00	0,00
11.21	Personalmanagement	35.000,00	10.000,00
11.22	Finanzmanagement		0,00
11.24	Gebäudemanagement	100.000,00	0,00
11.24.02	Facility Management	399.800,00	0,00
11.30	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	45.000,00	0,00
THH 1	Finanzen & Zentrales Management	619.800,00	35.000,00
11.31	Kommunalaufsicht		0,00
12.10	Statistik und Wahlen		6.100,00
THH 2	Ordnung & Gesundheit	0,00	6.100,00
21.20	Bereitstellung u. Betrieb von Sonderschulen	189.693,93	0,00
21.30	Bereitstellung u. Betrieb von berufsbild. Schulen	985.323,45	0,00
THH 3	Bildung & Kultur	1.175.017,38	0,00
12.21	Verkehrswesen		6.200,00
21.40	Schülerbeförderung		68.300,00
51.10	Räumliche Planung	101.900,00	0,00
54.20	Kreisstraßen	163.800,00	9.400,00
57.10	Wirtschaftsförderung	49.500,00	0,00
THH 4	Verkehr & Strukturpolitik	315.200,00	83.900,00
52.10	Baurecht		15.900,00
55.50	Waldwirtschaft		51.000,00
THH 5	Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum	0,00	66.900,00
31.10	Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII		4.000,00
31.80	Sonstige Soziale Hilfen und Leistungen		14.600,00
THH 6	Soziales & Arbeit	0,00	18.600,00
36.20	Allgemeine Förderung junger Menschen	200,00	0,00
36.30	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien		0,00
36.50	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	44.000,00	0,00
THH 7	Jugend & Familie	44.200,00	0,00
Gesamt		2.154.217,38	210.500,00
			2.364.717,38

9. Anlagen

■ Ermächtigungsübertragungen nach 2015 (Finanzhaushalt)

PG	Bezeichnung	Übertragungen lt. HH-Vermerk 100 % - in EUR -
11.20	Organisation und IuK	13.623,00
11.24	Gebäudemanagement	100.029,00
11.24	Energetische Sanierung GWS Lörrach (Bau A)	390.000,00
11.24	Trafostation BSZ Lörrach	190.000,00
11.24	Blockheizkraftwerk BSZ Lörrach	125.000,00
THH 1	Finanzen & Zentrales Management	818.652,00
12.80	Katastrophenschutz	570.000,00
THH 2	Ordnung & Gesundheit	570.000,00
21.20	Helen-Keller Schule Maulburg-Steinen	5.600,00
21.20	Sonderpädagogische Beratungsstelle	5.500,00
21.20	Sprachheilschule	11.400,00
21.20	Summe Sonderschulen	22.500,00
21.30	Gewerbliche Schulen Lörrach	32.700,00
21.30	Gewerbliche Schulen Rheinfelden	62.800,00
21.30	Gewerbliche Schulen Schopfheim	2.500,00
21.30	Mathilde-Planck Schule Lörrach	49.044,00
21.30	Technisches Gymnasium Rheinfelden	5.500,00
21.30	Summe berufsbild. Schulen	152.544,00
21.50	Kreismedienzentrum	7.751,00
28.10	Kulturpflege	13.000,00
THH 3	Bildung & Kultur	195.795,00
54.20	Radwegebrücke Markt	296.255,00
54.20	Radverkehrskonzept	100.000,00
54.20	Teilumgehung Rümplingen	534.312,00
54.20	techn. Aufrüstung Winterdienstgeräte	40.000,00
54.20	Fuhrpark	322.228,00
THH 4	Verkehr & Strukturpolitik	1.292.795,00
THH 5	Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum	0,00
THH 6	Soziales & Arbeit	0,00
36.30	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	3.000,00
THH 7	Jugend & Familie	3.000,00
Gesamt		2.880.242,00

■ **Rückstellungsübersicht**

Rückstellungen	Stand der Rückstellungen	Veränderungen		Stand der Rückstellungen
	zum 01.01. des Haushaltsjahres - in EUR -	Zugänge im Haushaltsjahr - in EUR -	Abgänge im Haushaltsjahr - in EUR -	am 31.12. des Haushaltsjahres - in EUR -
1	2	3	4	6
1. Pflichtrückstellungen				
1.1. für Lohn- und Gehaltszahlungen für Altersteilzeit u. ä. Maßnahmen	1.131.649,03	75.158,68	915.931,67	290.876,04
1.2. für Verpflichtungen aus der Erstattung von Unterhaltsvorschüssen	402.371,19	18.005,04	0,00	420.376,23
1.3. für die Stilllegung und Nachsorge von Abfalldeponien	0,00	0,00	0,00	0,00
1.4. für den Ausgleich von ausgleichspfl. Gebührenüberschüssen	0,00	0,00	0,00	0,00
1.5. für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00	0,00	0,00
1.6. für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	423.805,25	39.400,00	110.434,92	352.770,33
Zwischensumme Pflichtrückstellungen	1.957.825,47	132.563,72	1.026.366,59	1.064.022,60
2. Wahlrückstellungen				
2.1. für nicht beanspruchte Zeiten aus Urlaub	1.475.821,60	537.090,80	261.124,20	1.751.788,20
2.2. für nicht beanspruchte Zeiten aus Mehrarbeit	743.478,29	200.099,52	198.323,52	745.254,29
2.3. für unterlassene Instandhaltungen	50.000,00	223.900,00	36.200,58	237.699,42
2.4. für zum Stichtag ausstehende Kreditorenrechnungen	86.648,49	93.701,51	60.606,56	119.743,44
2.5. für bereits bewilligte Zuschüsse	15.000,00	34.700,00	0,00	49.700,00
2.6. aus Immobilienbewirtschaftung	262.251,97	63.630,00	105.349,97	220.532,00
2.7. Sonstige Rückstellungen	1.228.380,69	625.429,00	1.228.380,69	625.429,00
Zwischensumme Wahlrückstellungen	3.861.581,04	1.778.550,83	1.889.985,52	3.750.146,35
Gesamt	5.819.406,51	1.911.114,55	2.916.352,11	4.814.168,95

Rechnungsquerschnitt der Ergebnisrechnung

PG	Bezeichnung	anteilige ordentliche Erträge	anteilige ordentliche Aufwen- dungen	Erträge aus internen Leistungen	Aufwen- dungen aus internen Leistungen	kalkula- torische Kosten	Netto- ressourcen- bedarf/ -überschuss
		- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
11.10	Steuerung	38.154	-753.204	862.704	-147.654	0	0
11.11	Organisation und Dokumentation kommunaler Willensbildung	0	-134.216	155.837	-21.621	0	0
11.12	Steuerungsunterstützung, Controlling, Beteiligungsmanagement	148.000	-1.017.087	1.032.080	-162.992	0	0
11.14	Zentrale Funktion	3.686	-409.757	486.251	-80.180	0	0
11.20	Organisation und LuK	3.136	-1.906.561	2.275.185	-325.592	-3.194	42.973
11.21	Personalmanagement	109.390	-2.916.698	3.165.966	-386.383	-991	-29.537
11.22	Finanzmanagement	74.467	-1.699.912	2.007.853	-382.408	0	0
11.23	Justizariat	12.667	-289.878	331.040	-53.829	0	0
11.24	Grundstücks- und Gebäudemanagement	690.520	-8.727.508	9.488.483	-1.039.048	-287.596	124.851
11.25	Fuhrpark	2.938	-67.727	114.971	-21.326	-373	28.483
11.26	Zentrale Dienstleistungen	13.661	-2.001.867	2.760.120	-777.409	0	-5.494
11.30	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	0	-98.296	125.388	-27.092	0	0
11.33	Grundstücksverkehr,-verwaltung	1.034	-4.857	0	-1.748	-453	-6.023
41.10	Krankenhäuser	46.859	-32.777	0	-14.063	-18	0
53.70	Abfallwirtschaft	842.277	0	0	-824.489	-4.445	13.343
61.10	Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen	134.710.595	-8.074.546	0	0	0	126.636.049
61.20	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	496.655	-288.672	0	0	0	207.983
THH 1	Finanzen & Zentrales Management	137.194.039	-28.423.563	21.421.530	-2.882.307	-297.070	127.012.628
11.13	Rechnungsprüfung	1.450	-218.177	263.019	-46.293	0	0
11.31	Kommunalaufsicht	5.154	-273.541	0	-86.978	-14.547	-369.912
12.10	Wahlen	15.305	-80.542	0	-12.204	-1.393	-78.834
12.20	Ordnungswesen	521.931	-888.013	337.044	-402.367	-9.263	-440.669
12.22	Ausländer- und Einbürgerungswesen	163.317	-544.375	0	-119.314	-4.104	-504.476
12.23	Personenstandswesen	1.965	-41.311	0	-9.310	-321	-48.977
12.26	Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung	196.589	-1.346.340	1.404	-304.879	-473.428	-1.926.654
12.60	Brandschutz	71.760	-267.283	0	-33.449	-6.184	-235.155
12.70	Rettungsdienst	45.109	-634.411	0	-102.526	-4.976	-696.804
12.80	Katastrophenschutz	9.930	-402.970	0	-139.844	-12.095	-544.979
41.40	Maßnahmen der Gesundheitspflege	181.824	-600.926	29.242	-366.108	-859.627	-1.615.596
42.10	Förderung des Sports	0	-1.200	0	-126.336	-25.496	-127.535
THH 2	Ordnung & Gesundheit	1.214.334	-5.299.089	630.459	-1.723.861	-1.411.434	-6.589.591
21.20	Bereitstellung und Betrieb von Sonderschulen	1.635.450	-1.867.446	0	-1.288.864	-87.802	-1.608.662
21.30	Bereitstellung und Betrieb von berufsbildenden Schulen	4.435.023	-2.591.800	0	-5.182.533	-482.080	-3.821.391
21.50	Sonstige schulische Aufgaben und Einrichtungen	57.171	-161.112	0	-76.073	-2.585	-182.600
22.20	Schulentwicklung						
25.21	Archiv	218	-56.432	0	-14.967	-572	-71.754
26.20	Musikpflege	0	-108.058	0	-790	-24	-108.872
28.10	Kulturpflege	25.850	-59.353	0	-30.312	-7.366	-71.180
THH 3	Bildung & Kultur	6.153.712	-4.844.201	0	-6.593.540	-580.430	-5.864.459

PG	Bezeichnung	anteilige ordentliche Erträge	anteilige ordentliche Aufwen- dungen	Erträge aus internen Leistungen	Aufwen- dungen aus internen Leistungen	kalkula- torische Kosten	Netto- ressourcen- bedarf/ -überschuss
		- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
12.21	Verkehrswesen	3.510.711	-2.609.610	0	-1.957.296	-72.311	-1.128.507
21.40	Schülerbeförderung	4.129.380	-5.624.661	0	-42.328	-1.385	-1.538.993
51.10	Räumliche Planung	12.500	-646.747	0	-13.177	-13.868	-661.293
51.11	Vermessung & Geoinformation	573.213	-1.518.453	0	-611.115	-147.128	-1.703.484
51.12	Flurneuordnung	3.508	-796.834	0	-50.830	-127.301	-1.044.914
54.20	Kreisstraßen	2.487.843	-3.317.173	0	-200.969	-70.159	-1.100.459
54.30	Landesstraßen	1.585.871	-1.844.366	0	-138.647	-23.237	-420.379
54.40	Bundesstraßen	908.384	-1.032.292	0	-89.965	-14.144	-228.017
54.70	ÖPNV	1.319.719	-3.716.417	0	-18.049	-110.717	-2.525.463
57.10	Wirtschaftsförderung	596	-801.032	0	-103.264	-28.369	-932.070
57.50	Tourismus	2.099	-226.673	0	-52.149	-9.542	-286.264
THH 4	Verkehr & Strukturpolitik	14.533.824	-22.134.258	0	-3.351.247	-618.162	-11.569.843
52.10	Baurecht	964.074	-771.828	130	-260.600	-23.134	-91.357
52.20	Wohnungsbauförderung	640	-29.467	0	-6.810	-719	-36.356
52.30	Denkmalschutz	3.357	-59.195	0	-13.453	-1.414	-70.705
55.20	Gewässerschutz	53.452	-937.782	8.668	-256.007	-144.738	-1.276.407
55.40	Naturschutz	69.714	-405.704	8.668	-155.906	-108.198	-591.425
55.50	Forstwirtschaft	2.158.249	-3.929.008	45.426	-801.885	-313.635	-2.840.854
55.51	Landwirtschaft	19.165	-1.358.715	1.736	-509.087	-448.397	-2.295.296
56.10	Umweltschutz	120.941	-698.432	11.558	-191.867	-153.728	-911.529
56.20	Arbeitsschutz	39.430	-188.833	0	-175.305	-59.877	-384.586
THH 5	Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum	3.429.022	-8.378.964	73.432	-2.368.165	-1.253.840	-8.498.515
31.10	Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB II	22.030.995	-65.212.752	0	-629.362	-11.729	-43.822.847
31.20	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II	10.833.639	-23.381.126	0	-544.712	-8.443	-13.100.642
31.30	Hilfen für Flüchtlinge und Aussiedler	2.692.690	-4.010.609	0	-108.822	-665	-1.427.406
31.40	Soziale Einrichtungen	1.540.150	-2.694.175	0	-1.081.543	-211.482	-2.447.050
31.50	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	765.549	-920.128	0	-12.388	-13.163	-180.131
31.60	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	0	-202.837	0	-463	-1	-203.301
31.70	Betreuungsleistungen	120.453	-425.506	0	-114.736	-1.020	-420.809
31.80	Sonstige soziale Hilfe und Leistungen	275.914	-2.091.726	0	-243.230	-2.609	-2.061.650
31.90	Bildung & Teilhabe	1.276	-188.430	0	-20.410	-92	-207.657
37.10	Schwerbehindertenrecht	9	-510.451	0	-161.443	-1.494	-673.379
37.20	Soziales Entschädigungsrecht	0	-151.414	0	-45.596	-46.607	-243.618
THH 6	Soziales & Arbeit	38.260.675	-99.789.154	0	-2.962.705	-297.305	-64.788.490
36.20	Allgemeine Förderung junger Menschen	45.890	-1.219.793	0	-62.302	-356	-1.236.561
36.30	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	3.581.625	-23.447.398	0	-1.851.029	-18.521	-21.735.323
36.50	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	1.748.291	-3.909.944	0	-97.804	-1.002	-2.260.458
36.80	Kooperation und Vernetzung	102.698	-446.067	0	-102.875	-1.033	-447.278
36.90	Unterhaltsvorschussleistungen	1.368.263	-2.547.341	0	-129.586	-1.010	-1.309.675
THH 7	Jugend & Familie	6.846.767	-31.570.543	0	-2.243.596	-21.922	-26.989.295
Summe		207.632.373	-200.439.773	22.125.421	-22.125.421	-4.480.163	2.712.435

Rechnungsquerschnitt der Finanzrechnung

PG	Bezeichnung	anteiliger Zahlungs-	Einzahlungen	Auszahlungen	anteiliger
		mittelüberschuss/ -bedarf der Ergebnisrechnung			aus Investitionstätigkeit
		- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
11.10	Steuerung	-712.774	0	0	-712.774
11.11	Organisation und Dokumentation kommunaler Willensbildung	-131.643	0	0	-131.643
11.12	Steuerungsunterstützung, Controlling, Beteiligungsmanagement	-812.951	0	0	-812.951
11.14	Zentrale Funktion	-401.303	0	0	-401.303
11.20	Organisation und IuK	-1.792.886	0	-5.369	-1.798.254
11.21	Personalmanagement	-2.646.103	0	0	-2.646.103
11.22	Finanzmanagement	-1.637.706	0	-52.481	-1.690.187
11.23	Justizariat	-273.417	0	-50	-273.467
11.24	Grundstücks- und Gebäudemanagement	-6.599.888	0	-1.737.456	-8.337.344
11.25	Fuhrpark	-59.489	0	0	-59.489
11.26	Zentrale Dienstleistungen	-2.142.865	0	0	-2.142.865
11.30	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	-96.514	0	0	-96.514
11.33	Grundstücksverkehr, -verwaltung	-3.492	0	0	-3.492
41.10	Krankenhäuser	64.970	0	0	64.970
53.70	Abfallwirtschaft	880.261	0	0	880.261
61.10	Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen	126.559.812	0	0	126.559.811
61.20	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	92.879	0	0	92.879
THH 1	Finanzen & Zentrales Management	110.286.892	0	-1.795.356	108.491.536
11.13	Rechnungsprüfung	-212.967	0	0	-212.967
11.31	Kommunalaufsicht	-261.550	0	0	-261.550
12.10	Wahlen	-64.734	0	0	-64.734
12.20	Ordnungswesen	-352.341	0	0	-352.341
12.22	Ausländer- und Einbürgerungswesen	-391.781	0	0	-391.781
12.23	Personenstandswesen	-41.474	0	0	-41.474
12.26	Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung	-1.134.163	0	0	-1.134.163
12.60	Brandschutz	-162.453	0	0	-162.454
12.70	Rettungsdienst	-590.623	0	-23.161	-613.784
12.80	Katastrophenschutz	-415.393	0	-4.295	-399.688
41.40	Maßnahmen der Gesundheitspflege	-416.251	20.815	0	-415.435
42.10	Förderung des Sports	0	0	0	0
THH 2	Ordnung & Gesundheit	-4.043.730	20.815	-27.456	-4.050.371
21.20	Bereitstellung und Betrieb von Sonderschulen	-145.064	8.948	-32.957	-169.073
21.30	Bereitstellung und Betrieb von berufsbildenden Schulen	2.070.608	0	-208.284	1.862.324
21.50	Sonstige schulische Aufgaben und Einrichtungen	-142.809	0	0	-142.809
25.21	Archiv	-55.298	0	0	-55.298
26.20	Musikpflege	-108.038	0	0	-108.038
28.10	Kulturpflege	-39.641	0	0	-39.641
THH 3	Bildung & Kultur	1.579.758	8.948	-241.241	1.347.465

PG	Bezeichnung	anteiliger Zahlungs- mittelüberschuss/ -bedarf der Ergebnisrechnung	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	anteiliger Finanzierungs- mittelüberschuss/ -bedarf
		- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
12.21	Verkehrswesen	977.720	0	0	977.720
21.40	Schülerbeförderung	-1.393.000	0	0	-1.393.000
51.10	Räumliche Planung	-643.917	0	0	-643.917
51.11	Vermessung & Geoinformation	-940.072	0	-12.115	-952.187
51.12	Flumeuordnung	-781.285	0	0	-781.285
54.20	Kreisstraßen	-546.568	114.226	-906.417	-1.338.760
54.30	Landesstraßen	-206.508	0	0	-206.508
54.40	Bundesstraßen	353.564	0	0	353.564
54.70	ÖPNV	-2.231.187	0	-150.000	-2.381.187
57.10	Wirtschaftsförderung	-643.690	0	-11.800	-655.490
57.50	Tourismus	-226.297	0	0	-226.297
THH 4	Verkehr & Strukturpolitik	-6.281.240	114.226	-1.080.332	-7.247.347
52.10	Baurecht	214.340	0	0	214.340
52.20	Wohnungsbauförderung	-28.643	12.544	0	-16.099
52.30	Denkmalschutz	-55.336	0	0	-55.336
55.20	Gewässerschutz	-829.789	0	0	-829.789
55.40	Naturschutz	-341.117	0	0	-341.117
55.50	Forstwirtschaft	-1.942.002	0	0	-1.942.002
55.51	Landwirtschaft	-1.346.614	0	-3.131	-1.349.745
56.10	Umweltschutz	-598.273	0	0	-598.273
56.20	Arbeitsschutz	-146.310	0	0	-146.310
THH 5	Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum	-5.073.744	12.544	-3.131	-5.064.331
31.10	Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB II	-44.400.222	0	-7.735	-44.407.957
31.20	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II	-12.183.174	0	0	-12.183.174
31.30	Hilfen für Flüchtlinge und Aussiedler	-1.222.610	0	0	-1.222.610
31.40	Soziale Einrichtungen	470.101	6.321	-357.831	118.591
31.50	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	-169.803	0	0	-169.803
31.60	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	-202.837	0	0	-202.837
31.70	Betreuungsleistungen	-308.543	0	0	-308.543
31.80	Sonstige soziale Hilfe und Leistungen	-1.877.829	2.731	0	-1.875.098
31.90	Bildung & Teilhabe	-186.414	0	0	-186.414
37.10	Schwerbehindertenrecht	-500.968	0	0	-500.968
37.20	Soziales Entschädigungsrecht	-151.170	0	0	-151.170
THH 6	Soziales & Arbeit	-60.733.469	9.052	-365.566	-61.089.983
36.20	Allgemeine Förderung junger Menschen	-1.208.486	0	0	-1.208.486
36.30	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	-21.261.857	0	0	-21.261.857
36.50	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	-2.149.400	0	0	-2.149.400
36.80	Kooperation und Vernetzung	-358.770	0	0	-358.770
36.90	Unterhaltsvorschussleistungen	-530.421	0	0	-530.421
THH 7	Jugend & Familie	-25.508.934	0	0	-25.508.934
Summe		10.225.533	165.585	-3.513.082	6.878.035

Zuordnung der Erträge und Aufwendungen zum verbindlichen Produktrahmen

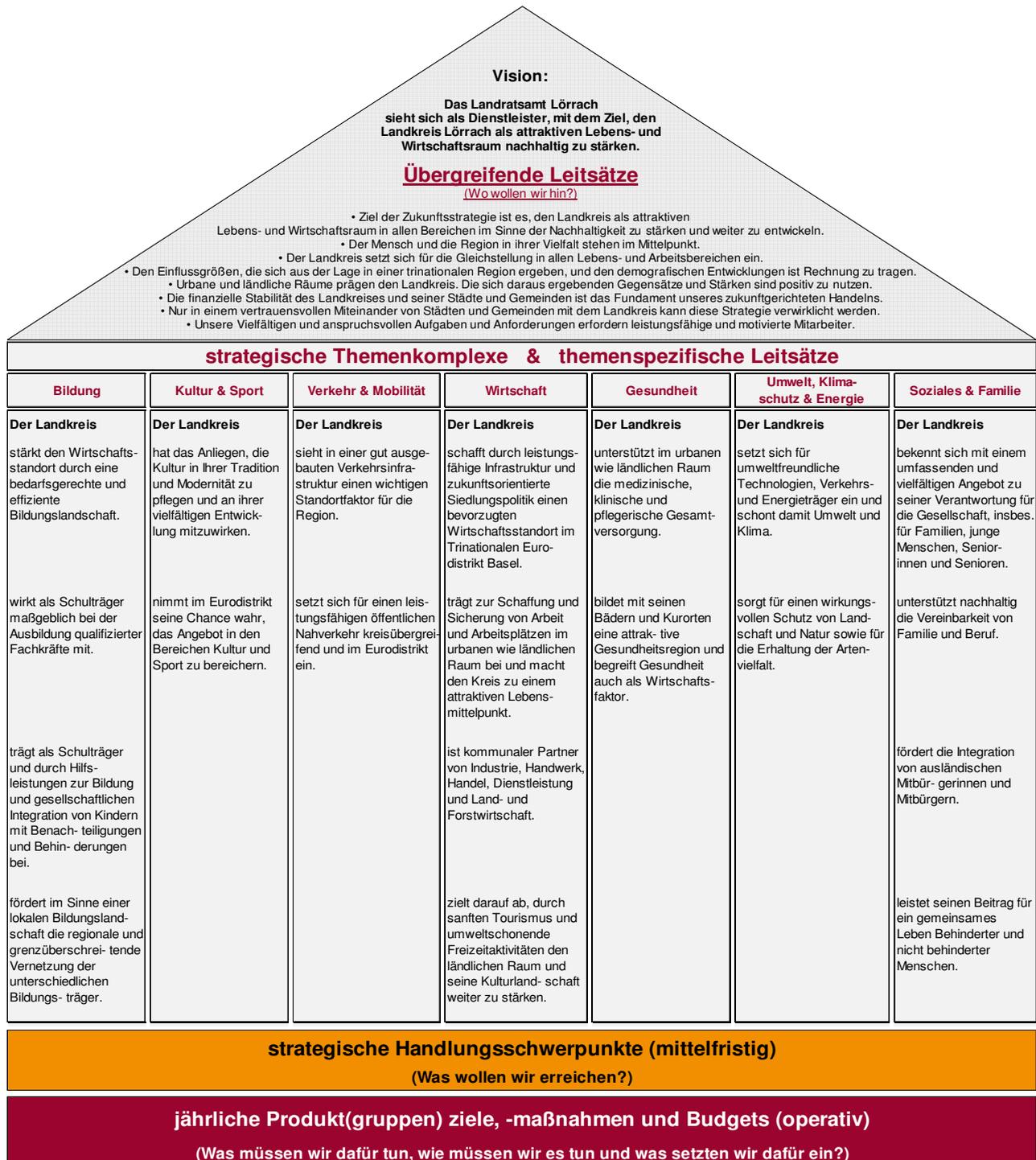
Produktbereich/-gruppe	Bezeichnung	ordentliche Erträge	ordentliche Aufwendungen	ordentliches Ergebnis	Nettoressourcenbedarf/überschuss
		- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
11	Innere Verwaltung	1.104.256	-20.519.285	-19.415.028	-214.659
12	Sicherheit und Ordnung	4.536.617	-6.814.855	-2.278.238	-5.605.054
12.60	Brandschutz	71.760	-267.283	-195.523	-235.155
21	Schulträgeraufgaben	10.257.024	-10.245.020	12.004	-7.151.647
22	Schulpersonal und Schulentwicklung				
25	Museen, Archiv, Zoo	218	-56.432	-56.214	-71.754
26	Theater, Konzerte, Musikschulen		-108.058	-108.058	-108.872
27	Volkshochschulen, Bibliotheken, kulturpädagogische Einrichtungen				
28	Sonstige Kulturpflege	25.850	-59.352	-33.502	-71.180
31	Soziale Hilfen	38.260.666	-99.127.289	-60.866.623	-63.871.494
31.10	Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII	22.030.996	-65.212.752	-43.181.756	-43.822.847
31.20	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II	10.833.639	-23.381.126	-12.547.487	-13.100.642
36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	6.846.767	-31.570.543	-24.723.776	-26.989.295
36.30	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	3.581.625	-23.447.397	-19.865.772	-21.735.323
36.50	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	1.748.291	-3.909.944	-2.161.653	-2.260.458
37	Schwerbehinderten- und soziales Entschädigungsrecht	9	-661.865	-661.856	-916.996
41	Gesundheitsdienste	228.683	-633.704	-405.021	-1.615.596
41.10	Krankenhäuser	46.858	-32.777	14.081	
41.80	Kur- und Badeeinrichtungen				
42	Sport und Bäder		-1.200	-1.200	-127.536
42.40	Bäder				
42.41	Sportstätten				
51	Räumliche Planung und Entwicklung	589.221	-2.962.035	-2.372.814	-3.409.691
52	Bauen und Wohnen	968.071	-860.490	107.581	-198.418
53	Ver- und Entsorgung	842.277		842.277	13.343
53.30	Wasserversorgung				
53.70	Abfallwirtschaft	842.277		842.277	13.343
53.80	Abwasserbeseitigung				
54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	6.301.816	-9.910.248	-3.608.432	-4.274.318
54.70	ÖPNV	1.319.719	-3.716.417	-2.396.698	-2.525.463
55	Natur- und Landschaftspflege, Friedhofswesen	2.300.580	-6.631.208	-4.330.629	-7.003.983
55.30	Friedhofs- und Bestattungswesen				
56	Umweltschutz	160.372	-887.266	-726.894	-1.296.114
57	Wirtschaft und Tourismus	2.695	-1.027.705	-1.025.010	-1.218.334
61	Allgemeine Finanzwirtschaft	135.207.251	-8.363.218	126.844.033	126.844.033
61.10	Steuern, allg. Zuweisungen, Umlagen	134.710.595	-8.074.546	126.636.049	-126.636.049
61.20	Sonstige allg. Finanzwirtschaft	496.656	-288.672	207.984	207.984
61.30	Abwicklung der Vorjahre				
Gesamtsumme		207.632.373	-200.439.773	7.192.600	2.712.435

Rechenschaftsbericht 2014



Ziele & Strategien

Der Kreistag des Landkreises Lörrach hat am 16.12.2009 die Gesamtstrategie „Gemeinsam Zukunft gestalten – Landkreis Lörrach 2025“ verabschiedet. Die darin definierte Vision sowie die übergreifenden und themenspezifischen Leitsätze dienen **als Gesamtstrategie und Orientierungsrahmen**, an dem Politik und Verwaltung ihre Planungen und Entscheidungen zur zukünftigen Entwicklung des Landkreises Lörrach ausrichten.



Ziele & Strategien

Da die **übergreifenden und themenspezifischen Leitsätze** (1. Ebene) für eine zielorientierte Steuerung der Kreisverwaltung durch die politischen Gremien zu abstrakt formuliert sind, müssen diese noch konkretisiert werden.

Dafür werden regelmäßig im Vorfeld der jährlichen Haushaltsplanung die gemeinsam von Politik und Verwaltung festgelegten **strategischen Handlungsschwerpunkte** (2. Ebene) fortgeschrieben. Sie stellen das Bindeglied zwischen der 1. Ebene, der Gesamtstrategie und den jährlichen **Ziel-, Leistungs- und Budgetplanungen** (3. Ebene) der Fachbereiche dar und konkretisieren, was die Verwaltung in den Themenfeldern leisten bzw. umsetzen will, die für den Landkreis strategisch relevant sind.

■ **Im Vorfeld der Aufgaben- und Finanzplanung 2014 wurden die bislang gesetzten strategischen Schwerpunkte und Ziele regelmäßig evaluiert, fortgeschrieben und als Grundlage für die Aufgaben- und Finanzplanungen der Fachbereiche konkretisiert.**

■ **Mit dem sog. Strategiebeschluss (Kreistag vom 24.07.2013) und im Rahmen des Haushaltsbeschlusses vom 27.11.2013 wurden für das Jahr 2014 folgende strategische Handlungsschwerpunkte verabschiedet:**

Übergreifende Strategische Schwerpunkte	
Das Landratsamt Lörrach ist eine moderne, dienstleistungsorientierte Verwaltung und ein attraktiver Arbeitgeber.	
Der Landkreis stellt sich den gesellschaftlichen Auswirkungen und Herausforderungen des demographischen Wandels im Landkreis.	

Prio.	Themenkomplex	Strategische Handlungsschwerpunkte		
I	Verkehr & Mobilität	Der Landkreis übernimmt im Bereich Mobilität eine aktive Steuerungsfunktion.	Im Landkreis besteht ein zukunftsorientiertes und umweltschonendes ÖPNV-Angebot	Im Landkreis besteht ein verbessertes Angebot an Radwegen.
II	Bildung	Die kreiseigenen Bildungseinrichtungen sind am Bedarf des regionalen Arbeitsmarktes und der Schüler/-innen ausgerichtet und effizient organisiert.	Verbesserung der Lern- und Lebenschancen von Jugendlichen durch regionale Abstimmung aller Bildungs- und Erziehungsangebote.	
	Soziales & Familie	Umsetzung der im Prozess Sozialstrategie erarbeiteten Maßnahmen	Der Landkreis stärkt die Erziehung in der Herkunftsfamilie.	
	Wirtschaft & Strukturpolitik	Der Landkreis fördert und stärkt Dienstleistung, Handwerk, Handel, Gewerbe durch aktive Wirtschaftsförderung. Er verbessert die Außenwahrnehmung der Region durch sein Standortmarketing und unterstützt die Fachkräftewerbung aktiv.	Der Landkreis fördert durch aktive Strukturpolitik gleichwertige Lebensbedingungen für den Ländlichen Raum.	
III	Umwelt, Energie & Klimaschutz	Der Landkreis fördert den Einsatz regenerativer Energien verbunden mit der Steigerung der Energieeffizienz und der Schonung der endlichen Ressourcen.	Der Landkreis sichert gefährdete landkreisspezifische Tier- und Pflanzenarten in ihrem Bestand	
IV	Gesundheit			
V	Kultur & Sport			

Um Abweichungen von der gesetzten Strategie und den geplanten Budgets rechtzeitig festzustellen und so ein wirksames Gegensteuern von Politik und Verwaltung zu ermöglichen, wurde in der Kreisverwaltung bereits vor einigen Jahren ein unterjähriges Berichtswesen eingeführt. Grundsätzlich ist hierbei zwischen dem fachbereichsinternen und dem zentralen Berichtswesen zu unterscheiden.

Das fachbereichsinterne Berichtswesen wird durch die einzelnen Fachbereiche für ihren entsprechenden Aufgabenbereich eigenverantwortlich ausgestaltet. Das zentrale Berichtswesen dient der Messung der Aufgabenerfüllung der Kreisverwaltung und der Kommunikation gegenüber dem Kreistag und der Öffentlichkeit.

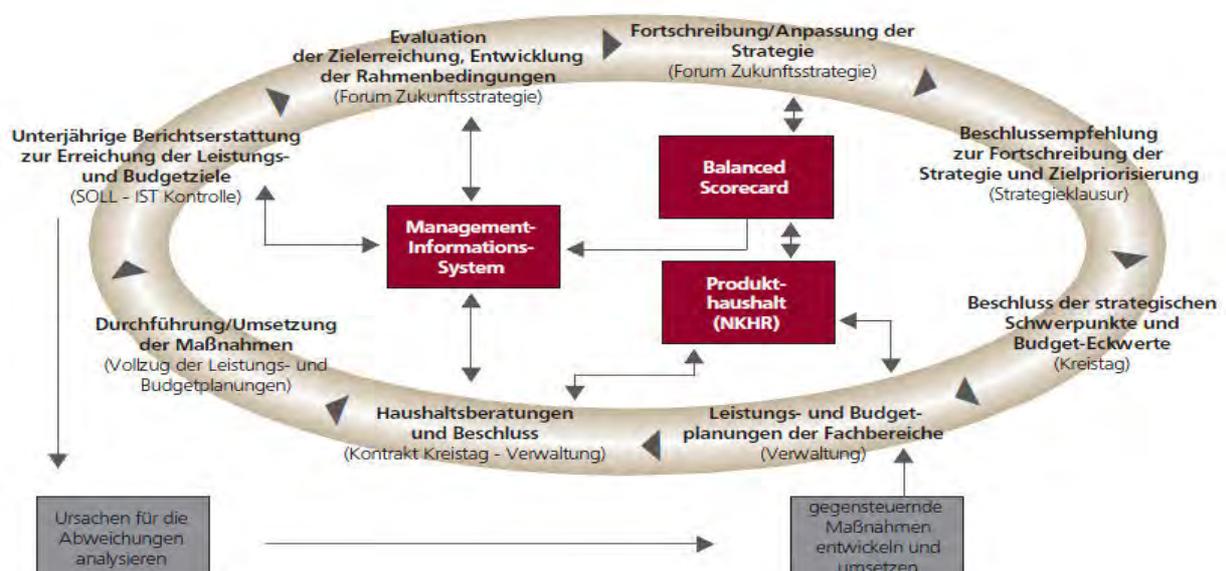
Entsprechend dem Kontrakt zwischen Kreistag und Landrätin hat die Verwaltungsführung die Kreisräte in unterjährigen Zwischenberichten (im Juli und Oktober 2014) über den aktuellen Stand der Aufgabenerfüllung, die Finanzlage sowie wesentliche Planabweichungen informiert.

Im Rahmen der Feststellung des Jahresabschlusses (im Juli 2015) informiert die Kreisverwaltung nicht nur über die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben und das Ergebnis 2014, sondern in den Teilhaushaltsberichten insbesondere auch über den Umsetzungsstand der strategischen Ziele, Maßnahmen und Projekte.

Ob die geplanten Maßnahmen und Projekte durchgeführt und die gesetzten strategischen Ziele in Folge dessen erreicht wurden oder nicht wird in den einzelnen Teilhaushalten und Produktgruppen dargestellt. Hinsichtlich der Beantwortung der Frage, ob denn letztendlich auch die gewünschte Wirkung bei der jeweiligen Zielgruppe eingetreten ist, stehen wir noch am Anfang. Es ist aber unser Ziel, auch für die Beantwortung dieser Frage Zug um Zug aussagekräftige Indikatoren und Kennzahlen zu definieren und in zukünftigen Jahresberichten darzustellen.

Jeder Jahresbericht ist nicht nur ein Rückblick auf das Vorjahr - sondern informiert auch über künftige Entwicklungen und weist auf kommende Herausforderungen hin.

Strategischer Steuerungskreislauf – Landkreis Lörrach -



Wichtigste Jahresergebnisse

■ Darstellung des Jahresergebnisses

Der Haushalt 2014 schließt mit einem ordentlichen Ergebnis in Höhe von **7.192.600,29 EUR** ab. Zurückzuführen ist diese Ergebnisverbesserung insbesondere auf Mehrerträge bei den Transfererträgen Soziales & Jugend, bei der Grunderwerbssteuer und den Schlüsselzuweisungen, den Verwaltungs- und Benutzungsgebühren, diversen Zuschüssen und Kostenerstattungen, sowie der Auflösung und Herabsetzung von Rückstellungen. Zudem haben Minderaufwendungen bei den Transferaufwendungen Soziales (insb. bei den Hilfeleistungen für Flüchtlinge und bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende), Zuschüssen an übrige Bereiche, Mieten und Pachten, Streugut und Kraftstoffen, und der Gebäudebewirtschaftung zum Ergebnis beigetragen. Durch die sparsame und wirtschaftliche Bewirtschaftung in allen Verwaltungsbereichen haben sich darüber hinaus monetäre Verbesserungen bei einer Vielzahl weiterer Budgetpositionen ergeben (siehe auch Erläuterungen zum Verlauf der Haushaltswirtschaft).

Das Sonderergebnis 2014 beläuft sich auf **-1.488.946,06 EUR** und beruht weitestgehend auf außerordentlichen Abschreibungen in Höhe von 1,541 Mio EUR für die Wertberichtigung des Beteiligungswertes der Kliniken GmbH.

Der Haushalt schließt somit mit einem Gesamtergebnis in Höhe von **5.703.654,23 EUR** positiv ab. Bei Betrachtung dieses guten Ergebnisses darf nicht außer Acht gelassen werden, dass in der Gesamtergebnisrechnung 2014 Ermächtigungsübertragungen in Höhe von 2,365 Mio. EUR gebildet wurden. In dieser Höhe nimmt der Landkreis auch für das Jahr 2015 eine „Hypothek“ auf, da die Ermächtigungsübertragungen erst im bzw. in den Folgejahr/en zu Aufwendungen führen und die künftigen Ergebnisse belasten werden.

Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2013 hat sich der Bestand an Zahlungsmitteln von 29.554.478,54 EUR auf **5.691.990,03 EUR** verringert. Dies ist lediglich dem Umstand geschuldet, dass zum Jahreswechsel nicht benötigte liquide Mittel, welche im Jahr zuvor auf Tagesgeldkonto verbucht waren, nun als Termingeldkonto bei den Wertpapieren aufgrund einer besseren Zinsrendite angelegt wurden und daher unter einer anderen Bilanzposition ausgewiesen werden. Insgesamt betrachtet haben sich die Finanzmittel um rd. 8,6 Mio. EUR erhöht. Des Weiteren wird auf die Ausführungen zur Liquidität und des ordentlichen Ergebnisses verwiesen.

Die Bilanzsumme zum 31.12.2014 beträgt **145.809.372,29 EUR** und hat sich im Vergleich zur Schlussbilanz 2013 um 8.776.131,57 EUR erhöht. Diese Erhöhung beruht auf der Aktivseite weitgehend auf der Zunahme des Finanzvermögens (9,0 Mio. EUR) aufgrund Termingeldanlagen.

Das Basiskapital des Landkreises Lörrach zum 31.12.2014 beträgt **84.494.921,13 EUR**. Es hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 1.431.095,95 EUR verringert. Dies beruht im Wesentlichen auf dem erforderlichen Ausgleich des Fehlbetrags aus dem Sonderergebnis 2014 und zu einem geringen Teil auf der Korrektur eines fehlenden passiven Sonderpostens für Bauwerke des Rad- und Wanderwegs „Todtnauerli“, der aufgrund von Prüfungsfeststellungen der durchgeführten überörtlichen Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) gegen das Basiskapital korrigiert wurde.

Den Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses wurde das Ergebnis 2014 in Höhe von **7,193 Mio. EUR** zugeführt. Aus den Rücklagen des Sonderergebnisses wurden 137.124,55 EUR entnommen.

Die Rückstellungen haben sich von 5,819 Mio. EUR um 1,005 Mio. EUR auf **4,814 Mio. EUR** verringert. Dies betrifft wie bereits im Vorjahr die Rückstellungen für Altersteilzeit (0,84 Mio. EUR) und darüber hinaus die sonstigen Rückstellungen.

Die Verbindlichkeiten haben sich von 6,954 Mio. EUR um 2,573 Mio. EUR auf **9,527 Mio. EUR** erhöht. Dies ist im Wesentlichen in der KfW-Kreditaufnahme (2,0 Mio. EUR) und einer zum Jahresende noch nicht ausbezahlten Verbindlichkeit aus Lieferungen und Leistungen begründet.

■ **Verwendung des Jahresergebnisses**

Das Jahr 2014 schließt mit einem Überschuss im ordentlichen Ergebnis in Höhe von 7.192.600,29 EUR und mit einem Fehlbetrag im Sonderergebnis in Höhe von -1.488.946,06 EUR ab. Gemäß § 49 Absatz 3 Satz 4 GemHVO ist im Jahresabschluss ein Überschuss beim ordentlichen Ergebnis der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zuzuführen. Ein Fehlbetrag beim Sonderergebnis ist gemäß § 25 Absatz 4 GemHVO im Jahresabschluss durch Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses zu verrechnen. Soweit dies nicht möglich ist, ist der Fehlbetrag zu Lasten des Basiskapitals zu verrechnen. Da die Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses zur Verrechnung des Fehlbetrags nicht ausreicht, ist der verbleibende Betrag von **1.351.821,51 EUR** mit dem Basiskapital zu verrechnen.

■ **Bericht über die Entwicklung der Rücklagen**

Rücklagen sind Bestandteil der Kapitalposition (Eigenkapital). Sie dienen der Aufnahme von Überschüssen aus dem ordentlichen Ergebnis und dem Sonderergebnis und dem Ausgleich von Fehlbeträgen im Rahmen des Haushaltsausgleichs. Sie sind nicht mit der bisherigen kameralen Rücklage zu vergleichen, die zur Sicherung der Haushaltswirtschaft (Liquidität) und für Zwecke des Vermögenshaushalts zu bilden war.

Die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses beträgt nach Zuführung insgesamt 29.960.098,41 EUR, die Rücklage aus den Überschüssen des Sonderergebnisses nach dessen Entnahme 0 EUR, in Summe 29.960.098,41 EUR.

Drei-Komponenten-System

Die Zusammenhänge der drei Rechensysteme Ergebnis-, Finanz- und Vermögensrechnung werden anhand folgender stilisierter Darstellungsform verdeutlicht:

Ergebnisrechnung				
	Aufwendungen - in EUR -		Erträge - in EUR -	
	2013	2014	2013	2014
Personalaufwendungen	41.307.470,99	45.264.162,60	Umlagen	80.180.401,72 82.269.992,32
Aufw.f.Sach-/Dienstleistungen	12.272.749,53	13.702.815,48	Zuweisungen, Zuschüsse	85.981.276,83 90.261.099,82
Abschreibungen, Zinsen	3.197.875,10	4.119.553,83	Sonstige Transfererträge	9.403.106,46 11.766.837,49
Transferaufwendungen	100.157.010,24	107.051.899,40	Kostenerstattungen u. -umlagen	13.646.721,88 17.088.036,02
Sonstige ordentl. Aufwendungen	30.483.632,68	30.301.341,25	Steuern, ähnliche Abgaben, Entgelte, Zinsen u. sonstige Erträge	7.081.374,88 6.246.407,20
ordentliches Ergebnis		7.192.600,29		
Außerordentliche Aufwendungen	203.169,32	1.571.356,96	Außerordentliche Erträge	224.156,90 82.410,90
			außerordentliches Ergebnis	1.488.946,06
Gesamtergebnis	8.895.130,81	5.703.654,23		

Vermögensrechnung (Bilanz)				
	Aktiva - in EUR -		Passiva - in EUR -	
	2013	2014	2013	2014
Immaterielle Vermögensgegenstände	89.492,44	76.912,64	Basiskapital	85.926.017,08 84.494.921,13
Sachvermögen	49.397.229,54	50.286.779,97	Rücklagen aus Überschüssen des ordentl. Ergebnisses u. Sonderergebnisses	22.904.622,67 29.960.098,41
Finanzvermögen	74.204.620,05	83.241.431,22	davon Zuführung akt. Jahr	8.895.130,81 7.192.600,29
davon Liquide Mittel	29.554.478,54	5.691.990,03	Sonderposten	13.995.935,04 13.694.164,56
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	13.341.898,69	12.202.248,46	Rückstellungen	5.819.406,51 4.814.168,95
			Verbindlichkeiten	6.953.782,98 9.526.571,13
			Passive Rechnungsabgrenzungsposten	1.433.476,44 3.319.448,11
Summe	137.033.240,72	145.009.372,29	Summe	137.033.240,72 145.009.372,29

Finanzrechnung				
	Einzahlungen - in EUR -		Auszahlungen - in EUR -	
	2013	2014	2013	2014
Anfangsbestand	2.187.970,67	29.554.478,54		
Finanzierungen des Ergebnishaushalts	195.311.560,46	205.135.265,87	Auszahlungen des Ergebnishaushalts	188.267.059,83 194.909.732,95
Einzahlungen a. Investitionstätigkeit	5.107.168,54	165.584,46	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	11.818.759,69 3.513.082,20
davon Ausleihungen an Untern.	4.619.035,86	0,00	davon Ausleihungen an Untern.	1.400.000,00 0,00
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	1.000.000,00	2.000.000,00	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 0,00
Einzahlungen aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	144.088.513,28	133.338.918,93	Auszahlungen aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	118.054.914,89 166.079.442,62
			Endbestand an Zahlungsmitteln	29.554.478,54 5.691.990,03

Verlauf der Haushaltswirtschaft

■ Ergebnisrechnung

Trotz vieler internationaler Krisen ist die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr so stark gewachsen wie seit 2011 nicht mehr. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg um 1,6 Prozent. 2013 hatte es nur ein Plus von 0,1 Prozent gegeben. Dank des Beschäftigungsrekords und steigender Löhne sorgten vor allem die Verbraucher für Impulse. Ihr Konsum erhöhte sich um 1,1 Prozent.

Die Exporte legten um 3,7 Prozent zu. Trotz der großen Unsicherheit über die Konjunktorentwicklung wagten die Firmen wieder mehr Investitionen.

Auch der Staatshaushalt konnte im dritten Jahr in Folge schwarze Zahlen schreiben. Zusammen nahmen der Bund, die Länder, die Kommunen und die Sozialversicherung 11,9 Mrd. EUR mehr ein, als sie ausgaben. Dieses günstige wirtschaftliche Umfeld förderte u.a. das im Landkreis Lörrach erzielte Jahresergebnis.

Die sieben Teilhaushalte schließen wie folgt ab:

THH	Bezeichnung	ordentliches Ergebnis PLAN - in EUR -	ordentliches Ergebnis IST - in EUR -	Vergleich PLAN / IST - in EUR -
1	Finanzen & Zentrales Management	105.528.904	108.770.476	3.241.572
2	Ordnung & Gesundheit	-4.132.845	-4.084.755	48.090
3	Bildung & Kultur	1.155.645	1.309.510	153.865
4	Verkehr & Strukturpolitik	-8.046.360	-7.600.434	445.926
5	Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum	-5.151.062	-4.949.942	201.120
6	Soziales & Arbeit	-63.286.405	-61.528.479	1.757.926
7	Jugend & Familie	-26.067.878	-24.723.776	1.344.101
ordentliches Ergebnis		0	7.192.600	7.192.600

Das positive Rechnungsergebnis im Haushaltsjahr 2014 setzt sich aus folgenden Positionen zusammen:

Ertrag / Aufwand	THH	PG	Bezeichnung	Vergleich PLAN / IST - in EUR -
E	1	61.10	Grunderwerbssteuer	1.221.400
E	1	61.10	Schlüsselzuweisungen	929.400
E	1-7	div.	Auflösung u. Herabsetzung von Rückstellungen	611.100
E	1-7	div.	Verwaltungs- und Benutzungsgebühren, Bußgelder	287.700
E	1-7	div.	Diverse Zuweisungen und Kostenerstattungen	272.700
E	1-7	div.	Privatrechtl. Leistungsentgelte, aktivierte Eigenleist., Steuern	190.800
A	1-7	div.	Zuschüsse Jugend, Soziales, GüZ, Strukturförderung, etc.	371.800
A	1	div.	Mieten und Pachten	322.000
A	1-7	div.	Streugut und Kraftstoffe	281.400
A	1-7	div.	Gebäudebewirtschaftung	261.000
A	1-7	div.	Personalaufwendungen incl. Rückstellungen/-auflösungen	-1.058.700
E/A	6+7	div.	Transferleistungen Soziales & Jugend	3.571.900
E/A	1-7	div.	sonstige Budgeteinsparungen	593.600
E/A	4	21.40	Schülerbeförderung, Kostenersatz und Beförderungsleistungen	173.700
E/A	1	61.20	Abschreibungen/ Einzel- u. Pauschalwertbericht. auf Forderungen	-837.200
ordentliches Ergebnis				7.192.600

Verlauf der Haushaltswirtschaft

Die größten Positionen und bedeutendsten Bereiche werden nachfolgend erläutert:

- **Grunderwerbsteuer – Mehrerträge von 1.221.400 EUR**

Aufgrund der hohen Erträge in den vergangenen Jahren sowie der stetig steigenden Immobilienpreise wurden für das Jahr 2014 Grunderwerbsteuererträge in Höhe von 11.116.500 EUR erwartet. Dieser Betrag konnte trotz unterjähriger Schwankungen erreicht und sogar um 1.221.400 EUR überschritten werden. Diese Mehrerträge resultieren insbesondere aus den Monaten Juli, September und Oktober 2014.

- **Schlüsselzuweisungen – Mehrerträge von 929.400 EUR**

Mit der 4. Abschlagszahlung 2014 stieg der Kopfbetrag, der für die Ermittlung der Bedarfszahl der Landkreise zugrunde gelegt wird, im Vergleich zum Plan (587 EUR) auf 594 EUR. Dieser Faktor sowie die gegenüber der Planung erhöhten Einwohnerzahlen führten zu Mehrerträgen von 865.400 EUR. Die Ausschüttungsquote blieb zunächst bei 71,00 Prozent und die Steuerkraftmesszahl reduzierte sich minimal. Aus der Abschlusszahlung des Jahres 2013 ergaben sich Mehrerträge von 64.000 EUR (aufgrund leicht erhöhter Einwohnerzahl und einer Ausschüttungsquote von 71,48 Prozent).

- **Mieten und Pachten – Minderaufwendungen in Höhe von 322.000 EUR**

Die Verbesserung im Bereich der Position „Mieten und Pachten“ ergibt sich nahezu ausschließlich im Teilhaushalt 6, Bereich „Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber und Flüchtlinge“ (311.600 EUR). Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes 2014 ging man von einem höheren und früheren Zuwanderungsstrom aus, sodass Mietaufwendungen von 602.500 EUR veranschlagt wurden. Tatsächlich entstanden Mietaufwendungen in Höhe von 290.900 EUR, da Wohnraum später bzw. nicht in dem geplanten Umfang notwendig wurde. Dennoch haben sich die Aufwendungen für Mieten in diesem Bereich im Vergleich zum Vorjahr (147.400 EUR) mehr als verdoppelt.

- **Wertberichtigungen Forderungen – Mehraufwand (netto) von -837.200 EUR**

Das Risiko eines vollständigen oder teilweisen Forderungsausfalls ist in der Bilanz angemessen zu berücksichtigen. Damit wird dem Grundsatz der wirklichkeitsgetreuen Bewertung und den Bilanzgrundsätzen der Wahrheit und Klarheit entsprochen.

Neben der Einzelwertberichtigung wird das Ausfallrisiko je Forderungsart mittels eines pauschalen Wertberichtigungssatzes jedes Jahr neu ermittelt. Die Wertberichtigung auf Forderungen dient ausschließlich Zwecken des bilanziellen Ausweises und ist nicht als Forderungsverzicht zu verstehen.

Die berechneten Wertberichtigungssätze sind im Jahr 2014 mit Ausnahme der Forderungen "Jugend & Soziales" im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Aus diesem Grunde mussten die in die Bilanz eingestellten Wertberichtigungen auf Forderungen der Vorjahre in entsprechender Höhe ertragswirksam aufgelöst werden.

Die im Bereich Jugend & Soziales der Wertberichtigung zu Grunde gelegten offenen Posten zum 31.12.2014 wurden um Erstattungsforderungen gegen öffentliche Träger (als 100 % werthaltig eingestuft) sowie um befristet niedergeschlagene Forderungen bereinigt. Um diese Beträge weichen die werthaltigen Posten in der folgenden Tabelle von den entsprechenden Bilanzpositionen ab.

Die Wertberichtigung wurde auf Basis folgender Beträge berechnet und verteilt sich auf die Bereiche:

Herkunft / Bereich	Offene Posten zum 31.12.2014	Werthaltige Posten zum 31.12.2014	Wertberichtigung zum 31.12.2014	Wertberichtigung zum 31.12.2013	Ertrag / Aufwand aus Wertberichtigung 2014
	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
Unterhaltsvorschuss	4.562.713	630.564	3.474.631	3.819.575	344.944
Jugend & Soziales	5.098.001	4.079.832	1.012.467	760.126	-252.341
Ordnungswidrigkeiten	182.768	157.305	25.464	33.433	7.969
Gebühren im Bereich:					
Verkehr	165.059	153.767	11.292	14.716	3.423
Baugebühren	106.388	96.725	9.663	11.024	1.361
Wohnheimgebühren	20.417	13.883	6.534	7.357	824
Sonstige Gebühren	178.379	166.573	11.805	17.240	5.435
Summe			4.551.856	4.663.470	111.614

Neben der im Rahmen des Jahresabschlusses durchgeführten Wertberichtigung schlägt sich die unterjährige Niederschlagung von Forderungen als Abschreibungsaufwand in der Ergebnisrechnung nieder. Der Mehraufwand in Höhe von 837.200 EUR hat seinen Ursprung weitgehend im Sozial- und Jugendbereich.

Abschreibung / Wertberichtigung von Forderungen	
	- in EUR -
Abschreibungen auf Forderungen wegen Uneinbringlichkeit	-332.300
davon Aufwand aus der Einzel- und Pauschalwertberichtigung	-286.800 EUR
Abschreibungen auf Forderungen wegen befristeter Niederschlagungen	-453.800
Abschreibungen auf Forderungen wegen unbefristeter Niederschlagungen	-449.500
Aufwand aus Abschreibung Forderungen	-1.235.600
Erträge aus der Einzel- und Pauschalwertberichtigung	398.400
Erträge aus Wertberichtigung	398.400
Aufwand aus Abschreibung / Wertberichtigung Forderungen (netto)	-837.200

Verlauf der Haushaltswirtschaft

▪ **Personalaufwand – Mehraufwendungen von -1.058.700 EUR**

Im Vergleich zum Planansatz (44.205.500 EUR) ergeben sich im Jahr 2014 Mehraufwendungen von 1.058.662,48 EUR (2,39 %).

Diese Mehraufwendungen gegenüber dem Planansatz werden wesentlich durch folgende Faktoren beeinflusst:

- Nicht eingeplante Tariferhöhungen (306.700 EUR) und Höhergruppierungen (52.700 EUR) der Beschäftigten, ca. **-359.400 EUR**. Für 2014 hatten wir eine Tariferhöhung von 2% eingeplant, im Durchschnitt aller Lohngruppen kam es jedoch zu einer Tariferhöhung von 3,3%.
- Mehraufwendungen im Bereich der Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub (276.000 EUR) und aus Altersteilzeit, ca. **-306.000 EUR**
- Mehraufwendungen durch pauschale Kürzungen, die nicht wie geplant eingetreten sind, von ca. **-201.800 EUR**
- Mehraufwendungen im Bereich der Versorgungsumlage für die passiven Beamten/Beamtinnen, ca. **-134.400 EUR**

In der Personalbewirtschaftung haben sich darüber hinaus folgende Planabweichungen ergeben:

- Mehraufwendungen für neue Stellen/-anteile; einschließlich nicht veranschlagter Beträge für Krankheitsvertretungen und Arbeitserprobungsmaßnahmen, ca. **-100.000 EUR**
- Mehraufwendungen im Personaleinsatz (ohne Rücklagen und Versorgungsumlage für passive Beamte/Beamtinnen) über alle Produktgruppen hinweg, per Saldo ca. **-618.500 EUR**, insbesondere in folgenden Bereichen:

12.21, ÖPNV	ca. 137.000 EUR
54.20, Kreisstraßen	ca. 108.000 EUR
54.30, Landesstraßen	ca. 60.500 EUR
54.40, Bundesstraßen	ca. 26.000 EUR
21.30, Berufsbildende Schulen	ca. 104.000 EUR
21.20, Sonderschulen	ca. 83.000 EUR
31.40, Soziale Einrichtungen	ca. 69.900 EUR
12.26, Veterinärwesen/Lebensmittelüberwachung	ca. 66.700 EUR
11.24, Gebäudemanagement	ca. 62.000 EUR
55.50, Waldwirtschaft	ca. 59.100 EUR

Die Gründe für diese Mehraufwendungen sind vielfältig. So hatten wir Mehraufwendungen bei den Auszubildenden sowie Bundesfreiwilligen zu verzeichnen, Umlagen für aktive Beamte wurden versehentlich nicht hochgerechnet, neue Aufgaben verbunden mit Personal sind hinzugekommen, etc.

Aber auch Minderaufwendungen waren zu verzeichnen. So unter anderem in den Produktgruppen

36.30, Hilfe für junge Menschen und ihre Familien ca. 70.100 EUR
 11.21, Personalmanagement ca. 56.500 EUR
 21.50, Sonst. schulischen Aufgaben ca. 55.300 EUR

- Minderaufwendungen durch Personalausfall aufgrund längerer Krankheit, ca. **192.000 EUR** / 0,43 % des veranschlagten Gesamt-Personalaufwands
- Minderaufwendungen aufgrund nicht besetzter Stellen/ Fachkräftemangel, ca. **488.000 EUR** / 1,10 % des veranschlagten Gesamt-Personalaufwands

Plan-Ist Vergleich 2014 mit detaillierter Darstellung der Rückstellungen:

Personalaufwendungen	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	PLAN - IST Vergleich
	- in EUR -			
Personalaufwand	-42.920.800	-45.098.600	-45.851.438	-752.838
Rückstellung ATZ	1.342.827	893.100	840.773	-52.327
Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub	237.347	0	-275.966	-275.966
Rückstellungen für Mehrarbeit	33.155	0	22.469	+22.469
Summe	-41.307.471	-44.205.500	-45.264.162	-1.058.662

Verlauf der Haushaltswirtschaft

Der Personalaufwand 2014 (einschl. Rückstellungen Altersteilzeit, Urlaub und Mehrarbeit) beläuft sich auf 45.264.162 EUR. Dies entspricht einer Steigerung von 3.956.691 EUR (9,57 %) gegenüber dem Vorjahresergebnis in Höhe von 41.307.471 EUR.

Die Mehraufwendungen gegenüber dem Rechnungsergebnis 2013 in Höhe von **-3.956.691 EUR** lassen sich wie folgt begründen:

- Neue Stellen/-anteile; einschließlich Personal für Krankheitsvertretungen und Arbeitserprobungsmaßnahmen, ca. **-1.745.600 EUR**
- Tarif- und Besoldungserhöhungen der Beschäftigten und Beamten, ca. **-1.056.700 EUR**
- Geringere Entlastung aus der Rückstellung für Altersteilzeit, höhere Zuführung an die Rückstellung für nicht in Anspruch genommene Urlaubstage und Mehrarbeit, ca. **-1.026.000 EUR**
- Mehraufwand allgemeine und besondere Umlage für die aktiven und passiven Beamten/Beamtinnen, ca. **-289.500 EUR**
- Erhöhungen durch Stufensteigerungen (92.300 EUR), Höhergruppierungen und Beförderungen (52.600 EUR) sowie im Bereich der leistungsorientierte Bezahlung (30.600 EUR), ca. **-175.500 EUR**
- Minderaufwendungen aufgrund weggefallener Planstellen (9,05 VZÄ), ca. **336.700 EUR**

Entwicklung der Planstellen

Jahr	Stellen		
	PLAN	besetzt	Δ
2011	772,13	701,02	71,11
Δ	+ 11,63	+ 24,71	
2012	783,76	725,73	58,03
Δ	+ 10,27	+ 29,54	
2013	794,03	755,27	38,76
Δ	+ 21,97	+ 24,48	
2014	816,00	779,75	36,25

Die Zahl der Planstellen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 21,97 Stellen erhöht. Die Zahl der tatsächlich besetzten Planstellen hat sich zum Stichtag 30.06.2014 gegenüber dem Vorjahr um 24,48 Stellen erhöht.

Die Zahl der tatsächlich besetzten Stellen liegt unter der im Stellenplan ausgewiesenen Stellenzahl. Hierunter fallen:

- Zum Stichtag 30.06. unbesetzte Planstellen in Voll- und Teilzeit
- Personen, die sich in der beruflichen Arbeitsphase der Altersteilzeit befinden
- Stellen, die nicht im ausgewiesenen Umfang besetzt sind

Erläuterungen der Personalrückstellungen

Durch die Einführung des NKHR sind für die Altersteilzeitbeschäftigten (Blockmodell: eine Hälfte Arbeitsphase, eine Hälfte Freistellungsphase) Rückstellungen zu bilden. Beim Blockmodell erhalten die Beschäftigten in der ersten Hälfte (Arbeitsphase) für 100% Arbeit 50% Gehalt. Für den Arbeitgeber bedeutet dies, dass er in der Freistellungsphase weiterhin Gehalt zahlen muss, von dem Altersteilzeitbeschäftigten aber keine Arbeitsleistung mehr erhält. Für diese Zahlungen sind in der Arbeitsphase entsprechende Rückstellungen zu bilden.

Bei den Aufwendungen für Altersteilzeit ist eine Entlastung von 840.772,99 EUR ausgewiesen, da auch im Jahr 2014 der Aufwand für die Zuführung zur Altersteilzeitrückstellung (75.158,68 EUR) niedriger war, als die Inanspruchnahme (915.931,67 EUR). Zum 31.12.2014 befanden sich 1 Mitarbeiter in der aktiven und 18 Mitarbeiter/-innen in der passiven Phase der Altersteilzeit.

Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub und für geleistete Mehrarbeit sind ebenso darzustellen. Hierbei war im Bereich der geleisteten Mehrarbeit ein geringer Rückgang gegenüber dem Vorjahr zu erkennen. Im Bereich der nicht in Anspruch genommenen Urlaubstage war dagegen ein deutlicher Anstieg gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

	2011	2012	2013	2014
Nicht in Anspruch genommene Urlaubstage	8.436	8.504	9.232	10.630
Geleistete Mehrarbeit (in Stunden)	25.773	25.265	31.084	30.059

Verlauf der Haushaltswirtschaft

Zuschussbedarf bei den Sozial- und Jugendhilfeleistungen 3,57 Mio. EUR unter Plan

Der Zuschussbedarf der Sozial- und Jugendhilfeleistungen in den THH 6 und 7 blieb mit einem Ergebnis von rund 64.480.600 EUR ca. 3,57 Mio. EUR unter dem Plan 2014. Dabei gilt zu berücksichtigen, dass die Aufwendungen mit 109 Mio. EUR knapp 1 Mio. EUR (ca. 0,9 %) unter Plan und die Erträge 2,57 Mio. EUR über Plan lagen. Aufgrund einer EDV-Umstellung verlängerte sich der Buchungszeitraum für das alte Jahr; daher wurden im Jahr 2014 mehr Perioden und somit höhere Erträge als ins Vorjahr verbucht. Dies ist jedoch ein einmaliger Effekt in 2014.

Gegenüber dem Vorjahr ist bei den Transferleistungen damit im Saldo (Zuschussbedarf) ein Rückgang um 1.755.203 EUR (- 2,65 %) zu verzeichnen. Durch die von 75 % (2013) auf 100 % (ab 2014) erhöhte Bundesbeteiligung an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist eine geplante Entlastung um rund 2,7 Mio. EUR eingetreten.

Nachfolgende Tabelle zeigt, wie sich die einzelnen Hilfeleistungen im Jahr 2014 gegenüber dem Ergebnis 2013 und den Planansätzen 2014 entwickelten. Die Aufwendungen setzen sich zusammen aus Transferaufwendungen und sonstigen ordentlichen Aufwendungen (Zeilen 16 und anteilig 17 der Ergebnisrechnung).

Entwicklung der Transferleistungen im Landkreis Lörrach 2013 – 2014

Bezeichnung	Produkt/ PG	IST 2013			PLAN 2014			IST 2014		
		Erträge	Aufwendungen	Zuschussbedarf	Erträge	Aufwendungen	Zuschussbedarf	Erträge	Aufwendungen	Zuschussbedarf
		- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
Hilfe zur Pflege	31.10.01	1.848.279	-12.524.513	-10.676.235	1.870.000	-12.891.702	-11.021.702	2.782.528	-13.432.471	-10.649.943
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	31.10.02	5.311.704	-32.291.218	-26.979.515	5.015.000	-33.844.782	-28.829.782	6.078.439	-34.088.207	-28.009.769
Hilfen zur Gesundheit	31.10.03	2.033	-1.139.361	-1.137.328	0	-802.772	-802.772	17.484	-1.066.908	-1.049.424
Hilfen für blinde Menschen	31.10.04	17.385	-858.631	-841.246	0	-926.000	-926.000	5.212	-900.371	-895.159
Hilfe zum Lebensunterhalt ohne Soziallastenausgleich nach § 21 FAG:	31.10.05.01	-76.144	-1.007.383	-1.083.527	110.000	-1.070.189	-960.189	206.097	-1.231.737	-1.025.640
nach § 22 FAG:	61.10.01	2.135.864	0	2.135.864	2.454.100	0	2.454.100	1.464.062	0	1.464.062
		2.894.942	0	2.894.942	3.226.400	0	3.226.400	3.171.001	0	3.171.001
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kap. SGB XI)	31.10.05.02	8.079.335	-10.947.222	-2.867.887	11.919.800	-11.919.855	-55	11.429.402	-11.278.613	150.788
Sonstige Leistungen zur Sicherung der Lebensgrundlage nach SGB XI	31.10.06	0	-81.867	-81.867	0	-86.000	-86.000	0	-57.331	-57.331
Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	31.10.07	-9.352	-628.568	-637.920	1.000	-585.000	-584.000	8.436	-628.717	-620.282
Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II (ohne Wohngeldentlastung)	31.20 ohne 31.20.01	7.476.961	-20.336.379	-12.859.418	7.007.300	-20.605.065	-13.597.765	6.971.399	-19.943.027	-12.971.628
Weitergabe Wohngeldentlastung des Landes	31.20.01	1.869.030	0	1.869.030	1.200.000	0	1.200.000	1.335.981	0	1.335.981
Leistungen für Ausländer/Asyl	31.30 31.40.01	1.745.991	-2.085.046	-339.055	3.603.600	-4.598.500	-994.900	3.718.268	-3.632.041	86.227
Fürsorgeleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	31.50.01	753.646	-873.576	-119.930	842.200	-1.009.000	-166.800	765.548	-898.005	-132.457
Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	31.80	-3.474	-100.725	-104.199	0	-85.000	-85.000	910	-80.312	-79.402
Bildung & Teilhabe	31.90	0	-152.248	-152.248	0	-160.000	-160.000	426	-147.456	-147.030
SUMME THH 6		32.046.201	-83.016.712	-50.980.537	37.249.400	-88.583.865	-51.334.465	37.955.191	-87.385.197	-49.430.005
Allgemeine Förderung junger Menschen	36.20	36.244	-70.580	-34.336	28.700	-50.000	-21.300	32.265	-54.351	-22.086
Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	36.30	1.916.117	-15.753.850	-13.837.733	1.610.000	-16.120.716	-14.510.716	3.475.429	-16.888.357	-13.412.928
Finanzielle Förderung in Tageseinrichtungen	36.50.02 36.50.03	1.718.572	-2.815.962	-1.097.390	1.759.000	-3.400.084	-1.641.084	1.666.803	-3.081.144	-1.414.342
Kooperation und Vernetzung	36.80	0	-81.912	-81.912	0	-20.000	-20.000	0	-21.626	-21.626
Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	36.90.01	1.415.770	-1.619.711	-203.941	1.281.000	-1.806.000	-525.000	1.368.211	-1.547.870	-179.660
SUMME THH 7		5.086.702	-20.342.014	-15.255.312	4.678.700	-21.396.800	-16.718.100	6.542.707	-21.593.348	-15.050.641
ZUSCHUSSBEDARF GESAMT		37.132.903	-103.358.726	-66.235.849	41.928.100	-109.980.665	-68.052.565	44.497.899	-108.978.545	-64.480.646

Die Abweichungen bei den einzelnen Hilfeleistungen vom Planansatz 2014 werden in folgender Tabelle dargestellt:

Bezeichnung	Produkt/ PG	Abweichungen 2014 +/- (*)			Anteile BuT am Zuschussbedarf
		Erträge	Aufwen- dungen	Zuschuss- bedarf	
		- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
Hilfe zur Pflege	31.10.01	912.528	-540.769	371.759	
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	31.10.02	1.063.439	-243.425	820.013	
Hilfen zur Gesundheit	31.10.03	17.484	-264.136	-246.652	
Hilfen für blinde Menschen	31.10.04	5.212	25.629	30.841	
<u>Hilfe zum Lebensunterhalt</u> ohne Soziallastenausgleich	31.10.05.01	96.097	-161.548	-65.451	3.417
nach § 21 FAG:	31.10.05.01	-990.038	0	-990.038	
nach § 22 FAG:	61.10.01	-55.399	0	-55.399	
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kap. SGB XII)	31.10.05.02	-490.398	641.242	150.843	
Sonstige Leistungen zur Sicherung der Lebensgrundlage nach SGB XII	31.10.06	0	28.669	28.669	
Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	31.10.07	7.436	-43.717	-36.282	
Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II (ohne Wohngeldentlastung)	31.20 ohne 31.20.01	-35.901	662.038	626.137	-68.145
Weitergabe Wohngeldentlastung des Landes	31.20.01	135.981	0	135.981	
Leistungen für Ausländer/ Asyl	31.30	114.668	966.459	1.081.127	-35.729
Fürsorgeleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	31.50.01	-76.652	110.995	34.343	
Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	31.80	910	4.688	5.598	
Bildung & Teilhabe	31.90	426	12.544	12.970	12.544
SUMME THH 6		705.791	1.198.668	1.904.460	-87.913
Allgemeine Förderung junger Menschen	36.20	3.565	-4.351	-786	
Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	36.30	1.865.429	-767.641	1.097.788	
Finanzielle Förderung in Tageseinrichtungen	36.50.02	-92.197	318.940	226.742	
Kooperation und Vernetzung	36.80	0	-1.626	-1.626	
Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	36.90.01	87.211	258.130	345.340	
SUMME THH 7		1.864.007	-196.548	1.667.459	0
ZUSCHUSSBEDARF GESAMT		2.569.799	1.002.120	3.571.919	-87.913
ZUSCHUSSBEDARF OHNE BERÜCKSICHTIGUNG BuT				3.659.832	

(*) + bedeutet Mehrertrag oder Minderaufwand oder verminderter Zuschussbedarf

- bedeutet Minderertrag oder Mehraufwand oder vermehrter Zuschussbedarf

In der Hilfe zur Pflege liegt der Zuschussbedarf rund 372.000 EUR unter der Planung. Das ist ausschließlich auf höhere Erträge zurückzuführen (durch Urteil ermöglichte Rückforderungen von Kranken- und Pflegekassen, gesetzliche Änderungen bei der Mütterrente). Die Aufwendungen wurden überschritten; Grund hierfür waren höhere stationäre Fallkosten als eingeplant.

In der Eingliederungshilfe konnte ein um 820.000 EUR besseres Ergebnis als geplant erzielt werden. Hierfür sind Mehrerträge in Höhe von 1,063 Mio. EUR verantwortlich (Rückerstattung BAFÖG 2005-2012, Einsatz von Erbschaft und Ersatz von Trägern). Zu erwähnen ist, dass es die Rückerstattung der BAFÖG-Gelder auch schon in den Vorjahren gab und in 2015 voraussichtlich abgearbeitet sein wird. Der Einsatz von Erbschaften ist nicht vorhersehbar. Gleichzeitig gab es Mehraufwendungen in Höhe von 243.000 EUR (Planabweichung von 0,7 %).

Verlauf der Haushaltswirtschaft

Bei den Hilfen zur Gesundheit ergab sich ein zusätzlicher Zuschussbedarf von 246.000 EUR, da die Fallzahlen nicht im erwarteten Umfang zurückgegangen sind. Trotzdem liegt der Zuschussbedarf um ca. 90.000 EUR unter dem von 2013.

Die Hilfen zum Lebensunterhalt sind planmäßig verlaufen; die Höhe der Zuweisung nach § 21 FAG (Soziallastenausgleich) fiel aufgrund einer nachträglichen Korrektur der Meldung an das Statistische Landesamt um 1 Mio. EUR geringer aus als geplant.

Im SGB II gab es Mehrerträge durch eine erhöhte Wohngeldentlastung vom Land und Minderaufwendungen aufgrund des im Jobcenter sehr gut verlaufenen Jahres 2014 und somit eine gegenüber der Planung verringerte Zahl an BG's im Jahresmittel (-155).

Die Leistungen für Ausländer / Asyl und somit Flüchtlinge fielen im Jahr 2014 nicht so hoch aus wie erwartet. Hier gab es einen niedrigeren Zuschussbedarf in Höhe von 1.081.000 EUR. Das liegt daran, dass zum einen in den Gemeinschaftsunterkünften nicht gleich zu Jahresbeginn die hohen Zugangszahlen eingetreten sind, die geplant waren. Zum anderen, dass dort die Abgangszahlen (Rückkehrer) höher als angenommen waren. Somit waren die Leistungen nach AsylBLG geringer. Zudem fielen die Aufwendungen für die kommunale Unterbringung (in Wohnungen) in der Betrachtung je Fall niedriger aus als geplant. Hier wird man die Zeitreihe betrachten müssen, um Erkenntnisse für die Zukunft zu finden.

Bei den Hilfen für junge Menschen und ihren Familien konnte eine Ergebnisverbesserung in Höhe von 1.098.000 EUR erreicht werden. Zwar sind die Aufwendungen gegenüber der Planung um ca. 780.000 EUR aufgrund der UMF's (Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge) gestiegen. Im Gegenzug hat sich aber auch die Ertragsseite um ca. 1.900.000 EUR verbessert. Hierin sind die Erstattungen für die UMF's 2014 und ein großer Anteil aus 2013 enthalten, da anfänglich die Durchsetzung der Erstattungen sehr langwierig waren.

Die finanzielle Förderung in Tageseinrichtungen lag 2014 rund 227.000 EUR unter Plan. Gründe hierfür waren hauptsächlich, dass die hinzu gekommenen Kostenübernahmen in der Tagespflege im Schnitt weniger Aufwand verursachten als geplant, weil die angeforderten Stundenkontingente niedriger waren. Bei den Einnahmen lag die Zuweisung nach § 29 c FAG um ca. 98.000 EUR niedriger als angenommen.

Im Bereich der Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) konnte bei der reinen Betrachtung der Transferleistungen der Zuschussbedarf um gut 345.000 EUR reduziert werden. Die Aufwendungen lagen 258.000 EUR unter Plan (geringerer Hilfebedarf), zusätzlich lagen die Erträge mit 81.000 EUR über Plan. Beim UVG gab es aber auch Abschreibungen auf Forderungen in Höhe von 724.000 EUR. Diese sind in den Transferleistungstabellen nicht aufgeführt, müssen aber trotzdem erwähnt werden. Die Abschreibungen waren notwendig, weil mit Umstellung des EDV-Verfahrens Mitte November 2013 von WAUS auf SojuHKR nun die unbefristeten Niederschlagungen richtigerweise aufwandsseitig und nicht mehr als Ertragsminderung verbucht werden.

Die Verbesserungen beim Zuschussbedarf der Transferleistungen im THH 6 Soziales & Arbeit belaufen sich in Summe auf rd. 1.904.500 EUR. Im THH 7 Jugend & Familie belaufen sich die Verbesserungen beim Zuschussbedarf auf rund 1.667.500 EUR. In beiden Teilhaushalten sind fast ausschließlich unvorhergesehene zusätzliche Erträge für das gute Ergebnis verantwortlich.

Bei einem Zuschussbedarf von 64,5 Mio. EUR für die Transferleistungen im Sozial- und Jugendhilfebereich entspricht eine Abweichung vom Plan um rund 3.571.900 EUR prozentual 5,25 %.

▪ **Bildungs- und Teilhabepaket**

Für das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) erhielt der Landkreis 2014 Bundesmittel in Höhe von 793.732 EUR. Die Erträge in Form der Erhöhung der Bundesbeteiligung finden sich in der PG 31.20 (Zeile 2). Die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaket wurden je nach Leistungsberechtigung in den PG 31.10, 31.30, 31.50, 31.80 verbucht und belaufen sich auf 735.913 EUR.

Bezeichnung	Auftrag	PLAN 2014 - in EUR -	IST 2014 - in EUR -	Abweichung - in EUR -
Erträge BuT				
Gesamtsumme Erträge (4,3 % der Kosten der Unterkunft)		826.678	793.732	-32.946
Aufwendungen BuT				
4,3 % Leistungen BuT / Transfers:				
Leistungen nach § 28 SGB II	31.20.06	-470.000	-538.145	-68.145
Leistungen nach § 6b BKKG Kinderzuschlagsempfänger	31.90.01	-27.000	-16.288	10.712
Leistungen nach § 6b BKKG Wohngeldempfänger	31.90.02	-133.000	-131.168	1.832
Sozialhilfe nach § 34 SGB XII (HzL)	31.10.05.01	-7.000	-3.583	3.417
Sozialhilfe nach § 42 SGB XII (Grusi)	31.10.05.02	0	0	0
Leistungen in bes. Fällen nach § 2 AsylbLG	31.30.01.01	-11.000	-46.729	-35.729
Zwischensumme Leistungen BuT / Transfers 4,3 %:		-648.000	-735.913	-87.913
Gesamtsumme Aufwendungen		-648.000	-735.913	-87.913
Differenz (Erträge - Aufwendungen)		178.678	57.819	-120.859

Die pauschalen Erträge für das Bildungs- und Teilhabepaket übersteigen auch im vierten Jahr die Aufwendungen für Transferleistungen aus diesem Bereich. Die Auszahlungsquote belief sich ohne Berücksichtigung der Verwaltungskosten somit auf rund 92 %. Im Vorjahr lag die Auszahlungsquote mit 70 % bereits über dem Landesdurchschnitt von 60 %. Die Mehrerträge werden vom Bund über die Anpassung der Höhe des KdU %-Satzes im Folgejahr ausgeglichen. Somit verbleiben die Mehrerträge nicht beim Kreis. Zusätzlich wurde im Jahr 2014 die Rückstellung für Mehrerträge aus dem Jahr 2012 aufgelöst, da der Abrechnungsmodus durch den Bund geklärt wurde. Mit Ende des Jahres 2013 ist die Förderung der Schulsozialarbeit sowie des Hortessens über BuT ausgelaufen. Die Aufwendungen für die Schulsozialarbeit wurden in 2014 komplett vom Landkreis Lörrach übernommen.

Verlauf der Haushaltswirtschaft

▪ Zuschüsse im Sozial- und Jugendbereich

Neben den Transferleistungen sind die Zuschüsse an freie Träger in den Teilhaushalten 6 und 7 eine bedeutende Größe.

Ergebnis 2014 - Erträge - in EUR -				
Träger / Verein	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Differenz PLAN - IST
Erhaltene Zuschüsse Suchtberatungsstellen (PG 31.80)	21.709	22.900	20.814	2.086
Erhaltene Zuschüsse Aussiedler GU (PG 31.30+31.40)	60.500	24.900	0	24.900
Erstattungen Betreuungsverein (PG 31.70)	116.419	150.000	115.470	34.530
Sonstige Erträge (PG 31.80) ESF, Fachkräfteallianz, iPunkt/PSP	22.995	187.000	237.287	-50.287
Erträge zur Kindertagespflege (PG 36.50)	245.266	50.000	68.815	-18.815
Erträge gesamt	466.889	434.800	442.386	-7.586

Ergebnis 2014 - Aufwendungen - in EUR -				
Träger / Verein	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Differenz PLAN - IST
Zuschüsse Träger der freien Wohlfahrtspflege (PG 31.10)	402.098	543.900	524.540	19.360
Zuschüsse Träger der freien Wohlfahrtspflege (PG 31.60)	256.421	181.100	180.837	263
Zuschüsse im Vor- und Umfeld der Pflege (PG 31.60)	28.814	65.000	22.000	43.000
Zuschüsse Suchtberatungsstellen (PG 31.80)	840.943	1.021.100	999.349	21.751
Weitere Zuschüsse FB Soziales (PG 31.30, 31.40, 31.70)	88.788	108.000	80.757	27.243
Zwischensumme THH 6	1.617.064	1.919.100	1.807.483	111.617
Zuschüsse zur Schulsozialarbeit (PG 36.20)	483.244	584.000	607.061	-23.061
davon: Landkreismittel alt	204.000	352.000	352.000	0
davon: Landkreismittel neu	26.244	232.000	255.061	-23.061
davon: Mittel aus BuT	253.000	0	0	0
Zuschüsse zur Kindertagespflege (PG 36.50)	379.440	434.000	379.440	54.560
Weitere Zuschüsse FB Jugend und Familie (PG 36.20+36.50)	117.198	160.000	136.000	24.000
davon: Kindergartenförderprogramm	100.000	100.000	100.000	0
Zuschüsse Jugendarbeit durch Jugendreferat (PG 36.20+36.30)	383.495	475.600	378.099	97.501
davon: Jugendförderprogramm	144.999	150.000	147.566	2.434
Zuschüsse Frühe Hilfen	NN	146.000	132.442	13.558
Zwischensumme THH 7	1.363.377	1.799.600	1.633.042	166.558
Aufwendungen gesamt	2.709.020	3.718.700	3.440.525	278.175

Die größten Abweichungen im Bereich der Zuschüsse sind in PG 31.60 nicht abgerufene Zuschüsse in Höhe von 43.000 EUR im Vor- und Umfeld der Pflege, in PG 36.50 Restmittel von 54.560 EUR, da die Tageselternvereine keinen Anspruch auf das geplante Budget erlangt haben und 97.000 EUR, die für die Elterntreffs bei PG 36.30 vorgesehen sind, welche aber erst am Ende des Jahres bzw. Anfang 2015 begonnen haben und somit erst 2015 Zuschüsse im größeren Umfang notwendig werden.

- **Sonstige Budgeteinsparungen**

Bildung von Ermächtigungsübertragungen in Höhe von 2,365 Mio. EUR

Die Teilhaushalte 1 bis 7 erzielten Verbesserungen (Mehrerträge, Minderaufwendungen) gegenüber der Planung und haben damit zum guten Jahresergebnis 2014 beigetragen.

Die dadurch ermöglichten Ermächtigungsübertragungen ins Jahr 2015 setzen sich aus Übertragungen aufgrund der Übertragungsvermerke gemäß § 21 Abs. 2 GemHVO (2.154.217,38 EUR) und managementbedingten Budgetüberträgen (210.500 EUR) zusammen, insgesamt 2.364.717,38 EUR. Details zur Bildung der Ermächtigungsübertragungen sind im Abspann ersichtlich.

Die in 2014 gebildeten Ermächtigungsübertragungen haben (im Gegensatz zu den Haushaltsresten in der Kameralistik) keine Auswirkungen auf das Jahresergebnis 2014, sondern belasten die Folgejahre, wenn sie tatsächlich in Anspruch genommen werden und sodann zu Aufwendungen führen.

Verlauf der Haushaltswirtschaft

Finanzrechnung

Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit

Das gute ordentliche Ergebnis der Gesamtergebnisrechnung spiegelt sich in der Finanzrechnung in einem Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit wider. Sämtliche Einzahlungen abzüglich aller Auszahlungen der Ergebnisrechnung des Haushaltsjahres 2014 ergeben einen Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von **10.225.533 EUR** (VJ 7.044.500 EUR).

Die Abweichung zwischen dem ordentlichen Ergebnis der Ergebnisrechnung und dem Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit der Finanzrechnung resultiert größtenteils aus den nicht zahlungswirksamen Erträgen und Aufwendungen, Bildung von Rückstellungen, Abschreibungen u.a.

Mithilfe der aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten werden die im alten Geschäftsjahr im Voraus gezahlten Aufwendungen und vereinnahmten Erträge in die Erfolgsrechnung des neuen Geschäftsjahres übertragen. Außerdem werden im neuen Jahr zu bezahlende Aufwendungen und Erträge des alten Jahres über den Jahreswechsel als offene Forderungen oder Verbindlichkeiten dargestellt.

Diese Vorgänge bewirken entsprechende Abweichungen zwischen der Finanzrechnung und der Ergebnisrechnung im Berichtsjahr.

Ordentliche Erträge			Beträge	Ordentliche Aufwendungen			Beträge
lfd. Nr.	Bezeichnung	- in EUR -		lfd. Nr.	Bezeichnung	- in EUR -	
Alle	Ordentliche Erträge	207.632.373		Alle	Ordentliche Aufwendungen	200.439.773	
- 2	Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen	421.390	+	11	Zuführung zu Rückstellungen Altersteilzeit	840.773	
- 8	Aktivierte Eigenleistungen	44.459	-	11	Zuführung zu Rückstellungen Urlaub	275.966	
- 9	Erträge aus Aufl. / Herabs. von Rückstellungen	611.149	+	11	Zuführung zu Rückstellungen Mehrarbeit	22.469	
- 9	Auflösung von Wertberichtigungen	398.381	-	14	Abschreibungen	2.805.833	
- 9	Auflösung von sonstigen Sonderposten	1.880	-	14	Wertberichtigungen und Niederschlagungen	1.282.126	
- Alle	Jahresabgrenzung	1.019.848	-	Alle	Jahresabgrenzung	2.029.356	
=	Einzahlungen des ErgHH	205.135.266	=		Auszahlungen des ErgHH	194.909.733	
Saldo	Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit					10.225.533 EUR	

Der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit ist im Vergleich zum Vorjahr um rund 3,2 Mio. EUR gestiegen, da es im Jahr 2014 rund 9,8 Mio. EUR mehr Einzahlungen sowie 6,6 Mio. EUR mehr an Auszahlungen als 2013 gab. Somit ist der Zahlungsmittelüberschuss mit 10.225.533 EUR (VJ 7.044.500 EUR) um rund 8,5 Mio. EUR höher ausgefallen als im Plan 2014 veranschlagt. Das gute Ergebnis resultiert aus Mehreinzahlungen durch Kostenerstattungen in Höhe von 3,4 Mio. EUR (u.a. Pauschale des Landes für Flüchtlinge) und Transfereinzahlungen in Höhe von 1,0 Mio. EUR. Insgesamt wurden gegenüber der Planung 4,5 Mio. EUR mehr vereinnahmt. Daneben gibt es weniger Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 2,0 Mio. EUR, für Sonstige Auszahlungen in Höhe von 2,4 Mio. EUR (wie z.B. Grundsicherung für Arbeitssuchende) und Transferleistungen in Höhe von 0,3 Mio. EUR, aber auch mehr Auszahlungen für Personal in Höhe von 0,8 Mio. EUR, woraus sich in Summe Minderauszahlungen von rund 4,0 Mio. EUR ergeben. Diese mündeten teilweise in Ermächtigungsübertragungen (rd. 2,4 Mio. EUR), die im Folgejahr zu Mittelabflüssen führen werden.

▪ **Zahlungsmittelfehlbetrag aus Investitionstätigkeit**

Im Investitionsbereich ergibt sich anstatt des geplanten Zahlungsmittelfehlbetrags von rund -5,6 Mio. EUR (VJ -10,8 Mio. EUR) ein Saldo von **-3.347.498 EUR** (VJ -6.711.591 EUR). Der Grund für diese Reduzierung liegt insbesondere in den nicht im geplanten Umfang umgesetzten Investitionsmaßnahmen. Dies sind insbesondere nicht ausbezahlte Mittel für Baumaßnahmen in Höhe von 1,2 Mio. EUR, für den Erwerb von beweglichen Sachanlagen in Höhe von rund 1,0 Mio. EUR und für den Erwerb von Grundstücken in Höhe von ebenfalls 1,0 Mio. EUR. Hierfür wurden jedoch insgesamt Ermächtigungsübertragungen in Höhe von 2.880.242,00 EUR gebildet, die voraussichtlich im Folgejahr zu Auszahlungen führen werden. Weitere Ausführungen zur Investitionstätigkeit finden sich bei den nachfolgenden Erläuterungen zur Vermögensrechnung.

▪ **Finanzierungstätigkeit**

Der Kernhaushalt ist seit September 2013 nicht mehr schuldenfrei. Im Zuge der energetischen Sanierung der kreiseigenen Schulen waren Kreditaufnahmen von insgesamt 4,05 Mio. EUR in den Jahren 2013 (2,0 Mio. EUR) und 2014 (2,05 Mio. EUR) eingeplant. In den Jahren 2013 und 2014 konnten zinsgünstige KfW-Darlehen von jeweils 2,0 Mio. EUR aufgenommen werden. Damit weicht die Kreditaufnahme in 2014 um 50.000 EUR von der veranschlagten Kreditermächtigung ab, was auf das Erreichen des Höchstbetrags der möglichen KfW-Förderung (500 EUR pro m² Nettogrundfläche) zurückzuführen ist. Im Berichtsjahr wurden entsprechend dem Baufortschritt Finanzierungsmittel in Höhe von 2 Mio. EUR (VJ 1,0 Mio. EUR) abgerufen. Eine Million EUR steht nun noch zum Abruf an. Der Saldo aus Finanzierungstätigkeit betrug 2,0 Mio. EUR (VJ 1,0 EUR). Tilgungszahlungen erfolgen erstmals ab dem Jahr 2016.

▪ **Haushaltsunwirksame Vorgänge**

Bei den haushaltsunwirksamen Vorgängen wird ein Saldo in Höhe von **-32.740.524 EUR** (VJ 26.033.598 EUR) ausgewiesen. Der Saldo aus Einzahlungen in Höhe von 133,3 Mio. EUR (VJ 144,1 Mio. EUR) und Auszahlungen in Höhe von 166,1 Mio. EUR (VJ 118,1 Mio. EUR) ergibt sich aus jahresübergreifenden Ein- und Auszahlungen, welche zum Bilanzstichtag als Forderungen oder Verbindlichkeiten ausgewiesen werden. Von den insgesamt 133,3 Mio. EUR Einzahlungen sind die FAG Zahlungen mit 123,1 Mio. EUR der größte Teil. Daneben sind die Umsatzsteuerzahlungen mit rund 3,1 Mio. EUR, die Mündelgelder mit rund 2,2 Mio. EUR sowie die Rückflüsse aus Darlehen an verbundene Unternehmen mit 1,5 Mio. EUR die größten Positionen.

Verlauf der Haushaltswirtschaft

Die Auszahlungen aus Termingeldern mit -34,0 Mio. EUR (VJ 24,0 Mio. EUR) sowie die Rückflüsse aus Darlehen an verbundene Unternehmen mit 1,5 Mio. EUR stellen mit -32,5 Mio. EUR nahezu den gesamten Saldo dar. Den Auszahlungen aus Termingeldern stehen buchungstechnisch an dieser Stelle keine Einzahlungen gegenüber, da die Mittel als Tagesgeldkonto zinsoptimiert angelegt wurden. Diese geänderte Anlageform bedingt die Bebuchung einer anderen Bilanzposition (Wertpapiere anstelle Liquide Mittel), womit sich der sprunghafte Anstieg und der Umkehr des Saldos der haushaltsunwirksamen Vorgänge erklärt.

▪ Bestand

Insgesamt ergibt sich aus den oben angeführten Salden der vier Blöcke ein Endbestand an Zahlungsmitteln in Höhe von **5.691.990,03 EUR** (VJ 29.554.478,54 EUR). Grund hierfür ist ein höherer Anteil an fest angelegten Finanzmitteln zum Jahreswechsel. Aus wirtschaftlichen Gründen wurde der überwiegende Teil der Finanzmittel in Höhe von 34,0 Mio. EUR zinsoptimiert als Termingeld angelegt, welches in der Bilanz unter der Position Wertpapiere statt wie im letzten Jahr unter den liquiden Mitteln enthalten ist. Die gesamten Finanzmittel stiegen einhergehend mit dem guten ordentlichen Ergebnis um 8.637.511 EUR an. Hierbei sind die Ermächtigungsübertragungen des Ergebnis- und Finanzhaushaltes in Höhe von rund 5,25 Mio. EUR zu berücksichtigen.

Die Entwicklung des Bestands an Zahlungsmitteln setzt sich aus den vier Komponenten der Gesamtfinanzrechnung wie folgt zusammen:

- Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit	10.225.533 EUR
- Saldo aus Investitionstätigkeit	./ 3.347.498 EUR
- Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Kreditaufnahme)	+ 2.000.000 EUR
- Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen. (ohne 32,5 Mio. EUR Termingelder u. Darlehensrückflüsse)	- 240.524 EUR
Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln:	= 8.637.511 EUR

Die Liquidität je Einwohner beträgt 188 EUR/EW (VJ 150 EUR) zum Jahresende 2014.

■ **Vermögensrechnung**

▪ **Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen**

Nachdem der Landkreis in den zurückliegenden Jahren bewusst seine Investitionstätigkeit eingeschränkt hatte, wurden im Rahmen des Strategieprozesses die Aufgaben identifiziert, für die beginnend mit dem Jahr 2013 Investitionen getätigt werden. Die bedeutendsten Investitionen im Jahr 2014 waren die energetische Sanierung der Gewerbeschule Lörrach mit 1,2 Mio. EUR und Bauwerke im Bereich der Straßen mit rd. 500.000 EUR. Nachfolgende Tabellen geben einen Überblick über die wichtigsten Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen im Jahr 2014:

PG	Investition	PLAN	IST	Vergleich PLAN/IST
		- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
11.24	Energetische Sanierung Kaufmännische Schule Lörrach	0	-126.841	-126.841
11.24	Energetische Sanierung GWS Lörrach Bau A	-1.800.000	-1.177.469	622.531
11.24	2. Rettungsweg HKS Maulburg	-250.000	-212.700	37.300
21.30	Bewegliches Anlagevermögen der kreiseigenen Schulen	-447.100	-208.284	238.816
54.20	Fuhrpark Straßenmeistereien (netto)	-376.900	-244.784	132.116
54.20	Straßen - Bauwerke	-440.000	-492.848	-52.848
XX.XX	Diverse bewegliche Anlagegüter	-235.900	-235.014	886

Im Rahmen einer Änderung des gesetzlichen Kontenrahmens sind ab dem Jahr 2014 Darlehen an die Kliniken GmbH nicht mehr als Ausleihungen, sondern als sonstige Darlehensforderungen verbucht, sodass sich die Aus- und Rückzahlungen nicht mehr bei den Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit niederschlagen.

PG	Investitionsfördermaßnahme	PLAN	IST	Vergleich PLAN/IST
		- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
11.24	Baukostenzuschuss Kfz-Zulassung Brombacher Straße, Lörrach	-110.000	-79.887	30.113
31.40	Pflegeheimförderung	-239.500	-247.193	-7.693
54.70	Zuschuss Tramlinie 8 Basel - Weil am Rhein	0	-150.000	-150.000

Detailinformationen zu den einzelnen Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen befinden sich in den jeweiligen Teilhaushalten.

Verlauf der Haushaltswirtschaft

Der Saldo aus Investitionstätigkeit beinhaltet neben Zahlungen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen des laufenden Jahres immer auch Auszahlungsbeträge für Investitionen des Vorjahres. Dies ergibt sich durch Rechnungseingänge zum Jahreswechsel.

Der Saldo aus Investitionstätigkeit setzt sich wie folgt zusammen:

lfd. Nr.	Gesamtfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächti- gungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	Übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
18	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	473.565,89	588.600	88.211,66	500.388,34-	8.947,61	0	509.335,95	0
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	4.593,45	0	57.692,66	57.692,66	0	0	57.692,66-	0
21	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	9.973,34	0	815,51	815,51	0	0	815,51-	0
22	+ Einzahlungen für sonstige Invest.tätigkeit	4.619.035,86	318.000	18.864,63	299.135,37-	0	0	299.135,37	0
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	5.107.168,54	906.600	165.584,46	741.015,54-	8.947,61	0	749.963,15	0
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	6.484.180,10-	1.000.000-	35.700,00-	964.300,00	82.706,12	130.000,00-	1.011.593,88-	130.000,00-
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	2.240.688,50-	3.330.000-	2.152.520,37-	1.177.479,63	72.777,37-	398.466,00-	1.648.723,00-	1.605.596,00-
26	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	833.947,59-	1.794.100-	812.771,06-	981.328,94	126.808,41-	448.621,00-	1.556.758,35-	1.144.646,00-
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	1.425.050,00-	0	50,00-	50,00-	50,00-	0	0,00	0
28	- Auszahlungen für Investitionsfördermaßnahmen	834.893,50-	349.500-	512.040,77-	162.540,77-	42.653,45-	150.000,00-	30.112,68-	0
30	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	11.818.759,69-	6.473.600-	3.513.082,20-	2.960.517,80	159.583,11-	1.127.087,00-	4.247.187,91-	2.880.242,00-
31	= Saldo aus Investitionstätigkeit	6.711.591,15-	5.567.000-	3.347.497,74-	2.219.502,26	150.635,50-	1.127.087,00-	3.497.224,76-	2.880.242,00-

Insgesamt hat sich auf der Aktivseite der Vermögensrechnung eine Erhöhung um 8.776.131,57 EUR ergeben. Dies beruht im Wesentlichen auf der Zunahme des Finanzvermögens durch höhere Termingeldeinlagen und Forderungen.

Kommunale Aufgabenerfüllung

Der Rechenschaftsbericht soll gem. § 54 Abs. 2 GemHVO auch Angaben über den Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung sowohl im Hinblick auf deren Gewährleistung als auch deren Gefährdung darstellen.

Die kommunale Aufgabenerfüllung war im Jahr 2014 in allen Bereichen grundsätzlich gewährleistet.

Für das Haushaltsjahr 2014 lässt sich zusammenfassend feststellen, dass der Landkreis Lörrach unter Beachtung der strategischen Ziele seine Aufgaben stetig und nachhaltig erfüllen konnte und das vorgegebene Gesamtbudget dabei eingehalten wurde.

Planabweichungen

Der Haushaltsplan 2014 wies ein ausgeglichenes Ergebnis aus; in der Rechnung konnte das Jahr 2014 mit einem Überschuss in Höhe von 7.192.600 EUR abgeschlossen werden. Nach der Darstellung des Haushaltsverlaufs mit den Erläuterungen zu den bedeutendsten Bereichen zeigt nachfolgende Liste die erheblichen Abweichungen nach den Ertrags- und Aufwandsarten. Um das Rechnungsergebnis im Gesamthaushalt herleiten zu können, sind daneben auch kleinere Abweichungen aufgeführt.

	PLAN 2014 - in EUR -	IST 2014 - in EUR -	Delta - in EUR -
Jahresergebnis 2014	0	7.192.600	7.192.600
1 Steuern und ähnliche Abgaben	1.200.000	1.335.981	135.981
höhere Wohngeldentlastung	1.200.000	1.335.981	135.981
2 Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	172.304.700	172.531.092	226.392
Schlüsselzuweisungen nach § 8 FAG <i>geringfügig gestiegene Einwohnerzahlen in 2014, erhöhter Kopfbetrag von 594 EUR, lfd. Zuweisungen (865.400 EUR); Abrechnung aus 2013 (64.000 EUR)</i>	24.214.800	25.144.221	929.421
überlassene Verwaltungsgebühren nach § 8 FAG <i>davon Führerscheine (77.400 EUR), Gesundheit (11.200 EUR)</i>	4.510.700	4.606.959	96.259
Grunderwerbsteuer	11.116.500	12.337.901	1.221.401
Zuw. Land § 29 c FAG (Kindertagesbetreuung)	1.234.000	1.136.154	-97.846
Zuw. Land § 11 (5) FAG (VRG)	6.802.700	6.840.372	37.672
Soziallastenausgleich § 22 FAG	3.226.400	3.171.001	-55.399
Soziallastenausgleich § 21 FAG	2.454.100	1.464.062	-990.038
Leistungsbeteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft	6.735.300	6.660.435	-74.865
Ausgleichsleistungen des Bundes § 46 a SGB XII	11.645.800	10.779.468	-866.332
3 Sonstige Transfererträge	9.334.000	11.766.837	2.432.837
Ersätze, Beiträge, Leistungen <i>davon Hilfe zur Pflege (912.500 EUR), Eingliederungshilfe (701.700 EUR), Hilfe zum Lebensunterhalt und zur Grundsicherung (485.400 EUR), Unterhaltsvorschuss (277.700 EUR), Grundsicherung für Arbeitssuchende (50.300 EUR)</i>	9.334.000	11.766.837	2.432.837
4 Öffentlich-rechtliche Entgelte	1.476.900	1.477.439	539
5 Privatrechtliche Leistungsentgelte	684.900	763.099	78.199
Sonst.privatrechtl.Leistungsentgelte: <i>davon Bundesstraßen (20.000 EUR), Psycholog. Beratungsstelle (17.600 EUR), Kindertageseinrichtungen (11.200 EUR), Berufsbildende Schulen (8.600 EUR)</i>	307.400	379.004	71.604
6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	14.677.100	17.088.036	2.410.936
Erstattungen vom Bund <i>davon Erstattungen vom Jobcenter (112.300 EUR), Kreisstraßen (23.500 EUR), Landesstraßen (23.400 EUR), Frühe Hilfen (15.300 EUR), Sonderschulen (11.300 EUR), Bundesstraßen (-86.200 EUR)</i>	3.583.473	3.698.712	115.239
Kostenerstattungen vom Land <i>davon Pauschalen für Flüchtlinge (71.500 EUR), Kreisstraßen und Radwege (31.900 EUR), Landesstraßen (24.000 EUR), Wahlen (15.100 EUR), Waldarbeiter (-10.500 EUR), Unterhaltsvorschuss (-190.000 EUR)</i>	7.263.572	7.200.774	-62.798
Erstattungen von Gemeinden und GV <i>davon Hilfen für junge Menschen und ihre Familien (1.843.100 EUR), Eingliederungshilfe (361.800 EUR), Schülerbeförderung (19.100 EUR)</i>	1.125.700	3.385.321	2.259.621

		PLAN 2014 - in EUR -	IST 2014 - in EUR -	Delta - in EUR -
	Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich <i>davon Hilfen für junge Menschen und ihre Familien (13.500 EUR), Eingliederungshilfe (13.200 EUR), Justizariat (12.700 EUR), Sonderschulen (10.400 EUR), Förderung ÖPNV (9.600 EUR)</i>	55.900	167.238	111.338
	Erstattungen von verbundenen Unternehmen <i>VKB EAL und Kliniken GmbH</i>	1.514.155	1.518.542	4.387
	Erstattungen von privaten Unternehmen u. übrigen Bereichen <i>davon Modellprojekt GüZ (50.000 EUR), Rettungsdienst (15.000 EUR), Rückkehrberatung/Reintegrationshilfe (11.300 EUR), Schülerbeförderung (11.200 EUR), Erstattung RVL für Nahverkehrskonzeption (-120.000 EUR)</i>	1.134.300	1.098.750	-35.550
7	Zinsen und ähnliche Entgelte	102.600	104.959	2.359
8	aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	44.459	44.459
9	Sonstige ordentliche Erträge	1.333.900	2.520.471	1.186.571
	Bußgelder, Zwangsgelder	1.280.200	1.374.609	94.409
	Erstattungen von Steuern	3.200	71.346	68.146
	Säuminszuschläge, Mahngebühren	50.000	62.658	12.658
	Erträge aus Auflösung oder Herabsetzung von Rückstellungen	0	611.149	611.149
	Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen	0	398.381	398.381
10	Ordentliche Erträge	201.114.100	207.632.373	6.518.273

Planabweichungen

		PLAN 2014 - in EUR -	IST 2014 - in EUR -	Delta - in EUR -
11	Personalaufwendungen	-44.205.500	-45.264.163	-1.058.663
	Personal- und Versorgungsaufwendungen davon Dienstaufwendungen Beamte (106.300 EUR), Unterstützungsleistungen (-40.300 EUR), Versorgungsaufwendungen Beamte (-41.400 EUR), Beiträge Versorgungskassen Beschäftigte (-142.900 EUR), Sozialversicherungsbeiträge Tarifliche Beschäftigte (-203.100 EUR), Dienstaufwendungen Tariflich Beschäftigte (-439.800 EUR)	-45.098.600	-45.851.438	-752.838
	Rückstellungen davon für Mehrarbeit (22.500 EUR), für Altersteilzeit (-52.300 EUR), für Urlaub (-276.000 EUR)	893.100	587.275	-305.825
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-15.051.900	-13.702.815	1.349.085
	Unterhaltung Grundstücke und bauliche Anlagen	-2.271.700	-2.431.005	-159.305
	Unterhaltung bauliche Anlagen, energetische Sanierung davon GWS Rheinfelden (102.100 EUR), Berufsschulzentrum Lörrach (46.000 EUR), Helen-Keller Schule Weil am Rhein (-9.300 EUR), Erich Kästner-Schule (-9.600 EUR), Sporthalle Rheinfelden (-21.400 EUR)	-424.000	-319.246	104.754
	Unterhaltung bauliche Anlagen, elektro-technische Sanierung davon Berufsschulzentrum Schopfheim (-6.000 EUR), Rückstellung für Sanierung Sicherheitsbeleuchtung in Tiefgarage Berufsschulzentrum Lörrach (-41.000 EUR), Berufsschulzentrum Lörrach (-98.800 EUR)	-300.000	-448.273	-148.273
	Unterhaltung sonstiges unbewegliches Vermögen davon Kreisstraßen (106.900 EUR), Bundesstraßen (4.200 EUR), Landesstraßen (-52.300 EUR),	-1.587.800	-1.528.400	59.400
	Unterhaltung bewegliches Vermögen davon Facility Management (11.100 EUR), Landesstraßen (5.600 EUR), Berufsbildende Schulen (5.500 EUR)	-235.350	-199.492	35.858
	Erwerb geringwertiger Wirtschaftsgüter davon Berufsbildende Schulen (106.900 EUR) --> Ermächtigungsübertragungen Schulbudgets, Facility Management (20.700 EUR), Brandschutz (9.000 EUR), Beistand/Amts Vormundschaft (-6.500 EUR), Sonderschulen (-10.000 EUR), Waldwirtschaft (-13.900 EUR), Flüchtlingsunterbringung (- 51.300 EUR)	-670.100	-612.528	57.572
	Mieten und Pachten davon Unterbringung Gemeinschaftsunterkünfte (311.600 EUR)	-1.883.900	-1.561.870	322.030
	Aufwand für Strom davon Flüchtlingsunterbringung (-5.800 EUR), Verwaltungs- und Schulgebäude (-30.900 EUR)	-517.500	-556.064	-38.564
	Aufwand für Wärme davon Verwaltungs- und Schulgebäude (95.000 EUR), Flüchtlingsunterbringung (30.500 EUR)	-545.400	-413.332	132.068
	Aufwand für Wasserversorgung davon Flüchtlingsunterbringung (69.400 EUR), Verwaltungs- und Schulgebäude (5.400 EUR)	-135.400	-59.653	75.747
	Aufwand für Abwasserbeseitigung davon Flüchtlingsunterbringung (77.300 EUR)	-182.400	-102.048	80.352

	PLAN 2014 - in EUR -	IST 2014 - in EUR -	Delta - in EUR -
Aus- und Fortbildung, Umschulung <i>davon fachübergreifende Fortbildungen (44.300 EUR), Steuerungsunterstützung, Controlling und Beteiligungsmanagement (32.600 EUR), Finanzmanagement (18.300 EUR), Hilfen für junge Menschen (12.100 EUR), Facility Management (10.700 EUR), Kooperation und Vernetzung (9.600 EUR)</i>	-489.300	-280.573	208.727
Aufwendungen für EDV <i>davon IuK (44.500 EUR), Berufsbildende Schulen (27.700 EUR), Ordnungswesen (22.700 EUR), Ausländerwesen (22.100 EUR)</i>	-1.135.950	-1.261.323	-125.373
Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter <i>davon Winterdienst Kreisstraßen (137.100 EUR), Architektenwettbewerb Masterplan (40.000 EUR), Winterdienst Landesstraßen (39.600 EUR), Winterdienst Bundesstraßen (25.200 EUR)</i>	-1.411.100	-1.140.809	270.291
Aufwendungen für bezogene Waren <i>davon Flüchtlingsunterbringung (-78.300 EUR)</i>	-163.100	-245.941	-82.841
Lehr- und Unterrichtsmaterial <i>davon Berufsbildende Schulen (54.200 EUR), Kreismediumzentrum (5.600 EUR), Sonderschulen (-13.400 EUR)</i>	-254.700	-208.323	46.377
Lernmittel <i>davon Berufsbildende Schulen (99.500 EUR), Sonderschulen (2.500 EUR)</i>	-231.800	-129.830	101.970
Streugut <i>davon Landesstraßen (87.000 EUR), Kreisstraßen (76.900 EUR), Bundesstraßen (53.200 EUR)</i>	-350.000	-132.557	217.443
14 Planmäßige Abschreibungen	-3.082.000	-4.087.959	-1.005.959
Planmäßige Abschreibungen <i>davon auf Forderungen wegen befr. und unbefristeter Niederschlagung (-903.300 EUR), wegen Uneinbringlichkeit (-332.300 EUR)</i>	-3.082.000	-4.087.959	-1.005.959
15 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-48.100	-31.595	16.505
16 Transferaufwendungen	-107.697.600	-107.051.899	645.701
Zuschüsse an sonstige öffentliche Sonderrechnungen <i>Landesprogramm Passiv-Aktiv-Transfer (Eingliederungshilfe)</i>	-143.000	-107.000	36.000
Zuschüsse an übrige Bereiche <i>davon Förderung der Erziehung in der Familie (100.800 EUR), Kindertagespflege (54.600 EUR), Freie Wohlfahrtspflege (43.300 EUR), Strukturpolitik (33.600 EUR), grenzüberschreitende Zusammenarbeit (22.100 EUR), Betreuungsverein (24.200 EUR), Eingliederungshilfe (19.400 EUR)</i>	-3.608.300	-3.249.851	358.449
Soziale Leistungen:			
<i>Hilfe zur Pflege (PG 31.10.01)</i>	-12.891.702	-13.432.471	-540.769
<i>Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (PG 31.10.02)</i>	-33.844.782	-34.086.215	-241.433
<i>Hilfen zur Gesundheit (PG 31.10.03)</i>	-802.772	-1.066.908	-264.136
<i>Hilfe für blinde Menschen (PG 31.10.04)</i>	-926.000	-900.371	25.629
<i>Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und Erwerbsminderung (PG 31.10.05)</i>	-12.990.044	-12.505.824	484.220

Planabweichungen

	PLAN 2014 - in EUR -	IST 2014 - in EUR -	Delta - in EUR -
Hilfe zur Überw. Bes. sozialer Schwierigkeiten (PG 31.10.07)	-585.000	-628.717	-43.717
Hilfen für Flüchtlinge und Aussiedler (PG 31.30 und 31.40)	-4.598.500	-3.632.041	966.459
Leistungen nach dem BVG (PG 31.50)	-1.009.000	-892.287	116.713
Bildung und Teilhabe (PG 31.90)	-160.000	-147.456	12.544
Hilfe für junge Menschen und ihre Familien (PG 36.30)	-15.580.716	-16.446.195	-865.479
Kindertageseinrichtungen und -pflege (PG 36.50)	-3.400.084	-3.081.144	318.940
Kooperation und Vernetzung (PG 36.80)	-20.000	-21.626	-1.626
Unterhaltsvorschussleistungen (PG 36.90)	-1.800.000	-1.522.357	277.643
17 Sonstige ordentliche Aufwendungen	-31.029.000	-30.301.341	727.659
Schülerbeförderung	-3.725.000	-3.588.285	136.715
Bürobedarf	-563.850	-488.781	75.069
Porto- und Transportkosten	-309.900	-221.788	88.112
Sonstige Geschäftsausstattungen davon Berufsbildende Schulen (-54.600 EUR), Flüchtlings- unterbringung (-4.200 EUR), Kfz-Zulassung (-4.000 EUR)	-31.400	-98.973	-67.573
Erstattungen an das Land davon geringere Umlage an das Land aus FAG-Abrechnung (36.500 EUR), Rückstellung für Unterhaltsvorschussleistungen (-18.000 EUR)	-214.700	-188.855	25.845
Erstattungen an sonstige öffentliche Bereich kommunaler Finanzierungsanteil Jobcenter	-1.000.000	-1.214.934	-214.934
Grundsicherung für Arbeitssuchende (KdU)	-20.462.065	-19.807.413	654.652
18 Ordentliche Aufwendungen	-201.114.100	-200.439.773	674.328
19 Ordentliches Ergebnis	0	7.192.600	7.192.600

■ **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen**

▪ **Ergebnisrechnung**

Aufgrund der im Haushaltsplan festgelegten Haushaltsvermerke und Budgetregeln zur gegenseitigen und unechten Deckungsfähigkeit entstehen über- und außerplanmäßige Aufwendungen nur dann, wenn der jeweilige Teilhaushalt im Ergebnis überschritten ist. In der Praxis sind über- und außerplanmäßige Aufwendungen daher in der Regel erst mit der Ermittlung des Ergebnisses im Rahmen des Jahresabschlusses konkret feststellbar.

Nach Feststellung des Jahresergebnisses ist festzuhalten, dass alle Teilhaushalte die für 2014 gesteckten Finanzziele erreichen konnten. Sie schlossen im Vergleich zur Planung jeweils mit Verbesserungen ab. Damit war es auch möglich, Mittelbindungen zur Deckung von Mehrauszahlungen in der Finanzrechnung in Höhe von insgesamt 150.636 EUR vorzunehmen (siehe Finanzrechnung).

Im THH 3 (Bildung & Kultur) reichte die Verbesserung nicht aus, die nach den Haushaltsvermerken zu bildenden Schulbudgetreste in vollem Umfang als Ermächtigungsübertragungen ins neue Jahr zu übertragen. Zurückzuführen ist dies vorwiegend auf die Überschreitung des Personalaufwands im THH 3. Um ausreichend Ermächtigungsübertragungen für die Budgetreste der Schulen bilden zu können, mussten Mittel des THH 1 (PG 61.10) in Höhe von 45.270,81 EUR für THH 3 in Anspruch genommen werden.

▪ **Finanzrechnung**

Die Investitionssaldos der Teilhaushalte 5 und 6 schließen mit Verschlechterungen in Höhe von 3.131 EUR (THH 5) bzw. 113.565 EUR (THH 6) ab. Zusätzlich ergaben sich Mehrauszahlungen bei Investitionen bzw. Investitionsfördermaßnahmen in diversen Produktgruppen des THH 1 (5.023 EUR), des THH 3 (13.948 EUR) und des THH 4 (23.915 EUR). Eine Deckung dieser Mehrauszahlungen durch Einsparungen bei anderen Investitionen bzw. durch Mehreinzahlungen im Investitionsbereich ist in den bestehenden Haushaltsvermerken nicht vorgesehen, sodass überplanmäßige Auszahlungen entstanden.

Nach der im Haushaltsplan (S. 475) festgelegten einseitigen Deckungsfähigkeit können Mehrauszahlungen für Investitionen jedoch durch Minderaufwendungen dieses Budgets in der Ergebnisrechnung ausgeglichen werden (§ 20 Abs. 4 GemHVO). Den überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt (150.636 EUR) standen 2014 jeweils in mindestens gleicher Höhe Verbesserungen im Ergebnishaushalt gegenüber (s.o.), sodass die Mehrauszahlungen zulässig waren und keiner weiteren Genehmigung bedürfen.

Planabweichungen

Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Ergebnisrechnung					
PG	Bezeichnung	ÜPL/ APL	Betrag - in EUR -	Deckungsmittel	Genehmigung
Summe Ergebnishaushalt			0,00		

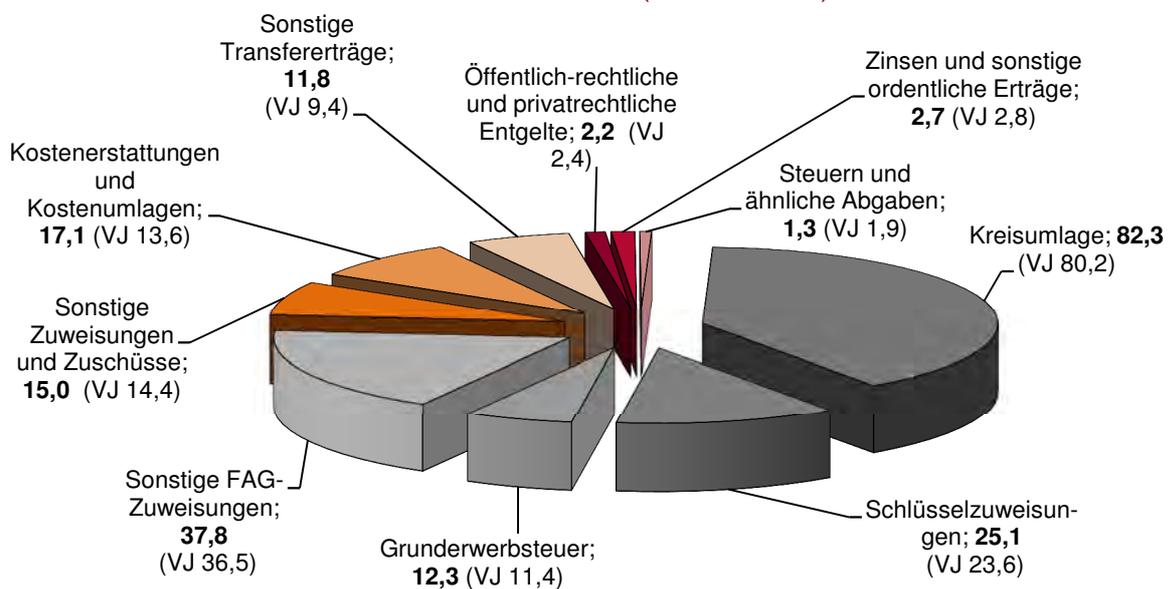
Finanzrechnung					
PG	Bezeichnung	ÜPL/ APL	Betrag - in EUR -	Deckungsmittel	Genehmigung
11.20	luk - Anbindung Jobcenter	üpl	-1.991,66	ErgHH PG 11.20, Zeile 13 Verbesserungen im Ergebnishaushalt	§ 20 Abs. 4 GemHVO
11.22	Kassenautomat Kfz-Zulassungsstelle Lö	üpl	-2.981,72	ErgHH PG 11.22, Zeile 13 Verbesserungen im Ergebnishaushalt	§ 20 Abs. 4 GemHVO
11.23	Erhöhung Stammkapital BGV	üpl	-50,00	ErgHH PG 11.23, Zeile 17 Verbesserungen im Ergebnishaushalt	§ 20 Abs. 4 GemHVO
THH 1	Finanzen & Zentrales Management		-5.023,38		
21.20	Beschaffung, Grundung und Einbau eines Rollstuhlkarusells an der HKS Maulburg	üpl	-5.000,00	ErgHH PG 11.24, Zeile 13	Anteilsfinanzierung PG 11.24
THH 3	Bildung & Kultur		-5.000,00		
51.12	Beschaffung Laptop und Beamer	üpl	-12.115,39	ErgHH PG 51.11, Zeilen 13-17 Verbesserungen im Ergebnishaushalt	§ 20 Abs. 4 GemHVO
57.10	Zuschuss aus Strukturförderung zum Erwerb eines Kfz	üpl	-11.800,00	ErgHH PG 57.10, Zeile 16 Minderaufwand im Ergebnishaushalt	§ 20 Abs. 4 GemHVO
THH 4	Verkehr & Strukturpolitik		-23.915,39		
55.51	Beschaffung Lasermessgeräte	üpl	-3.131,04	ErgHH PG 55.51, Zeile 17 Verbesserungen im Ergebnishaushalt	§ 20 Abs. 4 GemHVO
THH 5	Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum		-3.131,04		
31.10	Erwerb Lizenzen Lämmkom	üpl	-7.735,00	ErgHH PG 31.10, Zeile 13 Verbesserungen im Ergebnishaushalt	§ 20 Abs. 4 GemHVO
31.40	Beschaffungen im Bereich der Gemeinschaftsunterkünfte	üpl	-105.830,69	ErgHH PG 31.40, Zeile 13 Verbesserungen im Ergebnishaushalt	§ 20 Abs. 4 GemHVO
THH 6	Soziales & Arbeit		-113.565,69		
Summe Finanzrechnung			-150.635,50		

Bewertung der Abschlussrechnungen

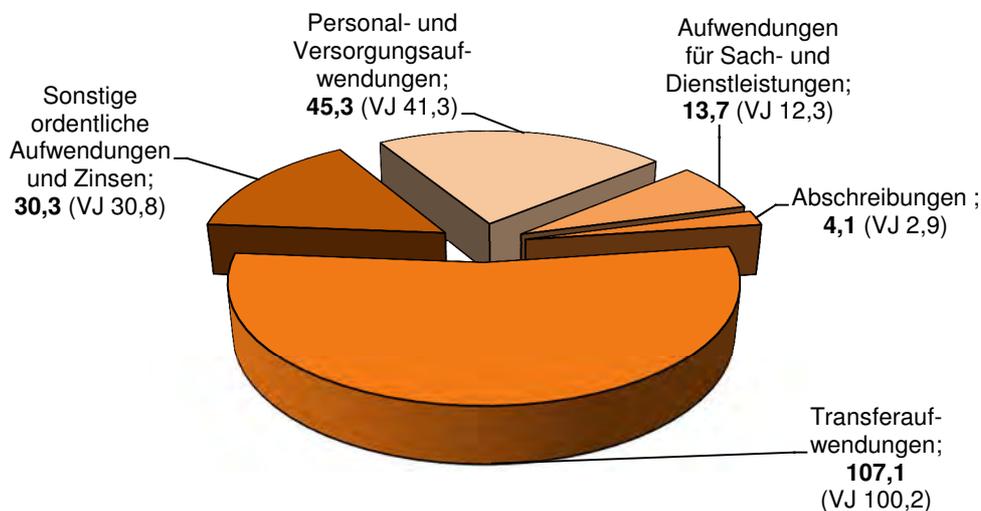
■ Ertragslage

Die Entwicklung der Ertragslage des Landkreises spiegelt sich in der Ergebnisrechnung wider. In der Ergebnisrechnung wird die Ertrags- und Aufwandsstruktur dargestellt sowie besondere Ereignisse des Haushaltsjahres, die das Jahresergebnis beeinflusst haben (Ordentliches Ergebnis und Sonderergebnis). Die wesentlichen Ertrags- und Aufwandsarten sind nachfolgend dargestellt:

Ordentliche Erträge - in Mio. EUR - Gesamt 207,6 (2013: 196,3)



Ordentliche Aufwendungen - in Mio. EUR - Gesamt 200,4 (2013: 187,4)



Bewertung der Abschlussrechnungen

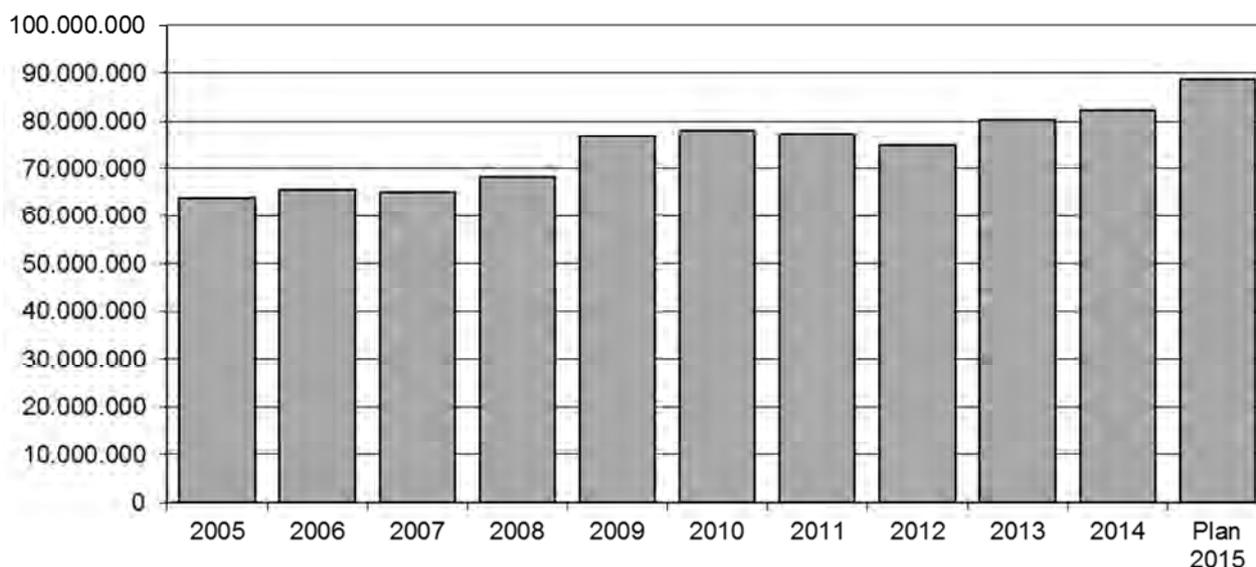
Durch Kennzahlen kann die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Landkreises näher analysiert werden. Nachfolgend werden einige ausgewählte Kennzahlen zum Jahresergebnis 2014 dargestellt, die auch in künftigen Jahren ermittelt werden sollen, um durch einen Zeitreihenvergleich an Aussagekraft zu gewinnen.

▪ Kreisumlagequote

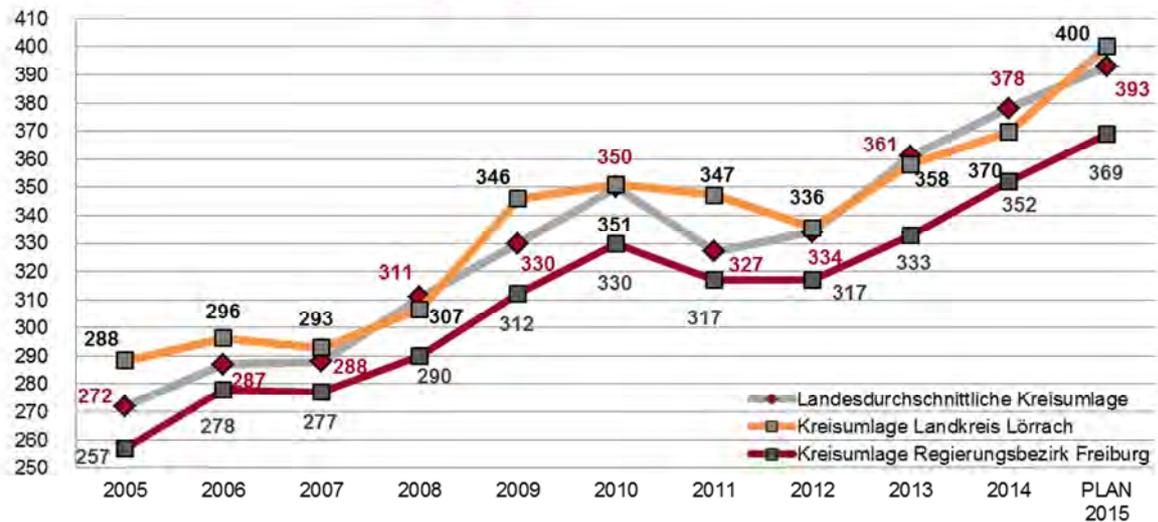
$\frac{\text{Kreisumlage} * 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$	$\frac{82.269.992 \text{ EUR} * 100}{207.632.373 \text{ EUR}}$	39,62%
---	--	--------

Die Kreisumlage ist ein Maßstab für die Umlagekraft der Landkreise. Beim Landkreis Lörrach beträgt der Anteil der Kreisumlage 39,62 % (2013= 40,85 %, 2012= 41,24 %, 2011= 42,26 %) an den ordentlichen Erträgen und ist damit weiterhin die wichtigste Ertragsart des Landkreises, wengleich die Quote kontinuierlich leicht rückläufig ist. Nachfolgend werden die absoluten Beträge der Kreisumlage der letzten zehn Jahre abgebildet.

Kreisumlageaufkommen im Landkreis Lörrach - in EUR -

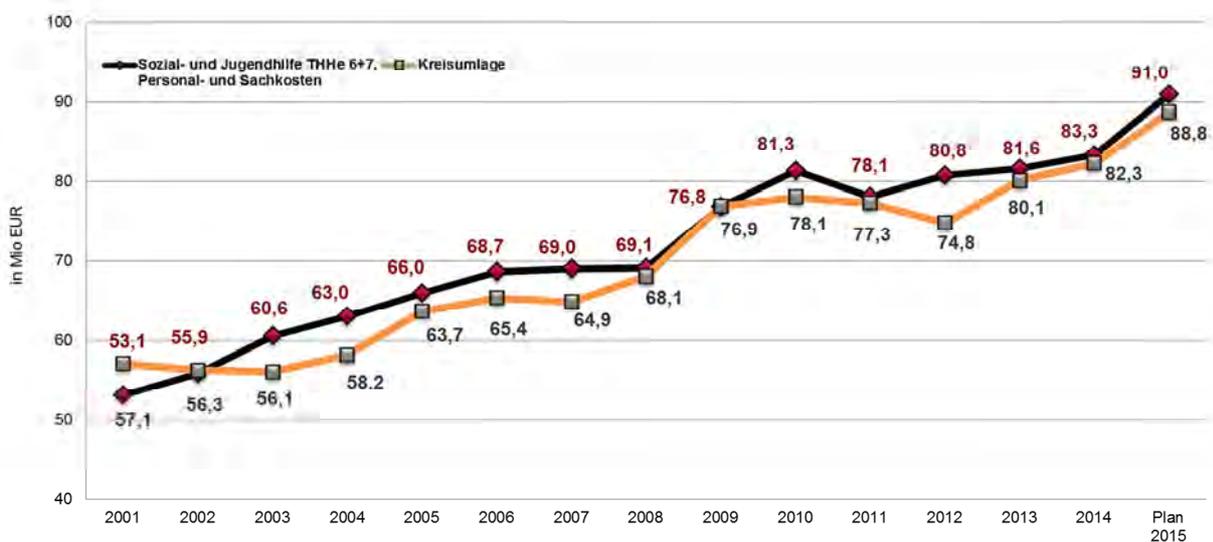


Vergleich der Kreisumlage zum Landesdurchschnitt und Regierungsbezirk - EUR/EW -



Die nachfolgende Grafik zeigt auf, dass die Kreisumlage im Landkreis Lörrach bis auf wenige Ausnahmen nie ausreichte, den Zuschussbedarf in der Sozial- und Jugendhilfe zu decken. Der ermittelte Zuschussbedarf setzt sich aus den ordentlichen Ergebnissen der THHe 6 und 7, der KVJS-Umlage sowie den Erträgen aus der VRG-Zuweisung und des Soziallastenausgleichs zusammen.

Entwicklung des Zuschussbedarfs im Sozialbereich und der Kreisumlage-Erträge - in Mio. EUR -



Bewertung der Abschlussrechnungen

- **Sozial-Transferleistungsquote**

$$\frac{\text{Transferleistungen Soziales \& Jugend} * 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} = \frac{108.978.545 \text{ EUR} * 100}{200.439.773 \text{ EUR}} = 54,37\%$$

Diese Kennzahl betrachtet nur die Aufwandsseite der Sozial- und Jugendhilfe und bildet die reinen Hilfezahlungen an Dritte ab. Sie setzt sich aus Transferaufwendungen und sonstigen ordentlichen Aufwendungen (Zeile 16 und anteilig 17 der Ergebnisrechnung) zusammen. Der Aufwand in dieser Kennzahl darf nicht mit dem Zuschussbedarf der Transferleistungen oder mit den unter der Zeile 16 insgesamt abgebildeten Transferaufwendungen verwechselt werden.

Der Anteil der Transferaufwendungen für die Soziale Sicherung an den ordentlichen Aufwendungen beträgt **54,37 %** (VJ 55,15 %, VVJ 55,32 %). Dies bedeutet, dass wie auch schon im Vorjahr mehr als die Hälfte aller Aufwendungen des Landratsamts als Hilfeleistungen an Dritte geleistet werden.

■ **Finanzlage**

Für die positive Entwicklung der Kreisfinanzen spielen unterschiedliche Faktoren eine Rolle. Ein Grund hierfür ist die starke Wirtschaft Deutschlands, die trotz der Staatsschuldenkrise allgemein, schwierigen Lage in Europa weiter stabil bleibt. Der Grundstein für die gute Finanzlage des Landkreises Lörrach ist eine solide und umsichtige Finanzpolitik. Der Kernhaushalt des Landkreises Lörrach war von Januar 2011 bis September 2013 schuldenfrei. Es wurden unter anderem durch das Entschuldungskonzept richtungsweisende Entscheidungen getroffen. Seit dem Jahr 2013 wurden zinsgünstige KfW-Darlehen in Höhe von insgesamt 3,0 Mio. EUR, davon 2,0 Mio. EUR im Haushaltsjahr 2014, für die energetische Sanierung der kreiseigenen Schulen abgerufen. Die übrigen getätigten Investitionen konnten durch den Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit und die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit finanziert werden. Darüber hinaus können auf dieser gestärkten Basis notwendige Investitionen in die Zukunft, wie zum Beispiel der Breitbandversorgung und Hochrheinelektrifizierung, in Angriff genommen werden. Der intergenerativen Gerechtigkeit wurde und wird durch eine umsichtige Finanzpolitik in besonderem Maße Rechnung getragen.

▪ **Eigenfinanzierungsquote und Fremdfinanzierungsquote**

Die Eigenfinanzierungsquote der Investitionen des Landkreises liegt im Haushaltsjahr 2014 bei **43,1%** (2013 91,54%, 2012 100,00%, 2011 100,00%). Dies bedeutet, dass die Auszahlungen für Investitionen nicht ganz zur Hälfte aus Eigenmitteln finanziert wurden. Die Fremdfinanzierungsquote beträgt **56,9%** (2013 8,46%, 2012 0,00%, 2011 0,00%), da zinsgünstige KfW-Darlehen in Höhe von 2,0 Mio. EUR für die energetische Sanierung der kreiseigenen Schulen aufgenommen wurden und sich die Gesamtsumme der Investitionsauszahlungen auf rund 3,5 Mio. EUR (2013: 11,8 Mio. EUR, 2012: 5,2 Mio. EUR, 2011: 18,6 Mio. EUR) belief.

▪ **Netto-Investitionsrate I**

Die absolute Netto-Investitionsrate (NIR) gibt die Höhe der Eigenmittel für Investitionen aus dem erwirtschafteten Überschuss des Ergebnishaushalts an. Berechnet wird die NIR indem man von dem Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit die Kredittilgungen abzieht. Im Jahr 2014 betrug sie 10.225.533 EUR (2013: 7.044.500 EUR, 2012: 6.141.019 EUR, 2011: 14.239.828 EUR). Da im Berichtsjahr noch keine Tilgung erforderlich war, stand der Zahlungsmittelüberschuss grundsätzlich vollständig zur Finanzierung zur Verfügung.

▪ **Zahlungsfluss (Cashflow)**

Der Cashflow definiert sich als Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen der betrachteten Periode. Erträge und Aufwendungen, die in der Periode nicht zahlungswirksam sind (z.B. Abschreibungen und Zuführungen bzw. Auflösung von Rückstellungen) werden nicht berücksichtigt. Zu unterscheiden sind:

- operativer Cashflow,
- Cashflow aus der Investitionstätigkeit
- Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit.

Bewertung der Abschlussrechnungen

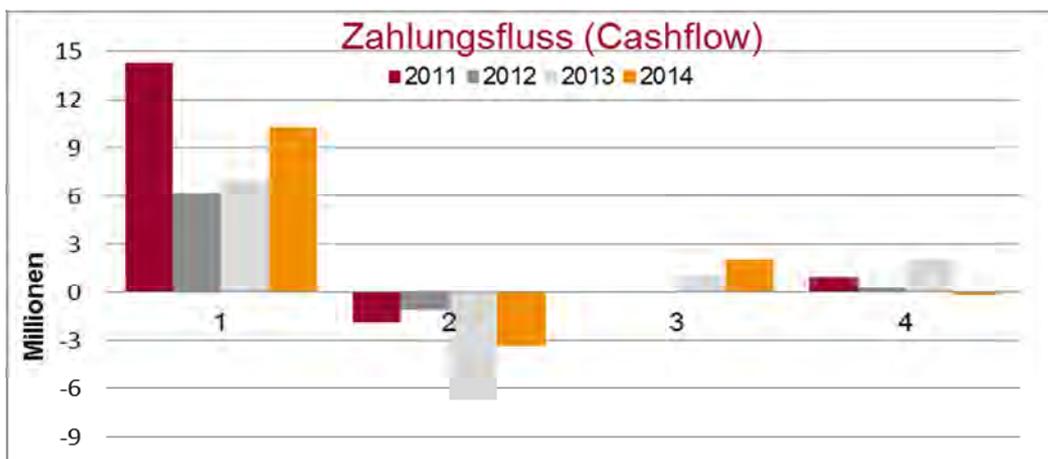
Das Aggregat dieser drei Salden ergibt die Veränderung des Bestands der Zahlungsmittel der Periode. Der operative Cashflow ist das Ergebnis aller zahlungswirksamer Geschäftsvorfälle der laufenden Verwaltungstätigkeit. Er ist ein Indikator für das Innenfinanzierungspotential der Kommune.

Ein positiver operativer Cashflow versetzt die Kommune in die Lage, aus den Geschäftsprozessen heraus Kredite ordnungsgemäß zu tilgen und neue Anlageinvestitionen zu tätigen. Im Jahr 2014 belief er sich auf 10.225.533 EUR (VJ 7.044.500 EUR). Dieser Betrag steht jedoch in den Folgejahren nicht in voller Höhe zur Verfügung, da hiervon bereits im Haushaltsjahr 2014 Mittel zur Finanzierung von Investitionen herangezogen wurden. Nach Miteinbeziehung der Cashflows aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit sowie der Durchlaufenden Gelder beläuft sich die Veränderung der Mittel auf 8.637.511 EUR (siehe Seite 74).

Um zu ermitteln, welcher Anteil des Cashflow für Tilgungen und neue Investitionen zur Verfügung steht, sollten auch die Ermächtigungsübertragungen in die Betrachtung mit einbezogen werden. Denn diese Ermächtigungen führen zu Mittelabflüssen im Folgejahr und schränken die freie Verfügbarkeit des Cashflows somit ein. Es werden Ermächtigungen in Höhe von rund 2,4 Mio. EUR aus dem Ergebnishaushalt und rund 2,9 Mio. EUR aus dem Finanzaushalt übertragen. Unter dem Strich stehen somit rund 3,3 Mio. EUR an Mitteln zur Tilgung und Finanzierung zur Verfügung. Die erste und zweite Säule der Finanzierungsstrategie, die die Basis für das ambitionierte Investitionsprogramm des Landkreises bildet, werden somit durch das gute Jahresergebnis 2014 gestärkt.

Abschließend lässt sich zusammenfassen, dass die Finanzlage des Landkreises weiterhin positiv zu bewerten ist, der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit ist im Vergleich zum Vorjahr um rund 3,1 Mio. EUR angestiegen. Gleichwohl sollte die solide und zukunftsorientierte Finanzpolitik zielstrebig weitergeführt werden, um eine gute Basis für künftige Herausforderungen zu gewährleisten. In den kommenden Haushaltsjahren wird es zu größeren Finanzmittelabflüssen durch die geplanten Investitionen, insbesondere für die Breitbandversorgung, die Elektrifizierung der Hochrheinstrecke und durch die Umsetzung des Masterplans, kommen.

Zahlungsfluss		2011	2012	2013	2014
		- in EUR -			
1.	Zahlungsmittelüberschuss aus lauf. Verwaltungstätigkeit	14.240.083	6.141.019	7.044.501	10.225.533
2.	Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.887.993	-1.114.942	-6.711.591	-3.347.498
3.	Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Kreditaufnahme)	-256	0	1.000.000	2.000.000
4.	Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen (ohne Geldanlagen)	948.881	231.363	2.033.598	-240.524



■ Vermögenslage

▪ Die Eigenkapitalquote

Das Eigenkapital (Kapitalposition) steht auf der Passivseite der Bilanz und stellt die Differenz des Vermögens zu den Schulden dar. Die Kapitalposition (114.455.019,54 EUR) umfasst neben dem Basiskapital auch die Rücklagen und ggf. die erwirtschafteten Verlustvorträge.

Unter dem Gesichtspunkt der **intergenerativen Gerechtigkeit** gilt es, das Eigenkapital durch (zumindest im Durchschnitt) **ausgeglichene Haushaltsergebnisse** zu erhalten, im besten Fall sogar zu stärken. Dauerhaft nicht ausgeglichene Haushaltsergebnisse würden das Eigenkapital unablässig vermindern. Folglich ist das Eigenkapital zum einen unter intergenerativen Aspekten dauerhaft zu schützen, es dient zum anderen aber (zumindest temporär) als Verlustpuffer. Deshalb kann ein eher höheres Eigenkapital als positiv angesehen werden.

Die **Eigenkapitalquote** des Landkreises Lörrach ist im Haushaltsjahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr relativ von 79,42 % um 0,92 Punkte **auf 78,50 % gesunken**. Die Veränderung ist auf die Erhöhung der Kapitalposition im Verhältnis zur stärker angestiegenen Bilanzsumme zurückzuführen.

▪ Die Fremdkapitalquote

Das Fremdkapital ist unterhalb des Eigenkapitals ebenfalls auf der Passivseite der Bilanz abgebildet und umfasst im Wesentlichen die Verbindlichkeiten und die Rückstellungen.

Allgemein können mit Hilfe der Fremdkapitalquote Rückschlüsse auf zukünftige Liquiditätsabflüsse gezogen werden, da das Fremdkapital zukünftige Auszahlungen (z. B. Zins- und Tilgungszahlungen für aufgenommene Darlehen) oder die Auszahlung periodisierter Aufwendungen (aus den Rückstellungen) nach sich zieht.

Im Allgemeinen kann eine eher niedrige Fremdkapitalquote als tendenziell positiv angesehen werden.

Die **Fremdkapitalquote** des Landkreises Lörrach ist im Haushaltsjahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr relativ um 0,52 Punkte **auf 9,84 % gestiegen** (Vorjahr: 9,32 %).

Begründet ist der Anstieg durch den Anstieg der Verbindlichkeiten insgesamt um 2.572.788,15 EUR. Davon beträgt allein der Anstieg der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen 2.000.000,00 EUR.

Bewertung der Abschlussrechnungen

▪ Die Darlehensquote

Die Darlehensquote kann als Teil der Fremdkapitalquote verstanden werden. Durch die Darlehensquote werden die Teile des Fremdkapitals analysiert, die tatsächlich zukünftige Zinsauszahlungen aufgrund von abgeschlossenen Darlehenskontrakten mit Kreditinstituten nach sich ziehen. Insofern kann eine eher niedrige Darlehensquote als tendenziell positiv angesehen werden.

Die **Darlehensquote** des Landkreises Lörrach hat sich zum 31.12.2014 um 1,33 Punkte **auf 2,06 %** (Vorjahr: 0,73 %) aufgrund Steigerung der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen **erhöht**.

▪ Der Anlagendeckungsgrad

Bei der Kennzahl zum Anlagendeckungsgrad wird die Kapitalposition der Passivseite der Bilanz zum Sachvermögen auf der Aktivseite der Bilanz (horizontal) ins Verhältnis gesetzt. Da das Sachvermögen (bestenfalls) durch das Eigenkapital finanziert sein sollte, stellt eine Kennzahl > 100 % diesen Anspruch dar. Insofern ist eine Kennzahl > 100 % als positiv zu werten.

Während der **Anlagendeckungsgrad** des Landkreises Lörrach im Vorjahr 220,32 % betrug, ist er zum 31.12.2014 um 7,28 Punkte **auf 227,60 % gestiegen**. Daraus folgt, dass das Sachvermögen komplett durch Eigenkapital gedeckt ist.

▪ Die Reinvestitionsquote

Eine wichtige Voraussetzung zur nachhaltigen kommunalen Aufgabenerfüllung ist das Vorhalten einer aufgabenorientierten Struktur des Sachanlagevermögens. Der Verbrauch von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens wird typischerweise aufwands- und damit ergebniswirksam über die regelmäßigen Abschreibungen erfasst.

Neben der Instandhaltung des Sachanlagevermögens (Substanzerhalt) ist auch der Aspekt der Wiederbeschaffung für abgeschriebene („verbrauchte“) Vermögensgegenstände relevant.

Die Reinvestitionsquote setzt die Netto-Investitionen (= Anlagenzugänge – Anlagenabgänge zu Restbuchwerten) eines Haushaltsjahres mit den Abschreibungen des betrachteten Haushaltsjahres ins Verhältnis. Demzufolge ist sie ein Indikator für die Investitionspolitik der Kommune und gibt an, ob die Investitionen den Werteverlust durch Abschreibungen ausgleichen. Eine Reinvestitionsquote von unter 100 % bedeutet einen Substanzverzehr. Eine Reinvestitionsquote von genau 100 % bedeutet einen Substanzerhalt und sollte das Mindest-Ziel sein. Daher sollte die Reinvestitionsquote, jedenfalls längerfristig, nicht unter 100 % sinken.

Die **Reinvestitionsquote** des Landkreises Lörrach ist um 55,73 Punkte **auf 135,26 %** (Vorjahr: 190,99 %) zum 31.12.2014 zwar **gesunken**. Sie liegt aber dennoch über 100% und drückt insofern aus, dass die Netto-Investitionen in das Sachanlagevermögen mit 3.345.578,68 EUR (Vorjahr: 4.563.390,47 EUR) höher waren als die Aufwendungen für Abschreibungen des Sachanlagevermögens mit 2.473.528,72 EUR (Vorjahr: 2.389.284,48).

- **Die Reinvestitionsquote II (zahlungsorientiert)**

Die zahlungsorientierte Reinvestitionsquote setzt nicht den Saldo der Anlagenzugänge und -abgänge eines Haushaltsjahres zu den gebuchten Abschreibungen desselben Haushaltsjahres ins Verhältnis, sondern die Investitionsauszahlungen in das Sachanlagevermögen des betrachteten Haushaltsjahres.

Ähnlich wie bei der Reinvestitionsquote stellt die Reinvestitionsquote II (zahlungsorientiert) ein Verhältnis zwischen den Reinvestitionen in das Sachanlagevermögen und den Abschreibungen eines Haushaltsjahres her. Nur werden nun Zahlungsströme betrachtet.

Insofern gibt die Reinvestitionsquote II an, ob die Investitionsauszahlungen in das Sachanlagevermögen eines Haushaltsjahres ausgereicht haben, um den durch die Abschreibungen dokumentierten Werteverzehr auszugleichen. Daher sollte zumindest ein Wert von 100 % angestrebt werden, da ansonsten ein Substanzverzehr vorliegt.

Die **Reinvestitionsquote II** des Landkreises Lörrach ist im Vergleich zum Vorjahr von 400,07 % **auf 121,32 %** zum 31.12.2014 **gesunken**. Der Wert über 100 % drückt aus, dass die Investitionsauszahlungen mit 3.000.991,43 (Vorjahr: 9.558.816,19 EUR) in das Sachanlagevermögen größer waren als die korrespondierenden Abschreibungen i. H. v. 2.473.528,72 EUR (Vorjahr: 2.389.284,48).

Die hohen Investitionsauszahlungen des Vorjahres beruhten überwiegend auf dem Kauf des Hauses 2 (Telekom-Gebäude).

Wirtschaftliche Lage

Die seit drei Jahren anhaltende stabile gute wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik wirkte sich auch 2014 positiv auf den Landkreis Lörrach aus und förderte u.a. das erzielte Jahresergebnis. Nach der schuldenfreien Zeit in den Jahren 2011 und 2012 wurde für die Umsetzung der Investitionen in den Jahren 2013 und 2014 der Finanzierungsmittelbedarf teilweise auch mit Fremdkapital gedeckt. Nach Aufnahme eines weiteren zinsgünstigen Darlehens im Jahr 2014 hat sich die Darlehensquote auf 2,06 % erhöht, was als niedrig und damit positiv zu bewerten ist. Das Eigenkapital hat sich im Vergleich zum Vorjahr durch den erforderlichen Ausgleich des außerordentlichen Ergebnisses zwar verringert; die Eigenkapitalquote ist mit 78,50 % auch weiterhin positiv zu bewerten. Auch im Jahr 2014 wurden bedeutende Investitionen getätigt; die Reinvestitionsquote mit rd. 135 % lässt erkennen, dass die Zugänge wesentlich höher waren, als die Abschreibungen, was eine Substanzmehrung bedeutet.

Fremdkapitalquote und Liquidität sind weiterhin als solide und positiv zu bewerten. Gleichwohl sollte die solide und zukunftsorientierte Finanzpolitik insbesondere vor dem Hintergrund der für die nächsten Jahre anstehenden Investitionen zielstrebig weitergeführt werden. Im Ergebnishaushalt konnte wie schon in den Vorjahren der gesamte Ressourcenverbrauch erwirtschaftet und das positive ordentliche Ergebnis den Ergebnismittelrücklagen zugeführt werden. Abschließend ist festzustellen, dass die wirtschaftliche Lage des Landkreises Lörrach als solide bezeichnet werden kann.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag, die hätten berücksichtigt werden müssen, sind nicht eingetreten.

Chancen & Risiken

Das kräftige Wirtschaftswachstums und die sinkende Arbeitslosenzahl haben in den letzten drei Jahren dem Bund, den Ländern und auch den Kommunen deutliche Mehreinnahmen beschert. Die Kommunen profitieren hiervon insbesondere durch spürbare Zuwächse beim Steueraufkommen sowie bei den Schlüsselzuweisungen. Das Wachstumstempo hat sich nun zwar etwas verlangsamt; insgesamt wird aber eine Stagnation auf dem passablen Niveau des Vorjahres konstatiert. Eine Trendumkehr wird angesichts der positiven Eckdaten 2015 derzeit nicht befürchtet. Vor dem Hintergrund der leichten konjunkturellen Abkühlung wird jedoch nicht ausgeschlossen, dass die Kommunen künftig finanzwirtschaftlich Einschränkungen hinnehmen müssen. Um die Kommunalfinanzen dauerhaft auf einer tragfähigen Basis zu halten, wird daher nach wie vor zu einer stringenten Strategie zur strukturellen Haushaltskonsolidierung mit fortlaufender Aufgabenkritik und strikter Ausgabendisziplin sowie angemessener Einnahmenschöpfung geraten.

Auf Bundesebene ist für die kommenden Jahre eine sogenannte Investitionsoffensive geplant. Die große Koalition hat am 2. März 2015 ein Investitionspaket in Höhe von 15 Milliarden EUR auf den Weg gebracht. 7 Milliarden EUR sollen von 2016 bis 2018 für eine bessere Verkehrsinfrastruktur, für Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs, für ein schnelleres Internet, für einen höheren Klimaschutz und für die Städtebauförderung bereitgestellt werden. Darüberhinaus sollen die Kommunen weitere 1,5 Milliarden EUR erhalten, um dringend notwendige Investitionen zu tätigen.

Die für die kommenden Jahre geplanten Investitionen und die damit verbundene finanzielle Stabilität werden den Landkreis Lörrach vor hohe Herausforderungen stellen. Neben dem Investitionsbedarf des Kernhaushalts mit rd. 81 Mio. EUR bis ins Jahr 2020 stehen sowohl beim Eigenbetrieb Heime als auch der Kliniken GmbH Umstrukturierungen und damit verbunden hohe Investitionen an. Es gilt durch eine detaillierte Finanzplanung zu prüfen, ob die künftigen Lasten für den Kreis finanzier- und tragbar sind.

Aus Sicht des Landkreises Lörrach sind darüber hinaus für die kommenden Jahre folgende Entwicklungen von Bedeutung:

- **Masterplan Dienstleistungszentrum**

In 2015 werden weitere Weichen in der Erweiterung des Landratsamts gestellt werden. Nach Abschluss eines Vorvertrages und einer Organisationsvereinbarung in den beiden Jahren zuvor gilt es nun einen Bauablaufvertrag zu beschließen. Dieser regelt dann verbindlich die Abhängigkeiten und das weitere Vorgehen bei dem gemeinsamen Vorhaben mit dem Investor des Dienstleistungszentrums. Sollte dieses nicht zustande kommen, wird das Landratsamt alternativ planen.

- **Fachkräftemangel**

In einigen Bereichen des Landratsamts macht sich der Fachkräftemangel bereits heute durch die Schwierigkeit, offene Stellen neu zu besetzen, bemerkbar. Diese Entwicklung wird den Landkreis auch in den kommenden Jahren vor die Herausforderung der Personalgewinnung stellen und die Anstrengungen zu verstärken, den Landkreis als attraktiven Arbeitgeber weiter zu etablieren.

Chancen & Risiken

▪ **Gesundheit**

Im Rahmen der Klausurtagung des Kreistags und der Verwaltungsspitze am 20.03.2015 wurden für den Themenkomplex Gesundheit strategische Handlungsschwerpunkte für die kommenden fünf Jahre vorgeschlagen. Diese gilt es umzusetzen.

▪ **Schulentwicklung**

Mit dem Ziel Mitte 2015 das Schulentwicklungskonzept zu verabschieden, soll sodann mit der Umsetzung der Maßnahmen und der Umsetzung von Neustrukturierungen begonnen werden.

Risiken bestehen im Rückgang der Schülerzahlen. Diese können auf die Bildung und den Bestand von Kleinklassen Einfluss haben.

Eine Chance stellt der vermehrte Zuwachs an Asylsuchenden im Berufsschulalter dar, der den Schulen die Möglichkeit bietet, neue Profilierungen auszubilden und vorhandene Ressourcen auszuschöpfen.

▪ **Regionale Infrastruktur**

Die Errichtung eines zukunftsfähigen Breitbandnetzes ist dringend notwendig, um den Landkreis in seiner Attraktivität zu erhalten und auszubauen. Der Landkreis unterstützt die Städte und Gemeinden beim Ausbau der Ortsnetze durch die Finanzierung des Backbonenetzes und durch die Übernahme der Vorbereitungsarbeiten, die im Rahmen der Gründung eines Zweckverbands zur Breitbandversorgung notwendig sind. An dem Zweckverband sollen sich neben dem Landkreis alle 35 Städte und Gemeinden beteiligen. Mit der weiteren Entwicklung der Nahverkehrsplanung, des Radverkehrskonzeptes, der Fortschreibung des Kreisstraßenerhaltungs- und Bauprogramms und der Erarbeitung einer übergeordneten Zukunftsstrategie im Rahmen der Strukturpolitik soll die regionale Infrastruktur verbessert werden, um als attraktiver Wirtschaftsstandort bestehen zu können.

▪ **Umwelt, Energie und Klimaschutz**

Seit dem Kick-off zum European Energy Award im Jahr 2013 ist der Landkreis bereits sogenannte „eea-Kommune“, die sich zum Ziel setzt, ihre Energieaktivitäten systematisch zu erfassen, zu bewerten, kontinuierlich zu überprüfen, aufeinander abzustimmen und zielgerichtet umzusetzen. Mit einem vom Kreistag zu beschließenden Energiepolitischen Arbeitsprogramm sollen die weiteren Schritte bis zur Zertifizierung aufgezeigt werden.

▪ **Forstverwaltung**

Erhebliche rechtliche und strukturelle Ungewissheiten ergeben sich für die Forstverwaltung aus dem laufenden Verfahren des Bundeskartellamts gegen die gemeinsame Holzvermarktung in Baden-Württemberg. Hier müssen in Abstimmung mit den Kunden zumindest neue Übergangsstrukturen für die Holzverkaufstätigkeit gefunden werden.

- **Hilfen für Flüchtlinge und Asylbewerber**

Die erhöhten Zugänge an Flüchtlingen und Asylbewerbern erfordern höhere Aufwendungen des Landkreises für diesen Personenkreis. Es gilt dabei jedoch auch, diese Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, damit möglichst viele Flüchtlinge ihren Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit sichern können. Insbesondere die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge gilt es zu fördern, damit sie beruflich und gesellschaftlich integriert werden können. Hierzu dient auch der weitere Ausbau der Förderklassen an den beruflichen Schulen des Landkreises, in denen die jungen Menschen auf eine Ausbildung vorbereitet werden.

- **Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung**

Aufgrund der demografischen Entwicklung und der medizinischen Fortschritte wird im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen noch bis zum Jahr 2020 mit steigenden Fallzahlen gerechnet. Entsprechend dem Wirkungsziel sollen Menschen mit Behinderung im Landkreis Lörrach so normal wie möglich leben können. Dies erfordert eine individuelle Betrachtung, um gezielt die Hilfen zusammen zu stellen, die im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten die größtmögliche Teilhabe sichern.

Inklusion und Teilhabe beginnt schon im vorschulischen und schulischen Bereich. Deshalb möchte der Landkreis 2015 die erforderlichen Schulbegleitungen, ohne die für Kinder mit Behinderungen der Besuch einer Regelschule oftmals nicht möglich ist, aktiv und offensiv anbieten und eine Handreichung zu dem Thema bei den Schulträgern einführen. Wie sich die zum neuen Schuljahr 2015/2016 angekündigte Änderung des Schulgesetzes auf die Ausgaben der Eingliederungshilfe auswirken wird, ist derzeit schwer einschätzbar. Mit einer weiteren Zunahme an von der Eingliederungshilfe zu finanzierenden Schulbegleitungen und einem zunehmenden Abstimmungsbedarf im Rahmen der Schulwegekonferenzen ist zu rechnen. Mit dem Land wird derzeit über die Kostenabgeltung bei der Umsetzung der schulischen Inklusion weiter verhandelt.

Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des
Landkreises Lörrach für 2014



Inhaltsverzeichnis Schlussbericht 2014

1.	Vorbemerkungen	101
1.1	Allgemeine Bemerkungen zum Jahresabschluss	101
1.2	Prüfungsverfahren – örtliche und überörtliche Prüfung	101
1.2.1	Rechtliche Grundlagen und Umfang der örtlichen Prüfung	101
1.2.2	Örtliche Prüfung 2014	101
1.2.3	Stand der überörtlichen Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt	103
1.2.4	Feststellung der Jahresabschlüsse 2013 des Landkreises und der Eigenbetriebe	103
2.	Allgemeine Bemerkungen zum Jahresabschluss 2014	103
2.1	Haushaltssatzung und Wirtschaftspläne	103
2.1.1	Kreditermächtigung/ Kreditaufnahmen	104
2.1.2	Kassenkredite	104
2.1.3	Verpflichtungsermächtigungen	105
2.2	Beurteilung	105
2.2.1	Gesamtergebnisrechnung	105
2.2.1.1	Finanzausgleich	106
2.2.1.2	Überlassene Grunderwerbsteuer	107
2.2.1.3	Kreisumlage	108
2.2.2	Gesamtfinanzrechnung, Investitionstätigkeit	108
2.2.2.1	Allgemeine Bemerkungen zur Gesamtfinanzrechnung	108
2.2.2.2	Abrechnung mit anderen Kostenträgern	109
2.2.2.3	Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit	110
2.2.2.4	Investitionstätigkeit	110
2.2.2.5	Endbestand an Zahlungsmitteln	110
2.3	Liquiditätslage der Kreiskasse	110
2.4	Bildung von Teilhaushalten und Budgets nach dem NKHR	111
3.	Vermögensrechnung (Bilanz)	111
3.1	Ergebnis der Bilanz	111
3.2	Immaterielles Vermögen, Sachvermögen und Vorräte	111
3.3	Anteile, Beteiligungen, Sondervermögen und Ausleihungen	113
3.4	Forderungen des Landkreises	114
3.5	Liquide Mittel	115
3.6	Aktive und passive Abgrenzungsposten	116
3.7	Rückstellungen	116
3.8	Verbindlichkeiten	117
4.	Abschließendes Ergebnis, Feststellungsvorschlag	118
Anlagen		
	Verzeichnis über die in 2014 veranlassten Schwerpunktprüfungen (Anlage 1)	119
	Besetzung der örtlichen Prüfung (Anlage 2)	119

Abkürzungsverzeichnis Schlussbericht 2014

ARAP	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten
EigBG	Eigenbetriebsgesetz
FAG	Finanzausgleichsgesetz
Fipo	Finanzposition
GemO	Gemeindeordnung
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung
GemPrO	Gemeindeprüfungsordnung
GPA	Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg
KVJS	Kommunalverband für Jugend und Soziales
KdU	Kosten der Unterkunft
LKrO	Landkreisordnung
NKHR	Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen
PG	Produktgruppe
PRAP	Passive Rechnungsabgrenzungsposten
RVL	Regio Verkehrsverbund Lörrach GmbH
SGB	Sozialgesetzbuch
THH	Teilhaushalt

Schlussbericht 2014

1. Vorbemerkungen

1.1 Allgemeine Bemerkungen zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss hat die Funktion ein vollständiges Bild über die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Landkreises zu vermitteln (§ 95 Abs. 1 GemO).

Er besteht nach § 95 Abs. 2 GemO aus den drei Komponenten Ergebnisrechnung, Finanzrechnung und Vermögensrechnung (Bilanz), der um einen Anhang zu erweitern und durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern ist.

In der Ergebnisrechnung werden die Erträge und Aufwendungen, in der Finanzrechnung die im Haushaltsjahr eingegangenen Einzahlungen und geleisteten Auszahlungen (einschließlich Investitionstätigkeit) gegenübergestellt.

Die Vermögensrechnung ist wie die Bilanz im kaufmännischen Rechnungswesen eine Gegenüberstellung des Vermögens und der Finanzierungsmittel, berücksichtigt jedoch die kommunalen Besonderheiten.

1.2 Prüfungsverfahren – örtliche und überörtliche Prüfung

1.2.1 Rechtliche Grundlagen und Umfang der örtlichen Prüfung

Nach § 48 LKrO in Verbindung mit § 110 GemO hat der Fachbereich Kommunalaufsicht & Prüfung die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses durchzuführen und einen Schlussbericht zu erstellen.

Der Schlussbericht dient dem Kreistag als Unterlage für die Beurteilung der Haushalts- und Finanzwirtschaft sowie für die Beratung und Beschlussfassung über die Feststellung des Jahresabschlusses.

Darüber hinaus sind nach § 111 GemO die Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe zu prüfen. Hierunter fallen der Abschluss des Eigenbetriebes „Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach“ und des Eigenbetriebes „Heime des Landkreises Lörrach“.

Weitere Pflichtaufgaben der örtlichen Prüfung nach § 112 Abs. 1 GemO sind die laufende Prüfung der Kassenvorgänge beim Landkreis und den Eigenbetrieben, die Kassenüberwachung, insbesondere die Vornahme der Kassenprüfungen bei den Kassen des Landkreises und der Eigenbetriebe und die Prüfung des Nachweises der Vorräte und Vermögensbestände des Landkreises und seiner Eigenbetriebe.

1.2.2 Örtliche Prüfung 2014

Nach § 95 b GemO und § 16 EigBG sind die Jahresabschlüsse des Landkreises und der Eigenbetriebe innerhalb von sechs Monaten nach Ende des Haushalts- bzw. Wirtschaftsjahres aufzustellen und vom Kreistag innerhalb eines Jahres nach Ende des Haushalts- bzw. Wirtschaftsjahres festzustellen.

Die Unterlagen zur Prüfung der Jahresabschlüsse wurden Zug um Zug vorgelegt. Die letzten für

- den Landkreis am 21.05.2015
- die Abfallwirtschaft am 06.05.2015
- die Heime am 29.05.2015

Schlussbericht 2014

Sowohl der Jahresabschluss des Landkreises für 2014 als auch die Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe für das Wirtschaftsjahr 2014 wurden innerhalb der gesetzlichen Frist aufgestellt.

Vor der Feststellung der Ergebnisse durch den Kreistag hat der Fachbereich Kommunalaufsicht & Prüfung nach § 110 Abs. 2 und § 111 Abs. 1 GemO die Prüfung der Jahresabschlüsse innerhalb von vier Monaten nach Aufstellung der Jahresabschlüsse durchzuführen.

Die sachlich orientierten Schwerpunktprüfungen gemäß § 15 GemPrO nehmen einen breiten Raum in der Prüfungspraxis ein. Die Schwerpunktprüfungen erfolgen in einzelnen Fachbereichen. Hierzu wird von der Prüfung eine Prüfungsplanung erstellt, so dass die einzelnen Fachbereiche in angemessenen Zeitabständen einer Prüfung unterzogen werden. Insbesondere Bereiche mit erheblichen finanziellen Auswirkungen werden in kürzeren Zeitabständen geprüft. Die örtliche Prüfung greift außerdem im Verlauf des Prüfungsjahres aktuelle Entwicklungen auf und prüft einzelne Themen anlassbezogen. Über die Prüfungen werden jeweils Prüfungsberichte (vgl. Anlage 1) oder Einzelbeanstandungen gefertigt und der Verwaltung übergeben.

Bei den Beamten und Beschäftigten wurden Neueinstellungen, Beförderungen und Höhergruppierungen geprüft.

Nach § 1 GemPrO ist bei der Landkreiskasse und den Sonderkassen jährlich, bei Zahlstellen grundsätzlich alle zwei Jahre mindestens eine unvermutete Kassenprüfung vorzunehmen.

Die Landkreiskasse einschließlich der Kassengeschäfte des Betreuungsvereins, des Zweckverbandes Regio-S-Bahn und des Fritz-Berger-Fonds wurde am 17.09.2014 geprüft. Die Sonderkassen „Heime des Landkreises Lörrach“ und „Abfallwirtschaft“ wurden am 07.10.2014 zum Stichtag 17.09.2014 geprüft. Die Feststellungen ergeben sich aus dem Prüfungsbericht vom 15.10.2014, die Erledigung wird überwacht.

Im Berichtsjahr wurden mehrere Verwendungsnachweise geprüft. Derartige Prüfungen sind bei den Zuwendungen aus Mitteln der Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen, der Förderung der Strukturen in der Tagespflege, der Gewährung von Zuwendungen für Psychosoziale Beratungs- und ambulante Behandlungsstellen für Suchtgefährdete und -kranke sowie für Kontaktläden und den Personalkostenzuschüssen bei der Suchtprophylaxe vorgeschrieben. In den Verwendungsnachweisen wird die richtige Verwendung der Zuschüsse bestätigt. Wesentliche Feststellungen haben sich hierbei nicht ergeben.

Darüber hinaus wurden quartalsweise die beim Kommunalverband für Jugend und Soziales zur Kostenerstattung angeforderten Sozial- und Jugendhilfeaufwendungen auf Vollständigkeit sowie Übereinstimmung mit den Ein- und Auszahlungen der entsprechenden Finanzpositionen überprüft.

Neben den gesetzlichen Pflichtaufgaben und übertragenen Kann-Aufgaben wurde die Verwaltung in den verschiedensten Fragen individuell beraten. Es wurden mündliche Auskünfte erteilt bzw. schriftliche Stellungnahmen erstellt, die zur Rechtssicherheit und Optimierung der Arbeitsabläufe beitragen konnten.

Außerdem wirkt die örtliche Prüfung bei der Erstellung der Dienstanweisung PROSOZ14+ des Fachbereichs Jugend & Familie mit und ist eingebunden in der Arbeitsgruppe „Kosten der Unterkunft für Leistungsberechtigte nach dem SGB II und SGB XII“.

1.2.3 Stand der überörtlichen Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt

Nach § 48 LKrO in Verbindung mit § 113 Abs. 1 und 114 GemO hat die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) im Auftrag der Rechtsaufsichtsbehörde die Haushalts-, Kassen- und Rechnungsführung des Landkreises Lörrach und seiner Eigenbetriebe in regelmäßigen Abständen einer überörtlichen Prüfung zu unterziehen.

In der Zeit vom 02.07. bis 19.07.2012 erfolgte eine Prüfung der Bauausgaben des Landkreises Lörrach für die Haushaltsjahre 2008 bis 2011, des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft und des Eigenbetriebs Heime des Landkreises Lörrach für die Wirtschaftsjahre 2008 bis 2011. Der Prüfungsbericht ist vom 22.11.2012. Das Prüfungsverfahren ist abgeschlossen.

Vom 26.09.2012 bis 13.12.2012 fand eine allgemeine Finanzprüfung statt. Gegenstand der Prüfung war die Prüfung der Eröffnungsbilanz sowie der Jahresrechnungen/Jahresabschlüsse des Landkreises und seiner Eigenbetriebe für die Jahre 2008 bis 2011. Der Prüfungsbericht ist vom 12.08.2013. Das Prüfungsverfahren ist abgeschlossen.

1.2.4 Feststellung der Jahresabschlüsse 2013 der Eigenbetriebe „Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach“ und „Heime“ sowie des Landkreises

Die Jahresabschlüsse 2013 der Eigenbetriebe „Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach“ und „Heime des Landkreises Lörrach“ wurden zusammen mit dem Schlussbericht des Fachbereichs Kommunalaufsicht & Prüfung in der Sitzung des Kreistags am 04.06.2014 beraten und festgestellt. Die öffentliche Bekanntmachung erfolgte am 07.06.2014. Die Jahresabschlüsse wurden vom 10.06. bis 20.06.2014 öffentlich ausgelegt. Die Beschlüsse über die Feststellung der Jahresabschlüsse wurden der Rechtsaufsichtsbehörde mit Schreiben vom 06.06.2014 mitgeteilt.

Der Jahresabschluss 2013 des Landkreises wurde zusammen mit dem Schlussbericht des Fachbereichs Kommunalaufsicht & Prüfung in der Sitzung des Kreistags am 23.07.2014 beraten und festgestellt. Die öffentliche Bekanntmachung erfolgte am 01.08.2014. Der Jahresabschluss des Landkreises mit Rechenschaftsbericht wurde vom 04.08. bis 13.08.2014 öffentlich ausgelegt. Der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses wurde der Rechtsaufsichtsbehörde mit Schreiben vom 13.08.2014 mitgeteilt.

2. Allgemeine Bemerkungen zum Jahresabschluss 2014

2.1 Haushaltssatzung und Wirtschaftspläne

Die Haushaltssatzung tritt mit Beginn des Haushaltsjahres in Kraft und gilt für das Haushaltsjahr (§ 79 Abs. 3 GemO). Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr (Abs. 4). Sie ist vom Kreistag in öffentlicher Sitzung zu beraten und zu beschließen (§ 81 Abs. 1 GemO).

Die vom Kreistag beschlossene Haushaltssatzung ist der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen, sie soll ihr spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres vorliegen (§ 81 Abs. 2 GemO). Auf die Eigenbetriebe sind die Vorschriften nach § 12 EigBG entsprechend anzuwenden.

Die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 sowie die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe „Abfallwirtschaft“ und „Heime“ für das Wirtschaftsjahr 2014 wurden vom Regierungspräsidium Freiburg mit Erlass vom 07.01.2014 bestätigt.

Schlussbericht 2014

2.1.1 Kreditermächtigung, Kreditaufnahmen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen bedarf nach § 87 GemO im Rahmen der Haushaltssatzung bzw. in Verbindung mit § 12 EigBG im Rahmen des Wirtschaftsplans der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde. Die damit durch die Satzung bzw. Wirtschaftsplan begründeten Kreditermächtigungen binden den Landkreis bzw. die Eigenbetriebe. Eine auch nur geringfügige Erhöhung der Kreditaufnahmen bedarf daher stets einer formalen Änderung der Haushaltssatzung bzw. des Wirtschaftsplans.

Die für den Kreis vorgesehene Kreditaufnahme von 2.050.000 EUR wurde am 07.01.2014 vom Regierungspräsidium Freiburg genehmigt. Der Kredit dient zur Finanzierung der Sanierung der Gewerbeschule Lörrach Bau A (1.800.000 EUR) sowie für das Blockheizkraftwerk und die Photovoltaikanlage an der Kaufmännischen Schule und Mathilde-Planck-Schule Lörrach (250.000 EUR).

Nach § 78 Abs. 3 GemO dürfen Kredite nur aufgenommen werden, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich ist oder wirtschaftlich unzweckmäßig wäre.

In den Jahren 2014 bis 2020 hat der Landkreis erhebliche Investitionen von über 74.000.000 EUR geplant. Auf die Ausführungen im Haushaltsplan für 2015 Seiten 34 und 35 wird verwiesen. Darüber hinaus besteht ein erheblicher Investitionsbedarf beim Eigenbetrieb Heime sowie bei den Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH.

Der Landkreis Lörrach wird diese Summe in den nächsten Jahren nicht aus eigenen Mitteln aufbringen können. Da für einige Investitionsmaßnahmen zinsgünstige KfW-Darlehen in Anspruch genommen werden können ist, aus wirtschaftlichen Überlegungen, diese Möglichkeit voll auszuschöpfen.

Auf die Ausführungen im Haushaltsplan 2014, Seiten 41 und 42 sowie Haushaltsplan 2015 Seiten 40 ff wird verwiesen.

Die Darlehensvaluta beträgt zum 31.12.2014 insgesamt 3.000.000 EUR (eine Million Euro aus 2013 und zwei Millionen Euro in 2014).

Bei den Eigenbetrieben waren keine Kreditaufnahmen vorgesehen.

2.1.2 Kassenkredite

Nach § 89 Abs. 2 GemO kann der Landkreis zur rechtzeitigen Leistung seiner Auszahlungen Kassenkredite aufnehmen. Voraussetzung ist, dass keine anderen Mittel, z. B. verfügbare Geldanlagen, zur Verfügung stehen.

Im Jahr 2014 mussten keine Kassenkredite in Anspruch genommen werden.

2.1.3 Verpflichtungsermächtigungen

Für Investitionen können nach § 86 GemO Verpflichtungen eingegangen werden, für die keine Auszahlungen veranschlagt sind, aber in künftigen Haushaltsjahren zu Auszahlungen führen. Nach § 12 EigBG gilt dies entsprechend auch für die Eigenbetriebe.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen bedarf im Rahmen der Haushaltssatzung bzw. des Wirtschaftsplanes bei den Eigenbetrieben insoweit der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde, als in den Jahren in denen voraussichtlich Auszahlungen aus den Verpflichtungen zu leisten sind, Kreditaufnahmen vorgesehen sind.

In 2014 wurden Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 11.300.000 EUR für die energetischen Sanierungen des Berufsschulzentrums Schopfheim (700.000 EUR) und der Gewerbeschule Rheinfelden (600.000 EUR) sowie für die Kostenbeteiligung an der Elektrifizierung der Hochrheinstrecke in Höhe von 10.000.000 EUR veranschlagt. Der auf Kredite entfallende Teilbetrag von 10.000.000 EUR wurde vom Regierungspräsidium am 07.01.2014 genehmigt.

2.2 Beurteilung

2.2.1 Gesamtergebnisrechnung

Das Gesamtergebnis des Rechnungsjahres 2014 ist positiv ausgefallen. Die Gesamtergebnisrechnung, in der die ordentlichen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen gegenübergestellt werden, schließt mit einem gegenüber der Planung um 5.703.654,23 EUR verbesserten Gesamtergebnis ab. Der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses beträgt dabei 7.192.600,29 EUR. Beim Sonderergebnis wurde aber ein Defizit von 1.488.946,06 EUR erwirtschaftet.

Die Verbesserung gegenüber der Planung beim ordentlichen Ergebnis ist bedingt durch Mehrerträge und Minderaufwendungen (z. B. höhere Transfererträge und Schlüsselzuweisungen, Mehrertrag bei der Grunderwerbsteuer, Minderaufwendungen bei den Transferleistungen). Das negative Ergebnis bei den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen ist durch die erforderliche Wertberichtigung der Beteiligung an den Kliniken des Landkreis Lörrach GmbH entstanden.

Auf die Ausführungen im Rechenschaftsbericht wird verwiesen.

Die zuständigen Ausschüsse wurden über das vorläufige Jahresergebnis im April/Mai 2015 unterrichtet.

Beim Überschuss des ordentlichen Ergebnisses von 7.192.600,29 EUR ist zu beachten, dass hieraus die ermittelten Ermächtigungsübertragungen von 2.364.717,38 EUR in 2015 benötigt werden. Dies hängt mit der anderen Verfahrensweise gegenüber dem bisherigen kamerale Haushaltsrecht bei den Mittelübertragungen zusammen. Während bisher durch die erfolgte Soll-Stellung bei der Bildung von Haushaltsausgaberesten das laufende Rechnungsergebnis unmittelbar verschlechtert dargestellt wurde, wird im NKHR erst das folgende Haushaltsjahr belastet.

Die Verwaltung ist befugt, die Ermächtigungen zu bilden (Haushaltsplan 2014, Seite 475).

Das Defizit beim Sonderergebnis ist nach § 25 Abs. 4 GemHVO im Jahresabschluss durch Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses aus Vorjahren von 137.124,55 EUR und der noch verbleibende Fehlbetrag von 1.351.821,51 EUR zu Lasten des Basiskapitals zu verrechnen.

Schlussbericht 2014

2.2.1.1 Finanzausgleich

Die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen aus dem Finanzausgleich stellt sich wie folgt dar:

	2014 - in EUR -	2013 - in EUR -
Schlüsselzuweisungen (§ 8 FAG)	25.144.220,70	23.640.107,40
Sonderbeh.Eingliederung (§ 11 Abs. 4 FAG)	2.496.100,00	2.451.359,00
Verwaltungsreform (§ 11 Abs. 5 FAG)	6.840.372,00	6.636.736,00
Zuweisungen nach Einw.-Zahl (§ 11 Abs. 1 FAG)	2.451.008,00	2.462.192,90
Sachkostenbeiträge für Schulen (§ 17 FAG, § 2 Schullasten-VO)	5.665.598,00	5.618.168,00
Sportstättenbaupauschale (§ 16 FAG)	0,00	0,00
Schülerbeförderung (§ 18 FAG)	3.277.500,00	3.277.500,00
Verkehrslastenausgleich (§ 25 FAG)	2.167.440,00	2.161.080,00
Öffentl.Pers.Nahverkehr (§ 28 FAG)	329.646,00	329.168,00
Soziallastenausgleich (§ 21 FAG)	1.464.062,00	2.132.391,00
Soziallastenausgleich (§ 22 FAG)	3.171.001,00	2.894.942,00
Erstattung Ausbildungskosten (§ 29 Abs. 1 FAG)	15.537,00	15.129,00
Förderung der Kleinkindbetreuung (§ 29c FAG)	1.135.369,00	1.235.822,00
Summe Einnahme aus FAG	54.157.853,70	52.854.595,30
Erstattung Pers.Aufw.Landesbeamte (§ 39 FAG)	166.900,00	198.510,00
Finanzausgleichsumlage (§ 1 a FAG)	7.168.466,90	7.312.417,70
KVJS-Umlage	906.079,13	837.704,88
Summe Ausgabe aus FAG	8.241.446,03	8.348.632,58
Summe Einnahme aus FAG	54.157.853,70	52.854.595,30
Netto-Ergebnis FAG	45.916.407,67	44.505.962,72

Die Zahlungen wurden im Jahr 2014 ergebniswirksam gebucht und in der Finanzrechnung des Jahres 2014 vereinnahmt bzw. verausgabt.

Die Schlüsselzuweisungen nach § 8 FAG haben sich im Vergleich zum Vorjahr um rund 1.500.000 EUR erhöht. Grund hierfür ist vor allem die Erhöhung des Kopfbetrags von 556 EUR auf 594 EUR, der Grundlage für die Ermittlung der Bedarfsmesszahl des Landkreises ist.

Der Soziallastenausgleich nach § 21 FAG errechnet sich jeweils aus den Netto-Ist-Ausgaben des Vorvorjahres. Die Verringerung von rund 668.000 EUR kommt durch geringere Netto-Ist-Ausgaben zustande. Dies lässt sich im Wesentlichen darauf zurückführen, dass sich die Einnahmen aus Ausgleichsleistungen des Bundes für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung von 15 % im Jahr 2011 (Grundlage für 2013) auf 45 % im Jahr 2012 (Grundlage für 2014) erhöht haben.

Im Rahmen der Prüfung der Datenerhebung für den Soziallastenausgleich nach § 21 FAG (Teilprüfungsbericht Nr. 08/2014 vom 22.10.2014) wurde festgestellt, dass aufgrund von Fehlbuchungen Auszahlungen in Höhe von 595.972,62 EUR nicht mit in die Meldung für den Ausgleich geflossen sind. Eine Nachmeldung an das Statistische Landesamt ist am 26.03.2015 erfolgt. Das Statistische Landesamt prüft derzeit, ob der Betrag bei der Berechnung einzubeziehen ist, was nach unserer Auffassung eine Nachzahlung von rund 240.000 EUR bedeuten würde.

2.2.1.2 Überlassene Grunderwerbsteuer

Die Erträge aus der Grunderwerbsteuer werden zwischen dem Land und dem Landkreis aufgeteilt, der Anteil des Kreises beträgt 38,85% (§ 11 Abs. 2 FAG).

Die überlassene Grunderwerbsteuer betrug im Jahr 2014

12.337.900,66 EUR (PG 6110, Sachkonto 31510000)

In der Finanzrechnung wurden 12.261.662,99 EUR vereinnahmt (Fipo 61510000).

Grund für die Differenz zwischen Ergebnis- und Finanzrechnung ist die periodengerechte Zuordnung. Die Einzahlung für 12/2013 erfolgte 2014 (737.557,18 EUR), die Einzahlung für 12/2014 (813.794,85 EUR) erfolgte 2015.

Schlussbericht 2014

2.2.1.3 Kreisumlage

Die Kreisumlage hat sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

HJ.	Steuerkraft- summe - in EUR -	Hebesatz			Gesamtbetrag - in EUR -
		Landkreis	Reg.Bez.Frbg.	Landk. B.-W.	
2010	240.926.768	32,40%	31,02%	31,43%	78.060.272,88
2011	203.922.852	37,90%	34,76%	34,27%	77.286.760,88
2012	221.351.381	33,80%	32,89%	33,68%	74.816.766,76
2013	235.246.718	34,08%	32,54%	33,12%	80.180.401,72
2014	257.093.767	32,00%	31,59%	32,49%	82.269.992,32

Die Zahlungen wurden 2014 ergebniswirksam gebucht und in der Finanzrechnung 2014 vereinnahmt.

2.2.2 Gesamtfinanzrechnung, Investitionstätigkeit

2.2.2.1 Allgemeine Bemerkungen zur Gesamtfinanzrechnung

In der Gesamtfinanzrechnung als zweitem Teil der 3-Komponenten-Rechnung nach dem NKHR spiegeln sich neben den Auszahlungen und Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit insbesondere die Auszahlungen und Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit (vergleichbar mit dem bisherigen Vermögenshaushalt) sowie die Kreditaufnahmen und Tilgungen (sog. Finanzierungstätigkeit) wider.

Unter Berücksichtigung von haushaltsunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen wird als Ergebnis der Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres ausgewiesen.

2.2.2.2 Abrechnung mit anderen Kostenträgern

	Bund - in EUR -	Anteile Land - in EUR -	Landkreis - in EUR -
Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	35,9% * 6.640.249,29		64,1% 11.856.266,83
Unterhaltungsvorschussgesetz (UVG)		66,67% 580.581,94	33,33% 290.247,43
Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG)		100% 55.310,52	
Leistungen der Kriegsopferfürsorge (KOF)	80% 566.822,20		20% 141.705,55
Leistungen nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG)		100% 600,00	
Leistungen nach dem SED-Unrechtsbereinigungsgesetz		100% 3.012,00	
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII	100% 10.861.374,28		

* Zum 1. Januar 2011 wurden Bildungs- und Teilhabeleistungen u.a. für SGB II-Leistungsberechtigte eingeführt. Der Landkreis erhält dafür einen Kostenausgleich des Bundes, der durch einen höheren Beteiligungssatz an den Kosten der Unterkunft abgegolten ist. Dieser Beteiligungssatz wurde im Jahr 2014 auf 4,3% erhöht (2013: 3,7%).

Die Prüfung der Abrechnungen ergab folgende Feststellungen:

Die Erstattungsansprüche vom Bund für **Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II** wurden gemindert um Zuvielzahlungen aus 2012 für Bildung- und Teilhabeleistungen (3 Tranchen von jeweils 105.576,67 EUR), sowie um die Neuverteilung der Bundesmittel für Bildung und Teilhabe 2013 in Höhe von 205.150,82 EUR. Erhöht wurde die Zahlung um 77.932,40 EUR aus der Verteilung des Spitzausgleichs für 2013. Außerdem wurden bei der Abrechnung 198,57 EUR zu wenig angefordert (wird 2015 abgerechnet), so dass insgesamt **6.196.102,29 EUR** (6.125.974,35 EUR 2014 und 70.127,94 EUR 2015) vereinnahmt werden konnten.

Im Rahmen der Prüfung wurde festgestellt, dass die Erstattungsleistungen für den Monat Januar 2015 in Höhe von 502.962,52 EUR fälschlicherweise als Ertrag im Jahr 2014 verbucht waren. Eine Umbuchung ins Jahr 2015 ist erfolgt. Rückwirkend für das Jahr 2014 erhöht sich die Bundesbeteiligung einmalig um 0,38 % (fällig am 31.07.2015). Die Sollstellung hierfür war um 24.713,24 EUR zu hoch, und wurde korrigiert.

Grundsätzlich müssen die Leistungen für Januar den Leistungsberechtigten zum ersten des Monats zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund erfolgte die Abbuchung durch das Jobcenter in den vergangenen Jahren immer Ende Dezember. Vermutlich aufgrund technischer Probleme beim Jobcenter erfolgte die Abbuchung jedoch erst am 02.01.2015, so dass im Jahr 2014 kein Rechnungsabgrenzungsposten der SGB II – Leistungen für Januar 2015 gebildet werden muss.

Schlussbericht 2014

Bei der Abrechnung der **Leistungen der Kriegsopferversorge** wurden 14.872,95 EUR zu viel mit dem Bund abgerechnet. Der Betrag wird im Jahr 2015 an den Bund erstattet.

Der Bundesanteil an der **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach SGB XII** beträgt seit dem 01.01.2014 100 % (Vorjahr 75 %). Es werden die Nettoausgaben des jeweiligen Kalenderjahres zugrunde gelegt.

2.2.2.3 Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit

Der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit (Ifd. Nr. 17 der Gesamtfinanzzrechnung) beträgt 10.225.532,92 EUR. Im Rechenschaftsbericht sind die Gründe anschaulich dargestellt. Die Feststellungen werden von uns bestätigt.

2.2.2.4 Investitionstätigkeit

Der Saldo aus Investitionstätigkeit (Ifd. Nr. 31 der Gesamtfinanzzrechnung) beträgt - 3.347.497,74 EUR. Bei der Planung ging man noch von einem Saldo von -5.567.000,00 EUR aus. Die Abweichung erklärt sich dadurch, dass Zahlungen für geplante Vorhaben nicht in 2014 erfolgt sind.

Die noch zu beschließenden Ermächtigungen von 2.880.242,00 EUR werden in 2015 aber zu Auszahlungen führen. Auf die Ausführungen im Rechenschaftsbericht wird verwiesen.

2.2.2.5 Endbestand an Zahlungsmitteln

Der in der Gesamtfinanzzrechnung ausgewiesene Endbestand an Zahlungsmitteln (Ifd. Nr. 42) hat sich gegenüber dem Vorjahr um 23.862.488,51 EUR auf 5.691.990,03 EUR vermindert. Er entspricht dem in der Bilanz ausgewiesenen Kassenbestand (liquide Mittel 5.713.345,03 EUR abzüglich Handvorschüsse von 21.355,00 EUR).

Aus wirtschaftlichen Gründen erfolgte Ende 2014 kurzfristig eine Umschichtung vom Tagesgeldkonto auf ein Festgeldkonto. Dies führte zu einer erheblichen Erhöhung bei der Bilanzposition „Wertpapiere“ und einer Verminderung bei den liquiden Mitteln und damit des Zahlungsmittelbestandes.

2.3 Liquiditätslage der Kreiskasse

Die Liquidität der Kreiskasse zum Stichtag 31.12.2014 wird wie im Vorjahr als gut beurteilt. Den Verbindlichkeiten von 9,5 Mio. EUR und Rückstellungen von rund 4,8 Mio. EUR stehen Geldanlagen von 35 Mio. EUR und liquide Mittel von 5,7 Mio. EUR gegenüber.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite beträgt laut Haushaltssatzung 20 Mio. EUR. In 2014 mussten aber keine Kassenkredite in Anspruch genommen werden.

2.4 Bildung von Teilhaushalten und Budgets nach dem NKHR

Gemäß § 4 Abs. 1 GemHVO ist der Gesamthaushalt beim Landkreis Lörrach in 7 Teilhaushalte gegliedert. Jeder Teilhaushalt bildet hierbei ein Budget mit Unterbudgets.

Die Budgetierung ist nach dem NKHR ein wesentlicher Bestandteil der dezentralen Ressourcenverantwortung. Unter einem Budget versteht man dabei die im Haushaltsplan für einen abgegrenzten Aufgabenbereich veranschlagten Personal- und Sachmittel, die dem zuständigen Verantwortungsbereich zur Bewirtschaftung im Rahmen vorgegebener Leistungsziele zugewiesen sind.

Der Landkreis führt eine Ergebnisbudgetierung. Die Budgets umfassen die ordentlichen Erträge und Aufwendungen.

Die Regeln für die Bewirtschaftung innerhalb der Budgets können nach den örtlichen Gegebenheiten durch Zweckbindungs-, Deckungs- und Übertragbarkeitsvermerke (§§ 18 bis 21 GemHVO) weiter ausgestaltet werden. Hiervon wurde beim Landkreis umfassend Gebrauch gemacht (Haushaltsplan 2014 ab Seite 473 ff.). Insgesamt entsprechen die Regelungen zur Budgetierung den Vorgaben der GemHVO.

Eine starre Bindung an einzelne Planansätze ist damit im Interesse einer flexiblen Mittelbewirtschaftung aufgehoben. Innerhalb der Budgets THH 1 bis 7 werden Einsparungen oder Überschreitungen bei einzelnen abgegrenzten Aufgabenbereichen in der Regel ausgeglichen. Folgerichtig entstehen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen erst, wenn das jeweilige Budget im Ergebnis insgesamt überschritten ist.

Die Budgetabrechnungen wurden stichprobenweise geprüft. Die Budgetüberträge (Ermächtigungen) wurden sachgerecht ermittelt.

3. Vermögensrechnung (Bilanz)

3.1 Ergebnis der Bilanz

Die Bilanz zum 31.12.2014 weist mit einer Bilanzsumme von 145.809.372,29 EUR gegenüber dem Vorjahr einen um 8.776.131,57 EUR erhöhten Betrag aus. Wegen der Gründe wird auf die Ausführungen im Rechenschaftsbericht verwiesen.

3.2 Immaterielles Vermögen, Sachvermögen und Vorräte

	- in EUR -
Anschaffungswert 01.01.	49.485.765,29
Zugang	3.402.177,06
Abgang	-49.815,29
Anschaffungswert 31.12.	52.838.127,06
abzgl. Abschreibungen	-2.473.528,72
Restbuchwert 31.12.	50.364.598,34

Schlussbericht 2014

Die Bestandskonten stimmen mit den Werten der Bilanz überein. In dieser Übersicht wurden folgende Bilanzkonten nicht berücksichtigt (Summe 1.094,27 EUR):

- 09210000 (Wareneingang/Rechnungseingang-Verrechnungskonto)
- 09310000 (Skontoverrechnungskonto)

Auch im Anhang zur Vermögensrechnung („Vermögensübersicht“) wurden diese beiden Konten außer Acht gelassen, da es sich lediglich um Verrechnungskonten handelt, die auf das Vermögen selbst keinen Einfluss haben.

Der Vermögenszugang von 3.402.177,06 EUR ergibt sich vor allem aus folgenden Posten:

- Anlagen im Bau 1.945.494,07 EUR

(Energetische Sanierungen der Gewerbeschule Lörrach (Bau A), zweiter Rettungsweg an der Helen-Keller Schule in Maulburg)

- Maschinen, technische Anlagen und Fahrzeuge 652.760,97 EUR

(Anschaffung von verschiedenen Fahrzeugen und Maschinen, insbesondere einer Schneefrässchleuder für den allgemeinen Fuhrpark)

- Betriebs- und Geschäftsausstattung 505.807,73 EUR

(Anschaffung verschiedener Vermögensgegenstände, u.a. eines Böschungs-Mähgerätes für die Straßenmeisterei Kandern)

Den Vermögenszugängen stehen geringe Vermögensabgänge von 49.815,29 EUR und Abschreibungen in Höhe von 2.473.528,72 EUR gegenüber.

Insgesamt erhöht sich der Wert des Sachvermögens um 878.833,05 EUR auf 50.364.598,34 EUR.

Die Auszahlungen in der Finanzrechnung für den Vermögenserwerb entsprechen den Vermögenszugängen. Von einer vollständigen Erfassung der Vermögenszugänge kann ausgegangen werden.

Die Vermögenszugänge in der Anlagebuchhaltung wurden entsprechend den Anschaffungs- und Herstellungskosten erfasst.

Ebenso wurde darauf geachtet, nur Gegenstände mit einem Anschaffungswert ab 1.000,00 EUR (ohne Umsatzsteuer) zu aktivieren.

Unsere weitere stichprobenweise Prüfung hat ergeben, dass die Abschreibungen korrekt ermittelt wurden und die Finanzrechnung, wie vorgeschrieben, nicht tangiert wurde.

112 Gegebene Zuwendungen werden aktiviert und wurden entsprechend der Nutzungsdauer des dazu gehörenden Anlagegutes aufgelöst und aufwandswirksam bilanziert.

Für empfangene Zuschüsse werden auf der Passivseite der Bilanz Sonderposten gebildet. Diese wurden entsprechend der Abschreibungsdauer des zugehörigen Anlagegutes ertragswirksam aufgelöst.

2014 wurde eine Prüfung der Sonderposten durchgeführt. Dabei wurde festgestellt, dass nicht jedem Sonderposten ein Anlagegut zugeordnet werden kann. Das Anlageverzeichnis (insbesondere der Schulen) wird nun überarbeitet.

Die stichprobenweise Prüfung einzelner Anlagestammdaten, Kontenzuordnungen, Nutzungsdauern und Abschreibungsmodalitäten ergab keine Beanstandungen.

3.3 Anteile, Beteiligungen, Sondervermögen und Ausleihungen

Der Bestand zum 31.12.2014 setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -	Veränderung - in EUR -
Anteile an verbundenen Unternehmen:			
Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH	21.452.250,76	22.993.190,90	-1.540.940,14
Sonstige Beteiligungen und Kapitaleinlagen:			
Rheinhafengesellschaft mbH, Weil am Rhein	59.215,00	59.215,00	0,00
RRZ Südlicher Oberrhein GmbH, Freiburg	259.854,20	259.854,20	0,00
BGV, Karlsruhe, Körperschaft öff. Rechts	3.200,00	3.150,00	50,00
WSW GmbH, Lörrach	11.250,00	11.000,00	250,00
Bürgelbund	0,01	0,01	0,00
Schwarzwald Tourismus GmbH, Freiburg	6.850,00	6.850,00	0,00
ZV KIVBF, Freiburg	74.672,92	79.386,70	-4.713,78
ZV Protec, Orsingen	191.063,39	191.063,39	0,00
Energieagentur Landkreis Lörrach GmbH	25.000,00	25.000,00	0,00
	631.105,52	635.519,30	-4.413,78
Sondervermögen:			
EB Heime, Ambulanter Dienst	100.000,00	100.000,00	0,00
EB Heime, Pflegeheim Schloss Rheinweiler	1.848.000,00	1.848.000,00	0,00
EB Heime, Pflegeheim Markgräfler Land	3.900.000,00	3.900.000,00	0,00
EB Heime, Markus-Pflüger-Heim	3.300.000,00	3.300.000,00	0,00
EB Abfallwirtschaft	308.813,45	308.813,45	0,00
	9.456.813,45	9.456.813,45	0,00
Ausleihungen:			
Ausleihungen an Zweckverbände	0,00	0,00	0,00
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	2.500.000,00	-2.500.000,00
Ausleihungen an sonst. öffentl. Sonderrechnungen	83.132,14	95.676,09	-12.543,95
Ausleihungen an sonstigen inländ. Bereich	537.735,04	543.680,99	-5.945,95
	620.867,18	3.139.357,08	-2.518.489,90

Die Anteile an den Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH wurden berichtigt. Eine Wertberichtigung ist erforderlich, wenn die Gesellschaftsorgane, wie im Juni 2014, beschließen, in der Vergangenheit aufgelaufene Verlustvorträge durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage auszugleichen.

Schlussbericht 2014

Die sonstigen Beteiligungen und Kapitaleinlagen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 4.413,78 EUR vermindert, da die Stadt Zell i. W. jetzt Direktmitglied beim Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (ZV KIVBF) ist. Die Anteile beim Badischen Gemeindeversicherungsverband in Karlsruhe und der Wirtschaftsregion Südwest haben sich erhöht.

Gegen die Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH besteht zum 31.12.2014 noch eine Forderung von 1.000.000,00 EUR. Diese darf, aufgrund einer Änderung des Kontenrahmens, nicht mehr als Ausleihung, sondern muss als sonstige Darlehensforderung (Konto 16910110) bilanziert werden.

3.4 Forderungen des Landkreises

Der Bestand an Forderungen zum 31.12.2014 hat sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 2,954 Mio. EUR auf rd. 10,3 Mio. EUR erhöht. Der Forderungsbestand setzt sich wie folgt zusammen:

Forderungen des Landkreises	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -	Veränderung - in EUR -
Öffentlich-rechtliche Forderungen	3.230.771,92	2.548.785,75	681.986,17
Forderungen aus Transferleistungen	4.927.963,58	3.812.469,83	1.115.493,75
Privatrechtliche Forderungen	2.138.866,39	982.539,57	1.156.326,82
Gesamtsumme	10.297.601,89	7.343.795,15	2.953.806,74

Pauschalwertberichtigungen wurden bei den Forderungen aus öffentlich-rechtlichen Dienstleistungen, bei den übrigen öffentlich-rechtlichen Forderungen sowie bei den Forderungen aus Transferleistungen vorgenommen. Im Bereich der öffentlich-rechtlichen Forderungen liegt die Wertberichtigungsquote zwischen 6,62 % und 32 %. Bei den Forderungen aus Transferleistungen beträgt die Quote im Bereich Unterhaltsvorschusskasse 85,47 % im übrigen Bereich Jugend und Soziales 21,36 %.

Die Erhöhung bei den **öffentlich-rechtlichen Forderungen** resultiert im Wesentlichen aus höheren Forderungen bei der Grunderwerbsteuer (rund 76.000 EUR), bei der KdU-Bundesbeteiligung (rund 77.000 EUR) und bei den Mitteln für die Landesstraßen (rund 171.000 EUR). Desweiteren sind im Vergleich zum Vorjahr die Forderungen bei der Umsatzsteuer um rund 100.000 EUR höher sowie die sonstigen Forderungen aus dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (rund 464.000 EUR). Die sonstigen Forderungen aus Gemeinschaftsaufwand Straßen haben um rund 294.000 EUR abgenommen.

Die Erhöhung bei den **Forderungen aus Transferleistungen** ist vor allem auf teilweise hohe Einzelforderungen (Darlehen, Kostenerstattungen, Rückforderungen) in den Sachgebieten Behindertenhilfe, Hilfe zur Pflege & Grundsicherung und Wirtschaftliche Jugendhilfe zurückzuführen.

Die **privatrechtlichen Forderungen** sind vor allem deshalb gestiegen, weil ein Darlehen über 1 Mio. EUR an die „Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH“ aufgrund einer Änderung der Zuordnungsvorschriften von den Ausleihungen auf die Forderungen umgebucht wurden.

In allen Forderungsbereichen wurden Einzelfälle stichprobenweise geprüft. Die Erledigung der Feststellungen wird von der örtlichen Prüfung überwacht.

Im Bereich des Jobcenters des Landkreises Lörrach bestehen zum 31.12.2014 weitere Forderungen aus gewährten Leistungen von rund 3,58 Mio. EUR. Es handelt sich um Forderungen, die seit dem Jahr 2005 bis heute entstanden sind und zentral vom Forderungsmanagement der Bundesagentur überwacht und beigesteuert werden. Daher werden diese Forderungen im Haushalt des Landkreises nicht eingebucht. Rückzahlungen werden im Rahmen der Abrechnungen der Bundesagentur berücksichtigt. In Anbetracht des zeitlichen Rahmens und der Zahl der Leistungsberechtigten ist die Höhe der Forderungen plausibel.

3.5 Liquide Mittel

Wesentlicher Bestandteil der Bilanzposition „Liquide Mittel“ sind die Kontostände der drei Girokonten der Kreiskasse und des Tagesgeldkontos „GiroPlus“. Die ausgewiesenen Kontostände stimmen mit den Salden auf den entsprechenden Kontoauszügen überein. Ebenso stimmt der Bestand der Barkasse vom 30.12.2014 mit dem Wert in der Bilanz überein.

Aufgetretene Differenzen zum Tagesabschluss vom 30.12.2014 hängen mit der kurzfristigen Festgeldanlage von 34.000.000,00 EUR für die Zeit vom 30.12.2014 bis 09.01.2015 zusammen, die fälschlicherweise als Tagesgeld anstatt als Festgeld verbucht wurde.

Aus wirtschaftlichen Gründen erfolgte die kurzfristige Festgeldanlage. Dies führte zu einer erheblichen Verminderung bei der Bilanzposition 1.3.9 „Liquide Mittel“ und einer entsprechenden Erhöhung bei der Bilanzposition 1.3.5 „Wertpapiere“.

In den liquiden Mitteln sind auch die Handvorschüsse an einzelne Einrichtungen des Landkreises und der Anteil der betreuten Mündel an der Gemeinschaftskasse enthalten.

Es kann bestätigt werden, dass der in der Bilanz ausgewiesene Endbestand der liquiden Mittel von 5.713.345,03 EUR mit dem Endbestand an Zahlungsmitteln in der Finanzrechnung (aber ohne die Handvorschüsse von 21.355,00 EUR) übereinstimmt.

3.6 Aktive und passive Abgrenzungsposten

Unter den aktiven Abgrenzungsposten (ARAP) werden, um periodengerecht abzugrenzen, Auszahlungen des Rechnungsjahres 2014 abgebildet, die Aufwand des Rechnungsjahres 2015 darstellen.

Um den Verwaltungsaufwand angemessen zu halten, werden Einzelposten unter der Wertgrenze von 500,00 EUR netto nicht abgegrenzt.

In der Bilanz zum 31.12.2014 werden ARAP von 2.271.784,80 EUR ausgewiesen. Darin enthalten sind die Beamtengehälter und Auszahlungen aus dem Sozialbereich für den Monat Januar 2015. Die stichprobenweise Prüfung zeigte, dass die Rechnungsabgrenzungen periodengerecht erfolgten und der Aufwand dem richtigen Rechnungsjahr zugeordnet wurde.

Außerdem werden Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse von 9.930.463,66 EUR bilanziert. Diese werden entsprechend der Nutzungsdauer des geförderten Anlageguts abgeschrieben. Der Bestand hat sich 2014 durch kleinere Zugänge erhöht; durch die Abschreibung schließlich insgesamt um 260.364,55 EUR vermindert.

Zu den passiven Rechnungsabgrenzungsposten (PRAP) gehören Einzahlungen, die 2014 eingingen, deren Ertrag aber der Rechnungsperiode 2015 zuzurechnen ist.

Der Betrag von insgesamt 3.319.448,11 EUR betrifft außer einem erhaltenen Bundeszuschuss für Erhaltungsmaßnahmen von Bundesstraßen (200.000,00 EUR) vor allem erhaltene Einzahlungen für die Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Der passive Abgrenzungsposten stieg im Vergleich zum Vorjahr um 1.885.971,67 EUR.

3.7 Rückstellungen

Rückstellungen sind für Aufwendungen zu bilden, die wirtschaftlich dem abzuschließenden Haushaltsjahr zuzuordnen sind, jedoch hinsichtlich ihrer Höhe und/oder ihrer Fälligkeit ungewiss sind. Rückstellungen dienen somit der periodengerechten Zuordnung von Aufwendungen, die erst in künftigen Haushaltsjahren zu Auszahlungen führen.

Unter der Bilanzposition 3. „Rückstellungen“ weist die Vermögensrechnung verschiedene Rückstellungen von insgesamt ca. 4,8 Mio. EUR aus (Pflichtrückstellungen 1.064.022,60 EUR/Wahrrückstellungen 3.750.146,35 EUR). Im Wesentlichen handelt es sich dabei um die nach § 41 Abs. 1 GemHVO vorgeschriebenen Pflichtrückstellungen für die Entgeltzahlungen im Rahmen der Altersteilzeitarbeit (rd. 291.000 EUR), die Rückstellungen für Verpflichtungen gegenüber dem Land aus der Erstattung von Unterhaltsvorschüssen (rd. 420.000 EUR) und die Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsverfahren (rd. 353.000 EUR).

Die nach § 41 Abs. 2 GemHVO gebildeten weiteren Rückstellungen (Wahrrückstellungen) enthalten überwiegend Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub (rd. 1,8 Mio. EUR), für geleistete Überstunden (rd. 745.000 EUR), für unterlassene Instandhaltungen (rd. 238.000 EUR), für 2014 bereits empfangene aber noch nicht abgerechnete Lieferungen und Leistungen (rd. 340.000 EUR) und sonstige Rückstellungen von rund 625.000 EUR.

Der Bestand der Rückstellungen hat sich im Vergleich zum Jahresabschluss 2013 um 1.005.237,56 EUR verringert.

Die Bildung von Rückstellungen löst ergebniswirksamen Aufwand aus. Bei Inanspruchnahme einer Rückstellung wird die ungewisse Verbindlichkeit oder die Aufwendung konkretisiert und es werden Auszahlungen fällig. Sofern die Auszahlung dem Betrag der hierfür gebildeten Rückstellung entspricht, ist die Inanspruchnahme ergebnisneutral zu buchen. Sofern die Auszahlung die hierfür gebildete Rückstellung übersteigt bzw. unterschreitet, entsteht Aufwand bzw. Ertrag.

Zuführung und Inanspruchnahme der Rückstellungen im Personalbereich werden verrechnet und nur der Saldo über die Aufwandskonten verbucht (keine Erträge im Sinne eines bewerteten Ressourcenzuwachses).

Pensionsrückstellungen werden zentral beim Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg gebildet. Daher ist eine zusätzliche Bildung in der Vermögensrechnung des Landkreises gem. § 41 Abs. 2 Satz 2 GemHVO nicht zulässig.

3.8 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten betragen zum Jahresanfang 6.953.782,98 EUR. Zum Jahresende sind es 9.526.571,13 EUR.

Die Erhöhung von ca. 2,5 Mio. Euro ist vor allem durch die weitere Kreditaufnahme von 2 Mio. Euro bedingt. Auch bestehen zum 31.12.2014 höhere Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Die wesentlichsten Posten bei den zum Bilanzstichtag bestehenden Verbindlichkeiten sind die Kredite bei der KfW Bankengruppe von 3.000.000,00 EUR und die Verbindlichkeiten für bereits erbrachte Lieferungen und Leistungen von 4.879.557,09 EUR.

Größter Posten bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ist die am 15.02.2015 fällige Zahlung an die RVL GmbH von 1.209.752,22 EUR für das IV. Quartal 2014.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen stimmen mit der Kreditorenbuchhaltung überein.

4. Abschließendes Ergebnis, Feststellungsvorschlag

Der Fachbereich Kommunalaufsicht & Prüfung hat die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2014 unter Einbeziehung der Unterlagen des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens sowie der Vermögensverwaltung nach den geltenden Vorschriften durchgeführt.

Im Berichtsjahr wurden neben den laufenden Prüfungsaufgaben auch Schwerpunktprüfungen vorgenommen. Die Prüfungsbemerkungen haben wir in Prüfungsberichten zusammengefasst und den betreffenden Fachbereichen zugeleitet.

Die Fachbereiche wurden gleichzeitig aufgefordert, die getroffenen Feststellungen auszuräumen bzw. Stellung zu nehmen. Soweit eine Erledigung noch nicht erfolgen konnte, wird diese von der örtlichen Prüfung überwacht.

Nach Abschluss der örtlichen Prüfung wird bestätigt, dass die Finanzwirtschaft des Landkreises Lörrach den in den gemeindefinanziellen Bestimmungen festgelegten Grundsätzen entspricht. Gesetze und Vorschriften wurden im Wesentlichen beachtet.

Nach dem Ergebnis dieser Prüfung für das Haushaltsjahr 2014 wird entsprechend § 110 GemO bestätigt, dass

1. bei den Erträgen, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung nach dem Gesetz und den bestehenden Vorschriften verfahren worden ist,
2. die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind,
3. der Haushaltsplan im Wesentlichen eingehalten worden ist und
4. das Vermögen sowie die Schulden und Rückstellungen richtig nachgewiesen worden sind.

Dem Kreistag kann die Feststellung des Jahresabschlusses 2014 empfohlen werden.

Lörrach, 08.06.2015



Anlagen zum Schlussbericht 2014

Anlage 1

Teilprüfungsberichte 2014

- **Sachgebiet Behindertenhilfe & Betreuung**
Überwachung der Möglichkeit des Kostenersatzes durch Erben nach § 102 SGB XII bei abgeschlossenen Fällen (Zehnjahreszeitraum)
- **Stabsstelle Zentrale Aufgaben; Stabsstelle Controlling & Koordination, Sachgebiet Kasse**
Prüfung der Buchungen auf den Erstattungsfinanzpositionen des KVJS
- **Sachgebiet Kaufmännische Buchführung/Heime**
Belegprüfung Heime
- **Gewerbeschule Rheinfelden, Stabsstelle Bildung, Sachgebiet Finanzwesen**
Anlagevermögen Gewerbeschule Rheinfelden
- **Betreuungsverein**
Prüfung Betreuungsverein für 2013
- **Jobcenter**
Prüfung abgeschlossener Akten
- **Eigenbetrieb Abfallwirtschaft**
Abrechnung Abfallsäcke
- **Fachbereich Finanzen, Stabsstelle Controlling & Koordination, Stabsstelle Zentrale Aufgaben**
Prüfung der Datenerhebung für die Soziallastenausgleiche nach § 21 FAG für die Jahre 2014 und 2015 auf Grundlage der Netto-Ist-Ausgaben des jeweiligen Vorvorjahres
- **Fachbereich Finanzen, Sachgebiet Kasse**
Prüfung des Umfangs der noch bestehenden Dauermahnsperrern
- **Fachbereich Finanzen**
Prüfung Anlagevermögen/Sonderposten

Anlage 2

Besetzung des Fachbereichs Prüfung

Leiter des Fachbereichs Kommunalaufsicht & Prüfung Daniel Senn	0,30 Stellen
Prüfer und Prüferinnen gehobener Dienst Günter Vomstein Birgit Lacher Silvia Schneider	1,00 Stellen 0,70 Stellen 0,70 Stellen

Erläuterung zu den einzelnen Teilhaushalten

Gemäß § 51 GemHVO sind im Jahresabschluss die Erträge und Einzahlungen, die Aufwendungen und Auszahlungen nach Arten gegliedert für den Gesamthaushalt und die Teilhaushalte darzustellen.

Die Darstellung aller Produktgruppen im Jahresabschluss ist daher nicht zwingend. Da die Informationen im Vergleich zu den kameralen Abschlüssen sehr umfangreich sind, werden nicht alle Produktgruppen im Detail abgedruckt, sondern Schwerpunkte anhand folgender Kriterien getroffen:

- politische Relevanz
- strategische Relevanz
- Steuerungseinfluss
- Öffentlichkeitsinteresse
- Finanzvolumen

Welche Produktgruppen dies sind, entnehmen Sie bitte den einzelnen Teilhaushalten.

Die Schlüsselprodukte sind komplett dargestellt.

Dezernat I

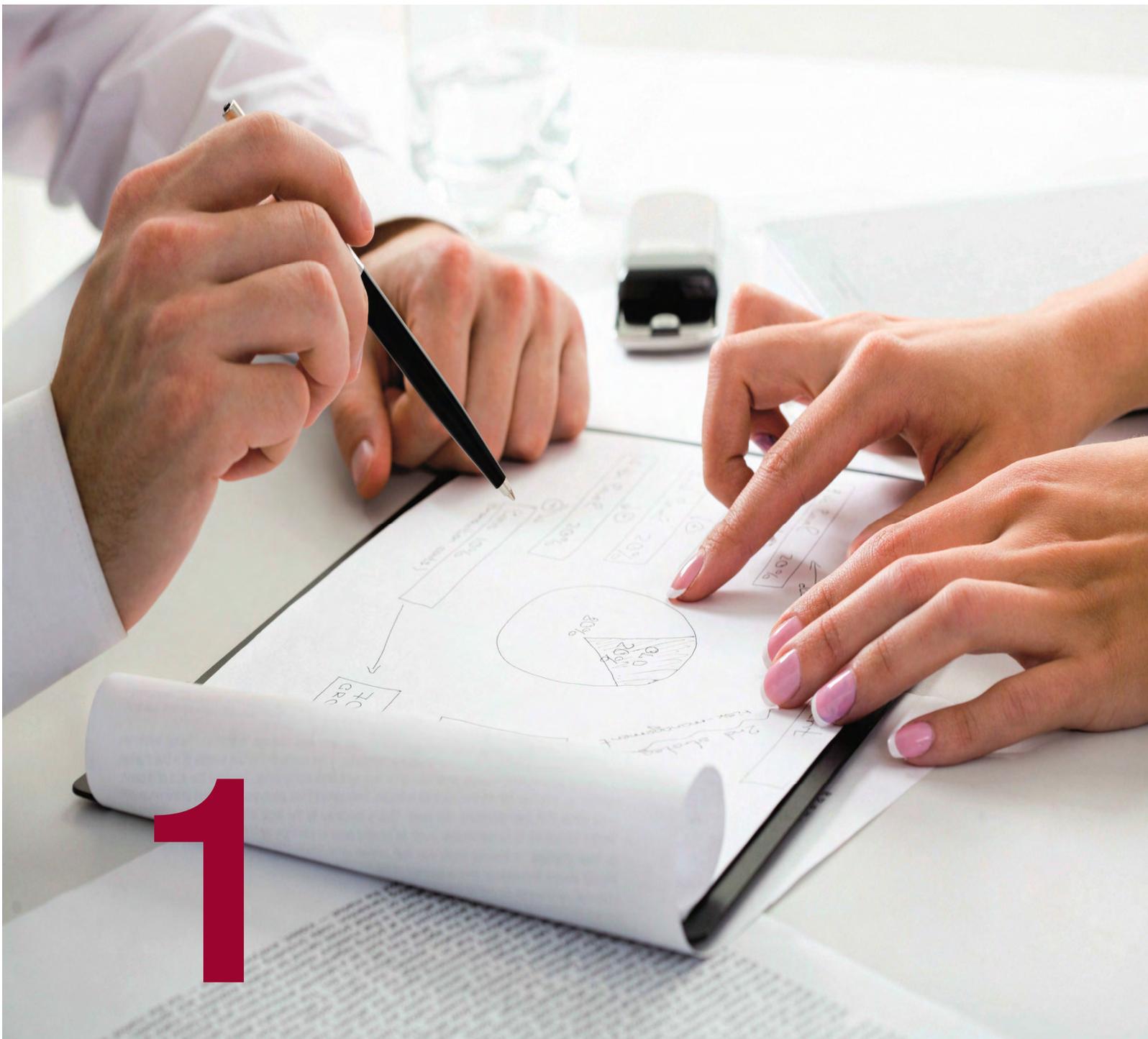
Verantwortung:

Ausschuss:

Verwaltungsausschuss

Dezernatsleitung:

Philipp von Ritter



Produktbereich 11

Innere Verwaltung

11.10	Steuerung
11.11	Organisation und Dokumentation kommunaler Willensbildung
11.12	Steuerungsunterstützung, Controlling und Beteiligungsmanagement
11.14	Zentrale Funktionen
11.20	Organisation und IuK
11.21	Personalmanagement*
11.22	Finanzmanagement
11.23	Justizariat
11.24	Gebäudemanagement*
11.24.02	Facility Management*
11.25	Fuhrpark
11.26	Zentrale Dienstleistungen
11.30	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
11.33	Grundstücksmanagement

Produktbereich 41

Gesundheit & Sport

41.10	Krankenhäuser
-------	---------------

Produktbereich 53

Ver- & Entsorgung

53.70	Abfallwirtschaft
-------	------------------

Produktbereich 61

Allgemeine Finanzwirtschaft

61.10	Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen*
61.20	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

* Im Jahresabschluss im Detail abgedruckt

Strategische Entwicklung

Ubergreifende
Strategische Schwerpunkte THH 1

Das Landratsamt Lörrach

- ist eine moderne, dienstleistungsorientierte Verwaltung und ein attraktiver Arbeitgeber.

Der Landkreis

- stellt sich den gesellschaftlichen Auswirkungen und Herausforderungen des demographischen Wandels.

Strategische Schwerpunkte
THH 1

Der Landkreis

- fördert den Einsatz regenerativer Energien verbunden mit der Steigerung der Energieeffizienz und der Schonung der endlichen Ressourcen.

Zielbeiträge 2014

Strategischer Schwerpunkt

Das Landratsamt Lörrach ist eine moderne, dienstleistungsorientierte Verwaltung und ein attraktiver Arbeitgeber.

■ Wirkungsziel 2014 – PG 11.20

- Die Geschäftsprozesse in den Verwaltungsbereichen sind optimiert.

Optimierte Geschäftsprozesse und die damit einhergehende Abstimmung an den Schnittstellen zu anderen Prozessen sowie die Definition des optimalen Ressourcenbedarfes sind Grundlagen einer dienstleistungsorientierten Verwaltung. Sie bilden die Basis für die Definition von Qualitätsstandards zur Aufgabenerfüllung. Ein Instrument hierzu sind die Organisationsuntersuchungen, welche im Landratsamt durchgeführt wurden und werden. In 2014 wurden Untersuchungen in den Sachgebieten Kfz-Zulassung, Verwaltungssekretariate, Information und Kommunikation sowie Führerscheine abgeschlossen bzw. Maßnahmen umgesetzt, die als Handlungsempfehlungen aus den Berichten hervorgegangen sind. Parallel wurden Organisationsuntersuchungen in den Bereichen Brand- und Katastrophenschutz, Verkehr und ÖPNV sowie im Bereich Straßen begonnen.

■ Wirkungsziel 2014 – PG 11.21

- Die Mitarbeiter/-innen arbeiten gerne für das Landratsamt Lörrach und sind zufrieden mit ihrer Arbeit.

Nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt der demographischen Entwicklung und der damit verbundenen zunehmenden Schwierigkeit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen, ist es heute und in der Zukunft von fundamentaler Bedeutung, ein attraktiver Arbeitgeber zu sein. Um sich diesem Ziel zu nähern, hat sich das Landratsamt in der Vergangenheit Grundsätze definiert, die dem beruflichen Umgang miteinander einen Rahmen geben.

Weiterhin wurde in 2014 eine Mitarbeiterbefragung durchgeführt. Vordergründiges Ziel dieser Befragung ist es, die Arbeitsbedingungen zu optimieren. Hierzu wurde in über 80 Fragen nach den psychosozialen Belastungen gefragt. Die sehr hohe Beteiligung an der Befragung hat uns gezeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Des Weiteren wurde mit Workshops begonnen, die auf Abteilungsebene die Ergebnisse der Umfrage aufgreifen und Lösungsansätze für identifizierte Probleme herausarbeiten.

Ein weiterer Ansatz war die Konzeption eines Schulungsprogramms für unsere Führungskräfte in Richtung sozialer, personaler, methodischer und fachlicher Kompetenzen. Jeder Führungskraft soll die Möglichkeit geboten werden, sich den wandelnden Anforderungen unserer Gesellschaft anzupassen. Hierzu wurde in einem ersten Schritt zusammen mit den Führungskräften ein Führungskräfteprofil erarbeitet. Auf dieser Grundlage haben wir dann ein Schulungsprogramm für Führungskräfte in den oben genannten Kompetenzen erarbeitet und die Einführung vorbereitet. Das Programm wird in 2015 und in den Folgejahren schrittweise eingeführt. Eine entsprechende Priorisierung wurde ebenfalls mit den Führungskräften zusammen vorgenommen.

Strategischer Schwerpunkt

■ Wirkungsziel 2014 – PG 11.24

- Das Landratsamt bietet ein modernes kundenorientiertes Dienstleistungsangebot in zentralen und attraktiven Räumlichkeiten.

Aufgrund der rasanten Entwicklungen im Bereich der Flüchtlinge und der zunehmenden Herausforderung in sozialen Bereichen, wie auch in vielen anderen Aufgabengebieten des Landratsamtes, ist der Bedarf an Personal in 2014 und 2015 stark gestiegen. In der Folge wurde das, was vor wenigen Jahren an Planung für Räumlichkeiten und Prozesse vorgestellt worden war, bereits nach kurzer Zeit hinfällig. Das Landratsamt kommt nicht umhin, für einzelne Bereiche externe Räumlichkeiten anzumieten. So wurde in 2014 die Kfz-Zulassung ausgegliedert. In 2015 werden weitere Bereiche folgen, die Verhandlungen über Mietflächen laufen.

Parallel dazu laufen die Verhandlungen über die Erweiterung des Landratsamts mit einem Investor und der Stadt Lörrach weiter. In 2014 kam es zum Abschluss einer Organisationsvereinbarung, die weitere Verfahren, Verträge und Zeitabläufe regelt. Weiterhin wurde der Raumbedarf aktualisiert und mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern abgestimmt.

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis stellt sich den gesellschaftlichen Auswirkungen und Herausforderungen des demographischen Wandels.

■ **Wirkungsziel 2014 PG - 11.21**

- Die für die Aufgabenerfüllung in qualitativer und quantitativer Sicht erforderliche personelle Ausstattung ist sichergestellt.

Bei diesem Wirkungsziel gilt es zu unterscheiden einerseits in die Betrachtung der Prozesse, die hinter einer planbaren Nachfolgebesetzung stehen und andererseits in die Entwicklung der Demographie sowie der Wirtschaft und damit verbunden des Arbeitsmarktes. Vordergründig bleibt die Konzentration auf den Prozess der Nachfolgeplanung sowie auf das Führungsnachwuchskräfteprogramm. Der erste Schritt für eine Nachfolgeplanung ist die rechtzeitige Information an die jeweiligen Bereiche über Stellen, die in absehbarer Zeit frei werden (Rente, auslaufende Arbeitsverträge, auslaufende Abordnungen u.v.m.). Anschließend folgt das Verfahren der Stellenbesetzung. Hierzu klärt das Sachgebiet Organisation alle Gegebenheiten und Randbedingungen und unterstützt das betreffende Sachgebiet in Abstimmung mit dem Sachgebiet Personal bei offenen Fragen. Nach erfolgter Zustimmung durch den Arbeitgeber und dem Personalrat kann in der Regel die Ausschreibung der Stelle erfolgen.

Nahezu alle Stellen, welche in 2014 planbar nach zu besetzen waren, sind in den Stellenbesetzungsprozess gelangt und hätten formell nachbesetzt besetzt werden können. Dennoch konnten wir auch in 2014 nicht alle Stellen besetzen. Einige ausgeschriebene Stellen konnten 100 und mehr Bewerbungen zählen, andere mussten trotz mehrfacher Ausschreibung mangels Bewerbung unbesetzt bleiben.

Für eine qualitative personelle Ausstattung sorgen unsere Auswahlverfahren, die sich an den Anforderungen eines modernen, attraktiven Arbeitgebers orientieren. Unser Portfolio reicht vom Abklopfen der Kompetenzen in Bewerbungsgesprächen über Probearbeiten im Team bis hin zu ausgeklügelten Assessment Centern für Führungskräfte, wobei unser entwickeltes Führungskräfteprofil Grundlage für die Auswahl ist.

Ein weiteres Element ist unser Führungsnachwuchskräfteprogramm. Das Programm ist in Module gegliedert, die abwechselnd vor Ort im Landratsamt und extern durchgeführt werden. Es dauert ca. 1 Jahr (16,5 Tage + Projekt- /Hausarbeit) und konnte auch in 2014 mit der Zielgröße von 4 Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmern besetzt werden. Das Programm profitiert unter anderem von der Teilnahme anderer Landkreise. In 2014 nahmen Konstanz, Ortenau, Rhein-Neckar und Schwäbisch-Hall ebenfalls teil. Das Programm dient der Entwicklung der eigenen Kompetenzen für verbesserte Chancen in der beruflichen Weiterentwicklung und bereitet so auf potentielle zukünftige Führungsaufgaben vor.

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis fördert den Einsatz regenerativer Energien verbunden mit der Steigerung der Energieeffizienz und der Schonung der endlichen Ressourcen.

■ Wirkungsziel 2014 - PG 11.24

- Der Landkreis fördert den Einsatz regenerativer Energien verbunden mit der Steigerung der Energieeffizienz und der Schonung der endlichen Ressourcen.

Hinsichtlich der Weiterentwicklung der Energieversorgung wurde in der Sitzung der AG Energie im Jahr 2014 beschlossen, beim Berufsschulzentrum Lörrach ein großes Blockheizkraftwerk (BHKW) zu installieren. Das Blockheizkraftwerk wird voraussichtlich im Oktober 2015 fertiggestellt sein. Demzufolge kann ab diesem Zeitpunkt mit einer weiteren Reduzierung des CO₂-Ausstoßes gerechnet werden. Durch den Einbau des Blockheizkraftwerkes und der Photovoltaikanalage am BSZ Lörrach wird sich der Anteil der regenerativen Energien im Jahr 2015 deutlich erhöhen.

Weiterhin hat der Fachbereich Planung & Bau in Zusammenarbeit mit der AG Energie die Energieleitlinie des Landratsamtes Lörrach überarbeitet, welche im Herbst 2014 vom Kreistag beschlossen wurde. Zudem werden auf Wunsch der AG-Mitglieder, künftig vom Fachbereich Planung & Bau Schulungen zum Thema „Nutzerverhalten“ für die kreiseigenen Einrichtungen organisiert und angeboten.

Parallel wurden im Jahr 2014 weitere Maßnahmen seitens des Fachbereichs Planung & Bau wie beispielsweise der Ausbau der Gebäudedatenbanksoftware „Waveware“ (Energie, Reinigung, Flächen usw.) und der Gebäudeleittechnik (GLT) als Grundlage für die regelmäßige Auswertung und Analyse (Controlling) der relevanten Daten vorgenommen.

Weitere Aufgabenschwerpunkte 2014

- Schaffung neuer Unterkünfte für Flüchtlinge

Erwartungsgemäß stellte auch in 2014 der rasante Anstieg der Flüchtlingszuweisungen eine große Herausforderung für den Landkreis Lörrach dar. Die Zahl der Neuzugänge an Asylbewerbern und der Asylanträge steigen aus den unterschiedlichsten Gründen in Baden-Württemberg dramatisch an. Insgesamt musste mit Zugängen von mindestens 2.000 Asylbewerbern pro Monat gerechnet werden. Der Landkreis hatte daher die Aufgabe, monatlich ca. 45 Flüchtlinge vorläufig aufzunehmen und unterzubringen.

Diese unvorhersehbaren Mehrzugänge an Asylbewerbern, hat die Unterbringungssituation im Landkreis Lörrach deutlich verschärft und stellte sowohl den Landkreis als auch die betroffenen Städte und Gemeinden vor eine große Herausforderung.

Der Landkreis hatte bisher sämtliche Vorkehrungen getroffen, um freie Plätze für die Neuzugänge an Asylbewerbern zu schaffen und die auszugsberechtigten Menschen aus den Gemeinschaftsunterkünften in den Städten und Gemeinden des Landkreises zu versorgen bzw. in eine Anschlussunterbringung zuzuweisen.

Die bisherige Koordination hinsichtlich unterschiedlicher Maßnahmen zur Unterbringung wurde durch eine zuständige Projektgruppe – bestehend aus dem Leiter der Stabsstelle Recht, Vertretern des Sozialdezernats sowie des Fachbereichs Planung & Bau – die bereits intensiv daran gearbeitet haben, Dauerlösungen für die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern zu finden - gesteuert. Durch die zunehmende Mehrarbeit hinsichtlich der Grundstückssuche und verbunden mit der Überprüfung der rechtlichen Anspruchsgrundlagen etc. wurde 2014 die Projektsteuerung der Gemeinschaftsunterkünfte auf die Stabsstelle Recht übertragen. Der Fachbereich Planung & Bau begleitet und unterstützt die SST Recht weiterhin im Bereich der Abschlüsse der Mietverträge und Grundstücksuntersuchungen. Hinsichtlich des mehrfachen Arbeitsaufwandes wurde zusätzlich ein externes Architekturbüro zur Unterstützung im baulichen Bereich hinzugezogen.

Wie bereits vorhergesehen, wurden weitere Anmietungen von Gemeinschaftsunterkünften im Landkreis Lörrach unvermeidlich. Doch auf Grund der angespannten Wohnungssituation gelang es dem Landkreis nur schwer, passende Wohnungen zu finden.

Der Landkreis Lörrach hat einen geeigneten Standort in Efringen-Kirchen Nähe Katzenbergtunnel gefunden. Das dort befindliche ehemalige Baubüro und das Infocenter wurden umgebaut, zusätzlich wurden Wohncontainer aufgestellt, welche nunmehr 180 Personen Platz bieten.

Eine weitere Unterbringungsmöglichkeit wurde in Wieden gefunden. Positiv zu bewerten ist die Lage mit dem sehr großzügigen Außenbereich. Nach diversen Umbaumaßnahmen konnten hier 32 Plätze zur Unterbringung geschaffen werden. Der Landkreis hat das Objekt seit Oktober 2014 angemietet.

Weiterhin haben sich die Stadt und der Landkreis Lörrach im Sommer 2014 auf ein Konzept verständigt, welches die Unterbringung von 300 Asylbegehrenden in der Stadt Lörrach im Rahmen der vorläufigen Unterbringung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz durch den Landkreis Lörrach ermöglichen soll. Dieses beinhaltet den Standort in der Gretherstraße mit 100 Plätzen und einen Neubau, der 200 Personen Unterkunft bieten soll.

Weitere Aufgabenschwerpunkte 2014

Die Grundstückssuche wurde nach gemeinsamen mit der Stadt Lörrach und dem Landkreis erarbeiteten Kriterien - welche vor allem eine ausreichende Größe des Grundstücks, die infrastrukturelle Versorgung, die Anbindung an den Öffentlichen Nahverkehr, die Umgebung und die Verfügbarkeit des Grundstücks für eine langfristige Nutzung durch den Landkreis enthalten - vorgenommen. Aufgrund dieser wurde ein Grundstück in Lörrach-Haagen ausgewählt.

- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit hat auch im dritten Jahr nach der Gründung der Stabsstelle Mitte 2011 intensiv an der Erreichung ihrer wesentlichen Ziele – Information der Bürger über Aufgaben und strategische Ziele des Landkreises sowie über eine konstante Präsenz in der Presse – gearbeitet. Mit 2014 im Schnitt erreichten 3,5 Pressemitteilungen wöchentlich ist zunächst ein stetiger Informationsfluss gegeben, ebenso die regelmäßig stattfindenden Termine für oder unter Einbeziehung der Pressevertreter. Um die formulierten Ziele, das heißt den Landkreis in seiner Funktion als Untere staatliche Verwaltungsbehörde als die tragende politische Instanz der Region auch im Bewusstsein der Kreiseinwohnerinnen und -einwohner zu etablieren, kann allerdings noch weiteres Potential ausgeschöpft werden. Seit 2014 gehört die Erstellung der vierteljährlich herausgegebenen Mitarbeiterzeitung zu den Aufgaben der Stabsstelle, um den Bereich der internen Kommunikation zur Verbesserung einer integrativen Unternehmenskultur zu bedienen.

Die Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit & Kreistag hat 2014 die Umsetzung des Neustarts der Internetseite in Kooperation mit der Agentur Hitcom begonnen. Die Landkreiseinwohner sollen rund um die Uhr schnell und unkompliziert alle wesentlichen Informationen erreichen, und das in moderner und attraktiver Darstellung, die nicht nur die Pflichtaufgaben erfüllt, sondern auch auf die Vielzahl an zusätzlichen Angeboten verweist sowie die Attraktivität des Landkreises als Arbeitgeber und die der Region insgesamt herausstellt.

- Einführung eines Ratsinformationssystems

Die Kreisgeschäftsstelle ist 2014 dem Auftrag nachgekommen, ein elektronisches Informations- und Dokumentenmanagementsystem einzuführen, das den Prozess der Vorlagenerstellung für die Sitzungen des Kreistags und seiner Ausschüsse automatisiert, die Vorlagen den Kreisrätinnen und Kreisräten elektronisch zur Verfügung stellt und darüber hinaus die Informationen interessierten Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stellt. Nach der Einrichtung von „Session“ im März 2014 ist nun auch das Ratsinformationssystem „SessionNet“ installiert.

Erläuterungen zur Teilergebnisrechnung 2014

PG THH 1	PLAN 2014	IST 2014	Abweichung 2014	Erläuterung
11.10	-652.884	-715.050	-62.167	Mehraufwendungen im Bereich Personal und für Aufwandsentschädigungen der Kreisräte (11.800 EUR)
11.11	-122.691	-134.216	-11.525	Mehraufwendungen im Bereich Personal und Mehraufwendungen für öffentliche Bekanntmachungen (Todesfälle)
11.12	-1.004.291	-869.087	135.204	Minderaufwendungen im Bereich Personal und für Dienstleistungen Dritter aufgrund nicht umgesetzter Projekte bzw. Verschiebung von Projekten.
11.14	-462.800	-406.071	56.729	Minderaufwendungen im Bereich Personal und im Bereich der Repräsentationen für Gemeindejubiläen
11.20	-1.899.244	-1.903.425	-4.181	Jahresziel entspricht der Planung
11.21	-2.775.838	-2.807.308	-31.469	Mehraufwendungen im Bereich Personal insbesondere für Versorgungsaufwendungen für Beamte nach Personalwechsel, welche in der Planung der Umlagen nicht berücksichtigt werden konnten.
11.22	-1.663.473	-1.625.445	38.028	Mehrerträge aus Säumniszuschlägen und Mahngebühren, Minderaufwendungen aufgrund zielgerichteten Einsatzes bei Vollstreckungsmaßnahmen und div. Budgeteinsparungen
11.23	-280.488	-277.211	3.277	
11.24	-8.713.395	-8.036.988	676.408	Minderaufwendungen bei Gebäudeunterhaltung (395.000 EUR) und Gebäudebewirtschaftung (102.500 EUR) sowie Budgeteinsparungen. Mehrerträge aufgrund Auflösung von Rückstellungen (61.100 EUR) und Steuererstattung (11.100 EUR).
11.25	-75.379	-64.789	10.590	Jahresziel entspricht der Planung
11.26	-2.096.863	-1.988.206	108.657	Minderaufwendungen aufgrund Einsparungen beim Bürobedarf (27.400 EUR) und bei den Porto- und Transportkosten (78.100 EUR) durch verstärkt dezentrale Verbuchung.
11.30	-174.455	-98.296	76.159	Minderaufwendungen aufgrund Verschiebung des größeren Teils des Projektes Internetrelaunch nach 2015
11.33	-4.330	-3.823	508	
41.10	14.824	14.081	-742	
53.70	847.411	842.277	-5.135	
61.10	124.515.800	126.636.049	2.120.249	Grunderwerbsteuer (1.221.400 EUR), Schlüsselzuweisungen (929.400 EUR)
61.20	77.000	207.984	130.984	Zinserträge planmässig keine Kassenkreditzinsen Erträge aus der Wertberichtigung offener Forderungen
gesamt	105.528.904	108.770.476	3.241.572	

Weiterführende Erläuterungen

Die Ergebnisverbesserung im THH 1 beträgt rd. 3,24 Mio. EUR. Diese setzt sich im Wesentlichen aus folgenden drei Bereichen zusammen:

- 11.24 Gebäudemanagement: Minderaufwendungen/Mehrerträge von 676.408 EUR

Die Durchführungen folgender Maßnahmen mussten u. a. auf Grund der Errichtung der GU Efringen-Kirchen zeitlich nach 2015 verschoben werden:

Umbau Räumlichkeiten Kfz-Zulassung

Dachsanierung der HKS Maulburg

WC-Sanierung der GS Lörrach

Betonsanierung Sporthalle des BSZ Lörrach

Brandschutz GS Lörrach

Weiterhin kann die geplante Aufschaltung der Gebäudeleittechnik der GS Rheinfeldern erst nach erfolgter Stranganierung durchgeführt werden. Durch witterungsbedingte Auswirkungen konnten Minderaufwendungen für Wärme in Höhe von 100.000 EUR erzielt werden. Ebenso wurden die geplanten Mittel für den Architektenwettbewerb des Masterplans in 2014 nicht benötigt.

- 61.10 Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen: Mehrerträge von 2.120.249 EUR

Die Schlüsselzuweisungen nach § 8 FAG brachten mit höheren Einwohnerzahlen bei einem Kopfbetrag von 594 EUR (VJ: 556 EUR) und einer Ausschüttungsquote von 71,0 % für das Jahr 2014 eine Verbesserung von 865.400 EUR. Zudem gab es noch eine geringe Nachzahlung für 2013 in Höhe von 64.000 EUR.

Die Grunderwerbsteuer entwickelte sich im Rechnungsjahr weiterhin sehr stabil und führte bei einem Planansatz von 11.116.500 EUR zu Mehrerträgen in Höhe von rd. 1.221.400 EUR, welche insbesondere aus den Monaten Juli, September und Oktober 2014 resultierten.

- 61.20 sonstige Finanzwirtschaft: Verbesserungen in Höhe von 130.984 EUR

In dieser Produktgruppe werden die Wertberichtigungen auf Forderungen abgebildet. Aus den im Rahmen des Jahresabschlusses 2014 erfolgten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen auf Forderungen ergibt sich eine Ergebnisverbesserung in Höhe von rd. 111.300 EUR (VJ: 793.000 EUR) für das Rechnungsjahr 2014. Der nach den ersten drei doppischen Haushaltsjahren erwartete Rückgang der Erträge aus Wertberichtigungen ist damit eingetreten.

Aufgrund der guten Liquidität konnten in 2014 darüber hinaus die geplanten Zinsaufwendungen für Kassenkredite in Höhe von rd. 20.000 EUR eingespart werden.

Investitionen 2014

PG	Bezeichnung der Investitionsmaßnahme	zeitliche Umsetzung	Gesamt-betrag	bis 2013 finanziert	Ermächti-gungsübertra-gungen aus Vorjahr	2014 PLAN	2014 IST	Ermächti-gungsübertra-gungen ins Folgejahr	Finanzpl. Jahre 2015-2017
			- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
11.22	Kassenautomat Kfz-Zulassungsstelle Lörrach	2014	-52.482			-49.500	-52.482		
11.24	Energ. Sanierung Kaufm. Schule Lörrach	2013-2014	-2.030.025	-1.903.184		0	-126.841		
	Aktiviere Eigenleistung		-30.617						
11.24	Energ. Sanierung GWS Lörrach Bau A	2013-2014	-1.800.000	-2.359		-1.800.000	-1.177.469	-598.450	
	Aktiviere Eigenleistung		-38.497						
11.24	Photovoltaikanlage Kaufm. Schule Lörrach	2013-2014	-115.112	-101.935		-125.000	-13.177		
	Aktiviere Eigenleistung		-1.460						
11.24	Blockheizkraftwerk Kaufm. Schule Lörrach	2014	-125.000			-125.000	0	-125.000	
	Aktiviere Eigenleistung		-1.916						
11.24	2. Rettungsweg HKS Maulburg	2014	-250.000			-250.000	-212.700	-81.579	
	Aktiviere Eigenleistung		-11.651						
11.24	Grunderwerb GU Lörrach für Flüchtlinge/Asylbewerber	2014-2016	-1.000.000			-1.000.000	0		
11.24	Baukostenzuschuss Kfz-Zul. Brombacher Straße, Lörrach	2014	-79.887			-110.000	-79.887		
61.20	Rückfluss aus Investitionstätigkeit	2014	300.000			300.000	0		
XX.XX	Software, bew. Anlagevermögen u. Beteiligungen	fortlaufend			-22.536	-110.000	-132.800	-13.623	94.200
Saldo aus Investitionstätigkeit			-5.184.165	-2.007.478	-22.536	-3.269.500	-1.795.356	-818.652	94.200

Erläuterungen zu den Investitionen 2014

Energetische Sanierung der Gewerbeschule Lörrach – Bau A

Auf Grund der witterungsbedingten Situation konnte die Energetische Sanierung der Gewerbeschule Lörrach - Bau A zeitlich nicht vollständig im Jahr 2014 realisiert werden. Daher wurden die noch zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 598.540 EUR in das Folgejahr übertragen. Die Energetische Sanierung wird voraussichtlich bis Ende Juni 2015 umgesetzt sein.

Photovoltaikanlage - Kaufmännische Schule Lörrach

Von den eingeplanten Mitteln in Höhe von 125.000 EUR für die Errichtung einer Photovoltaikanlage an der Kaufmännischen Schule Lörrach wurden in 2014 noch 13.177 EUR benötigt, da die Maßnahme bereits in 2013 begonnen wurde. Die Photovoltaikanlage wurde 2014 fertig gestellt und in Betrieb genommen. Die von den Anbietern eingereichten Angebote lagen mit insgesamt 115.000 EUR unter der Kostenkalkulation von 125.000 EUR. Die Restmittel wurden für die Fertigstellung der Energetischen Sanierung bei der Kaufmännischen Schule verwendet.

Blockheizkraftwerk - Kaufmännischen Schule Lörrach

Im Jahr 2014 erfolgte die Ausschreibung einschließlich der Wartungsleistungen für die Errichtung eines Blockheizkraftwerkes an der Kaufmännischen Schule Lörrach. Da der Einbau mit voraussichtlicher Inbetriebnahme im Oktober 2015 erfolgt, wurden die in 2014 eingeplanten Mittel in Höhe von 125.000 EUR in das Folgejahr übertragen.

2. Rettungsweg Helen-Keller-Schule Maulburg (Fluchtbalkone)

Die Umsetzung des 2. Rettungswegs der Helen-Keller-Schule Maulburg konnte aus zeitlichen Gründen nicht fristgerecht in 2014 umgesetzt werden, so dass die noch zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 81.579 EUR für die Fertigstellung in 2015 übertragen werden.

Grunderwerb GU Lörrach für Flüchtlinge/Asylbewerber

Dem Landkreis Lörrach gelang es erst Ende 2014 ein Grundstück zu finden, welches sich für eine künftige Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern eignen würde. Dieses galt es hinsichtlich der vom Landkreis und der Stadt Lörrach festgelegten Kriterien, welche vor allem eine ausreichende Größe des Grundstücks, die infrastrukturelle Versorgung, die Anbindung an den Öffentlichen Nahverkehr, die Umgebung und die Verfügbarkeit des Grundstücks für eine langfristige Nutzung vorsehen, zu überprüfen. Das Grundstück wird nicht erworben sondern gepachtet (Erbpachtvertrag), so dass die eingeplanten Mittel in Höhe von 1.000.000 EUR in 2014 nicht benötigt wurden.

Teilergebnisrechnung

Ifd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässiger Mehraufw. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
2	+ Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	129.845.552,42	132.701.400	134.814.132,42	2.112.732,42	45.270,81	0	2.067.461,61-	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Entgelte	144.856,18	147.600	143.668,00	3.932,00-	0	0	3.932,00	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	436.362,74	402.700	421.724,06	19.024,06	0	0	19.024,06-	0
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	1.047.482,05	1.110.655	1.132.918,37	22.262,97	0	0	22.262,97-	0
7	+ Zinsen und ähnliche Erträge	183.141,86	101.000	103.337,67	2.337,67	0	0	2.337,67-	0
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	32.594,00	0	44.458,83	44.458,83	0	0	44.458,83-	0
9	+ Sonstige ordentliche Erträge	1.003.121,26	51.000	533.799,28	482.799,28	0	0	482.799,28-	0
10	= Ordentliche Erträge	132.693.110,51	134.514.355	137.194.038,63	2.679.683,23	45.270,81	0	2.634.412,42-	0
11	- Personalaufwendungen	9.974.011,20-	10.633.020-	10.851.385,64-	218.365,63-	0	0	218.365,63	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.945.168,59-	7.239.361-	6.406.866,98-	832.494,22	13.826,62-	220.400,00-	1.066.720,84-	619.800,00-
14	- Planmäßige Abschreibungen	1.405.591,62-	1.505.881-	1.705.423,22-	199.542,42-	0	0	199.542,42	0
15	- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	267.089,92-	48.100-	31.547,62-	16.552,38	0	0	16.552,38-	0
16	- Transferaufwendungen	8.199.438,20-	8.179.300-	8.155.378,29-	23.921,71	0	0	23.921,71-	0
17	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.175.208,42-	1.379.789-	1.272.960,88-	106.828,60	50,00	29.500,00-	136.278,60-	35.000,00-
18	= Ordentliche Aufwendungen	26.966.507,95-	28.985.451-	28.423.562,63-	561.888,86	13.776,62-	249.900,00-	825.565,48-	654.800,00-
19	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	105.726.602,56	105.528.904	108.770.476,00	3.241.572,09	31.494,19	249.900,00-	3.459.977,90-	654.800,00-
40	+ Erträge aus internen Leistungen	19.450.860,45	22.035.393	21.421.530,07	613.862,68-	0	0	613.862,68	0
51	- Aufwand für Mitwirkungsleistungen	14.112,35-	18.061-	19.237,67-	1.176,41-	0	0	1.176,41	0
52	- Aufwand für Serviceleistungen	1.004.234,37-	1.641.452-	1.648.870,86-	7.418,43-	0	0	7.418,43	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	871.182,01-	833.215-	881.891,93-	48.676,73-	0	0	48.676,73	0
54	- Aufwand für IuK	276.272,17-	298.770-	308.086,57-	9.316,89-	0	0	9.316,89	0
55	- Aufwand für Steuerungs-/unterstützung	24.274,97-	24.280-	24.220,28-	59,60	0	0	59,60-	0
60	- Kalkulatorische Kosten	352.276,74-	18.551-	297.070,69-	278.519,65-	0	0	278.519,65	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	16.908.507,84	19.201.063	18.242.152,07	958.911,19-	0	0	958.911,19	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	122.635.110,40	124.729.967	127.012.628,07	2.282.660,90	31.494,19	249.900,00-	2.501.066,71-	654.800,00-

Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächti- gungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	131.640.063,16	134.426.855	136.716.917,98	2.290.062,58	45.270,81	0	2.244.791,77-	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	26.419.235,58-	27.736.386-	26.430.025,55-	1.306.360,94	13.776,62-	249.900,00-	1.570.037,56-	654.800,00-
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	105.220.827,58	106.690.469	110.286.892,43	3.596.423,52	31.494,19	249.900,00-	3.814.829,33-	654.800,00-
8	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	4.600.000,00	300.000	0	300.000,00-	0	0	300.000,00	0
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	4.600.000,00	300.000	0	300.000,00-	0	0	300.000,00	0
10	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	6.484.180,10-	1.000.000-	0	1.000.000,00	118.406,12	0	881.593,88-	0
11	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.985.667,06-	2.300.000-	1.571.782,11-	728.217,89	118.406,12-	0	846.624,01-	805.029,00-
12	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	47.185,24-	159.500-	143.636,70-	15.863,30	4.973,38-	22.536,00-	43.372,68-	13.623,00-
13	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	1.400.050,00-	0	50,00-	50,00-	50,00-	0	0	0
14	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	110.000-	79.887,32-	30.112,68	0	0	30.112,68-	0
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	9.917.082,40-	3.569.500-	1.795.356,13-	1.774.143,87	5.023,38-	22.536,00-	1.801.703,25-	818.652,00-
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	5.317.082,40-	3.269.500-	1.795.356,13-	1.474.143,87	5.023,38-	22.536,00-	1.501.703,25-	818.652,00-
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	99.903.745,18	103.420.969	108.491.536,30	5.070.567,39	26.470,81	272.436,00-	5.316.532,58-	1.473.452,00-
19	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	1.000.000,00	2.050.000	2.000.000,00	50.000,00-	0	0	50.000,00	0
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	1.000.000,00	2.050.000	2.000.000,00	50.000,00-	0	0	50.000,00	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	100.903.745,18	105.470.969	110.491.536,30	5.020.567,39	26.470,81	272.436,00-	5.266.532,58-	1.473.452,00-

Ausblick, Chancen und Risiken

Arbeitgebermarke

Die noch stärkere Identifikation der Mitarbeiter mit ihrem Arbeitgeber und die Antwort auf die Frage, was es ausmacht, im Landratsamt zu arbeiten, ist ein wichtiger nächster Schritt in Richtung attraktiver Arbeitgeber. Hierzu ist die Bildung einer Arbeitgebermarke mit einem so nach innen und außen getragenen Bild ein wichtiges weiteres Instrument. In 2015 soll hierfür die Grundlage geschaffen werden.

Zertifizierung „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“

Das Landratsamt ist bereits mit vielen Lösungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterwegs. Selbst Führungskräften auf allen Ebenen ist es möglich, eine Auszeit für ihren Nachwuchs zu nehmen. Von Teilzeit über flexible Arbeitszeiten bis hin zu Telearbeit ist das Spektrum des Landratsamts breit aufgestellt. Nun gilt es dies auch nach außen zu tragen, um potentiellen Bewerbern einen entsprechenden Hinweis zu geben und sich so vor Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt zu positionieren.

Zertifizierung „Great Place to Work“

Die Zielrichtung ist vergleichbar mit dem Vorstehenden. Der Fokus bei diesem Zertifikat geht über das von Familie und Beruf hinaus und beleuchtet auch die konkrete Arbeitssituation. Wichtig dabei ist, dass es die Mitarbeiter sind, die beurteilen, wie sich der Arbeitgeber aus ihrer Sicht darstellt. Wichtig bei beiden Zertifikaten ist es, dass die konkreten Maßnahmen nicht nur beschrieben sind, sondern auch gelebt werden.

Umsetzung des Schulungsprogramms für Führungskräfte

In 2015 geht es in die Umsetzung der ersten Module des Führungskräfte Schulungsprogramms. Das Programm bietet Führungskräften Schulungen in sozialen, personalen, methodischen und fachlichen Kompetenzen. Vorausgegangen war die Entwicklung eines Führungskräfteprofils, eine Priorisierung für die Umsetzung und die Auswahl von Anbietern.

Konzeption des Schulungsprogramms für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Ein weiterer Schritt soll 2015/2016 die Konzeption und anschließende Umsetzung eines Schulungsprogramms für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sein. Im Gegensatz zu den Führungskräften wird hier kein abgestimmtes Profil sondern der individuelle Bedarf Grundlage sein. Somit soll die Möglichkeit geschaffen werden, sich stetig fortzubilden und somit geänderten Anforderungen oder zukünftigen Ausrichtungen gut gerüstet entgegenzutreten zu können.

Masterplan

In 2015 werden weitere Weichen in der Erweiterung des Landratsamts gestellt werden. Nach Abschluss eines Vorvertrages und einer Organisationsvereinbarung in den beiden Jahren zuvor gilt es nun einen Bauablaufvertrag zu beschließen. Dieser regelt dann verbindlich die Abhängigkeiten und das weitere Vorgehen bei dem gemeinsamen Vorhaben mit dem Investor des Dienstleistungszentrums. Sollte dieses nicht zustande kommen, wird das Landratsamt alternativ planen.

Prozesse

Einmal beschriebene, dargestellte und abgestimmte Prozesse sind nur die halbe Miete. Die andere Hälfte bedingt ein stetiges Hinterfragen und Optimieren im Sinne eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses (KVP) und die Beschreibung weiterer Kernprozesse und Routinen und deren visuelle Darstellung und Abstimmung.

11.21 Personalmanagement

Ziele & Kennzahlen

Martin Sander, FBL Personal & Organisation – Verwaltungsausschuss

WIRKUNGSZIELE		Zielgruppe
A	S Die Mitarbeiter/-innen arbeiten gerne für das Landratsamt Lörrach und sind zufrieden mit ihrer Arbeit.	alle Mitarbeiter/-innen
B	S Die für die Aufgabenerfüllung in qualitativer und quantitativer Sicht erforderliche personelle Ausstattung ist sichergestellt.	Alle Organisationseinheiten des Landratsamtes sowie EAL

Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert		Messgröße
A 1	S Die Mitarbeiter/-innen erhalten die Möglichkeit, ihre Handlungskompetenzen aus- und weiterzubilden.	A 2 k1
A 2	Den Mitarbeiter/-innen stehen attraktive Rahmenbedingungen zur Verfügung.	B 1 k1, B 1 k2
B 1	S Eine zwischen dem FB P&O und dem jeweiligen Fachbereich rechtzeitig abgestimmte Nachfolgeplanung ermöglicht grundsätzlich bis zum Ausscheiden der stelleninhabenden Person eine Wiederbesetzung der vakanten Stelle.	B 2 k1
B 2	S Pro Jahr werden 4 potentielle Führungsnachwuchskräfte in einem gemeinsam mit anderen Landkreisen durchgeführten Führungsnachwuchskräfteprogramm (FNK) gefördert und auf eine mögliche Führungsaufgabe vorbereitet.	B 2 k1

Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant		Umsetzungsgrad
A 1.1	S Für die Mitarbeiter/-innen und Mitarbeiter, Führungskräfte und neue Führungskräfte des Landratsamtes Lörrach werden bedarfsgerechte Schulungen auf der Grundlage der Grundsätze für Führung & Zusammenarbeit angeboten und durchgeführt.	50 %
A 2.1	Um die Arbeitszufriedenheit feststellen zu können ist eine Mitarbeiterbefragung durchzuführen. Die Vorbereitung in Zusammenarbeit mit dem Personalrat erfolgt 2014, die Durchführung schließt sich an.	100 %
B 1.1	S Die jährlich ausscheidenden Personen werden rechtzeitig im dvv.personal-System ermittelt (Sachbearbeitungen mind. 1/2 Jahr vorher; Führungskräfte mind. 1 Jahr vorher). Daran schließt sich in Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Fachbereich die konkrete Nachfolgeplanung an.	100 %
B 2.1	Die Auswahl der Teilnehmer/-innen am Führungsnachwuchskräfteprogramm wird im 4. Q 2013 getroffen. Das Modular aufgebaute Programm wird zusammen mit vier weiteren Landkreisen von Januar bis Dezember 2014 durchgeführt.	100 %

KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG		ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
A 2 k1	durchschnittl. Beschäftigungsdauer (in Jahren)	11	11	Stichtag 30.06.2014
B 1 k1	S durchschn. Vakanzzeit in Kalendertagen über alle Positionen hinweg	55	40	Durchschnitt in Bezug auf die Gesamtsumme vakanter Stellen
B 1 k2	S Anteil rechtzeitiger Stellenbesetzungen an allen Wiederbesetzungen (%)	100	90	rechtl. Stellenbesetzung: innerhalb 1 Mon. nach Vakanz
B 2 k1	S Teilnehmerzahl FNK-Programm	4	4	FNK-Programm mit vier TN im Jahr 2014 durchgeführt.

GESAMTBETRACHTUNG

Das Ergebnis und die Erreichung der Ziele der Produktgruppe 1121 Personalmanagement entspricht den Zielvorstellungen des Jahres 2014. Die Veranschlagung der Allgemeinen und Besonderen Umlage für die Beamten des Landratsamtes Lörrach erfolgte bei der Haushaltsplanung mit rund 130.000 EUR zu gering. Aufgrund der Erarbeitung der Konzeption für die Führungskräfteentwicklung im Jahr 2014 werden entsprechende Schulungsangebote erst im Jahr 2015 durchgeführt. Dies trifft ebenfalls auf die Schulungen für die Beschäftigten zu. So mit ergeben sich Einsparungen im Bereich der Produktgruppe 1121. aufgrund nicht realisierter Schulungen. Die Arbeitszufriedenheit wurde im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung abgefragt. Die Umsetzung entsprechender Maßnahmen schließt sich ab 2015 an. Die Nachfolgeplanung wurde im vergangenen Jahr frühzeitig durch den Fachbereich Personal und Organisation geplant und zu besetzende Stellen aufgrund von ausscheidenden Mitarbeiter/-innen frühzeitig evaluiert und der Stellenbesetzungsprozess gestartet. Am interkommunalen Führungsnachwuchskräfteprogramm nahmen im Jahr 2014 vier potentielle Führungsnachwuchskräfte teil.

Die Anzahl an Ausbildungsplätzen konnte von 51 auf 58 gesteigert werden. Trotz sinkender Anzahl eingehender Bewerbungen konnten im Jahr 2014 alle Ausbildungsplätze mit qualitativ guten Bewerber/-innen besetzt werden.

Teilergebnisrechnung

Personalmanagement 11.21

Martin Sander, FBL Personal & Organisation – Verwaltungsausschuss

Ifd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässiger Mehraufw. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	Übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
2	+ Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	95.701,00	19.600	16.022,40	3.577,60-	0	0	3.577,60	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	79.117,32	68.000	79.748,09	11.748,09	0	0	11.748,09-	0
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	83.085,19	0	13.446,11	13.446,11	0	0	13.446,11-	0
9	+ Sonstige ordentliche Erträge	11.913,14	0	173,73	173,73	0	0	173,73-	0
10	= Ordentliche Erträge	269.816,65	87.600	109.390,33	21.790,33	0	0	21.790,33-	0
11	- Personalaufwendungen	2.103.911,76-	2.289.874-	2.404.586,39-	114.712,05-	0	0	114.712,05	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	299.074,41-	404.936-	320.044,60-	84.891,20	0	0	84.891,20-	45.000,00-
14	- Planmäßige Abschreibungen	5.485,06-	2.896-	5.235,30-	2.339,30-	0	0	2.339,30	0
16	- Transferaufwendungen	3.720,00-	4.000-	7.369,71-	3.369,71-	0	0	3.369,71	0
17	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	129.612,34-	161.732-	179.462,17-	17.729,85-	0	0	17.729,85	0
18	= Ordentliche Aufwendungen	2.541.803,57-	2.863.438-	2.916.698,17-	53.259,71-	0	0	53.259,71	45.000,00-
19	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	2.271.986,92-	2.775.838-	2.807.307,84-	31.469,38-	0	0	31.469,38	45.000,00-
40	+ Erträge aus internen Leistungen	2.696.686,87	3.150.193	3.165.965,51	15.772,13	0	0	15.772,13-	0
51	- Aufwand für Mitwirkungsleistungen	107,87-	127-	106,97-	20,35	0	0	20,35-	0
52	- Aufwand für Serviceleistungen	148.514,85-	194.386-	198.358,02-	3.971,59-	0	0	3.971,59	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	134.339,03-	141.426-	148.864,25-	7.438,15-	0	0	7.438,15	0
54	- Aufwand für IuK	31.982,05-	37.535-	39.054,10-	1.518,91-	0	0	1.518,91	0
55	- Aufwand für Steuerungs-/unterstützung	874,97-	880-	820,28-	59,60	0	0	59,60-	0
60	- Kalkulatorische Kosten	1.061,07-	0	990,94-	990,94-	0	0	990,94	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	2.379.807,03	2.775.838	2.777.770,95	1.932,49	0	0	1.932,49-	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	107.820,11	0	29.536,89-	29.536,89-	0	0	29.536,89	45.000,00-

Teilfinanzrechnung

Personalmanagement 11.21

Martin Sander, FBL Personal & Organisation – Verwaltungsausschuss

Ifd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	Übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	205.272,02	87.600	190.910,77	103.310,77	0	0	103.310,77-	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	2.618.224,67-	2.861.135-	2.837.013,79-	24.121,59	0	0	24.121,59-	45.000,00-
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus Ifd. Verwaltungstätigkeit	2.412.952,65-	2.773.535-	2.646.103,02-	127.432,36	0	0	127.432,36-	45.000,00-
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	2.412.952,65-	2.773.535-	2.646.103,02-	127.432,36	0	0	127.432,36-	45.000,00-
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	2.412.952,65-	2.773.535-	2.646.103,02-	127.432,36	0	0	127.432,36-	45.000,00-

11.24 Gebäudemanagement

Ziele & Kennzahlen

Gerhard Blattmann, FBL Planung & Bau – Verwaltungsausschuss

WIRKUNGSZIELE		Zielgruppe
A	S Das Landratsamt bietet ein modernes kundenorientiertes Dienstleistungsangebot in zentralen und attraktiven Räumlichkeiten.	alle Organisationseinheiten des Landratsamtes sowie EAL
B	S Der Landkreis fördert den Einsatz regenerativer Energien verbunden mit Steigerung der Energieeffizienz und der Schonung der endlichen	Landkreis
C	Das kreiseigene Vermögen (Bausubstanz der Gebäude) wird im Wert	Landkreis

Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert		Messgröße
A 1	S Die geplante bauliche Erweiterung und Umgestaltung des LRA in Lörrach (Palmstraße) ist bis Ende 2019 umgesetzt.	A 1k1
A 2	S Ein modernes Immobilienmanagement bündelt die Aufgaben der Verwaltung und Bewirtschaftung der kommunalen Immobilien „in einer Hand“ und sorgt für die Bereitstellung adäquater und wirtschaftlicher Raumressourcen für die Aufgabenbereiche.	A 2k1
B 1	S Bis spätestens 31.12.2025 beträgt der Anteil regenerativer Energien bei den kreiseigenen Gebäuden 100 % (KNZ: Ant. reg. E., IST 2012 = 55%, Ziel 2025 = 100%)	B 1k1
B 2	S Die Energieeffizienz der kreiseigenen Gebäude wird bis zum 31.12.2014 im Vergleich zur Basis 31.12.2010 um 10 % gesteigert.	B 2k1
B 3	S Um die notwendigen technischen Informationen zu erhalten, werden alle kreiseigenen Gebäude bis spätestens 31.12.2016 komplett mit Gebäudeleittechnik ausgestattet (KNZ: Anteil der Gebäude mit GLT, IST 2012 = 70%, Ziel 2016 = 100%).	B 3k1
C 1	Fortlaufende systematische Erfassung des Gebäudezustandes und Werterhaltungsbedarfes der kreiseigenen Gebäude auf Basis eines typenspezifischen Standards als Grundlage für die Prioritätensetzung bei Verwaltungsgebäuden, Schulen, Sporthallen, die Umsetzung der Maßnahmen sowie deren regelmäßige Fortschreibung.	C 1k1
C 2	Jährliches Arbeiten der erforderlichen baulichen Veränderungen der Kreisimmobilien nach Festlegung einer Prioritätensetzung.	

Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant		Umsetzungsgrad
A 1.1	S Durchführung des Architektenwettbewerbs (2014) und Baubeschluss durch den KT im November 2014	nein %
A 2.1	S Konsequente Umsetzung des KT Beschlusses zum Reinigungskonzept.	100 %
A 2.2	S Systematische Erfassung u. jährliche Fortschreibung d. Bewirtschaftungs- u. Unterhaltungskosten pro qm Nutzfläche u. Gebäudetyp.	100 %
B 1.1	S Installation eines Blockheizkraftwerks beim Berufsschulzentrum Lörrach	30 %
B 2.1	S Energetische Sanierung der Gebäudehülle des Gebäudes "A" der Gewerbeschule Lörrach	95 %
B 3.1	S Installation und Fertigstellung der Gebäudeleittechnik in der Gewerbeschule Rheinfelden	100 %
C 1.1	Aktualisierung der Gebäudedatenbank.	100 %
C 2.1	Gebäudespezifische Priorisierung und Umsetzung der notwendigen Erhaltungs- und Unterhaltungsmaßnahmen.	100 %

KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG		ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
A 1 k 1	S Baubeschluss liegt vor (j/n)	ja	nein	
A 2 k 1	S Kosten (Wärme,Strom,Wasser) pro qm Nutzfläche / Jahr (in EUR) (ohne Heime)	8,51	8,3	
B 1 k 1	S Anteil regenerativer Energien (in %)	70	72	
B 2 k 1	S Verbesserung der Energieeffizienz i.Vgl zu 2010 (in %)	10	14,6	
B 3 k 1	S Anteil der Gebäude mit Gebäudeleittechnik (in %)	75	80	
C 1 k 1	Wiederbeschaffungswert (WBW) aller kreiseigenen Gebäude	140.800.000	140.800.000	

GESAMTBETRACHTUNG

Die Energetische Maßnahme zur Gebäudehülle Bau A an der GWS Lörrach konnte im Jahr 2014 zu 95% umgesetzt werden. Hieraus resultiert, dass die nicht verbrauchten Mittel nach 2015 übertragen wurden.

Ebenso konnten die baulichen Maßnahmen zum Neubau einer Trafostation und des BHKW 2014 baulich noch nicht umgesetzt werden. Auch die hierfür bereitgestellten Mittel werden in 2015 benötigt und wurden deshalb übertragen.

Gemeinschaftsunterkünfte: In 2014 konnte kein Grundstück für eine Gemeinschaftsunterkunft erworben werden. Die im Haushalt bereitgestellten Mittel in Höhe von 1.000.000 EUR (für ein Grundstück in Lörrach) wurden nicht benötigt.

Masterplan: Auf Grund erheblicher Verzögerungen bezüglich der Vereinbarung eines Bauablaufvertrages und der fehlenden Klarstellung für den LK Lörrach über den Inhalt und der Form des Wettbewerbes, konnte dieser nicht wie geplant durchgeführt werden. Daraus ergibt sich, dass die im Anschluss stutzfindende Baugenehmigungsplanung ebenfalls nicht durchgeführt werden konnte.

Teilergebnisrechnung

Gebäudemanagement 11.24

Gerhard Blattmann, FBL Planung & Bau – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässiger Mehraufw. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
2	+ Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	87.810,09	85.100	85.127,29	27,29	0	0	27,29-	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Entgelte	144.622,08	147.600	143.356,30	4.243,70-	0	0	4.243,70	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	342.595,72	334.300	336.182,25	1.882,25	0	0	1.882,25-	0
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	8.348,22	1.800	9.147,38	7.347,38	0	0	7.347,38-	0
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	32.594,00	0	44.458,83	44.458,83	0	0	44.458,83-	0
9	+ Sonstige ordentliche Erträge	88.529,76	0	72.248,44	72.248,44	0	0	72.248,44-	0
10	= Ordentliche Erträge	704.499,87	568.800	690.520,49	121.720,49	0	0	121.720,49-	0
11	- Personalaufwendungen	2.252.216,36-	2.391.477-	2.498.062,73-	106.585,28-	0	0	106.585,28	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.385.182,07-	5.406.421-	4.815.653,81-	590.767,03	18.800,00-	146.300,00-	755.867,03-	499.800,00-
14	- Planmäßige Abschreibungen	1.277.376,39-	1.450.189-	1.365.779,49-	84.409,35	0	0	84.409,35-	0
15	- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	239.556,45-	0	0	0	0	0	0	0
16	- Transferaufwendungen	0	0	5.626,57-	5.626,57-	0	0	5.626,57	0
17	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	31.170,78-	34.108-	42.385,65-	8.277,41-	0	0	8.277,41	0
18	= Ordentliche Aufwendungen	8.185.502,05-	9.282.195-	8.727.508,25-	554.687,12	18.800,00-	146.300,00-	719.787,12-	499.800,00-
19	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	7.481.002,18-	8.713.395-	8.036.987,76-	676.407,61	18.800,00-	146.300,00-	841.507,61-	499.800,00-
40	+ Erträge aus internen Leistungen	8.727.281,75	9.879.940	9.488.483,43	391.456,63-	0	0	391.456,63	0
52	- Aufwand für Serviceleistungen	655.127,93-	922.507-	932.305,54-	9.798,10-	0	0	9.798,10	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	69.605,99-	68.674-	77.050,19-	8.376,10-	0	0	8.376,10	0
54	- Aufwand für IuK	24.006,24-	26.107-	29.692,28-	3.585,15-	0	0	3.585,15	0
60	- Kalkulatorische Kosten	341.422,23-	5.511-	287.596,46-	282.085,58-	0	0	282.085,58	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	7.637.119,36	8.857.141	8.161.838,96	695.301,56-	0	0	695.301,56	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	156.117,18	143.745	124.851,20	18.893,95-	18.800,00-	146.300,00-	146.206,05-	499.800,00-

Teilfinanzrechnung

Gebäudemanagement 11.24

Gerhard Blattmann, FBL Planung & Bau – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	491.295,35	483.700	506.121,96	22.421,96	0	0	22.421,96-	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	7.379.431,28-	7.914.722-	7.106.009,86-	808.712,47	18.800,00-	146.300,00-	973.812,47-	499.800,00-
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	6.888.135,93-	7.431.022-	6.599.887,90-	831.134,43	18.800,00-	146.300,00-	996.234,43-	499.800,00-
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
10	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	6.484.180,10-	1.000.000-	0	1.000.000,00	118.406,12	0	881.593,88-	0
11	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.985.667,06-	2.300.000-	1.571.782,11-	728.217,89	118.406,12-	0	846.624,01-	805.029,00-
12	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	20.620,61-	93.000-	85.786,32-	7.213,68	0	22.536,00-	29.749,68-	0
14	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	110.000-	79.887,32-	30.112,68	0	0	30.112,68-	0
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	8.490.467,77-	3.503.000-	1.737.455,75-	1.765.544,25	0	22.536,00-	1.788.080,25-	805.029,00-
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	8.490.467,77-	3.503.000-	1.737.455,75-	1.765.544,25	0	22.536,00-	1.788.080,25-	805.029,00-
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	15.378.603,70-	10.934.022-	8.337.343,65-	2.596.678,68	18.800,00-	168.836,00-	2.784.314,68-	1.304.829,00-
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	15.378.603,70-	10.934.022-	8.337.343,65-	2.596.678,68	18.800,00-	168.836,00-	2.784.314,68-	1.304.829,00-

11.24.02 Facility Management

Ziele & Kennzahlen

Gerhard Blattmann, FBL Planung & Bau – Verwaltungsausschuss

Neben den Leistungszielen der Produktgruppe wurden folgende SCHLÜSSELPRODUKTZIELE definiert	Messgröße
Die Energieeffizienz der kreiseigenen Gebäude wird bis zum 31.12.2014 um 10% (im Vergleich zur Basis 31.12.2010) gesteigert (durch kontinuierliche Reduzierung des kreiseigenen Energieverbrauchs in allen Nutzungsarten). Bis 2025 beträgt der Anteil regenerativer Energien bei den kreiseigenen Gebäuden 100% (Ist 2012=55%). Kontinuierliche Minderung der CO2-Emissionen. Bis 31.12.2016 werden alle (=100%) kreiseigenen Gebäude mit GLT ausgestattet (Ist 2012=70%).	

Um die Schlüsselproduktziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
Einrichtung einer Energie-Datenbank (vFM=visual Facility Management) und regelmäßige Auswertung der Verbrauchsdaten	50 %
Identifikation von Energiesparpotentialen, fachtechnische Konzeption, organisatorische Planung, Entwicklung von Finanzierungskonzepten, Energiespar-Contracting.	20 %
Schulungs- und Motivationsprogramme zur Änderung des Nutzerverhaltens (z.B. Energiesparteams an Schulen und Hausmeisterschulungen). Verhandlung, Prüfung und Gestaltung von Sanierung der Gebäudehülle an der gewerbeschule in Lörrach.	10 %
Sanierung des Daches Bau "C" bei der Gewerbeschule in Lörrach.	95 %
Erstellen von Prioritätenkatalogen und Berichten.	100 %
Energiekonzepte für kreiseigene Liegenschaften.	25 %
Ausarbeiten von Projekten und Abwicklung von Contracting-Mitteln.	0 %
Erweiterung des Energie-Controlling-Systems (Gebäudeleittechnik, GLT)	80 %

Kennzahlen der ZIELERREICHUNG	ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
K 11.24.02- 01 Durchschnittliche Energiekosten (gesamt) je m² Nutzfläche	9,4	8,3	
K 11.24.02- 02 Heizkosten je m² Nutzfläche	4,1	2,4	
K 11.24.02- 03 Stromkosten je m² (in EUR)	4,2	4,8	
K 11.24.02- 04 Wasserkosten je m² (in EUR)	1,1	1,0	
K 11.24.02- 05 Energieverbrauch je m² Nutzfläche	88,1	70,8	
K 11.24.02- 06 Wärmeverbrauch (in kWh) je m² Nutzfläche	66,1	49,1	
K 11.24.02- 07 Stromverbrauch (in kWh) je m² Nutzfläche	21,9	21,7	
K 11.24.02- 08 Wasserverbrauch (in Litern) je m² Nutzfläche	168,8	180,3	
K 11.24.02- 09 Anteil regenerative Energien am Gesamtverbrauch für die Beheizung	59,6	71,5	
K 11.24.02- 10 Prozentuale Minderung der CO2-Emission ggü. dem Vorjahr	5,2	18,7	
K 11.24.02- 11 Anteil der kreiseigenen Gebäude mit GLT (in %)	75,0	80,0	
K 11.24.02- 12 Anteil fossile Energien am Gesamtverbrauch für die Beheizung	40,4	28,5	

Gesamtbetrachtung

Die im Jahr 2014 festgelegten Maßnahmen wurden überwiegend umgesetzt. Der Fachbereich Planung und Bau wird, wie im vergangenen Jahr durch die AG Energie beschlossen, Schulungen zum Thema "Nutzerverhalten" für die kreiseigenen Liegenschaften (nach Bedarf) organisieren in der Mitarbeiterzeitung (MAZ) geeignete Handlungsempfehlungen veröffentlichen.

Die jährlichen Verbrauchsdaten werden etappenweise in die Facility-Management-Software aufgenommen und können anschließend über diese ausgewertet werden.

Die Umsetzung der GLT in der GWS Rheinfelden konnte 2014 vollständig realisiert werden. Dadurch wurde das Ziel überdurchschnittlich erreicht.

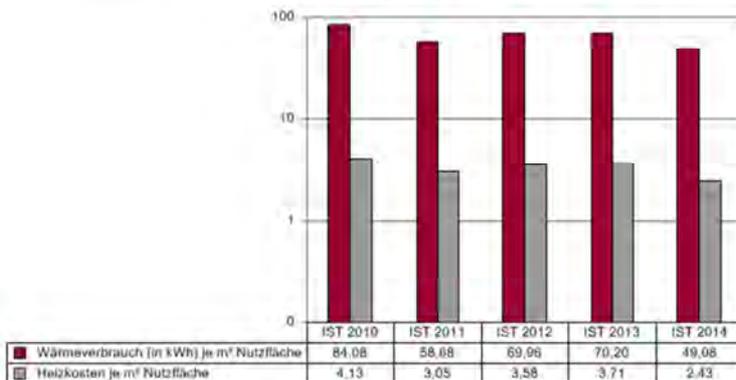
In der Gesamtbewertung greifen die seit Jahren durchgeführten energetischen Sanierungsmaßnahmen und führen zu einer konstanten Verbrauchsmenge. Auf Grund des Verbrauchs und dem erhöhten Einsatz von regenerativen Energien zeigt sich, dass sich die getroffenen Entscheidungen im Energiebereich sehr positiv auswirken.

Schlüsselprodukt

Facility Management **11.24.02**

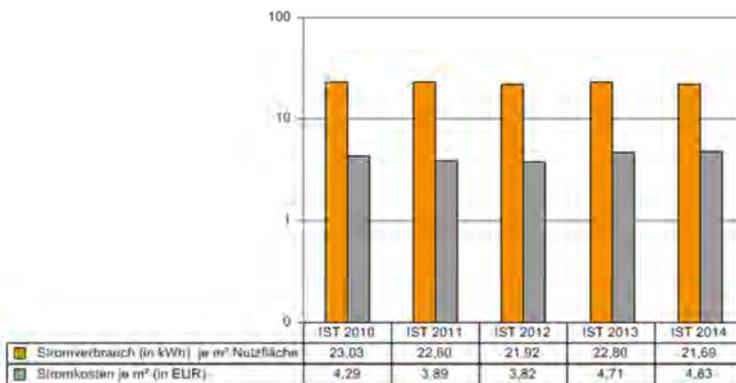
Gerhard Blattmann, FBL Planung & Bau – Verwaltungsausschuss

Wärme - Verbrauch und Kosten je m² Nutzfläche Verwaltungs- und Schulgebäude



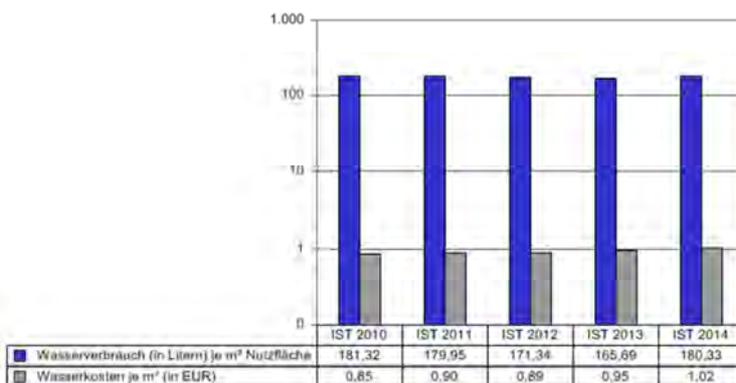
Der Wärmeverbrauch sowie die Kosten fielen auf Grund des milden Winters deutlich geringer aus.

Strom - Verbrauch und Kosten je m² Nutzfläche Verwaltungs- und Schulgebäude



Verbrauchsrückgang gegenüber dem Vorjahr auf Grund von Sanierungen im Elektrobereich. Leichter Kostenanstieg durch höher anfallende Steuern und Abgaben.

Wasser - Verbrauch und Kosten je m² Nutzfläche Verwaltungs- und Schulgebäude



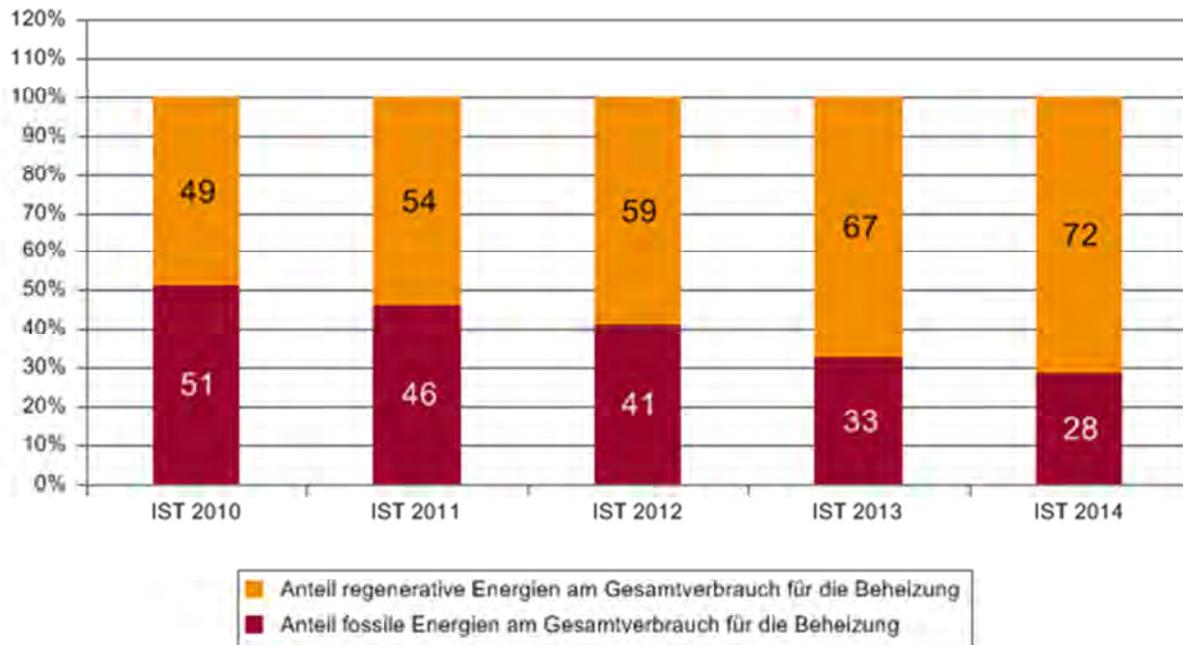
Deutlicher Anstieg des Wasserverbrauchs beim BSZ Lörach betreffend der Energetischen Sanierung sowie auch beim BSZ Schopfheim durch einen Wasserrohrbruch.

11.24.02 Facility Management

Schlüsselprodukt

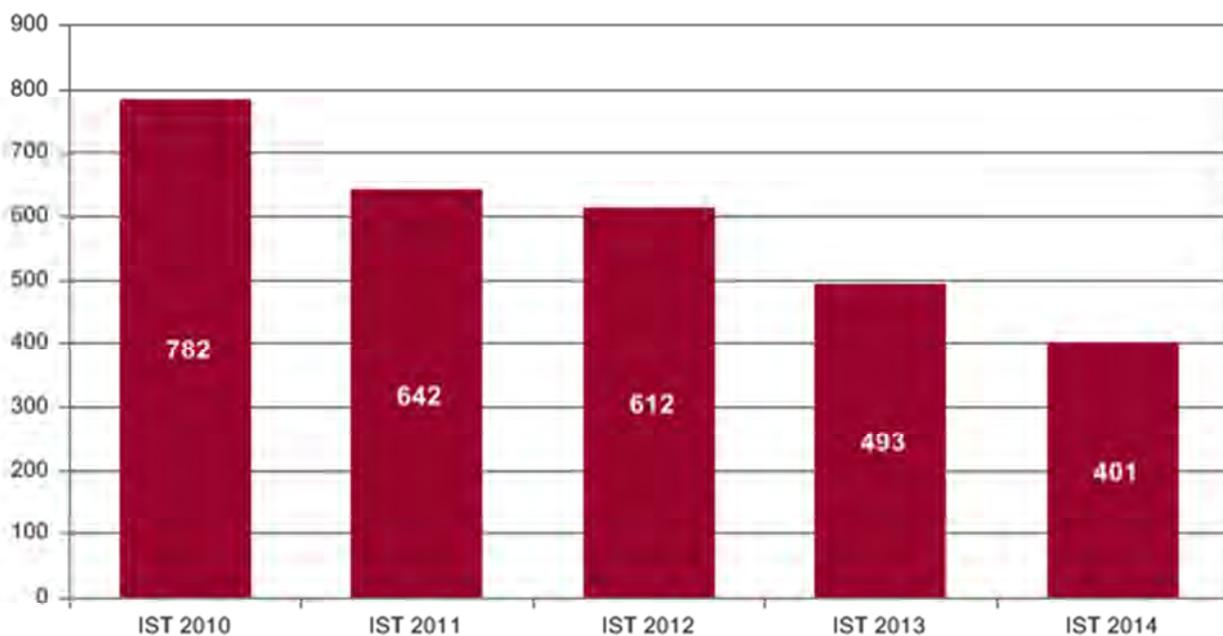
Gerhard Blattmann, FBL Planung & Bau – Verwaltungsausschuss

Anteil der regenerativen und fossilen Energien am Gesamtverbrauch Wärme



Im Jahr 2014 wurde bei der Helen-Keller-Schule Maulburg und bei der Sprachheilschule Zell eine Anpassung des Energiemixes vorgenommen. Die o.g. Anpassung des Energiemixes wirkt sich dementsprechend auf den Anteil der regenerativen Energien aus. Dieser stieg im Jahr 2014 um 5 % gegenüber dem Vorjahr.

CO2-Ausstoss - in Tonnen -



Dadurch ergab sich im Jahr 2014 eine deutliche Einsparung des CO²-Ausstosses.

Teilergebnisrechnung

Facility Management 11.24.02

Gerhard Blattmann, FBL Planung & Bau – Verwaltungsausschuss

Ifd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässiger Mehraufw. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	Übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
2	+ Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	87.810,09	85.100	85.127,29	27,29	0	0	27,29-	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Entgelte	144.622,08	147.600	143.356,30	4.243,70-	0	0	4.243,70	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	342.598,72	334.300	336.182,25	1.882,25	0	0	1.882,25-	0
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	8.267,10	1.800	9.070,60	7.270,60	0	0	7.270,60-	0
9	+ Sonstige ordentliche Erträge	88.529,76	0	72.248,44	72.248,44	0	0	72.248,44-	0
10	= Ordentliche Erträge	671.827,75	568.800	645.984,88	77.184,88	0	0	77.184,88-	0
11	- Personalaufwendungen	2.182.687,45-	2.321.215-	2.426.165,28-	104.950,44-	0	0	104.950,44	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.385.163,06-	5.366.343-	4.815.614,56-	550.728,52	18.800,00-	86.300,00-	655.828,52-	399.800,00-
14	- Planmäßige Abschreibungen	1.277.373,39-	1.450.186-	1.365.777,21-	84.408,75	0	0	84.408,75-	0
15	- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	239.556,45-	0	0	0	0	0	0	0
17	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	30.312,35-	33.053-	41.538,37-	8.485,09-	0	0	8.485,09	0
18	= Ordentliche Aufwendungen	8.115.092,70-	9.170.797-	8.649.095,42-	521.701,74	18.800,00-	86.300,00-	626.801,74-	399.800,00-
19	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	7.443.264,95-	8.601.997-	8.003.110,54-	598.886,62	18.800,00-	86.300,00-	703.986,62-	399.800,00-
40	+ Erträge aus internen Leistungen	8.727.281,75	9.879.940	9.488.483,43	391.456,63-	0	0	391.456,63	0
52	- Aufwand für Serviceleistungen	648.249,54-	910.885-	921.035,85-	10.150,39-	0	0	10.150,39	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	114.659,61-	180.170-	122.617,72-	57.552,23	0	0	57.552,23-	0
54	- Aufwand für IuK	23.568,24-	25.737-	29.271,66-	3.534,38-	0	0	3.534,38	0
60	- Kalkulatorische Kosten	341.422,23-	5.511-	287.596,46-	282.085,58-	0	0	282.085,58	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	7.599.382,13	8.757.636	8.127.961,74	629.674,75-	0	0	629.674,75	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	156.117,18	155.639	124.851,20	30.788,13-	18.800,00-	86.300,00-	74.311,87-	399.800,00-

Teilfinanzrechnung

Facility Management 11.24.02

Gerhard Blattmann, FBL Planung & Bau – Verwaltungsausschuss

Ifd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	Übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	491.105,63	483.700	505.855,21	22.155,21	0	0	22.155,21-	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	7.090.675,63-	7.803.327-	6.972.674,69-	830.652,31	18.800,00-	86.300,00-	935.752,31-	399.800,00-
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus Ifd. Verwaltungstätigkeit	6.599.570,00-	7.319.627-	6.466.819,48-	852.807,52	18.800,00-	86.300,00-	957.907,52-	399.800,00-
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
11	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	41.595,01-	41.595,01-	41.595,01-	0	0	0
12	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	20.619,61-	93.000-	85.786,32-	7.213,68	0	22.536,00-	29.749,68-	0
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	20.619,61-	93.000-	127.381,33-	34.381,33-	41.595,01-	22.536,00-	29.749,68-	0
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	20.619,61-	93.000-	127.381,33-	34.381,33-	41.595,01-	22.536,00-	29.749,68-	0
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	6.620.189,61-	7.412.627-	6.594.200,81-	818.426,19	60.395,01-	108.836,00-	987.657,20-	399.800,00-
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	6.620.189,61-	7.412.627-	6.594.200,81-	818.426,19	60.395,01-	108.836,00-	987.657,20-	399.800,00-

61.10 Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen

Ziele & Kennzahlen

Philipp von Ritter, Dezernent I – Verwaltungsausschuss

WIRKUNGSZIELE		Zielgruppe		
A	Die finanzielle Handlungsfähigkeit zur stetigen Aufgabenerfüllung ist nachhaltig sichergestellt.	Einwohner/-innen		
Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert		Messgröße		
A 1	Der Haushalt ist im ordentlichen Ergebnis, unter Berücksichtigung von Fehlbeträgen aus Vorjahren, ausgeglichen.	A 1 k 1		
A 2	Das Basiskapital bleibt erhalten (Prinzip der intergenerativen Gerechtigkeit).	A 2 k 1		
Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant		Umsetzungsgrad		
A 1.1	Aufstellung eines im ordentlichen Ergebnis ausgeglichenen Gesamthaushaltes unter Berücksichtigung einer bedarfsgerechten	100 %		
A 1.2	Vollständige Erwirtschaftung des Ressourcenverbrauchs im Gesamtergebnishaushalt (IST).	100 %		
KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG		ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
A 1 k 1	Fehlbetrag/Überschuss (Ergebnis) (in EUR)	0	7.192.600	Erwirtschaftung eines positiven ordentlichen Ergebnisses
A 2 k 1	Veränderung des Basiskapitals (in EUR)	0	-1431096	Wertberichtigung Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH u.a.

GESAMTBETRACHTUNG

Die Grunderwerbsteuer entwickelte sich im Rechnungsjahr weiterhin sehr stabil und führte bei einem Planansatz von 11.116.500 EUR zu Mehrerträgen in Höhe von rd. 1.221.400 EUR, welche insbesondere aus den Monaten Juli, September und Oktober 2014 resultierten. Die Schlüsselzuweisungen nach § 8 FAG brachten mit geringfügig höheren Einwohnerzahlen (Ist: 222.609 EW; geplant: 222.554 EW) bei einem aufgrund der November-Steuerschätzung erhöhten Kopfbetrag von 594 EUR (VJ: 556 EUR) und einer Ausschüttungsquote von 71,0 % für das Jahr 2014 eine Verbesserung von 865.400 EUR. Zudem gab es noch eine geringe Nachzahlung für 2013 in Höhe von rd. 64.000 EUR. Daneben ergab sich eine leichte Erhöhung bei den VRG-Zuweisungen um 37.700 EUR und eine kleine Senkung beim Soziallastenausgleich nach § 22 FAG in Höhe von rd. 56.000 EUR.

Teilergebnisrechnung

Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen 61.10

Philipp von Ritter, Dezernent I – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässiger Mehraufw. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
2	+ Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	129.659.140,04	132.594.300	134.710.594,68	2.116.294,68	45.270,81	0	2.071.023,87-	0
	31110000 Schlüsselzuweisungen Land § 8 FAG	23.645.426,40	24.214.800	25.144.220,70	929.420,70	45.270,81	0	884.149,89-	0
	31310010 Zuw.Land §11 (1) FAG (Einwohner)	2.462.192,90	2.459.700	2.451.008,00	8.692,00-	0	0	8.692,00	0
	31310040 Zuw.Land §11 (4) FAG (Sonderbehörden)	2.451.359,00	2.496.100	2.496.100,00	0	0	0	0	0
	31310050 Zuw.Land §11 (5) FAG (VRG)	6.636.736,00	6.802.700	6.840.372,00	37.672,00	0	0	37.672,00-	0
	31510000 Grunderwerbsteuer	11.388.082,02	11.116.500	12.337.900,66	1.221.400,66	0	0	1.221.400,66-	0
	31820000 Kreisumlage	80.180.401,72	82.278.100	82.269.992,32	8.107,68-	0	0	8.107,68	0
	31829000 § 22 FAG Soziallastenausgleich	2.894.942,00	3.226.400	3.171.001,00	55.399,00-	0	0	55.399,00	0
10	= Ordentliche Erträge	129.659.140,04	132.594.300	134.710.594,68	2.116.294,68	45.270,81	0	2.071.023,87-	0
16	- Transferaufwendungen	8.155.441,58-	8.078.500-	8.074.546,03-	3.953,97	0	0	3.953,97-	0
	43510000 Allgemeine Zuweisungen an Land	5.319,00-	0	0	0	0	0	0	0
	43710000 Finanzausgleichsumlage §1a FAG	7.312.417,70-	7.169.600-	7.168.466,90-	1.133,10	0	0	1.133,10-	0
	43720010 KVJS-Umlage	837.704,88-	908.900-	906.079,13-	2.820,87	0	0	2.820,87-	0
18	= Ordentliche Aufwendungen	8.155.441,58-	8.078.500-	8.074.546,03-	3.953,97	0	0	3.953,97-	0
19	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	121.503.698,46	124.515.800	126.636.048,65	2.120.248,65	45.270,81	0	2.074.977,84-	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	0	0	0	0	0	0	0	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	121.503.698,46	124.515.800	126.636.048,65	2.120.248,65	45.270,81	0	2.074.977,84-	0

Teilfinanzrechnung

Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen 61.10

Philipp von Ritter, Dezernent I – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	129.784.046,94	132.594.300	134.634.357,01	2.040.057,01	45.270,81	0	1.994.786,20-	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	8.155.441,58-	8.078.500-	8.074.546,03-	3.953,97	0	0	3.953,97-	0
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	121.628.605,36	124.515.800	126.559.810,98	2.044.010,98	45.270,81	0	1.998.740,17-	0
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	121.628.605,36	124.515.800	126.559.810,98	2.044.010,98	45.270,81	0	1.998.740,17-	0
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	121.628.605,36	124.515.800	126.559.810,98	2.044.010,98	45.270,81	0	1.998.740,17-	0

Dezernat II

Verantwortung:

Ausschuss:

Verwaltungsausschuss

Dezernatsleitung:

N.N.



Produktbereich 11

Innere Verwaltung

11.13 Rechnungsprüfung

11.31 Kommunalaufsicht

Produktbereich 12

Sicherheit & Ordnung

12.10 Statistik und Wahlen

12.20 Ordnungswesen

12.22 Ausländer- und Einbürgerungswesen

12.23 Personenstandswesen

12.26 Veterinärwesen und
Lebensmittelüberwachung*

12.60 Brandschutz

12.70 Rettungsdienst

12.80 Katastrophenschutz

Produktbereich 41

Gesundheit & Sport

41.40 Maßnahmen der Gesundheitspflege*

Produktbereich 42

Sport & Bäder

42.10 Förderung des Sports

Strategische Entwicklung

Ubergreifende
Strategische Schwerpunkte THH 2

Der Landkreis

- stellt sich den gesellschaftlichen Auswirkungen und Herausforderungen des demographischen Wandels.

Das Landratsamt Lörrach

- ist eine moderne, dienstleistungsorientierte Verwaltung und ein attraktiver Arbeitgeber.

Strategische Schwerpunkte
THH 2

Für den Teilhaushalt 2 „Ordnung & Gesundheit“
wurden vom Kreistag
für das Jahr 2014 keine Strategischen Schwerpunkte formuliert

Weitere Aufgabenschwerpunkte 2014

Als strategisch relevante Bereiche waren im THH 2 die PG 12.26 (Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung) sowie PG 41.40 (Maßnahmen der Gesundheitspflege) eingestuft. Die mit dem Land abgeschlossenen Zielvereinbarungen zur Feineinstufung von Betrieben im Rahmen der Betriebsüberwachung und zur flächendeckenden Durchführung der Einschulungsuntersuchung konnten wie vereinbart umgesetzt werden.

Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung (PG 12.26)

Im Fachbereich Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung war die Stelle des Fachbereichsleiters bis Jahresende unbesetzt. Die Aufgaben der gesetzlich vorgeschriebenen Bereiche, die nicht die Zielvereinbarung mit dem Land betreffen, konnten durch die anerkannt schlechte Personalsituation nur unzureichend bewältigt werden. Im Bereich der Lebensmittelüberwachung verbessert sich die Situation. Es wird erneut eine Lebensmittelkontrolleurin ausgebildet.

Fachbereich Gesundheit

Im Fachbereich Gesundheit stellt sich die ärztliche Personalsituation weiterhin problematisch dar. Insbesondere in den Bereichen Krankenhaushygiene, Heimaufsicht und MRSE (Krankenhauskeime)-Netzwerk können die Aufgaben nur unzureichend bewältigt werden.

Bei den Maßnahmen der Gesundheitspflege (PG 41.40) ist die Gesundheitskonferenz seit einigen Jahren implementiert mit dem Ziel, die gesundheitlichen Rahmenbedingungen für die Einwohner des Landkreises zu verbessern. Durch die Verabschiedung einer Geschäftsordnung hat die Gesundheitskonferenz für die Erreichung des Vorhabens, die gesundheitlichen Rahmenbedingungen für die Einwohner des Landkreises zu erhalten bzw. zu verbessern, mehr Struktur bekommen. Das bereits gewählte Thema „Gesund älter werden“ wird im Rahmen eines Fachplans weiter bearbeitet. Hierfür erhält der Fachbereich eine Zuwendung vom Land in Höhe von 50.000 EUR.

Fachbereich Ordnung

Im Bereich der Heimaufsicht steigt der Beratungsbedarf durch das neue Heimrecht. Die mit dem Land abgeschlossene Zielvereinbarung zur Umsetzung des Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes (WTPG) wurde vereinbarungsgemäß umgesetzt. Das Ziel der jährlichen Regelüberprüfung jeder überwachungsbedürftigen Einrichtung konnte erreicht werden.

Im Waffenrecht war bedingt durch die Hinzuverdienstgrenzen der beiden Waffenkontrolleure die Zahl der Kontrollen niedriger als angestrebt.

Im Bereich Ausländerwesen war durch die stark angestiegenen jährlichen Asylantragszahlen personelle Verstärkung erforderlich.

Im Bereich Brand- und Katastrophenschutz erfolgte nach Pensionierung des Vorgängers zum 1. August die Bestellung des ersten hauptamtlichen Kreisbrandmeisters.

Fachbereich Kommunalaufsicht & Prüfung

Im Bereich Kommunalaufsicht, Rechnungsprüfung und Wahlen wurden die definierten Ziele weitgehend erreicht.

Erläuterungen zur Teilergebnisrechnung 2014

PG THH 2	PLAN 2014	IST 2014	Abw eichung 2014	Erläuterung
11.13	-226.278	-216.727	9.551	Minderaufw endungen aufgrund geringere Umlage an Land für ehemaligen Landesbediensteten
11.31	-281.134	-268.387	12.747	Mehraufw endungen beim Personal; Minderaufw endungen aufgrund geringere Umlage an Land für ehemaligen Landesbediensteten
12.10	-88.600	-65.237	23.363	Mehrerträge durch Wahlkostenerstattung; Minderaufw endungen durch sparsamen Umgang mit Bürobedarf und Öffentlicher Bekanntmachung
12.20	-425.956	-366.082	59.874	Mehrerträge bei Bußgeld; Mindererträge bei Erlaubnissen/ Genehmigungen im Bereich Gew erbe- und Waffenrecht
12.22	-351.431	-381.058	-29.627	Kosten Rechenzentrum LaDiVA (Ansatz bei PG 12.20)
12.23	-39.199	-39.345	-146	planmäßig
12.26	-1.097.182	-1.149.751	-52.569	Mehraufw endungen beim Personal
12.60	-165.525	-195.523	-29.997	Mehraufw endungen beim Personal
12.70	-538.213	-589.302	-51.089	Mehraufw endungen Betrieb ILS im Zuge der Erneuerung des Notrufabfrage- und Funkvermittlungssystem
12.80	-449.096	-393.040	56.056	Minderaufw endungen beim Personal, KatS-Übungen und planmäßigen Abschreibungen
41.40	-467.731	-419.102	48.628	Minderaufw endungen beim Personal, SETK im Vergleich zum Vorjahr abgenommen, Mehrerträge bei Amtsärztlicher Leichenschau durch steigende Fallzahlen
42.10	-2.500	-1.200	1.300	Förderbeitrag für Leichtathletiktag w urde nicht abgerufen
gesamt	-4.132.845	-4.084.755	48.090	

Weiterführende Erläuterungen

Der Teilhaushalt 2, Ordnung und Gesundheit, schließt das Jahr 2014 mit einem ordentlichen Ergebnis in Höhe von -4.084.755 EUR ab. Damit konnte gegenüber dem Planansatz in Höhe von -4.132.845 EUR eine geringfügige Verbesserung in Höhe von 48.090 EUR erzielt werden.

Das finanziell erfreuliche Ergebnis resultiert unter anderem aus Mehrerträgen bei Bußgeldern, Amtsärztlicher Leichenschau und Wahlkostenerstattung sowie Minderaufwendungen durch geringere Umlagen. Im Bereich Personal entstehen Mehraufwendungen in Höhe von rund 143.000 EUR.

Investitionen 2014

PG	Bezeichnung der Investitionsmaßnahme	zeitliche Umsetzung	Gesamt-betrag	bis 2013 finanziert	Ermächti-gungsübertra-gungen aus Vorjahr	2014 PLAN	2014 IST	Ermächti-gungsübertra-gungen ins Folgejahr	Finanzpl. Jahres 2015-2017
			- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
12.70	Sprechfunk, Integrierte Leitstelle	2016	-225.000			-180.000	0		-225.000
	Zuschuss DRK	2016	87.500			65.000	0		87.500
	Zuschuss Land	2016	50.000			50.000	0		50.000
	Saldo Sprechfunk, Integrierte Leitstelle		-87.500			-65.000	0		-87.500
12.70	Digitale Alarmierung, Alarmumsetzer	2013-2014	-48.000		-23.161	0	-23.161		
12.80	Rüstwagen	2010-2011	-450.000	-449.908					
	Zuschuss Stadt Schopfheim	2011-2011	144.000	143.252					
	Zuschuss Land	2011-2015	163.500	123.500		20.000	20.000		20.000
	Saldo Rüstwagen		-142.500	-183.156		20.000	20.000		20.000
12.80	Gerätewagen Gefahrgut	2014-2015	-440.000			-360.000	0	-360.000	-80.000
	Zuschuss Land	2014	112.000			112.000	0	0	
	Saldo Gefahrguttransporter		-328.000			-248.000	0	-360.000	-80.000
12.80	Mobile Ölsperre	2013-2014	-222.800		-210.000	0	0	-210.000	-12.800
41.40	Veräußerung von Finanzvermögen	2014				0	816		
XX.XX	Software und bewegliches Anlagevermögen	fortlaufend			-3.700	-12.400	-4.295		-15.500
Saldo aus Investitionstätigkeit			-828.800	-183.156	-236.861	-305.400	-6.640	-570.000	-175.800

Erläuterungen zu den Investitionen 2014

Die Umsetzung auf digitalen Sprechfunk bei der Integrierten Leitstelle musste mangels landesweiter Maßnahmen auf vorerst 2016 verschoben werden. Dasselbe gilt für die BOS-Digitalfunkgeräte in den landkreiseigenen Fahrzeugen.

Die Kosten für die digitalen Alarmumsetzer wurden planmäßig Anfang 2014 mit der Integrierten Leitstelle abgerechnet.

Der Landeszuschuss für den Rüstwagen ist planmäßig eingegangen.

Das Vergabeverfahren für den Gerätewagen Gefahrgut wurde 2014 durchgeführt. Das Fahrzeug wird voraussichtlich im 4. Quartal 2015 geliefert.

Das Vergabeverfahren für die Mobile Ölwehr wurde 2014 ebenfalls durchgeführt. Die Auslieferung der Mobilien Ölwehr erfolgt voraussichtlich im 4. Quartal 2015.

Teilergebnisrechnung

Ifd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässiger Mehraufw. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
2	+ Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	666.667,66	571.439	549.732,20	21.706,84-	0	0	21.706,84	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Entgelte	136.520,36	130.000	139.043,38	9.043,38	0	0	9.043,38-	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	3.025,23	0	0	0	0	0	0	0
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	99.023,24	86.000	118.374,39	32.374,39	0	0	32.374,39-	0
9	+ Sonstige ordentliche Erträge	468.982,60	319.350	407.183,70	87.833,22	0	0	87.833,22-	0
10	= Ordentliche Erträge	1.374.219,09	1.106.790	1.214.333,67	107.544,15	0	0	107.544,15-	0
11	- Personalaufwendungen	3.375.050,59-	3.551.358-	3.694.380,45-	143.022,16-	0	20.000,00-	123.022,16	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	354.952,49-	457.610-	431.465,03-	26.144,93	0	20.300,00-	46.444,93-	1.300,00-
14	- Planmäßige Abschreibungen	180.548,93-	146.586-	107.095,56-	39.490,40	0	0	39.490,40-	0
16	- Transferaufwendungen	394.680,82-	428.273-	413.114,88-	15.158,60	0	0	15.158,60-	0
17	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	688.489,76-	655.806-	653.032,93-	2.773,47	0	0	2.773,47-	4.800,00-
18	= Ordentliche Aufwendungen	4.993.722,59-	5.239.634-	5.299.088,85-	59.454,76-	0	40.300,00-	19.154,76	6.100,00-
19	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	3.619.503,50-	4.132.845-	4.084.755,18-	48.089,39	0	40.300,00-	88.389,39-	6.100,00-
40	+ Erträge aus internen Leistungen	568.574,39	661.532	630.459,39	31.072,13-	0	0	31.072,13	0
51	- Aufwand für Mitwirkungsleistungen	50.581,30-	6.155-	45.597,32-	39.442,11-	0	0	39.442,11	0
52	- Aufwand für Serviceleistungen	744.787,92-	684.907-	682.551,28-	2.355,61	0	0	2.355,61-	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	536.892,00-	544.487-	533.256,35-	11.230,45	0	0	11.230,45-	0
54	- Aufwand für IuK	163.219,75-	179.411-	184.038,51-	4.627,20-	0	0	4.627,20	0
55	- Aufwand für Steuerung/-unterstützung	332.931,13-	298.650-	278.417,75-	20.232,53	0	0	20.232,53-	0
60	- Kalkulatorische Kosten	1.469.707,31-	1.602.600-	1.411.433,56-	191.166,28	0	0	191.166,28-	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	2.729.545,02-	2.654.679-	2.504.835,38-	149.843,43	0	0	149.843,43-	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	6.349.048,52-	6.787.523-	6.589.590,56-	197.932,82	0	40.300,00-	238.232,82-	6.100,00-

Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächti- gungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	1.367.174,32	1.054.390	1.233.583,52	179.194,00	0	0	179.194,00-	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	4.745.185,20-	5.178.813-	5.277.314,11-	98.501,42-	0	40.300,00-	58.201,42	6.100,00-
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	3.378.010,88-	4.124.423-	4.043.730,59-	80.692,58	0	40.300,00-	120.992,58-	6.100,00-
4	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	40.000,00	251.800	20.000,00	231.800,00-	0	0	231.800,00	0
7	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	9.973,34	0	815,51	815,51	0	0	815,51-	0
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	49.973,34	251.800	20.815,51	230.984,49-	0	0	230.984,49	0
12	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	11.601,89-	557.200-	4.295,02-	552.904,98	23.160,95	236.861,00-	766.605,03-	570.000,00-
14	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	15.000,00-	0	23.160,95-	23.160,95-	23.160,95-	0	0	0
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	26.601,89-	557.200-	27.455,97-	529.744,03	0	236.861,00-	766.605,03-	570.000,00-
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	23.371,45	305.400-	6.640,46-	298.759,54	0	236.861,00-	535.620,54-	570.000,00-
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	3.354.639,43-	4.429.823-	4.050.371,05-	379.452,12	0	277.161,00-	656.613,12-	576.100,00-
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	3.354.639,43-	4.429.823-	4.050.371,05-	379.452,12	0	277.161,00-	656.613,12-	576.100,00-

Ausblick, Chancen und Risiken

Die jährlichen Asylantragszahlen steigen weiter stark an. Im Bereich Ausländerwesen führt dies zu einer erheblichen Arbeitsmehrbelastung, die nur durch zusätzliche personelle Unterstützung bewältigt werden kann.

Im Bereich Veterinärwesen zeichnet sich im Hinblick auf die personelle Situation eine Entlastung ab, da die Fachbereichsleitung zum 01.03.2015 besetzt werden konnte.

Im Bereich Lebensmittelüberwachung wird erneut eine Lebensmittelkontrolleurin ausgebildet. Mit Übernahme der Lebensmittelkontrolleurin nach Abschluss der Ausbildung zum 01.01.2016 lassen sich weiterhin Steigerungen bei der Kontrollintensität erwarten.

Bei den Maßnahmen der Gesundheitspflege (PG 41.40) konnten im Jahr 2014/2015 zehn Bewegungs- und Ernährungsprojekte für Kinder und Jugendliche im Landkreis mit insgesamt 18.750 EUR gefördert werden. Da bereits in jungen Jahren die Verhaltensweisen für ein gesundes Leben gelegt werden, hat sich die Gesundheitskonferenz einstimmig dafür ausgesprochen, die Förderung für Kinder und Jugendliche weiterhin fortzusetzen.

Des Weiteren konnte das Vorhaben umgesetzt werden, den Bewegungsatlas im Internet mit dem Bürger GeoPortal zu verknüpfen. Nun können sich interessierte Personen über die verschiedenen Angebote im Internet schnell und unkompliziert informieren.

Das Thema „Gesund älter werden“ wird mit Hilfe des Fachplans Gesundheit weiter vertieft. Die Zusammenarbeit mit den anderen Dezernaten wie beispielsweise dem Dezernat V wird dabei besonders angestrebt. Die Ergebnisse des Fachplans sollen u.a. bei der Erstellung des Teilhabepan IV Senioren mit einfließen. Die vom Sozialministerium bereitgestellte finanzielle Unterstützung in Form einer Zuwendung von 50.000 EUR kann für Personalkosten, die Gewinnung von Daten und Bürgerdialoge eingesetzt werden. Die erste Rate von 30.000 EUR ging bereits im Dezember 2014 für das Jahr 2015 ein. Die restlichen zwei Raten sind an Verwendungsnachweise gebunden.

Im Rahmen der Klausurtagung am 20.03.2015 wurden für den Themenkomplex Gesundheit strategische Handlungsschwerpunkte für die kommenden fünf Jahre vorgeschlagen.

Die Personalsituation im Fachbereich Gesundheit ist durch Vakanzten teilweise sehr problematisch. Es müssen große Anstrengungen unternommen werden, um ärztliches Personal zu gewinnen, fachspezifisch auszubilden und um Rückstände aufzuarbeiten.

Im Kinder & Jugendgesundheitsdienst konnte eine 50%- Arztstelle nur vorübergehend besetzt werden, da die Ärztin den Fachbereich bereits in der Probezeit wieder verließ. Durch die Dauererkrankung einer Ärztin ist das SG Gutachten derzeit nur mit einer ärztlichen Kollegin besetzt.

Im Bereich Infektionsschutz und Umwelthygiene konnte eine 75%- Arztstelle nach langer Vakanz besetzt werden. Die ausgeschriebene Stelle für eine(n) Hygieneinspektor(in) konnte dagegen nicht besetzt werden. Unter anderem durch lange Vakanzten bestehen derzeit erhebliche Rückstände in den Bereichen Krankenhaushygiene, Heimaufsicht und MRSE (Krankenhauskeime)- Netzwerk.

Im Bereich der schulmedizinischen Untersuchungen kann durch eine zusätzliche 50 % Stelle ab 15.04.2015 die Mehrbelastung (u.a. durch steigende Kinderzahlen, Ausweitung der Aufgaben) abgemildert werden.

Im Bereich Kinder & Jugendgesundheitsdienst konnte bei „Maßnahmen der Gesundheitspflege (PG 41.40) durch die Kommunalisierung der Stelle einer Gesundheitspädagogin (01.03.2015) sowie der Einstellung einer Verwaltungsangestellten mit 50 % zum 01.06.2014 das Arbeitsfeld der Gesundheitsförderung stark gestützt werden.

12.26 Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung

Ziele & Kennzahlen

N.N., Dezernent II - Verwaltungsausschuss

WIRKUNGSZIELE		Zielgruppe
A	Schutz der Verbraucher vor Risiken für die Gesundheit durch Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs sowie vor Irreführung und Täuschung.	Verbraucher
B	Schutz der Bevölkerung vor Gesundheitsschädigung durch Zooanthroponosen sowie Schutz der Tierbestände vor Tierseuchen.	Bevölkerung, Tierbestände
C	Sicherung der Einhaltung der tierschutzrechtlichen Bestimmungen.	Tierhalter und Tiere

Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert		Messgröße
A 1	Erhöhung der Kontrolltätigkeit bis 2017 auf das gesetzlich geforderte Mindestmaß, d.h. lebensmittelrechtliche Kontrollen in 100% der mehrmals jährlich überwachungspflichtigen Betriebe (= Betriebe mit Kontrollfrequenz < 180 Tage).	A 1k1
A 2	Entnahme der gesetzlich vorgegebenen Probenzahl (risikoorientiert).	A 2 k1, A 2 k2
B 1	Verhinderung von Tierseuchen, insbes. BHV-1-Freiheit (von Rindern) gewährleisten	B 1k1, B 1k2
C 1	Kontinuierliche Überwachung gewerblicher und privater Tierhaltungen und Tiertransporte.	C 1k1, C 1k2

Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant		Umsetzungsgrad
A 1.1	Festlegung der Kontrollintensität und -frequenz der einzelnen Betriebe entsprechend ihrer Risikoein- bzw. feineinstufung	67 %
A 1.2	Entlastung der Lebensmittelkontrolleure von Verwaltungsarbeiten durch eine zusätzliche 0,5 Stelle im Verwaltungsbereich und Optimierung des Personaleinsatzes	100 %
A 1.3	Ausbildung eines neuen Lebensmittelkontrolleurs (2013-2016)	100 %
A 2.1	Zielgerichtete Probenahmen mit wechselnden Untersuchungsschwerpunkten	100 %
A 2.2	Kontinuierliche Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter	100 %
B 1.1	Vorbeugende Überwachung und Beratung landwirtschaftlicher, gewerblicher und privater Tierhaltungen in Verbindung mit diagnostischen und prophylaktischen Maßnahmen.	75 %
B 1.2	Routinemäßige und anlassbezogene Betriebsprüfungen sowie Kontrollen von privaten Tierhaltungen und Tiertransporten.	80 %
B 1.3	Beratung von Tier haltenden Betrieben und privaten Tierhaltern.	90 %
C 1.1	Konsequente Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben im Tierschutzrecht.	80 %
C 1.2	Durchführung planmäßiger und anlassbezogener Tierschutzkontrollen bei Landwirten, sonstigen gewerblichen und auch privaten Tierhaltungen.	70 %
C 1.3	Regelmäßige Information und Beratung der Tierhalter und praktischen Tierärzte, insbes. zu geänderten Mindestanforderungen in der Nutztierhaltung und geänderten Rechtsvorschriften.	80 %

KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG		ZIEL	IST	Komentierung der Abweichung
A 1 k1	Kontrollquote (Ist/Soll)	65	58	krankheitsbedingte Ausfälle, ausbildungsbedingte Abwesenheit
A 2 k1	Probenquote (in %)	100	98	Probenabweichungen
A 2 k2	Quote der beanstandeten Proben (in %)	19	18	
B 1 k1	Überprüfte Betriebe (in %)	60	100	BHV-1-Freiheit in BW wird der Status aller Betriebe überprüft
B 1 k2	BHV-1-Freiheit (in %)	98,00	97	Wechsel von Betriebsinhabern, neue Betriebe
C 1 k1	Anzahl der durchgeführten Tierschutzkontrollen	290	277	
C 1 k2	Anzahl der Kontrollen mit Verstößen	130	84	

GESAMTBETRACHTUNG

In der Lebensmittelüberwachung gab es erneut leichte Steigerungen, da ein neu ausgebildeter Lebensmittelkontrolleur seine Tätigkeit aufgenommen hat. Dem Ziel, alle Regelkontrollen bis 2017 durchführen zu können, hat man sich weiter angenähert. Eine weitere Lebensmittelkontrolleurin befindet sich seit letztem Jahr in Ausbildung. Im Bereich Tierschutz- und Tiergesundheit waren höhere Zahlen zu Betriebskontrollen auf Grund von Personalmangel nicht möglich. Für die Zukunft ist mit einer Erhöhung dieser Zahlen zu rechnen.

Teilergebnisrechnung

Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung **12.26**

N.N., Dezernent II - Verwaltungsausschuss

Ifd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässiger Mehraufw. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
2	+ Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	50.756,41	59.339	43.673,92	15.665,12-	0	0	15.665,12	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Entgelte	136.520,36	130.000	139.043,38	9.043,38	0	0	9.043,38-	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.983,23	0	0	0	0	0	0	0
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	3.084,12	2.000	6.070,48	4.070,48	0	0	4.070,48-	0
9	+ Sonstige ordentliche Erträge	8.528,85	4.193	7.801,01	3.608,33	0	0	3.608,33-	0
10	= Ordentliche Erträge	201.872,97	195.532	196.588,79	1.057,07	0	0	1.057,07-	0
11	- Personalaufwendungen	738.948,77-	708.169-	788.831,05-	80.662,41-	0	0	80.662,41	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	55.170,20-	75.260-	56.208,64-	19.051,36	0	0	19.051,36-	0
14	- Planmäßige Abschreibungen	34.444,09-	197-	2.251,62-	2.054,50-	0	0	2.054,50	0
16	- Transferaufwendungen	358.199,63-	388.273-	388.212,69-	60,79	0	0	60,79-	0
17	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	125.629,52-	120.815-	110.836,25-	9.978,47	0	0	9.978,47-	0
18	= Ordentliche Aufwendungen	1.312.392,21-	1.292.714-	1.346.340,25-	53.626,29-	0	0	53.626,29	0
19	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	1.110.519,24-	1.097.182-	1.149.751,46-	52.569,22-	0	0	52.569,22	0
40	+ Erträge aus internen Leistungen	1.885,61	1.049	1.404,30	355,57	0	0	355,57-	0
51	- Aufwand für Mitwirkungsleistungen	728,02-	825-	879,95-	55,09-	0	0	55,09	0
52	- Aufwand für Serviceleistungen	175.645,15-	122.598-	131.800,76-	9.203,04-	0	0	9.203,04	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	73.590,39-	69.252-	75.534,38-	6.282,83-	0	0	6.282,83	0
54	- Aufwand für IuK	42.300,17-	45.923-	48.795,90-	2.873,39-	0	0	2.873,39	0
55	- Aufwand für Steuerung/-unterstützung	84.721,23-	51.347-	47.868,04-	3.478,62	0	0	3.478,62-	0
60	- Kalkulatorische Kosten	524.804,18-	558.726-	473.427,55-	85.298,57	0	0	85.298,57-	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	899.903,53-	847.621-	776.902,28-	70.718,41	0	0	70.718,41-	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	2.010.422,77-	1.944.803-	1.926.653,74-	18.149,19	0	0	18.149,19-	0

Teilfinanzrechnung

Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung **12.26**

N.N., Dezernent II - Verwaltungsausschuss

Ifd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	219.502,87	195.532	196.835,86	1.304,14	0	0	1.304,14-	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	1.254.957,68-	1.292.517-	1.330.998,66-	38.481,82-	0	0	38.481,82	0
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus Ifd. Verwaltungstätigkeit	1.035.454,81-	1.096.985-	1.134.162,80-	37.177,68-	0	0	37.177,68	0
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	1.035.454,81-	1.096.985-	1.134.162,80-	37.177,68-	0	0	37.177,68	0
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	1.035.454,81-	1.096.985-	1.134.162,80-	37.177,68-	0	0	37.177,68	0

41.40 Maßnahmen der Gesundheitspflege

Ziele & Kennzahlen

Dr. Claudia Lappe, FBL Gesundheit - Verwaltungsausschuss

WIRKUNGSZIELE		Zielgruppe
A	Erarbeitung von Themenfeldern mit gesundheitlichem Handlungsbedarf im Landkreis Lörrach.	Bevölkerung
B	Verringerung der Anzahl impfpräventabler Infektionserkrankungen im Landkreis Lörrach.	Bevölkerung
C	Transparenz im Verwaltungshandeln beim Fachbereich Gesundheit.	politische Entscheidungsträger, Bevölkerung

Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert		Messgröße
A 1	Kontaktaufnahme/ Vernetzung mit auf dem Gebiet der Gesundheit tätigen Gruppierungen im Landkreis, Sammlung von verfügbaren lokalen Gesundheitsdaten.	A 1k1
B 1	Hinwirken (durch Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit und weitere geeignete Maßnahmen) zum Erreichen eines Durchimpfungsgrades im Landkreis Lörrach für die 2. Masernimpfung > 95 % bis 2014.	B 1k1
C 1	Jährlicher Rechenschaftsbericht des Fachbereichs Gesundheit im Sinne einer lokalen Gesundheitsberichterstattung bis 01.03 des Folgejahres.	C 1k1

Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant		Umsetzungsgrad
A 1.1	Etablierung einer regionalen Arbeitsgemeinschaft Gesundheit/Etablierung lokaler Gesundheitskonferenzen.	100%
B 1.1	U.a. Beratung der Erziehungsberechtigten bei der Vorschuluntersuchung.	100%
C 1.1	Etablierung eines standardisierten Berichtsformates mit noch festzulegenden „Gesundheitsdaten“ aus dem Bereich der öffentlichen Gesundheit.	

KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG		ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
A 1 k1	Gesundheitskonferenz/ Projektgruppen	1	1	
B 1 k1	Durchimpfungsgrad (in %)	95,1	92,2	Durchschn. in BW unter 90 %; LK Lö liegt landesweit an 3. Stelle
C 1 k1	Fristgerechte Erstellung (Ja/Nein)	Ja	Nein	mangelnde Personalressourcen

GESAMTBETRACHTUNG

Im Fachbereich Gesundheit (PG 41.40) wurde mit der Gesundheitskonferenz ein Instrument zur Verbesserung der gesundheitlichen Rahmenbedingungen für die Einwohner des Landkreises dauerhaft installiert. Im Jahr 2014 wurde eine Geschäftsordnung für die Gesundheitskonferenz verabschiedet und ein Lenkungskreis eingerichtet, der die Arbeit der Gesundheitskonferenz nach Vorgaben des Plenums in enger Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle steuert. Das von der Gesundheitskonferenz 2013 gewählte Thema "Gesund älter werden" wird fortgeführt. Dieses Thema steht im Zusammenhang mit der Sozialstrategie des Landkreises. Der Fachbereich Gesundheit hat sich erfolgreich um ein mit 50.000 EUR ausgeschriebenes Projekt "Fachplan Gesundheit" beworben.

Teilergebnisrechnung

Maßnahmen der Gesundheitspflege **41.40**

Dr. Claudia Lappe, FBL Gesundheit - Verwaltungsausschuss

Ifd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässiger Mehraufw. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	Übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
2	+ Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	166.414,78	154.900	165.944,42	11.044,42	0	0	11.044,42-	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	42,00	0	0	0	0	0	0	0
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	22.472,96	22.500	15.879,65	6.620,35-	0	0	6.620,35	0
10	= Ordentliche Erträge	188.929,74	177.400	181.824,07	4.424,07	0	0	4.424,07-	0
11	- Personalaufwendungen	452.676,24-	466.571-	452.866,22-	13.704,50	0	0	13.704,50-	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	38.754,52-	61.720-	47.852,24-	13.867,80	0	0	13.867,80-	0
14	- Planmäßige Abschreibungen	2.248,84-	2.100-	2.147,35-	47,35-	0	0	47,35	0
16	- Transferaufwendungen	35.281,19-	35.500-	23.702,19-	11.797,81	0	0	11.797,81-	0
17	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	71.008,04-	79.240-	74.358,38-	4.881,50	0	0	4.881,50-	0
18	= Ordentliche Aufwendungen	599.968,83-	645.131-	600.926,38-	44.204,26	0	0	44.204,26-	0
19	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	411.039,09-	467.731-	419.102,31-	48.628,33	0	0	48.628,33-	0
40	+ Erträge aus internen Leistungen	38.380,93	68.704	29.242,26	39.461,52-	0	0	39.461,52	0
52	- Aufwand für Serviceleistungen	145.875,76-	97.451-	101.889,19-	4.438,26-	0	0	4.438,26	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	168.311,84-	162.552-	172.351,68-	9.799,85-	0	0	9.799,85	0
54	- Aufwand für IuK	48.337,08-	52.346-	53.033,58-	687,63-	0	0	687,63	0
55	- Aufwand für Steuerungs-/unterstützung	60.190,45-	41.656-	38.833,77-	2.822,01	0	0	2.822,01-	0
60	- Kalkulatorische Kosten	856.431,03-	932.016-	859.627,41-	72.388,11	0	0	72.388,11-	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	1.240.765,23-	1.217.316-	1.196.493,37-	20.822,86	0	0	20.822,86-	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	1.651.804,32-	1.685.047-	1.615.595,68-	69.451,19	0	0	69.451,19-	0

Teilfinanzrechnung

Maßnahmen der Gesundheitspflege **41.40**

Dr. Claudia Lappe, FBL Gesundheit - Verwaltungsausschuss

Ifd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	Übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	183.847,65	177.400	208.923,84	31.523,84	0	0	31.523,84-	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	589.414,75-	670.231-	625.174,50-	45.056,14	0	0	45.056,14-	0
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus Ifd. Verwaltungstätigkeit	405.567,10-	492.831-	416.250,66-	76.579,98	0	0	76.579,98-	0
7	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	9.973,34	0	815,51	815,51	0	0	815,51-	0
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	9.973,34	0	815,51	815,51	0	0	815,51-	0
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	9.973,34	0	815,51	815,51	0	0	815,51-	0
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	395.593,76-	492.831-	415.435,15-	77.395,49	0	0	77.395,49-	0
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	395.593,76-	492.831-	415.435,15-	77.395,49	0	0	77.395,49-	0

Dezernat II

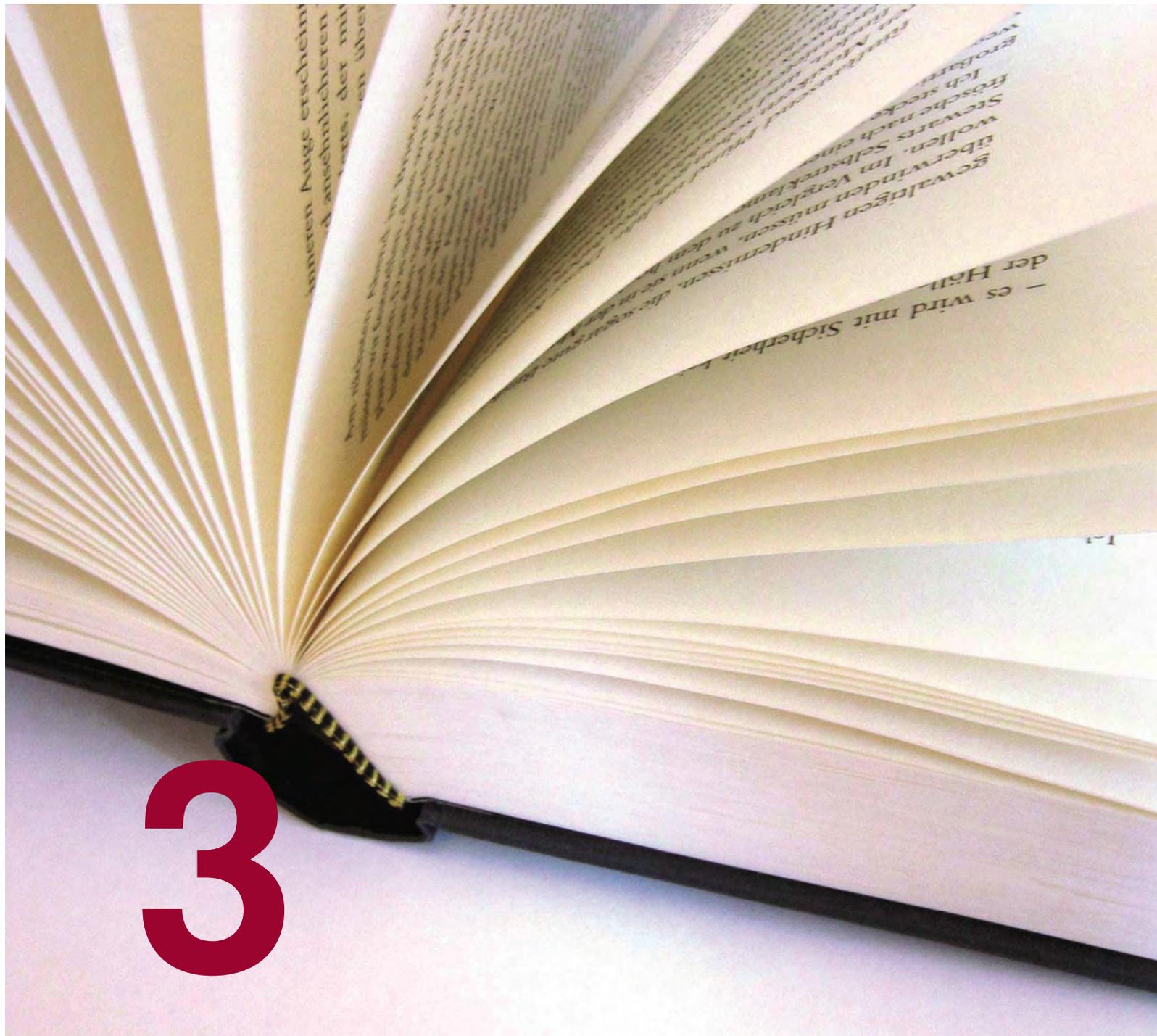
Verantwortung:

Ausschuss:

Verwaltungsausschuss

Dezernatsleitung:

N.N.



Produktbereich 21

Schulträgeraufgaben

21.20 Bereitstellung und Betrieb von Sonderschulen*

21.30 Bereitstellung und Betrieb von berufsbildenden Schulen*

21.30.10 Schulentwicklungsplanung Beruflicher Schulen*

21.50 Sonstige schulische Aufgaben und Einrichtungen

Produktbereich 25

Archiv

25.21 Archiv

Produktbereich 26

Musikschulen

26.20 Musikpflege

Produktbereich 28

Sonstige Kulturpflege

28.10 Kulturpflege

* Im Jahresabschluss im Detail abgedruckt

Strategische Entwicklung

Ubergreifende
Strategische Schwerpunkte THH 3

Das Landratsamt Lörrach

- ist eine moderne, dienstleistungsorientierte Verwaltung und ein attraktiver Arbeitgeber.

Der Landkreis

- stellt sich den gesellschaftlichen Auswirkungen und Herausforderungen des demographischen Wandels.

Strategische Schwerpunkte
THH 3

- Die kreiseigenen Bildungseinrichtungen sind am Bedarf des regionalen Arbeitsmarktes und der Schüler/-innen ausgerichtet und effizient organisiert.
- Verbesserung der Lern- und Lebenschancen von Jugendlichen durch regionale Abstimmung aller Bildungs- und Erziehungsangebote.

Zielbeiträge 2014

Strategischer Schwerpunkt

Die kreiseigenen Bildungseinrichtungen sind am Bedarf des regionalen Arbeitsmarktes und der Schüler/-innen ausgerichtet und effizient organisiert.

■ Wirkungsziel 2014 – PG 21.30

- Die kreiseigenen Bildungseinrichtungen sind im Rahmen der regionalen Schulentwicklung am Bedarf des regionalen Arbeitsmarktes und der Schüler/-innen ausgerichtet und effizient organisiert (u.a. durch Kompetenzzentren).

Um dem o.g. strategischen Ziel der bedarfsgerechten Ausrichtung unserer Beruflichen Schulen näher zu kommen, wurde folgende Maßnahme durchgeführt:

Einrichtung einer neuen Berufsschulklasse Fachinformatiker/innen an der Gewerbeschule Lörrach zum Schuljahr 2014/ 2015.

Aufgrund des noch andauernden Schulentwicklungsverfahrens wurden weitere Änderungen zurückgestellt, um in einer Gesamtschau entscheiden zu können. Dies wird in den Sitzungen des Verwaltungsausschusses und Kreistags im Juli 2015 angestrebt. Am 11.03.2015 fand in der nicht-öffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses eine umfassende Information der Kreisrätinnen und Kreisräte mit einer Zusammenfassung zum bisherigen Verlauf statt. Die Ergebnisse der Prüfaufträge des Kreistags aus Juli 2014 sollen in der Sitzung der AG Schulen am 23.04.2015 präsentiert werden. Am 28.04.2015, 04.05.2015 und 12.05.2015 sind an den Schulstandorten Rheinfeldern, Schopfheim und Lörrach Informationsveranstaltungen zur Regionalen Schulentwicklungsplanung der Beruflichen Schulen geplant. Diese dienen der Bürgerinformation und stehen für alle Interessierte offen.

Die Schülerzahlen an den Beruflichen Schulen sind zum Schuljahr 2014/ 2015 leicht rückgängig (-49 Schüler/innen). Im Rahmen der demografischen Entwicklung wird bis 2020 ein Rückgang von 15-20 % prognostiziert.

Strategischer Schwerpunkt

Verbesserung der Lern- und Lebenschancen von Jugendlichen durch regionale Abstimmung aller Bildungs- und Erziehungsangebote.

■ **Wirkungsziel 2014 – PG 21.50**

- Verbesserung der Lern- und Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen

Durch die Bildung einer Fachkräfteallianz haben sich maßgebliche Veränderungen für die Aufgabenschwerpunkte der Bildungsregion ergeben. Die Berufsorientierung soll künftig unter dem Dach der Fachkräfteallianz in den beiden Landkreisen Lörrach und Waldshut federführend durch die Agentur für Arbeit in direkter Zusammenarbeit mit den Schulen/Schulamt umgesetzt werden. Das Projekt AdP (Ausbildung durch Praktikum/ Kümmerer) wurde nicht mehr - ab Beginn des Jahres 2015 - weitergeführt.

Vor diesem Hintergrund hat die Steuerungsgruppe der Bildungsregion die Ausrichtung der Aktivitäten auf den frühkindlichen Bildungsbereich gelegt. Zum Mai 2014 wurde sie zum Dezernat V (Fachbereich Jugend & Familie) verlagert und personell neu besetzt. Die Bildungsregion hat somit das Ziel, optimale Bildungs- und Teilhabechancen für alle Kinder und mehr Bildungsgerechtigkeit für Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien zu schaffen. Weiterhin sollen die Übergänge zwischen den einzelnen Betreuungs-, Bildungs- und Ausbildungssystemen verbessert werden. Die Bildungsregion möchte qualitativ hochwertige Bildung, Betreuung und Erziehung schon im frühen Kindesalter unterstützen. 2014 wurden mehrere Leitlinien erstellt, an denen sich die Arbeit des Bildungsbüros orientiert. Dabei handelt es sich um:

- Frühkindliche Bildung, vorwiegend für Kinder aus benachteiligten Familien
- Übergänge in der Bildungsbiografie der Kinder und Jugendlichen, insbesondere der Übergang Kindertageseinrichtung - Grundschule
- Zusammenarbeit mit den Eltern
- Resilienzförderung (Förderung der Widerstandsfähigkeit) in ausgewählten Schulen und Kindergärten
- alltagsintegrierte Sprachförderung.

Eine Aktivität der Bildungsregion Lörrach in 2014 war die Durchführung einer umfangreichen Sozialraumanalyse. Viele Familien sind heute nicht mehr in der Lage, die wichtige frühkindliche Bildungsphase ausreichend zu unterstützen. Deshalb kommt den Kindertageseinrichtungen eine zunehmend wichtigere Bedeutung zu. Die Einschulungsuntersuchung bietet eine Möglichkeit - auch ohne jede der 163 Kitas persönlich besichtigt zu haben - nähere Einblicke in die Situation der Kindertageseinrichtungen zu bekommen. Die Sozialraumanalyse bietet eine Ansatzmöglichkeit, Lebensräume möglichst realitätsgetreu und wirklichkeitsnah abzubilden. In die Sozialraumanalyse des Bildungsbüros wurden folgende Daten mit einbezogen: Auswertung Vorschuluntersuchung (ESU= Einschulungsuntersuchung), Begutachtung des „sozialen Umfeldes“ der Kindertageseinrichtungen, HzE Daten (Hilfe zur Erziehung), Kita-Fragebogen des Bildungsbüros (wurde an alle Kitas im Landkreis verschickt), Bedarfsgemeinschaften im Landkreis Lörrach.

Weitere Aufgabenschwerpunkte 2014

■ Inklusion

Alle Schulträger sind durch die UN-Konvention für Menschen mit Behinderung aus dem Jahr 2009 dazu angehalten, das Bildungswesen in Baden-Württemberg inklusiv auszugestalten. In Inklusionsklassen werden Schülerinnen und Schüler mit Behinderung ihren Möglichkeiten entsprechend und durch Unterstützung des Betreuungspersonals zusammen mit anderen Kindern bzw. Jugendlichen in deren Klassenverbänden unterrichtet. Die Umsetzung der Inklusion trägt aktiv zur Integration junger Menschen mit Behinderung bei und legt einen Grundstein für ihr eigenständiges Leben. Hierdurch können langfristig Sozialleistungen vermindert bzw. vermieden werden.

Vorgesehen ist, möglichst viele Schülerinnen und Schüler mit körperlichen und/ oder geistigen Behinderungen bzw. sonderpädagogischem Förderbedarf an Regelschulen zu unterrichten. Die Bildungsangebote werden im Landkreis Lörrach stetig weiterentwickelt, sodass zum Schuljahr 2013/2014 eine weitere Inklusionsklasse der Helen-Keller-Schule (HKS) Maulburg in Kooperation mit der Hellbergschule in Lörrach-Brombach entstehen konnte. Seit dem Schuljahr 2014/2015 nehmen zudem die Grundschulen in Kandern-Tannenkirch sowie Hausen i.W. in Zusammenarbeit mit der HKS Schülerinnen und Schüler mit einem besonderen pädagogischen Förderbedarf auf. Dies praktizierte der Kindergarten Kandern schon seit geraumer Zeit. Vorteil hiervon ist, dass die Kinder bzw. Jugendlichen seit der frühkindlichen Betreuung an und durch die gesamte Schulzeit hindurch sonderpädagogisch begleitet werden können. Die August-Macke-Schule wird in eine Gemeinschaftsschule umgewandelt; für die nächsten Jahre werden alle drei Schulformen – Gemeinschaftsschule, Realschule, Werkrealschule – parallel geführt.

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, welche an den Regelschulen in Kooperation mit unseren Sonderschulen unterrichtet wurden, konnte von 38 im Schuljahr 2012/2013 auf 57 im Schuljahr 2013/2014 gesteigert werden. Die Anzahl der Inklusionsklassen stieg von 4 auf 5 (eine neu eingerichtet an der Hellbergschule in Lörrach-Brombach). Zum Schuljahr 2014/2015 bestanden bereits sieben Inklusionsklassen parallel (je eine Klasse in Zusammenarbeit mit der Helen-Keller-Schule: an der Hans-Thoma-Schule in Weil am Rhein, am Schulzentrum Steinen, an der Hellbergschule Lörrach-Brombach, an der Grundschule in Tannenkirch und an der Grundschule in Hausen sowie je eine Klasse in Zusammenarbeit mit der Sprachheilschule: an der Christian-Heinrich-Zeller-Schule in Rheinfeldern und an der Astrid-Lindgren-Schule in Lörrach).

Die Umsetzung der schulgesetzlichen Änderung zu den inklusiven Bildungsangeboten war zum maßgeblichen Schuljahr 2013/2014 noch nicht erfolgt. Sie soll nach derzeitigem Stand zu Beginn des Schuljahres 2015/2016 eintreten. Der Ministerrat hat am 24. Februar 2015 den Gesetzentwurf zur Anhörung freigegeben. Vorgesehen ist, dass die Eltern ein qualifiziertes Wahlrecht zwischen inklusiven Angeboten und dem Besuch eines sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrums erhalten sollen.

Damit wird der Zielerreichung entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention weiter Rechnung getragen.

Weitere Aufgabenschwerpunkte 2014

■ **Kreismedienzentrum**

In Anbetracht diverser Problemlagen wurde beim Kreismedienzentrum Lörrach die Notwendigkeit für eine Neuorganisation erkannt. Änderungen ergaben sich hier insbesondere auch bei der personellen Besetzung. So konnte zum 01.08.2014 in Herrn Felix Kehl ein neuer Leiter für das Kreismedienzentrum gefunden werden. Desweiteren können nun erweiterte Öffnungszeiten angeboten werden, welche für Lehrkräfte nutzungsfreundlichere Möglichkeiten bieten. Anpassungen wurden auch bei der Homepage und der Einrichtung des KMZ vorgenommen, zudem wurde der vorhandene Medienbestand überprüft und Neuanschaffungen bedarfsabhängig entsprechend den Wünschen von Lehrkräften in Form von Kreisonlinelizenzen vorgenommen. Hiermit werden dem neuesten Stand der Technik und den Entwicklungen im pädagogischen Bereich Rechnung getragen.

Insgesamt konnten durch diese Maßnahmen Einsparungen im fünfstelligen Bereich erzielt werden.

■ **Musik- und Kulturpflege**

Die Kulturförderung durch den "Fonds Schlossgut Istein" konzentriert sich auf die Unterstützung von Vorhaben, die die Identifikation mit dem Landkreis stärken. Wichtige Themen sind: regionale Geschichtsforschung, alemannische Muttersprache, Musik, Brauchtum und die Präsentation regionaler Highlights auf den Gebieten von Kunst und Kultur. Ziel ist es, Tradition und historisches Bewusstsein zu fördern, landschaftliche Besonderheiten zu pflegen und überregional bekannt zu machen – Kultur als „weicher“ Standortfaktor. Finanzielle Unterstützung erhielten 2014 Projekte des Hebelmuseums Hausen, das Festival "Markgräfler Kulturtag", die Künstlergruppe "H'Art" sowie eine Musikaufführung von Jugendlichen. Durch den landkreiseigenen Fonds können kulturell aktive Gruppen, Vereine, Jugendliche oder auch einzelne Künstler/innen Zuschüsse erhalten. Antragsfähig sind alle im Landkreis ansässigen Personen, die mit innovativen und originellen Projekte an die Öffentlichkeit treten oder kulturelle Vorhaben mit Leitbildfunktion fördern möchten.

Erläuterungen zur Teilergebnisrechnung 2014

PG THH 3	PLAN 2014	IST 2014	Abw eichung 2014	Erläuterung
21.20	-176.863	-231.996	-55.133	Mehraufw endungen im Bereich Personal
21.30	1.740.609	1.843.222	102.614	Verbessertes Ergebnis aufgrund Minderaufw endungen bei den Schulbudgets; diese münden zu 100 % in die Schulbudgetüberträge nach 2015
21.50	-209.087	-103.941	105.146	Minderaufw endungen durch Einsparungen im Bereich des Kreismedienzentrums
25.21	-53.872	-56.214	-2.342	
26.20	-107.926	-108.058	-132	
28.10	-37.216	-33.502	3.714	Mindererträge und Minderaufw endungen aufgrund Auslaufen von Bürgerarbeitsverhältnissen.
gesamt	1.155.645	1.309.510	153.866	

Weiterführende Erläuterungen

Der Teilhaushalt 3 schließt das Jahr 2014 mit einem ordentlichen Ergebnis von 1.309.510 EUR und damit um 153.866 EUR besser ab als geplant.

Die PG 21.20 (Sonderschulen) schließt mit einem Minus von 55.133 EUR, was in höheren Personalaufwendungen begründet liegt. Bei den PGen 21.30 und 21.50 traten hingegen eine deutliche Verbesserung des ordentlichen Ergebnisses ein. Dies liegt zum einen daran, dass die zur Verfügung gestellten Schulbudgetmittel nicht ausgeschöpft wurden und im Vergleich zum Vorjahr die Restmittel erneut angestiegen sind. Des Weiteren konnten durch verschiedene Maßnahmen im Zusammenhang mit der Re-Organisation des Kreismedienzentrums Personal- und Sachaufwendungen Bereich eingespart werden.

Investitionen 2014

PG	Bezeichnung der Investitionsmaßnahme	zeitliche Umsetzung	Gesamt-betrag	bis 2013 finanziert	Ermächti-gungsübertra-gungen aus Vorjahr	2014 PLAN	2014 IST	Ermächti-gungsübertra-gungen ins Folgejahr	Finanzpl. Jahre 2015-2017
			- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
21.20	Investitionszuwendung - Spende Helen-Keller-Schule	2014				0	8.948		
21.20	Bewegliches Anlagevermögen, Sonderschulen	fortlaufend			-29.696	-20.100	-32.957	-22.500	-83.400
21.30	Bewegliches Anlagevermögen, Berufsbildende Schulen	fortlaufend			-49.150	-447.100	-208.284	-152.544	-1.824.300
XX.XX	Software und bewegliches Anlagevermögen	fortlaufend			-4.800	-18.000	0	-20.751	-9.000
Saldo aus Investitionstätigkeit					-83.646	-485.200	-232.293	-195.795	-1.916.700

Erläuterungen zu den Investitionen 2014

Für die Bereitstellung und den Betrieb von Sonderschulen (PG 21.20) sowie von berufsbildenden Schulen (PG 21.30) sind zur Sicherstellung des laufenden Schulbetriebs sowie einer qualitativ hochwertigen Schul- und Ausbildung finanzielle Leistungen des Landkreises Lörrach notwendig. Damit wird die bedarfsgerechte Ausrichtung der kreiseigenen Bildungseinrichtungen gewährleistet und ein wichtiger Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung des Landkreises Lörrach zu einem attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum geleistet.

Die erheblichen Minderauszahlungen im investiven Bereich der PG 21.30 resultieren daraus, dass etliche ursprünglich geplante Investitionsgüter von den Schulen im Hinblick auf den noch andauernden Schulentwicklungsprozess und noch nicht abgeschlossener Baumaßnahmen zurückgestellt wurden. Hier wurden Ermächtigungsübertragungen ins Folgejahr beantragt. Der Schwerpunkt der Investitionen lag aufgrund der hohen Vielfalt an handwerklichen und technischen Ausbildungsberufen wie in den Vorjahren bei den Gewerblichen Schulen.

Teilergebnisrechnung

lfd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässiger Mehraufw. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
2	+ Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	5.793.605,49	5.735.000	5.789.016,62	54.016,62	0	0	54.016,62-	0
3	+ Sonstige Transfererträge	5.000,00	0	0	0	0	0	0	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Entgelte	107.580,22	112.800	140.559,68	27.759,68	0	0	27.759,68-	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	148.509,60	157.100	160.569,48	3.469,48	0	0	3.469,48-	0
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	49.092,97	29.400	63.495,84	34.095,84	0	0	34.095,84-	0
9	+ Sonstige ordentliche Erträge	39.600,00	0	70,00	70,00	0	0	70,00-	0
10	= Ordentliche Erträge	6.143.388,28	6.034.300	6.153.711,62	119.411,62	0	0	119.411,62-	0
11	- Personalaufwendungen	2.080.435,68-	2.095.765-	2.223.607,27-	127.842,27-	0	4.200,00-	123.642,27	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.233.505,73-	1.362.270-	1.146.863,62-	215.406,46	45.270,81-	971.680,98-	1.232.358,25-	1.175.017,38-
14	- Planmäßige Abschreibungen	301.137,66-	340.900-	303.965,00-	36.935,00	0	0	36.935,00-	0
15	- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	61,00-	0	47,00-	47,00-	0	0	47,00	0
16	- Transferaufwendungen	182.300,00-	241.300-	252.220,84-	10.920,84-	0	0	10.920,84	0
17	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	794.737,70-	838.420-	917.497,50-	79.077,38-	0	0	79.077,38	0
18	= Ordentliche Aufwendungen	4.592.177,77-	4.878.655-	4.844.201,23-	34.453,97	45.270,81-	975.880,98-	1.055.605,76-	1.175.017,38-
19	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	1.551.210,51	1.155.645	1.309.510,39	153.865,59	45.270,81-	975.880,98-	1.175.017,38-	1.175.017,38-
52	- Aufwand für Serviceleistungen	388.471,96-	427.595-	414.321,96-	13.272,77	0	0	13.272,77-	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	5.350.399,81-	6.454.692-	5.882.268,46-	572.423,40	0	0	572.423,40-	0
54	- Aufwand für IuK	15.661,99-	16.902-	20.388,69-	3.486,32-	0	0	3.486,32	0
55	- Aufwand für Steuerung/-unterstützung	299.650,21-	296.658-	276.560,68-	20.097,63	0	0	20.097,63-	0
60	- Kalkulatorische Kosten	639.178,84-	567.330-	580.429,72-	13.099,76-	0	0	13.099,76	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	6.693.362,81-	7.763.177-	7.173.969,51-	589.207,72	0	0	589.207,72-	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	5.142.152,30-	6.607.532-	5.864.459,12-	743.073,31	45.270,81-	975.880,98-	1.764.225,10-	1.175.017,38-

Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächti- gungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	6.079.467,90	6.025.100	6.114.359,70	89.259,70	0	0	89.259,70-	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	4.481.557,42-	4.642.655-	4.534.600,75-	108.054,45	45.270,81-	975.880,98-	1.129.206,24-	1.175.017,38-
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.597.910,48	1.382.445	1.579.758,95	197.314,15	45.270,81-	975.880,98-	1.218.465,94-	1.175.017,38-
4	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	8.947,61	8.947,61	8.947,61	0	0	0
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	8.947,61	8.947,61	8.947,61	0	0	0
12	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	328.378,85-	485.200-	241.240,97-	243.959,03	13.947,61-	83.646,00-	341.552,64-	195.795,00-
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	328.378,85-	485.200-	241.240,97-	243.959,03	13.947,61-	83.646,00-	341.552,64-	195.795,00-
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	328.378,85-	485.200-	232.293,36-	252.906,64	5.000,00-	83.646,00-	341.552,64-	195.795,00-
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/- fehlbetrag	1.269.531,63	897.245	1.347.465,59	450.220,79	50.270,81-	1.059.526,98-	1.560.018,58-	1.370.812,38-
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	1.269.531,63	897.245	1.347.465,59	450.220,79	50.270,81-	1.059.526,98-	1.560.018,58-	1.370.812,38-

Ausblick, Chancen und Risiken

Im Hinblick auf den strategischen Schwerpunkt der bedarfsgerechten Ausrichtung der kreiseigenen Bildungseinrichtungen wird der Fokus auf die Erstellung und Verabschiedung des Schulentwicklungskonzepts Mitte 2015 gelegt. Im Anschluss soll sodann mit der Umsetzung der Maßnahmen begonnen werden. Schritt für Schritt können dann in den kommenden Jahren die Neustrukturierungen umgesetzt werden.

Risiken bestehen aufgrund des Rückgangs der Schülerzahlen, was in einigen Bildungsgängen zur Bildung von Kleinklassen führt. Teilweise können diese Bildungsgänge unter gewissen Voraussetzungen als Klappklassen weitergeführt werden. Reicht die verbliebene Schülerzahl nicht aus, wird das Regierungspräsidium von Amts wegen tätig und beendet die Beschulung vor Ort, zugunsten einer Konzentration an anderen Standorten.

Eine Chance stellt der derzeit vermehrte Zulauf an Asylsuchenden im Berufsschulalter dar. Diese für uns neue Schülergruppe wird im Rahmen von VAB-O-Klassen beschult (Vorqualifizierung Arbeit/Beruf ohne Deutschkenntnisse). Dies bietet den Schulen die Möglichkeit, neue Profilierungen auszubilden und vorhandene Ressourcen auszuschöpfen. Des Weiteren werden auf der Ertragsseite erhöhte Zuwächse an Sachkostenbeiträgen erzielt. Bislang bestehen VAB-O-Klassen an den Gewerbeschulen Schopfheim und Rheinfelden, zum kommenden Schuljahr ist auch eine Erweiterung am Standort Lörrach geplant.

21.20 Bereitstellung und Betrieb von Sonderschulen

Ziele & Kennzahlen

Anja Emmenecker-Schabow, SST Bildung – Verwaltungsausschuss

WIRKUNGSZIELE		Zielgruppe
A	Die von Deutschland ratifizierte UN-Konvention für Menschen mit Behinderung ist an kreiseigenen Bildungseinrichtungen umgesetzt.	Schüler/-innen mit Behinderungen
B	Ein reibungsloser Unterrichtsverlauf ist durch die Bereitstellung des erforderlichen Betreuungspersonals und der sachlichen Ressourcen sichergestellt.	Schüler/-innen mit Behinderungen

Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert		Messgröße
A 1	Die Rahmenbedingungen für eine wohnortnahe Beschulung von SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf sind geschaffen.	A 1k1
B 1	Die erforderlichen personellen Ressourcen für den Schulbetrieb stehen bereit und es wird ein hoher Deckungsgrad an Betreuungspersonal und unterstützenden Kräften (BuFdis, Praktikant/-innen, PIA) gehalten.	B 1k1, B 1k2

Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant		Umsetzungsgrad
A 1.1	In Zusammenarbeit mit den Schulträgern der Regelschulen und dem Staatlichen Schulamt werden weitere Inklusionsklassen eingerichtet (acht bis 2017).	63 %
B 1.1	Regelmäßige frühzeitige Überprüfung der erforderlichen personellen Ressourcen.	100 %
B 1.2	Erhebungen zum Deckungsgrad des erforderlichen Betreuungsbedarfs erstellen.	100 %

KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG		ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
A 1 k1	Inklusiv beschulte Schüler/-innen	57	57	Inklusionsklassen und -kinder wurden erhöht s.u.
B 1 k1	Anzahl der Bundesfreiwilligen/ Praktikanten/ PIA	15	15	11 BUFDIs, 2 AEP, 2 PIA
B 1 k2	Stellenanteile für Betreuende Kräfte	19,9	19,9	BK Helen-Keller-Schule

GESAMTBETRACHTUNG

Die Umsetzung der schulgesetzlichen Änderung zu den inklusiven Bildungsangeboten war zum maßgeblichen Schuljahr 2013/2014 noch nicht erfolgt. Sie soll nach derzeitigem Stand zu Beginn des Schuljahres 2015/2016 eintreten. Der Ministerrat hat am 24. Februar 2015 den Gesetzentwurf zur Anhörung freigegeben. Vorgesehen ist, dass die Eltern ein qualifiziertes Wahlrecht zwischen inklusiven Angeboten und dem Besuch eines sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrums erhalten sollen.

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, welche an den Regelschulen in Kooperation mit unseren Sonderschulen unterrichtet wurden, konnte von 38 im Schuljahr 2012/2013 auf 57 im Schuljahr 2013/2014 gesteigert werden. Die Anzahl der Inklusionsklassen stieg von 4 auf 5 (eine neu eingerichtet an der Hellbergschule in Lörrach-Bronnbach). Zum Schuljahr 2014/2015 bestanden bereits 7 Inklusionsklassen parallel (je eine Klasse in Zusammenarbeit mit der Helen-Keller-Schule: an der Hans-Thoma-Schule in Weil am Rhein, am Schulzentrum Steinen, an der Hellbergschule Lörrach-Bronnbach, an der Grundschule in Tannenkirch und an der Grundschule in Hausen sowie je eine Klasse in Zusammenarbeit mit der Sprachheilschule: an der Christian-Heinrich-Zeller-Schule in Rheinfeldern und an der Astrid-Lindgren-Schule in Lörrach).

Damit wird der Zielerreichung entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention weiter Rechnung getragen.

Teilergebnisrechnung

Bereitstellung und Betrieb von Sonderschulen 21.20

Anja Emmenecker-Schabow, SST Bildung – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässiger Mehraufw. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
2	+ Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	1.428.751,27	1.464.400	1.525.088,33	60.688,33	0	0	60.688,33-	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Entgelte	1.370,00	2.800	1.615,00	1.185,00-	0	0	1.185,00	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	55.270,53	56.000	57.216,27	1.216,27	0	0	1.216,27-	0
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	36.445,08	27.600	51.530,26	23.930,26	0	0	23.930,26-	0
10	= Ordentliche Erträge	1.521.836,88	1.550.800	1.635.449,86	84.649,86	0	0	84.649,86-	0
11	- Personalaufwendungen	1.160.511,76-	1.123.757-	1.210.260,51-	86.503,83-	0	0	86.503,83	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	211.908,45-	224.710-	229.737,22-	5.026,74-	45.270,81-	171.628,51-	211.872,58-	189.693,93-
14	- Planmäßige Abschreibungen	20.426,53-	25.000-	23.274,29-	1.725,71-	0	0	1.725,71-	0
17	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	315.254,83-	354.196-	404.173,97-	49.978,13-	0	0	49.978,13	0
18	= Ordentliche Aufwendungen	1.708.101,57-	1.727.663-	1.867.445,99-	139.782,99-	45.270,81-	171.628,51-	77.116,33-	189.693,93-
19	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	186.264,69-	176.863-	231.996,13-	55.133,13-	45.270,81-	171.628,51-	161.766,19-	189.693,93-
52	- Aufwand für Serviceleistungen	170.291,57-	150.766-	153.175,82-	2.409,59-	0	0	2.409,59	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	951.482,96-	1.192.858-	1.029.376,29-	163.481,60	0	0	163.481,60-	0
54	- Aufwand für IuK	543,17-	598-	1.028,07-	429,93-	0	0	429,93	0
55	- Aufwand für Steuer-/-unterstützung	159.606,07-	112.935-	105.284,09-	7.650,92	0	0	7.650,92-	0
60	- Kalkulatorische Kosten	101.990,55-	91.974-	87.802,13-	4.171,71	0	0	4.171,71-	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	1.383.914,32-	1.549.131-	1.376.666,40-	172.464,71	0	0	172.464,71-	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	1.570.179,01-	1.725.994-	1.608.662,53-	117.331,58	45.270,81-	171.628,51-	334.230,90-	189.693,93-

Teilfinanzrechnung

Bereitstellung und Betrieb von Sonderschulen 21.20

Anja Emmenecker-Schabow, SST Bildung – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	1.515.573,69	1.544.300	1.628.818,93	84.518,93	0	0	84.518,93-	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	1.717.230,12-	1.710.363-	1.773.882,47-	63.519,47-	45.270,81-	171.628,51-	153.379,85-	189.693,93-
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	201.656,43-	166.063-	145.063,54-	20.999,46	45.270,81-	171.628,51-	237.898,78-	189.693,93-
4	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	8.947,61	8.947,61	8.947,61	0	0	0
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	8.947,61	8.947,61	8.947,61	0	0	0
12	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	27.069,36-	20.100-	32.956,73-	12.856,73-	13.947,61-	29.696,00-	30.786,88-	22.500,00-
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	27.069,36-	20.100-	32.956,73-	12.856,73-	13.947,61-	29.696,00-	30.786,88-	22.500,00-
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	27.069,36-	20.100-	24.009,12-	3.909,12-	5.000,00-	29.696,00-	30.786,88-	22.500,00-
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	228.725,79-	186.163-	169.072,66-	17.090,34	50.270,81-	201.324,51-	268.685,66-	212.193,93-
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	228.725,79-	186.163-	169.072,66-	17.090,34	50.270,81-	201.324,51-	268.685,66-	212.193,93-

21.30 Bereitstellung und Betrieb von berufsbildenden Schulen

Ziele & Kennzahlen

Anja Emmenecker-Schabow, SST Bildung – Verwaltungsausschuss

WIRKUNGSZIELE		Zielgruppe		
A	S Die kreiseigenen Bildungseinrichtungen sind im Rahmen der regionalen Schulentwicklung am Bedarf des regionalen Arbeitsmarktes und der Schüler/-innen ausgerichtet und effizient organisiert (u. a. durch Kompetenzzentren).	Auszubildende, Regionale Unternehmen, Berufliche Schulen		
Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert		Messgröße		
A 1	S Stärkung und Weiterentwicklung der Standorte der beruflichen Schulen.			
Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant		Umsetzungsgrad		
A 1.1	S LK bietet Info- / Moderationsplattform für die reg. Schulentwicklung.	0 %		
A 1.2	S Ein mit allen Beteiligten abgestimmtes Gesamtkonzept zur künftigen Ausrichtung liegt bis Ende 2014 vor.	90 %		
A 1.3	S Die Planung der zukünftigen Investitionen (Schulen) erfolgt auf Basis des Gesamtkonzeptes (siehe A 1.2).	90 %		
KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG		ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung

GESAMTBETRACHTUNG

Die Schülerzahlen in Voll- und Teilzeitbereich waren an den Beruflichen Schulen vom Schuljahr 2012/2013 auf 2013/2014 leicht gestiegen (ein Plus von 2,22 % = 147 Schüler). Zum Schuljahr 2014/2015 ist wieder ein leichter Rückgang zu verzeichnen (ein Minus von 0,27 % = 18 Schüler). Die Schulbudgetreste sind von 798.352,47 EUR in 2013 auf 985.323,45 EUR in 2014 angestiegen mit jeweils stark unterschiedlicher Verteilung. Im Rahmen der AG Schulbudgetneubemessung sollen die Schulbudgets daher künftig an den bestehenden Bedarf angepasst werden.

Teilergebnisrechnung

Bereitstellung und Betrieb von berufsbildenden Schulen **21.30**

Anja Emmenecker-Schabow, SST Bildung - Verwaltungsausschuss

Ifd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässiger Mehraufw. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
2	+ Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	4.269.418,02	4.194.200	4.199.144,48	4.944,48	0	0	4.944,48-	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Entgelte	106.185,22	109.200	126.773,29	17.573,29	0	0	17.573,29-	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	92.355,82	100.000	103.135,41	3.135,41	0	0	3.135,41-	0
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	10.659,36	1.200	5.899,58	4.699,58	0	0	4.699,58-	0
9	+ Sonstige ordentliche Erträge	39.600,00	0	70,00	70,00	0	0	70,00-	0
10	= Ordentliche Erträge	4.518.218,42	4.404.600	4.435.022,76	30.422,76	0	0	30.422,76-	0
11	- Personalaufwendungen	674.659,35-	688.406-	810.740,68-	122.335,04-	0	4.200,00-	118.135,04	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	972.285,94-	1.093.306-	890.657,77-	202.648,43	0	800.052,47-	1.002.700,90-	985.323,45-
14	- Planmäßige Abschreibungen	276.810,01-	313.600-	279.112,80-	34.487,20	0	0	34.487,20-	0
15	- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	61,00-	0	47,00-	47,00-	0	0	47,00	0
16	- Transferaufwendungen	54.700,00-	116.200-	116.050,00-	150,00	0	0	150,00-	0
17	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	450.788,22-	452.480-	495.192,05-	42.712,49-	0	0	42.712,49	0
18	= Ordentliche Aufwendungen	2.429.304,52-	2.663.991-	2.591.800,30-	72.191,10	0	804.252,47-	876.443,57-	985.323,45-
19	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	2.088.913,90	1.740.609	1.843.222,46	102.613,86	0	804.252,47-	906.866,33-	985.323,45-
52	- Aufwand für Serviceleistungen	150.833,71-	208.795-	213.918,34-	5.122,85-	0	0	5.122,85	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	4.366.977,90-	5.220.086-	4.812.998,67-	407.087,19	0	0	407.087,19-	0
54	- Aufwand für IuK	5.348,01-	4.566-	6.788,90-	2.222,80-	0	0	2.222,80	0
55	- Aufwand für Steuerungs-/unterstützung	108.426,76-	159.641-	148.827,20-	10.813,40	0	0	10.813,40-	0
60	- Kalkulatorische Kosten	526.058,13-	460.433-	482.079,96-	21.647,36-	0	0	21.647,36	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	5.157.644,51-	6.053.521-	5.664.613,07-	388.907,58	0	0	388.907,58-	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	3.068.730,61-	4.312.912-	3.821.390,61-	491.521,44	0	804.252,47-	1.295.773,91-	985.323,45-

Teilfinanzrechnung

Bereitstellung und Betrieb von berufsbildenden Schulen **21.30**

Anja Emmenecker-Schabow, SST Bildung – Verwaltungsausschuss

Ifd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	4.454.001,90	4.401.900	4.413.674,14	11.774,14	0	0	11.774,14-	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	2.325.666,23-	2.447.591-	2.343.065,99-	104.525,41	0	804.252,47-	908.777,88-	985.323,45-
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus Ifd. Verwaltungstätigkeit	2.128.335,67	1.954.309	2.070.608,15	116.299,55	0	804.252,47-	920.552,02-	985.323,45-
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
12	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	298.811,49-	447.100-	208.284,24-	238.815,76	0	49.150,00-	287.965,76-	152.544,00-
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	298.811,49-	447.100-	208.284,24-	238.815,76	0	49.150,00-	287.965,76-	152.544,00-
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	298.811,49-	447.100-	208.284,24-	238.815,76	0	49.150,00-	287.965,76-	152.544,00-
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	1.829.524,18	1.507.209	1.862.323,91	355.115,31	0	853.402,47-	1.208.517,78-	1.137.867,45-
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	1.829.524,18	1.507.209	1.862.323,91	355.115,31	0	853.402,47-	1.208.517,78-	1.137.867,45-

21.30.10 Schulentwicklungsplanung Beruflicher Schulen

Ziele & Kennzahlen

Thomas Heß, SSt Schulentwicklung - Verwaltungsausschuss

Neben den Leistungszielen der Produktgruppe wurden folgende SCHLÜSSELPRODUKTZIELE definiert	Messgröße
Schülerzahlen an den beruflichen Schulen entgegen dem Landestrend stabil halten (durch zukunfts- und bedarfsorientiertes Bildungsangebot/hochwertige Abschlüsse bzw. gutes Lehrangebot/ gutes Image der Schulen) Weiterentwicklung von bedarfsgerechten Bildungsangeboten, u. a. durch die Bildung von Kompetenzzentren. Effizienter Ressourceneinsatz durch eine intensivierte schulübergreifende Nutzung vorhandener Ressourcen.	

Umdie Schlüsselproduktziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
Grundlegende Untersuchung unserer beruflichen Schulen auf ihre Kompetenzen und Profilierungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung der Angebote benachbarter Landkreise und Erstellen einer Planung/Konzeptes zur weiteren Schulentwicklung (u.a. auch als Grundlage für zukünftige Baumaßnahmen/Investitionen).	100 %
Festlegung der künftigen Ausrichtung und Zielsetzung in der Schulentwicklungsplanung in Abstimmung zwischen Regierungspräsidium Freiburg, Staatlichem Schulamt, Politik und Verwaltung unter Einbeziehung der betroffenen berufsständischen Organisationen und Berücksichtigung der Regionalen Schulentwicklungsplanung.	80 %
U. a. Konzentration der Mathilde-Planck-Schule an einem Standort.	80 %

Kennzahlen der ZIELERREICHUNG	ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
K 21.30.10- 01 Nettoaufwand berufl. Schulen (in EUR)	3.746.163,0	3.188.365,0	Die Differenz ist hauptsächlich auf die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Schulgebäude zurückzuführen. Einzelne Maßnahmen der Unterhaltung von baulichen Anlagen sowie der energetischen Sanierung sind verschoben worden. Des Weiteren sind hier die Einsparungen der Wärmekosten durch den milden Winter eingerechnet.
K 21.30.10- 02 Nettoaufwand GWS Lörrach	1765.231,0	1475.965,0	
K 21.30.10- 03 Nettoaufwand GWS Schopfheim	564.400,0	465.015,0	
K 21.30.10- 04 Nettoaufwand GWS Rheinfelden	703.813,0	571.885,0	
K 21.30.10- 05 Nettoaufwand Kfm. Schule LÖ	397.704,0	470.903,0	
K 21.30.10- 06 Nettoaufwand Kfm. Schule SH	-7.144,0	-42.985,0	
K 21.30.10- 07 Nettoaufwand MPS (LÖ + AS SH)	322.199,0	247.582,0	
K 21.30.10- 08 Nettoaufwand GWS LÖ/Schüler	1210,7	1012,3	
K 21.30.10- 09 Nettoaufwand GWS SH/Schüler	610,2	502,7	
K 21.30.10- 10 Nettoaufwand GWS RHF/Schüler	686,0	557,4	
K 21.30.10- 11 Nettoaufwand Kfm. Schule LÖ/Schüler	220,0	260,5	
K 21.30.10- 12 Nettoaufwand Kfm. Schule SH/Schüler	-373,1	-54,6	
K 21.30.10- 13 Nettoaufwand MPS/Schüler	369,1	283,6	
K 21.30.10- 16 Sachkostenbeiträge berufl. Schulen (in EUR)	4.153.600,0	4.153.673,0	
K 21.30.10- 17 Bruttoaufwand berufl. Schulen (in EUR)	7.899.763,0	7.342.038,0	
K 21.30.10- 18 Schülerzahlen berufliche Schulen	6.877,0	6.877,0	

Gesamtbetrachtung

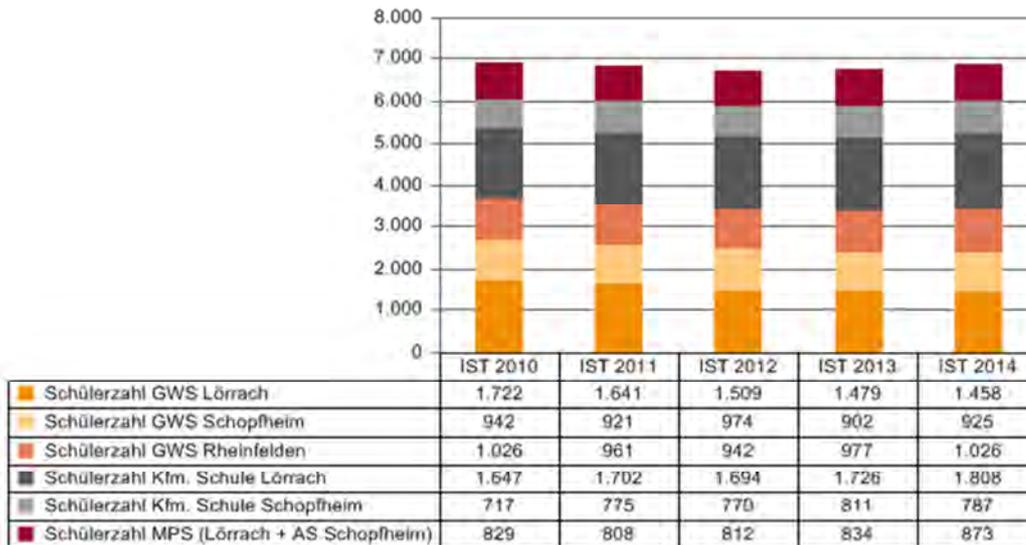
Im Rahmen des Schulentwicklungsprozesses wurden 2014 die maßgeblichen Einflussfaktoren auf die künftige Schulentwicklung herausgearbeitet. Neben dem demografischen Wandel wurden die Veränderung der Schulstrukturen, das Schülerwahlverhalten sowie die regionale Wirtschaftsstruktur untersucht. Auf dieser Grundlage wurden mehrere Szenarien für eine künftige Ausgestaltung der beruflichen Schullandschaft entwickelt. Der Kreistag hat sich aus diesen Entwicklungsvorschlägen einvernehmlich mit den eingebundenen Kammern und dem Regierungspräsidium für die Weiterverfolgung eines Szenarios festgelegt. Um eine abschließende Entscheidungsgrundlage zu formulieren, wurden konkrete Prüfaufträge durch den Kreistag erteilt, die derzeit bearbeitet werden. Im Juli 2015 will der Kreistag eine abschließende Entscheidung treffen.

Schlüsselprodukt

Schulentwicklungsplanung Beruflicher Schulen **21.30.10**

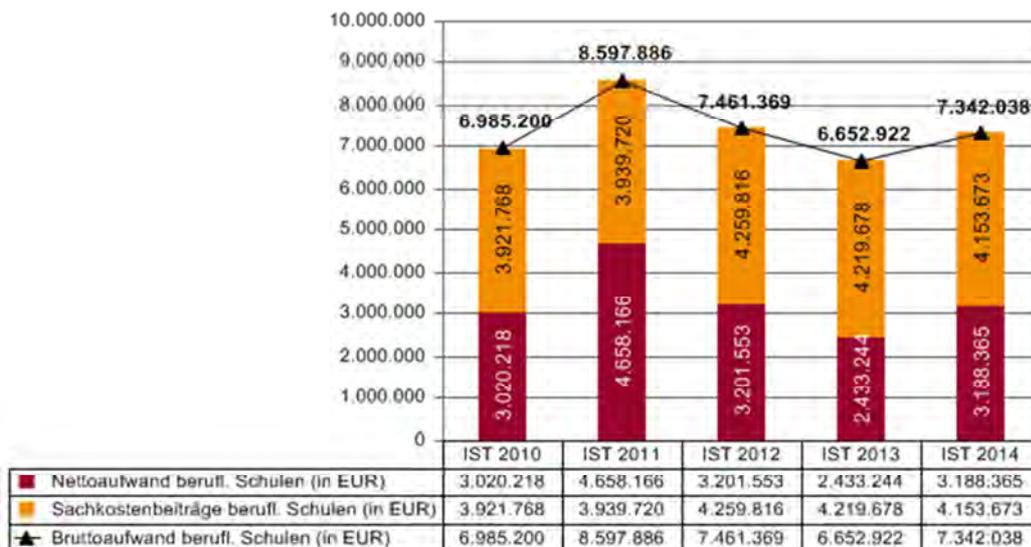
Thomas Heß, SSt Schulentwicklung - Verwaltungsausschuss

Entwicklung der Schülerzahlen an den beruflichen Schulen in LK Lörrach



Die Schülerzahlen der beruflichen Schulen im LK Lörrach haben sich in den letzten Jahren auf einem recht stabilen Niveau von durchschnittlich 6.800 bewegt. Dabei ist der Trend deutlich erkennbar, dass die Schülerzahl an den Gewerblichen Schulen insgesamt sinkt (ab 2010 um -281), während die Schülerzahl an der kaufmännischen Schulen und der Mathilde-Planck-Schule zusammen gestiegen ist (ab 2010 um +275). Durch die demografische Entwicklung ist in den nächsten Jahren von Schülerrückgängen auszugehen. Die im Rahmen des Schulentwicklungsprozesses durchgeführten Planungen der einzelnen Schulen ergeben einen Rückgang von rund 1.200 SchülerInnen (-18%).

Brutto-/ Nettoaufwand des LK Lörrach für die beruflichen Schulen



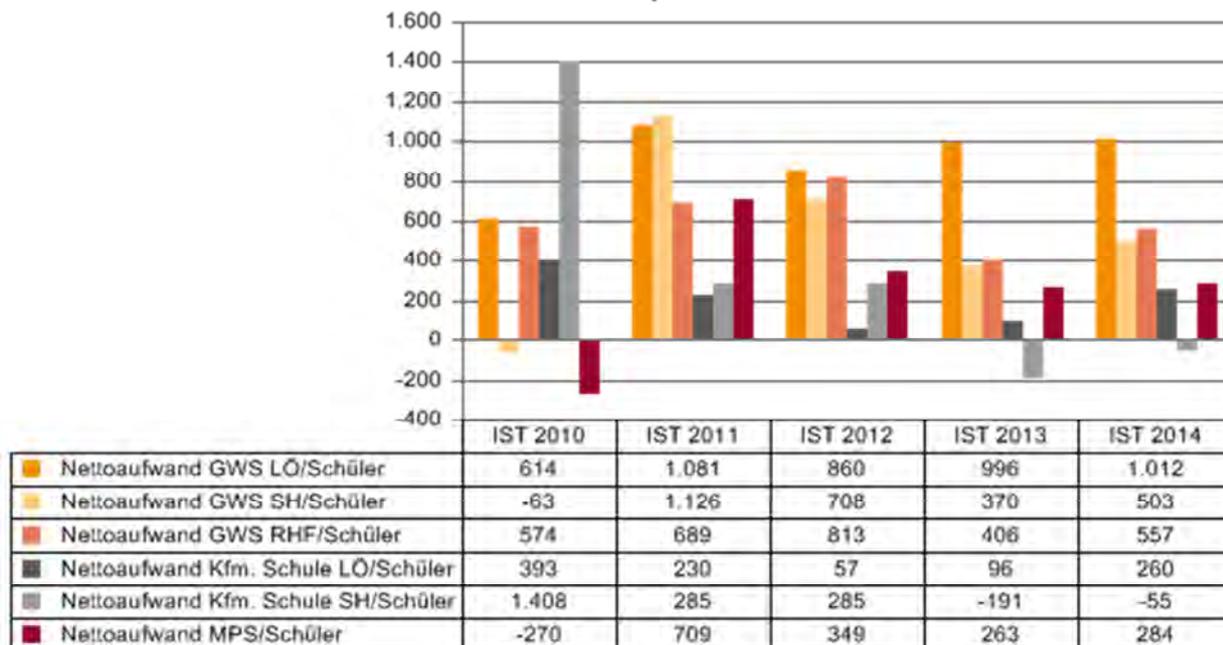
21.30.10 Schulentwicklungsplanung Beruflicher Schulen

Schlüsselprodukt

Thomas Heß, SSt Schulentwicklung - Verwaltungsausschuss

Zur Deckung der Gesamtaufwendungen für die Bereitstellung und den Betrieb der Beruflichen Schulen erhält der LK Lörrach vom Land Baden-Württemberg jährliche Zuweisungen in Form von Sachkostenbeiträgen, die sich an der jährlichen Schülerzahl orientieren. Da die Landeszuweisungen zur Kostendeckung nicht ausreichen, wird der übersteigende Betrag aus dem Kreishaushalt finanziert (= Nettoaufwand des LK Lörrach). Während sich die Sachkostenbeiträge durch die in den letzten Jahren relativ stabilen Schülerzahlen auf demselben Niveau bewegen, verändert sich der Betrag, den der Landkreis als Schulträger selbst trägt. Dieser ist hauptsächlich durch die jedes Jahr unterschiedlichen Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen an den Gebäuden der beruflichen Schulen im Landkreis bedingt.

Nettoaufwand des LK Lörrach pro Schüler/-in und Schule - in EUR -



Die Grafik zeigt den Nettoaufwand bzw. -überschuss des Landkreises Lörrach pro Jahr und Schule je Schüler/in. Die unterschiedlichen Beträge pro Schule spiegeln vor allem die jedes Jahr variierenden baulichen Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen (nicht Investitionen) wieder, die an den Schulen zeitversetzt vorgenommen werden.

Teilergebnisrechnung

Schulentwicklungsplanung Beruflicher Schulen **21.30.10**

Thomas Heß, SSt Schulentwicklung - Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässiger Mehraufw. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	1.712,03	0	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	1.712,03	0	0	0	0	0	0	0
11	- Personalaufwendungen	54.941,86-	37.327-	113.304,09-	75.977,15-	0	0	75.977,15	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	552,08-	40.578-	3.385,01-	37.192,67	0	0	37.192,67-	0
14	- Planmäßige Abschreibungen	18,92-	0	6,75	6,75	0	0	6,75-	0
17	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.091,54-	354-	1.042,66-	688,78-	0	0	688,78	0
18	= Ordentliche Aufwendungen	56.604,40-	78.259-	117.725,01-	39.466,51-	0	0	39.466,51	0
19	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	54.892,37-	78.259-	117.725,01-	39.466,51-	0	0	39.466,51	0
52	- Aufwand für Serviceleistungen	44.116,37-	18.188-	20.975,04-	2.787,19-	0	0	2.787,19	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	4.501,03-	1.778-	3.484,89-	1.706,86-	0	0	1.706,86	0
54	- Aufwand für IuK	3.826,75-	2.892-	3.910,70-	1.019,09-	0	0	1.019,09	0
55	- Aufwand für Steuerungs-/unterstützung	2.091,72-	5.200-	4.848,66-	351,31	0	0	351,31-	0
60	- Kalkulatorische Kosten	4.602,81-	3.730-	2.934,62-	795,30	0	0	795,30-	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	59.138,68-	31.787-	36.153,91-	4.366,53-	0	0	4.366,53	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	114.031,05-	110.046-	153.878,92-	43.833,04-	0	0	43.833,04	0

Teilfinanzrechnung

Schulentwicklungsplanung Beruflicher Schulen **21.30.10**

Thomas Heß, SSt Schulentwicklung - Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	1.712,03	0	0	0	0	0	0	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	58.722,75-	78.259-	110.122,38-	31.863,88-	0	0	31.863,88	0
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	57.010,72-	78.259-	110.122,38-	31.863,88-	0	0	31.863,88	0
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	57.010,72-	78.259-	110.122,38-	31.863,88-	0	0	31.863,88	0
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	57.010,72-	78.259-	110.122,38-	31.863,88-	0	0	31.863,88	0

Dezernat III

Verantwortung:

Ausschuss:

Umweltausschuss

Dezernatsleitung:

Ulrich Hoehler



Produktbereich 12

Sicherheit & Ordnung

12.21 Verkehrswesen

Produktbereich 21

Schulträgeraufgaben

21.40 Schülerbeförderung

Produktbereich 51

Räumliche Planung & Entwicklung

51.10 Räumliche Planung*

51.10.15 Verkehrsplanung/Konzepte zur
Verkehrlenkung und Steuerung*

51.11 Vermessung und Geoinformation

51.12 Flurneuordnung

Produktbereich 54

Verkehrsflächen & Anlagen, ÖPNV

54.20 Kreisstraßen*

54.20.01 Bereitstellung und Betrieb von Kreisstraßen
und Radwegen*

54.30 Landesstraßen

54.40 Bundesstraßen

54.70 ÖPNV

Produktbereich 57

Wirtschaft & Tourismus

57.10 Wirtschaftsförderung*

57.50 Tourismus

* Im Jahresabschluss im Detail abgedruckt

Strategische Entwicklung

Ubergreifende
Strategische Schwerpunkte THH 4

Das Landratsamt Lörrach

- ist eine moderne, dienstleistungsorientierte Verwaltung und ein attraktiver Arbeitgeber.

Der Landkreis

- stellt sich den gesellschaftlichen Auswirkungen und Herausforderungen des demographischen Wandels.

Strategische Schwerpunkte THH 4

Der Landkreis

- übernimmt im Bereich Mobilität eine aktive Steuerungsfunktion.
- fördert durch aktive Strukturpolitik gleichwertige Lebensbedingungen für den Ländlichen Raum.
- fördert und stärkt Dienstleistung, Handwerk, Handel, Gewerbe durch aktive Wirtschaftsförderung. Er verbessert die Außenwahrnehmung der Region durch sein Standortmarketing und unterstützt die Fachkräftewerbung aktiv.

Im Landkreis

- besteht ein zukunftsorientiertes und umweltschonendes ÖPNV-Angebot.
- besteht ein verbessertes Angebot an Radwegen.

Zielbeiträge 2014

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis übernimmt im Bereich Mobilität eine aktive Steuerungsfunktion.

Wirkungsziel 2014 – PG 51.10

- Ein zukunftsorientiertes bedarfsgerechtes und umweltschonendes Mobilitätsangebot ist im Landkreis Lörrach sichergestellt.

Nahverkehrsplan

Der Nahverkehrsplan (NVP) ermöglicht eine Einflussnahme auf diejenigen Verkehre im ÖPNV (Bus, Tram), die nicht bereits durch ein Vertragsverhältnis begründet vom Aufgabenträger bestellt und finanziert werden. Der Prozess der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes läuft bereits seit 2013; der Landkreis wird dabei durch einen externen Gutachter unterstützt.

Anfang 2014 wurde als erster Schritt im Rahmen der Nahverkehrsplanung ein Linienbündelungskonzept mit drei großen Regionallinienbündeln beschlossen. Eine Ergänzung im Bereich Stadtverkehre und grenzüberschreitende Linien ist in 2015 geplant.

Außerdem wurden in 2014 die Wünsche der kreisangehörigen Kommunen abgefragt und aufgenommen. Die Verkehrsdatenerhebung ist abgeschlossen und ausgewertet. Das aktuelle ÖPNV-Angebot auf Basis des bisherigen NVP wurde untersucht und insbesondere hinsichtlich der Erschließungsfunktion bewertet. Die für Herbst 2014 vorgesehene Bürgerbeteiligung konnte erst zu Beginn 2015 durchgeführt werden.



Quelle: LRA Lörrach

Für 2015 stehen noch die Auswertung der Bürgerbeteiligung und die Beteiligung weiterer Akteure aus. Dann kann in den Gremien über verschiedene Szenarien unter Einbeziehung der jeweiligen Zuschussbedarfe entschieden und das Anhörungsverfahren in die Wege geleitet werden.

Bestellverkehre

Die touristisch interessanten Angebote Radwanderbus Feldberg und Wanderbus Kleines Wiesental wurden fortgeführt. In 2014 wurde der Ausbau des Wanderbusses zu einem Radwanderbus beschlossen.

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis fördert durch aktive Strukturpolitik gleichwertige Lebensbedingungen für den ländlichen Raum.

Wirkungsziel 2014 – PG 57.10

- Unterstützung einer zielgerichteten und nachhaltigen Entwicklung der Infrastruktur im ländlichen Raum unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung.

Das Ziel, „den Landkreis Lörrach als attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum in allen Bereichen im Sinne der Nachhaltigkeit zu stärken und weiter zu entwickeln“, verlangt vom Landkreis aber auch von den Städten und Gemeinden eine aktive Rolle. Diese manifestiert sich in einer zielorientierten Strukturpolitik sowie einem entsprechenden Umgang mit den Folgen des demographischen Wandels.

Der Landkreis hat mit seinen großen Städten im Umfeld von Basel nicht nur urbane Strukturen, sondern auch einen großen Anteil klassischen ländlichen Raum und ländlich strukturierte Gebiete.



Schwerpunkt der infrastrukturellen Entwicklung im Jahr 2014 war die Planung eines landkreisweiten Backboneetzes zur flächendeckenden Verbesserung der Breitbandversorgung. Damit sind die Vorbereitungen für den Ausbau dieses Netzes erfolgt. Gemeinsam mit den Städten und Gemeinden wurden darüber hinaus die Voraussetzungen für die Gründung eines Zweckverbandes zum Ausbau des Backbones und zum Ausbau aller Ortsnetze geschaffen. Dabei werden folgende Ziele ins Auge gefasst:

- Anschluss aller unterversorgten Gebiete bis Ende 2018
- Fertigstellung des flächendeckenden Netzes im Landkreis, mit Glasfaseranschlüsse bis ins Haus bis 2030

Auf Basis einer Ist-Zustandsanalyse gemeinsam mit einem Planungsbüro wurden im Jahr 2014 die ersten Schritte zur Umsetzung eines kreisweiten zielgerichteten Strukturentwicklungsprojektes unternommen. Im Rahmen eines breit angelegten Mitwirkungsverfahrens läuft ein Pilotprojekt zur Strukturentwicklung in der Gemeinde Kleines Wiesental. Die Erfahrungen und Ergebnisse sollen soweit möglich auf den weiteren Strukturentwicklungsprozess im Landkreis übertragen werden.

Der Landkreis unterstützt gezielt die Städte und Gemeinden in ihrer strukturellen Entwicklung, z. B. bei der Beschaffung von Fördermitteln aus Töpfen von Land, Bund und EU. Als Beispiele sind hier insbesondere die Förderprogramme ELR und LEADER zu nennen.

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis fördert und stärkt Dienstleistung, Handwerk, Handel, Gewerbe durch aktive Wirtschaftsförderung. Er verbessert die Außenwahrnehmung der Region durch sein Standortmarketing und unterstützt die Fachkräftewerbung aktiv.

Wirkungsziele 2014 – PG 57.10

- Der Landkreis Lörrach setzt sich kreisübergreifend sowie im TEB und der HRK für zukunftsfähige Strukturen, eine leistungsfähige Infrastruktur sowie attraktive Lebens- und Standortbedingungen mit dem Ziel der Schaffung einer bevorzugten Wirtschaftsregion ein.

In den Jahren zwischen INTERREG-Förderperioden IV und V, wurde aktiv an der Ausgestaltung der neuen INTERREG V Programme mitgearbeitet, um grenzüberschreitende Arbeit der kommenden Jahre vorzubereiten. Es ist gelungen, den Landkreis künftig in zwei verschiedenen Förderkulissen vorzusehen. Er bleibt dem Programm „Oberrhein“ erhalten und wird künftig auch Begünstigter im Programm „Alpenrhein, Bodensee, Hochrhein“ sein können.

Entsprechend dem Strategieprogramm des TEB konnten in 2014 die Vorbereitungen für die neuen INTERREG-Projekte im Bereich „Sprachbildung“, „Energie“ und „Verbesserung der Tarifsituation“ getroffen werden, welche in den Jahren 2015 ff umgesetzt werden sollen. Eine frühere Umsetzung war aufgrund der Verzögerung der INTERREG-Programme nicht möglich. Erst in 2015 können Anträge eingereicht werden.

Weitere INTERREG-Projekte des TEB bleiben auch in den Folgejahren die „IBA Basel 2020“ und die Fortsetzung des Microprojektfonds.

Im Rahmen der IBA Basel 2020 werden 43 in der ersten Projektphase ausgewählte Projekte weiterentwickelt, die bis zum Jahr 2020 einen städtebaulich sichtbaren Beitrag zum grenzüberschreitenden Zusammenwachsen unserer Dreiländerregion darstellen sollen. Das deutsche Instrument einer Internationalen Bauausstellung wird erstmalig außerhalb Deutschlands eingesetzt und erstmalig auch grenzüberschreitend.

Das Projekt „3Land“ hat die gemeinsame Entwicklung eines grenzüberschreitenden Quartiers direkt an der Schnittstelle zwischen den drei Ländern unter Einbindung der Basler Rheininsel zum Thema. In 2014 konnten eine gemeinsame Vision erarbeitet werden und eine erste Vorstudie zum Thema Brücken in Auftrag gegeben werden. In dieser Dimension europaweit einzigartig sind für die nächsten Projektschritte weitere INTERREG-Projekte im TEB für die Umsetzung vorgesehen.

In der Dreiländerregion konnten inzwischen zwei grenzüberschreitende Tram-Bauprojekte lanciert werden: Tram 8 (Weil am Rhein) und Tram 3 (Saint-Louis, noch im Bau). Beide erhalten eine finanzielle Unterstützung und Förderung über das Agglomerationsprogramm Basel und werden durch INTERREG kofinanziert.

Die Zusammenarbeit mit dem Schweizer Agglomerationsprogramm Basel wurde seit 2013 kontinuierlich intensiviert und 2014 in eine aktive Mitgliedschaft in dem neuen Schweizer Verein AggloBasel übergeleitet.

Strategischer Schwerpunkt

Im Landkreis besteht ein zukunftsorientiertes und umweltschonendes ÖPNV-Angebot.

Wirkungsziel 2014 – PG 51.10

- Ein zukunftsorientiertes bedarfsgerechtes und umweltschonendes Mobilitätsangebot ist im Landkreis Lörrach sichergestellt.

Um dem Ziel näher zu kommen, hat sich der Landkreis auch im Jahr 2014 im Projektbeirat für eine Optimierung im Rahmen der Planung des viergleisigen Ausbaus der Rheintalbahn (u. a. Eisenbahnbetriebswissenschaftliche Untersuchung), sowie für eine Fortführung der Verhandlungen zur Elektrifizierung der Hochrheinstrecke eingesetzt. Beide Maßnahmen stellen langfristige Investitionen dar, die die verkehrliche Anbindung der Bevölkerung erheblich verbessern werden und gleichzeitig aus volkswirtschaftlicher Sicht sinnvoll sind.

Auch die Nahverkehrsplanung dient der Steigerung der Attraktivität des ÖPNV. Die hierzu in 2014 vorgenommenen Maßnahmen wurden bereits dargestellt.

Wirkungsziel 2014 – PG 54.20

- Eine bedarfsgerechte und wirtschaftliche Unterhaltung, Erhaltung und Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur (Kreisstraßen und Bauwerke) im Landkreis Lörrach ist sichergestellt.

Zwar werden jährlich die im Kreisstraßenerhaltungs- und -bauprogramm vorgesehenen Maßnahmen durchgeführt, die zum Substanzerhalt notwendigen Mittel der Kreisstraßen werden aber nur zum Teil bzw. nicht im notwendigen Umfang zur Verfügung gestellt. Die Folgen daraus wurden bereits bei der Zustandserfassung in 2009/2010 deutlich: Über 50% der Kreisstraßen befanden sich bereits damals in „schlechtem“ oder „sehr schlechtem“ Zustand. Eine Verbesserung ist nicht absehbar.

Nähere Ausführungen hierzu folgen im Rahmen der Darstellung des Schlüsselproduktes 54.20.01.

Wirkungsziel 2014 – PG 57.10

- Das grenzüberschreitende ÖPNV-Angebot im Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB) ist qualitativ optimiert und benutzerorientiert weiterentwickelt.

Als Beitrag zur Erreichung des Wirkungsziels wurde im TEB die Auswertung des Projektes „Stärkung des ÖPNV und der kombinierten Mobilität“ vorgenommen. Dazu wurden die Stellungnahmen der Gemeinden zu den Ergebnissen eingeholt und an den TEB übermittelt. Für den TEB wurden als nutzbringende Maßnahmen solche zur multimodalen Mobilität und z. B. der Ausbau der Tram 3 und die Intensivierung der grenzüberschreitenden Buslinien ermittelt.

Strategischer Schwerpunkt

Im Landkreis besteht ein verbessertes Angebot an Radwegen.

Wirkungsziel 2014 – PG 51.10 und PG 54.20

- Im Landkreis besteht ein verbessertes Angebot an Radwegen.

Ziel des Landkreises ist die nachhaltige Förderung des Radverkehrs. Dies umfasst neben einem qualitativen Ausbau für höhere Attraktivität und mehr Sicherheit auch eine Ausweitung des Netzes durch den Bau neuer und den Ausbau der bestehenden Strecken. So kann erreicht werden, dass der Verkehrszuwachs durch die immer mobilere Bevölkerung zum Teil durch das Verkehrsmittel Fahrrad aufgefangen wird und der Kfz-Verkehr auf den Straßen möglichst sogar verringert wird.

Die Bedeutung des Fahrrads als Bestandteil des Modal Split ist in den letzten Jahren stetig gestiegen. Der Radverkehr beschränkt sich schon lange nicht mehr auf den reinen Freizeitverkehr, es werden vermehrt alltägliche Wege mit dem Rad oder Pedelec zurückgelegt.

Nachdem der Beschluss des Radverkehrskonzeptes durch den Kreistag bereits im Jahr 2013 erfolgt ist, hat sich die Fertigstellung der Gemeinde-Steckbriefe bis April 2014 verzögert. Erst im Anschluss daran konnten sie den Gemeinden vorgestellt und erläutert werden.

Als erste Maßnahme zur Umsetzung des Radverkehrskonzeptes wurde mit den Vorbereitungen für die einheitliche kreisweite Wegweisung begonnen. Das beauftragte Büro hat mit den Planungen begonnen, so dass mit Fertigstellung im Jahr 2015 gerechnet werden kann.



Der Landkreis hat in 2014 erreicht, dass die Routen des RadNETZ B-W deckungsgleich mit im Radverkehrskonzept des Landkreises ausgewiesenen Pendlerrou-ten sind. Mit dem RadNETZ B-W hat das Land Baden-Württemberg seit 2014 angesetzt, ein flächendeckendes, durchgängiges Routennetz alltagstauglicher Fahrradverbindungen zwischen den Mittel- und Oberzentren entlang der wichtigsten Siedlungsachsen im Land auszuweisen. Darüber hinaus werden auch die Landesradfernwege in das RadNETZ B-W integriert. Bei der Beantragung von Fördermitteln für eine Baumaßnahme wird es von Vorteil sein, wenn diese Bestandteil des RadNETZes ist. Die Zugehörigkeit zum RadNETZ B-W stellt künftig ein wichtiges – wenn auch nicht das einzige – Kriterium zur Priorisierung von Maßnahmen im Rahmen der Förderung kommunaler Rad- und Fußverkehrsinfrastruktur nach Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) sowie zum Bau von Radwegen an Bundes- und Landesstraßen dar.

Ein weiterer Schritt zur Verbesserung und Förderung des Radverkehrs im Landkreis ist die Einbeziehung von Belangen des Radverkehrs im Rahmen der regelmäßig in den Gemeinden stattfindenden Verkehrsschauen. Seit 2014 wird der Radfahrer als Verkehrsteilnehmer nun auch systematisch im Rahmen der Erwägungen berücksichtigt.

Weitere Aufgabenschwerpunkte 2014

■ Vermessung & Geoinformation

Im Bereich Vermessung & Geoinformation sind die Umstellungen auf das landesweite neue Amtliche Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS) bis auf sogenannte Nachmigrationsarbeiten abgeschlossen worden. Technische Probleme bei der Aktualisierung bzw. Fortführung der Flurstücksdaten in ALKIS, führten im vergangenen Jahr zu Verzögerungen bei der Abgabe der Fortführungsurkunden an das Grundbuchamt und zu einem stark erhöhten Personalaufwand. Außerdem mussten dadurch Vorgaben aus der Zielvereinbarung des Landratsamts mit dem LGL, wie die Übernahme von Bodenschätzungsergebnissen und die Überprüfung des Inhalts von ALKIS anhand der analogen Flurkarten, zurückgestellt werden.



Weitere prägende Aufgaben im Fachbereich Vermessung stellen die für die Fachbereiche Landwirtschaft und Umwelt, sowie für den Landschaftserhaltungsverband erbrachten Dienstleistungen dar. Dies sind u. a. Prüf- und Kontrollaufgaben mit dem Landesverfahren GISELa und für die InVeKoS-Fördermaßnahmen. Daneben wurden umfangreiche vermessungstechnische Dienstleistungen für die Flurneuordnung erbracht wie die Vorweisung und Kennzeichnung der Waldgrenzen für die Waldbewertung und topographische Aufnahmen von Wegen und Gewässern für die Planung der Neuzuteilung.

Der nach dem Landesgeodatenzugangsgesetz (LGeoZG) bestehende Auftrag zum Aufbau einer Geodateninfrastruktur (GDI) im Landkreis Lörrach wurde 2014 durch den Abschluss der Arbeiten zur digitalen Erfassung aller Bebauungspläne weiter vorangetrieben. Mit der Weiterentwicklung des Bürger-GeoPortals auf einer neuen Plattform wird jedem Bürger der benutzerfreundliche Zugang zu raumbezogenen Daten des Landkreises mit modernster Webtechnologie ermöglicht.

■ Flurneuordnung (Gemeinsame Dienststelle der Landratsämter Lörrach und Waldshut)

Das Jahresprogramm wurde mit einem Zielerreichungsgrad von 96 % gut umgesetzt. Lediglich bei der Vorbereitung und Anordnung neuer Flurneuordnungsverfahren sind der Umsetzung derzeit weiterhin Grenzen gesetzt. Die Ökologisierung der Flurneuordnung erfordert eine intensivere Vorbereitung für die Anordnung insbesondere neuer Verfahren. Dennoch ließ sich im Jahr 2014 der Personaleinsatz in der Gemeinsamen Dienststelle sehr gut steuern und auch die Finanzmittel reichten hierfür aus. Das Verfahren in Schopfheim-Gersbach ist der größte Arbeitsschwerpunkt. Die Planung 2015 wurde in Gersbach konstant gehalten, aber insgesamt im Landkreis auf 352 AW (Arbeitswerte) herabgesetzt.

■ **Schülerbeförderung**

Die Schülerbeförderung ist das wichtigste Standbein des ÖPNV im ländlichen Raum. Da die Schülerinnen und Schüler in der Fläche bis zu 80 % aller Fahrkunden stellen, ist die Schülerbeförderung dort die wirtschaftliche Grundlage für die Aufrechterhaltung eines ÖPNV-Angebots. Jede Veränderung bezüglich der Schülerstruktur hat deshalb gravierende Auswirkungen auf den Stadt- und Regionalbusverkehr. Kernaufgabe des Landkreises ist die Sicherstellung der bedarfsgerechten Durchführung dieser Leistungen, vor allem vor dem Hintergrund sich verändernder Schul- und Schülerlandschaften (Schulentwicklungsplanung, Inklusion, Demographie etc.).

Die Schülerbeförderung konnte auch im Jahr 2014 bedarfsgerecht umgesetzt werden. Im Vorgriff auf notwendige Veränderungen in der Ausgestaltung der Verträge zwischen den Schulträgern und den Verkehrsunternehmen wurden zusammen mit den bzw. für die Gemeinden die entsprechenden Grundlagen erarbeitet. Außerdem wurde die Höchstbetragsberechnung unter Berücksichtigung der Lage von Schulträgern im ländlichen Raum angepasst und vereinfacht (pauschaliert). Die Schwierigkeit, eine bedarfsgerechte Schülerbeförderung im ländlichen Raum sicherzustellen und gleichzeitig eine sparsame Mittelbewirtschaftung sicherzustellen, wird sich im laufenden und in den kommenden Jahren voraussichtlich weiter zuspitzen.

■ **Tourismus**

Die Zusammenarbeit der Tourismusakteure 2014 erfolgte zielführend und effektiv. In den Sitzungen des Arbeitskreises Tourismus wurden Projekte wie die Verlängerung des Wii-Weglis oder die Vermarktung der Rad-Kanu-Pauschale vorangetrieben. Zum Wanderopening am Westweg wurde erstmals eine gemeinsame Aktion durchgeführt. Ebenso koordinierte die Stabsstelle Tourismus turnusgemäß die Klassifizierung der Ferienwohnungen nach den Kriterien des DTV.

Grenzüberschreitend beteiligte sich die Stabsstelle Tourismus an der Ausarbeitung des möglichen Projekts „Landschaft grenzenlos“ im Rahmen der IBA Basel 2020. Gemeinsam mit Rheinfeldens Tourismus, dem Kanton Basel-Stadt und dem Office du tourisme de Pays de Saint-Louis konnte ein umsetzbares und realistisches Konzept ausgearbeitet werden, dass es nun von der IBA umzusetzen gilt.

Gemeinsam mit dem INTERREG-Projekt Upper Rhine Valley wurde im Oktober 2014 eine Expertentour ins Wiesental durchgeführt. Zur Überarbeitung des Landkreis-Tourismus-Konzeptes führte die DHBW Lörrach mit allen Städten und Gemeinden Gespräche zur touristischen Situation. Die Ergebnisse sollen 2015 vorliegen.



Erläuterungen zur Teilergebnisrechnung 2014

PG THH 4	PLAN 2014	IST 2014	Abw eichung 2014	Erläuterung
12.21	932.532	901.102	-31.430	Höhere Personalaufw endungen.
21.40	-1.692.088	-1.495.281	196.807	Der positive Abschluss beruht auf Minderaufw endungen im Bereich der Schülerbeförderung für andere Schulträger (180.000 EUR).
51.10	-515.890	-634.247	-118.357	Die für 2014 geplante Kostenbeteiligung des RVL zur Verkehrsdatenerhebung steht aus.
51.11	-910.851	-945.240	-34.389	Mindereinnahmen i.H.v. 55.000 EUR resultieren daraus, dass die für 2014 geplante Abrechnung einer größeren Baulandumlegung bereits in 2013 komplett erfolgte.
51.12	-768.826	-793.326	-24.500	Mehraufw endungen aufgrund einer nicht erw arteten Nachzahlung für 2013 und einer höheren Kostenbeteiligung 2014.
54.20	-1.060.512	-829.330	231.181	Der positive Abschluss ist in erster Linie auf den milden Winter zurück zu führen. Dadurch w urden Mittel für Streugut, Dienstleistungen Dritter sowie Kraftstoffe nicht im vorhergesehenen Ausmaß benötigt (230.000 EUR). Darüberhinaus sind überplanmäßig Kostenumlagen von Land und Bund in Höhe von 55.000 EUR erbracht w orden. Im Personalbereich Mehraufw and von 100.000 EUR.
54.30	-366.978	-258.495	108.483	Es sind ebenfalls Minderaufw endungen im Bereich Streugut, Kraftstoff und Dienstleistungen im Winterdienst zu verzeichnen (150.000 EUR). Im Personalbereich Mehraufw and von 50.000 EUR.
54.40	-173.627	-123.908	49.719	Die Minderaufw endungen im Bereich Streugut, Kraftstoff und Dienstleistungen im Winterdienst betragen 93.000 EUR. Im Personalbereich Mehraufw and 22.000 EUR.
54.70	-2.431.410	-2.396.698	34.712	Im Abschreibungsbereich Minderaufw and von 37.000 EUR.
57.10	-843.371	-800.436	42.935	Minderaufw and wegen Verzögerung beim Programmstart Interreg (75.000). Im Personalbereich Mehraufw and 40.000 EUR.
57.50	-215.338	-224.573	-9.235	Einsparungen bei Seminarkosten 5.000 EUR. Im Personalbereich Mehraufw and 9.000 EUR.
gesamt	-8.046.360	-7.600.434	445.926	

Weiterführende Erläuterungen

Mit rd. 450.000 EUR trägt der Teilhaushalt 4 zum positiven ordentlichen Jahresergebnis 2014 bei. Wesentliche Positionen sind dabei die Minderaufwendungen im Bereich des Unterhalts der Kreis-, Landes- und Bundesstraßen und bei der Erstattung für Schülerbeförderungsmaßnahmen. Auf der anderen Seite stehen unterschiedliche Einzelpositionen, die in den Produktgruppen Mindererträge bzw. einen höheren Aufwand verursacht haben.

Investitionen 2014

PG	Bezeichnung der Investitionsmaßnahme	zeitliche Umsetzung	Gesamt-betrag	bis 2013 finanziert	Ermächti-gungsübertra-gungen aus Vorjahr	2014 PLAN	2014 IST	Ermächti-gungsübertra-gungen ins Folgejahr	Finanzpl. Jahre 2015-2017
			- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
54.20	Fuhrpark Straßenmeistereien	fortlaufend			-105.578	-496.700	-325.679	-322.228	-1.326.500
	jährl. Investitionskosten-zuschuss Bund					119.800	56.533		158.500
	Saldo Investitionstätigkeit Fuhrpark Straßenmeistereien				-105.578	-376.900	-269.146	-322.228	-1.168.000
54.20	Planung und Bau Teilumgehung Rümmingen	2007 - 2018	-4.500.000	-109.508	-313.734	-200.000	-39.422	-474.312	-3.050.000
	Grunderwerb K6327		-120.000		-60.000			-60.000	-120.000
	Zuschuss Land		2.000.000						1.375.000
	Saldo Teilumgehung Rümmingen (K6327)		-4.620.000	-109.508	-373.734	-200.000	-39.422	-534.312	-1.795.000
54.20	Radwegebrücke Märkt	2010 - 2015	-599.000	-30.060	-84.732	-190.000	-48.468	-226.255	-599.000
	Grunderwerb K6326		-57.000		-70.000			-70.000	
	Zuschuss Land		428.000			47.000	0		428.000
	Zuschuss Stadt Weil am Rhein		100.000			70.000	0		100.000
	Saldo Radwegebrücke Märkt		-128.000	-30.060	-154.732	-73.000	-48.468	-296.255	-71.000
54.20	Straßen- Bauwerke, Brückenbaumaßnahmen	2012 - 2015	-1.060.000	-243.133		-440.000	-492.848		-500.000
54.20	Radverkehrskonzept	2014	-200.000			-200.000	0	-100.000	
	Zuschuss Land		100.000			100.000	0		
	Saldo Radwegekonzept		-100.000			-100.000	0	-100.000	
54.70	Förderung ÖPNV - Tram 8 Basel-Weil am Rhein	2011 - 2013	-1.000.000	-850.000	-150.000	0	-150.000		
57.10	Investitionszuschüsse an übrige Bereiche	2014				0	-11.800		
XX.XX	Veräußerung von Sachverm. und Schadensersatz					0	57.693		
XX.XX	Erwerb bewegliches Anlagevermögen					-80.000	-12.115	-40.000	
	Saldo aus Investitionstätigkeit		-6.908.000	-1.232.701	-784.044	-1.269.900	-966.106	-1.292.795	-3.534.000

Erläuterungen zu den Investitionen 2014

Ortsumgehung Rümmingen

Bereits im Jahr 2012 hat sich der Kreistag für die Weiterverfolgung der Variante 3 B mit Anschluss der Lörracher Straße entschieden. Die Vergabe der Entwurfs- und Genehmigungsplanung wurde im Frühjahr 2014 vergeben, das Ingenieurbüro musste jedoch wegen der Ergebnisse aus dem Sicherheitsaudit zunächst Punkte aus der Vorplanung wiederholen. Mit dem Abschluss der Entwurfsplanung wird bis Ende 2015 gerechnet, so dass voraussichtlich im Jahr 2016 mit der Planfeststellung begonnen werden kann.

Radweg Brücke Märkt

Im Jahr 2014 wurden sämtliche Planungen der Kreisstraße und des Radwegs abgeschlossen, außerdem wurde die Förderung durch Landesmittel sichergestellt. Auch die Planungen des Brückenbauwerks durch das Regierungspräsidium Freiburg wurden im vergangenen Jahr 2014 fertiggestellt. Der Baubeginn wird im Sommer 2015 erfolgen, mit der Fertigstellung wird in der zweiten Jahreshälfte 2016 gerechnet.

Straßenbauwerke

Im Rahmen des Kreisstraßenerhaltungs- und -bauprogramms (KEBP) erfolgte im Jahr 2014 der Bau der Plattenbrücke auf der Ruhrbergstrecke bei Grenzach-Wyhlen. Hierfür wurden bei der Erstellung des KEBP ursprünglich Baukosten in Höhe von 140.000 EUR veranschlagt. Aufgrund der Erfahrungen im Zusammenhang mit den vergangenen Brückensanierungen wurde dieser Mittelansatz bereits im Rahmen der Haushaltsplanungen nach oben korrigiert. Die zur Verfügung gestellten Mittel waren auskömmlich.

Radverkehrskonzept

Aufgrund von Verzögerungen bei der Erstellung der Gemeindesteckbriefe und deren Vorstellung in den Gemeinden konnte nicht wie ursprünglich geplant mit der Umsetzung der baulichen Maßnahmen begonnen werden. Die hierzu erforderliche Priorisierung erfolgt in der ersten Jahreshälfte 2015, hinsichtlich der bereits für 2014 bereitgestellten Mittel wurde eine Übertragung ins folgende Jahr beantragt.

Tram 8

Zur Steigerung der grenzüberschreitenden Mobilität konnte im Dezember 2014 die neue Tramlinie 8 eingeweiht werden, wodurch die Städte Basel und Weil am Rhein noch näher zusammenwachsen. Der Landkreis hat sich mit insgesamt 1 Mio. EUR an den Baumaßnahmen beteiligt.

Teilergebnisrechnung

Ifd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässiger Mehraufw. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
2	+ Umlagen Zuweisungen Zuschüsse	10.304.801,38	10.158.500	10.136.116,19	22.383,81-	0	0	22.383,81	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Entgelte	9.372,00	9.000	10.210,00	1.210,00	0	0	1.210,00-	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	169.175,17	104.000	134.823,64	30.823,64	0	0	30.823,64-	0
6	+ Kostenerstattungen Kostenumlagen	3.726.591,60	3.342.908	3.327.951,36	14.956,64-	0	0	14.956,64	0
9	+ Sonstige ordentliche Erträge	902.735,65	903.200	924.723,24	21.523,24	0	0	21.523,24-	0
10	= Ordentliche Erträge	15.112.675,80	14.517.608	14.533.824,43	16.216,43	0	0	16.216,43-	0
11	- Personalaufwendungen	6.840.949,07-	7.192.819-	7.607.239,77-	414.421,03-	0	52.800,00-	361.621,03	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.946.700,72-	3.484.528-	2.910.633,10-	573.894,42	1.405,39	71.700,00-	644.189,03-	179.400,00-
14	- Planmäßige Abschreibungen	823.054,78-	874.509-	845.611,40-	28.897,56	0	0	28.897,56-	0
15	- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	113,30-	0	0	0	0	0	0	0
16	- Transferaufwendungen	5.720.957,06-	6.039.100-	5.968.633,46-	70.466,54	11.800,00	22.900,00-	81.566,54-	30.000,00-
17	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.732.904,39-	4.973.013-	4.802.140,58-	170.871,98	10.710,00	214.900,00-	375.061,98-	189.700,00-
18	= Ordentliche Aufwendungen	21.064.679,32-	22.563.968-	22.134.258,31-	429.709,47	23.915,39	362.300,00-	768.094,08-	399.100,00-
19	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	5.952.003,52-	8.046.360-	7.600.433,88-	445.925,90	23.915,39	362.300,00-	784.310,51-	399.100,00-
51	- Aufwand für Mitwirkungsleistungen	178.877,42-	186.074-	192.840,17-	6.766,10-	0	0	6.766,10	0
52	- Aufwand für Serviceleistungen	1.278.831,90-	1.557.260-	1.505.234,43-	52.025,20	0	0	52.025,20-	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	522.076,74-	609.119-	670.007,95-	60.888,97-	0	0	60.888,97	0
54	- Aufwand für IuK	197.719,31-	217.647-	220.158,89-	2.511,44-	0	0	2.511,44	0
55	- Aufwand für Steuerung/-unterstützung	631.036,97-	818.453-	763.005,25-	55.447,36	0	0	55.447,36-	0
60	- Kalkulatorische Kosten	811.304,03-	853.797-	618.162,72-	235.634,16	0	0	235.634,16-	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	3.619.846,37-	4.242.350-	3.969.409,41-	272.940,21	0	0	272.940,21-	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	9.571.849,89-	12.288.709-	11.569.843,29-	718.866,11	23.915,39	362.300,00-	1.057.250,72-	399.100,00-

Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächti- gungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	14.360.899,99	14.216.008	14.598.780,80	382.772,80	0	0	382.772,80-	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	20.784.097,84-	21.845.454-	20.880.020,78-	965.433,08	23.915,39	362.300,00-	1.303.817,69-	399.100,00-
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	6.423.197,85-	7.629.446-	6.281.239,98-	1.348.205,88	23.915,39	362.300,00-	1.686.590,49-	399.100,00-
4	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	433.565,89	336.800	56.533,00	280.267,00-	0	0	280.267,00	0
6	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	4.593,45	0	57.692,66	57.692,66	0	0	57.692,66-	0
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	438.159,34	336.800	114.225,66	222.574,34-	0	0	222.574,34	0
10	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	130.000,00-	130.000,00-	130.000,00-
11	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	255.021,44-	1.030.000-	580.738,26-	449.261,74	45.628,75	398.466,00-	802.098,99-	800.567,00-
12	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	432.389,46-	576.700-	337.794,14-	238.905,86	57.744,14-	105.578,00-	402.228,00-	362.228,00-
14	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	320.000,00-	0	161.800,00-	161.800,00-	11.800,00-	150.000,00-	0	0
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.007.410,90-	1.606.700-	1.080.332,40-	526.367,60	23.915,39-	784.044,00-	1.334.326,99-	1.292.795,00-
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	569.251,56-	1.269.900-	966.106,74-	303.793,26	23.915,39-	784.044,00-	1.111.752,65-	1.292.795,00-
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	6.992.449,41-	8.899.346-	7.247.346,72-	1.651.999,14	0	1.146.344,00-	2.798.343,14-	1.691.895,00-
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	6.992.449,41-	8.899.346-	7.247.346,72-	1.651.999,14	0	1.146.344,00-	2.798.343,14-	1.691.895,00-

Ausblick, Chancen und Risiken

■ **Umsetzung des Radverkehrskonzeptes**

Wesentlicher Bestandteil der für 2015 vorgesehenen Maßnahmen wird die Planung und Umsetzung der kreisweiten Radwegweisung (Beschilderung) auf Grundlage des im Radverkehrskonzeptes festgelegten Radroutennetzes sein.

Darüber hinaus erfolgten im Jahr 2015 die Priorisierung der baulichen Maßnahmen an Kreisstraßen sowie die Priorisierung für die Bundes- und Landesstraßen, die dem Regierungspräsidium sodann zur Verfügung gestellt werden soll. Da nur ein geringer Teil der Pendler Routen auf kreiseigenen Radwegen verläuft, ist es Schlüsselaufgabe des Landkreises, beim Regierungspräsidium einerseits und bei den Städten und Gemeinden andererseits für eine zügige Umsetzung der Maßnahmen zu werben und diese dabei zu unterstützen.

■ **Nahverkehrsplanung**

Im Jahr 2015 werden für die weitere Entwicklung der Nahverkehrsplanung entscheidende Weichenstellungen erfolgen, insbesondere durch die Festlegung des Anforderungsprofils für den neu zu erstellenden Nahverkehrsplan. Hierbei wird die Qualität und Quantität der ÖPNV-Bedienung unter Berücksichtigung des evtl. notwendigen Zuschussbedarfs festgelegt.

■ **Straßenbau**

Für Deckenerneuerungen und die Sanierung von Ingenieurbauwerken stehen 2015 rund 780.000 EUR zur Verfügung.

Zur Fortschreibung des Programmes sind aktuelle Daten zum Zustand der Kreisstraßen sowie der relevanten Bauwerke erforderlich. Bereits im Jahr 2014 wurde die Bauwerkshauptprüfung durchgeführt, die Zustandserfassung der Kreisstraßen findet im Frühjahr 2015 statt. Im Anschluss daran kann eine fundierte Abschätzung erfolgen, wie groß der Mittelbedarf ist, um die Kreisstraßeninfrastruktur in dem aktuellen Zustand zu erhalten. Ausgehend von den Erfahrungswerten kann auch der Aufwand abgeschätzt werden, der erforderlich wäre, um die Infrastruktur in Richtung eines durch eine bestimmte Zustandsnote definierten Zielzustandes zu verbessern.

Noch vor den Haushaltsberatungen kann das neue KEBP dann mit Maßnahmenkatalog beschlossen werden.

■ **Breitbandausbau**

Die Errichtung eines zukunftsfähigen Breitbandnetzes ist dringend notwendig, um den Landkreis in seiner Attraktivität sowohl als Wohnort als auch bei der Ansiedlung von Gewerbe- und Industriebetrieben zu erhalten und auszubauen. Daher beginnt im Jahr 2015 der Bau eines Backbone-Netzes zur Verbesserung der Breitbandversorgung. Der Landkreis unterstützt die Städte und Gemeinden beim Ausbau der Ortsnetze durch die Finanzierung des Backbonenetzes und durch die Übernahme der Vorbereitungsarbeiten, die im Rahmen der Gründung eines Zweckverbands zur Breitbandversorgung notwendig sind. An dem Zweckverband sollen sich neben dem Landkreis alle 35 Städte und Gemeinden beteiligen.

■ **Strukturpolitik**

Bereits die Lage des Landkreises Lörrach mit einem fast fünfzigprozentigen Flächenanteil im ländlichen Raum und der unmittelbaren Grenzlage zu der Schweiz und Frankreich legt nahe, dass eine aktive Strukturpolitik ein wichtiger Baustein für die Zukunftsfähigkeit des Landkreises ist. Um die Herausforderungen meistern zu können, sollen die Eckpunkte der Kreispolitik an die Beantwortung grundlegender Fragen und die Erwartungen der Kreiskommunen geknüpft werden. Daher wird ein breit angelegter Beteiligungsprozess die Grundlage sein, um zusammen mit den Städten und Gemeinden den Weg zur Erarbeitung einer übergeordneten Zukunftsstrategie einzuschlagen. Basis hierfür ist die Darstellung der Ist-Situation in den folgenden Bereichen:

- Bevölkerung und Bevölkerungsveränderung
- Wirtschaft und Beschäftigte
- Grenzgänger
- Mobilität
- Bildung und Soziales
- Medizinische Versorgung
- Freizeit und Kultur
- Tourismus

■ **Organisationsuntersuchungen**

Im Fachbereich Straßen sowie im Sachgebiet Verkehr & ÖPNV wurde im Jahr 2014 mit der Durchführung von Organisationsuntersuchungen unter externer Begleitung begonnen. Die Ergebnisse der beiden Organisationsuntersuchungen sowie die Umsetzungsvorschläge werden den Gremien bis zur Sommerpause vorgestellt.

■ **Flurneuordnung und Vermessung & Geoinformation**

In der Flurneuordnung sind in den kommenden Jahren Personalprobleme zu erwarten, da mehrere Altersabgänge durch das Land nicht wieder besetzt werden. Grundsätzlich wirkt sich auch die Wiederbesetzung von Stellen älterer Mitarbeiter bei den Landratsämtern auf die Gesamtleistung aus, da die jüngeren Leute erst ausgebildet und eingearbeitet werden müssen; dies ist in der Flurneuordnung ein länger dauernder und aufwändiger Prozess.

Auch die Altersstruktur der Mitarbeitenden des Fachbereichs Vermessung & Geoinformation gibt Anlass zur Befürchtung, dass ohne rechtzeitige Wiederbesetzungen von freigewordenen Stellen zukünftig die gesetzlich zugewiesenen Aufgaben nicht mehr vollumfänglich wahrgenommen werden können.

51.10 Räumliche Planung

Ziele & Kennzahlen

Ulrich Hoehler – Umweltausschuss

WIRKUNGSZIELE		Zielgruppe
A	S Ein zukunftsorientiertes bedarfsgerechtes und umweltschonendes Mobilitätsangebot ist im Landkreis Lörrach sichergestellt.	Bevölkerung im Landkreis
A	S Ein zukunftsorientiertes bedarfsgerechtes und umweltschonendes Mobilitätsangebot ist im Landkreis Lörrach sichergestellt.	Bevölkerung im Landkreis und im TEB
B	S Im Landkreis besteht ein verbessertes Angebot an Radwegen.	Bevölkerung im Landkreis und im TEB

Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert		Messgröße
A 1	S Der Landkreis begleitet aktiv die derzeit laufenden Projekte: Hochrheinelektrifizierung (HRE), viergleisiger Ausbau Rheintalbahn sowie Ausbau A98 und bringt seine Interessen und Positionen in die jeweiligen Lenkungsgruppen ein.	
A 2	S Der Nahverkehrsplan ist auf Basis einer aktuellen Verkehrserhebung bis 2015/16 neu gefasst.	A 2 k1
B 1	S Koordination/ Vorantreiben der Umsetzung des Radwegekonzeptes bei allen Städten und Gemeinden im Landkreis.	

Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant		Umsetzungsgrad
A 1.1	S HRE: Das Finanzierungskonzept HOAI-Stufen 3+4 liegt vor. (2013/2014)	0%
A 1.2	S HRE: Die standardisierte Bewertung liegt vor. (2014)	0%
A 1.3	S Viergleisiger Ausbau: Mitwirkung im Projektbeirat zur Erreichung eines niveaufreien Ausbaus des Bugginger Knotens. (2013/2014)	100 %
A 1.4	S A 98: Teilnahme am Mitwirkungsverfahren zur Ausgestaltung der Abschnitte 5+6 (2013/2014)	100 %
A 2.1	S Die Ergebnisse einer umfassenden Verkehrserhebung liegen vor.	90 %
A 2.2	S Die Evaluierung des bisherigen Nahverkehrsplanes ist erfolgt.	90 %
A 2.3	S Die Analyse der Verkehrsdatenerhebung ist abgeschlossen und dokumentiert (2015).	50 %
A 2.4	S Die Neufassung des Nahverkehrsplanes liegt vor (2015/2016).	ja
B 1.1	S Unterstützung der Gemeinden bei der Beantragung von Fördermitteln	100%

KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG		ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
A 2 k1	S Nahverkehrsplan neuerstellt/ fortgeschrieben	2016	2016	

GESAMTBETRACHTUNG

Produkt 51.10.15 Verkehrsplanung; Konzepte zur Verkehrslenkung und Steuerung
 Das Ziel der Fertigstellung eines neuen NVP für den Landkreis Lörrach in 2015/2016 wird voraussichtlich erreicht. In 2014 wurde die Verkehrsdatenerhebung abgeschlossen, die Qualitätssicherung der erhobenen Daten konnte entgegen der Planung nicht in 2014 fertiggestellt werden. Das erste Zwischenziel im Rahmen des Nahverkehrsplanungsprozesses wurde mit dem Beschluss zur Linienbündelung im März 2014 erreicht. Darüber hinaus liegt mittlerweile eine Status-Quo Analyse vor, so dass nach der Einbeziehung der Gemeindestellungnahmen und der Ergebnisse des Bürgerbeteiligungsprozesses mit der Festlegung der Qualitätskriterien begonnen werden kann.
 Bei der Elektrifizierung der Hochrheinstrecke steht die Beauftragung der Phasen 3 und 4 nach wie vor aus.
 Beim viergleisigen Ausbau der Oberrheinstrecke wurde die beauftragte Eisenbahnbetriebswirtschaftliche Untersuchung abgeschlossen. Die Ergebnispräsentation fand im ersten Quartal 2014 statt.

Produkt 51.10.16 Regionalentwicklung
 Ausgenommen vom Verkehrsbereich (s.o.) findet die Regionalentwicklung im Rahmen der Fortschreibung des Regionalplans Hochrhein-Bodensee statt. Das Verfahren dazu wurde 2009 eingeleitet. Der Landkreis entrichtet hierfür eine Verbandsumlage - das Budget für 2014 war diesbezüglich auskömmlich.

Teilergebnisrechnung

Räumliche Planung 51.10

Ulrich Hoehler - Umweltausschuss

lfd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässiger Mehraufw. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	Übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
6	+ Kostenerstattungen Kostenumlagen	22.500,00	120.000	12.500,00	107.500,00-	0	0	107.500,00	0
10	= Ordentliche Erträge	22.500,00	120.000	12.500,00	107.500,00-	0	0	107.500,00	0
11	- Personalaufwendungen	25.663,54-	22.725-	21.444,14-	1.280,69	0	0	1.280,69-	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	124,91-	113-	5.121,34-	5.008,78-	0	0	5.008,78	0
16	- Transferaufwendungen	276.839,00-	272.900-	272.986,00-	86,00-	0	0	86,00	0
17	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	383.059,36-	340.153-	347.195,98-	7.042,98-	0	102.500,00-	95.457,02-	101.900,00-
18	= Ordentliche Aufwendungen	685.686,81-	635.890-	646.747,46-	10.857,07-	0	102.500,00-	91.642,93-	101.900,00-
19	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	663.186,81-	515.890-	634.247,46-	118.357,07-	0	102.500,00-	15.857,07	101.900,00-
52	- Aufwand für Serviceleistungen	7.964,93-	5.925-	5.982,95-	57,51-	0	0	57,51	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	1.578,05-	2.581-	2.667,34-	86,60-	0	0	86,60	0
54	- Aufwand für IuK	697,19-	1.148-	1.130,23-	18,18	0	0	18,18-	0
55	- Aufwand für Steuerung/-unterstützung	1.273,41-	3.644-	3.396,91-	246,83	0	0	246,83-	0
60	- Kalkulatorische Kosten	11.389,65-	7.150-	13.868,49-	6.718,29-	0	0	6.718,29	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	22.903,23-	20.449-	27.045,92-	6.597,39-	0	0	6.597,39	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	686.090,04-	536.339-	661.293,38-	124.954,46-	0	102.500,00-	22.454,46	101.900,00-

Teilfinanzrechnung

Räumliche Planung 51.10

Ulrich Hoehler - Umweltausschuss

lfd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	Übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	22.500,00	120.000	3.500,00	116.500,00-	0	0	116.500,00	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	737.191,59-	635.890-	647.416,60-	11.526,21-	0	102.500,00-	90.973,79-	101.900,00-
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	714.691,59-	515.890-	643.916,60-	128.026,21-	0	102.500,00-	25.526,21	101.900,00-
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	714.691,59-	515.890-	643.916,60-	128.026,21-	0	102.500,00-	25.526,21	101.900,00-
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	714.691,59-	515.890-	643.916,60-	128.026,21-	0	102.500,00-	25.526,21	101.900,00-

51.10.15 Verkehrsplanung/Konzepte zur Verkehrslenkung und Steuerung

Ziele & Kennzahlen

Andreas Müller, FBL Verkehr – Umweltausschuss

Neben den Leistungszielen der Produktgruppe wurden folgende SCHLÜSSELPRODUKTZIELE definiert	Messgröße
Standardisierte Bewertung und Finanzierungskonzept HOAI Stufe 3+4 für die Hochrheinelektrifizierung liegt vor	
Aktive Einbringung der Landkreis-Interessen bei regionalen Verkehrsprojekten	
Neufassung des Nahverkehrsplans auf Basis einer aktuellen Verkehrsdatenerhebung bis 2016.	
Größtmögliche Akzeptanz und Umsetzung des kreisübergreifenden Radverkehrskonzeptes bei/durch alle Beteiligten.	

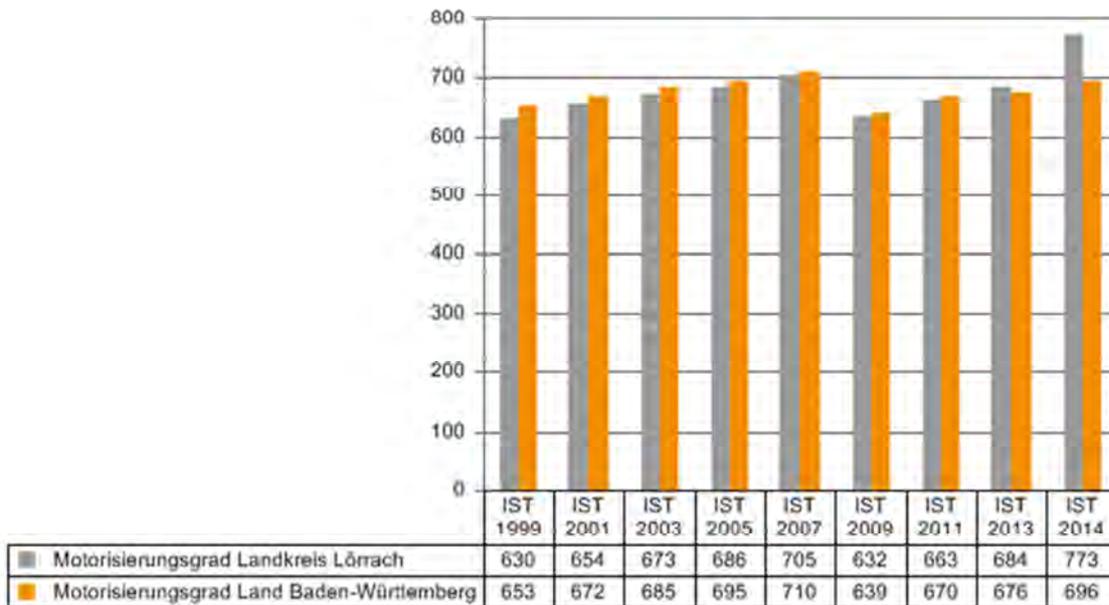
Um die Schlüsselproduktziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
Durchsetzung der Landkreis-Interessen, Abstimmung und Konsensfindung mit allen Beteiligten.	100 %
Vergleicher Ausbau: Mitwirkung im Projektbeirat und Durchsetzung der Landkreis-Interessen	100 %
Ausbau A98: Teilnahme am Mitwirkungsverfahren zur Ausgestaltung der Abschnitte 5+6	100%
Koordination und Unterstützung des Planungsbüros bei der Evaluierung der Umsetzung des bisherigen NVP.	100 %
Koordination und Unterstützung des Planungsbüros bei Verkehrsdatenerhebung und Datenanalyse.	100 %
Koordination und Unterstützung des Planungsbüros bei Anhörung der Bevölkerung der Gemeinden.	100 %
Koordination und Vorantreiben der Umsetzung der Maßnahmen bei den Gemeinden.	100%

Kennzahlen der ZIELERREICHUNG		ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
K 51.10.15- 01	Motorisierungsgrad Landkreis Lörrach	786,5	772,5	
K 51.10.15- 02	Motorisierungsgrad Land Baden-Württemberg	681,5	696,1	
K 51.10.15- 03	Benutzerfrequenz ÖPNV Landkreis Lörrach (ÖPNV-Fahrten/EW)	110,6	110,0	
K 51.10.15- 04	Benutzerfrequenz ÖPNV Land Baden-Württemberg (ÖPNV-Fahrten/EW)	0,0	0,0	
K 51.10.15- 05	Zuwachsrate Motorisierungsrad (in %)	28,6	26,3	
K 51.10.15- 06	Zuwachsrate ÖPNV-Benutzerfrequenz (in %)	64,4	63,7	

Gesamtbetrachtung

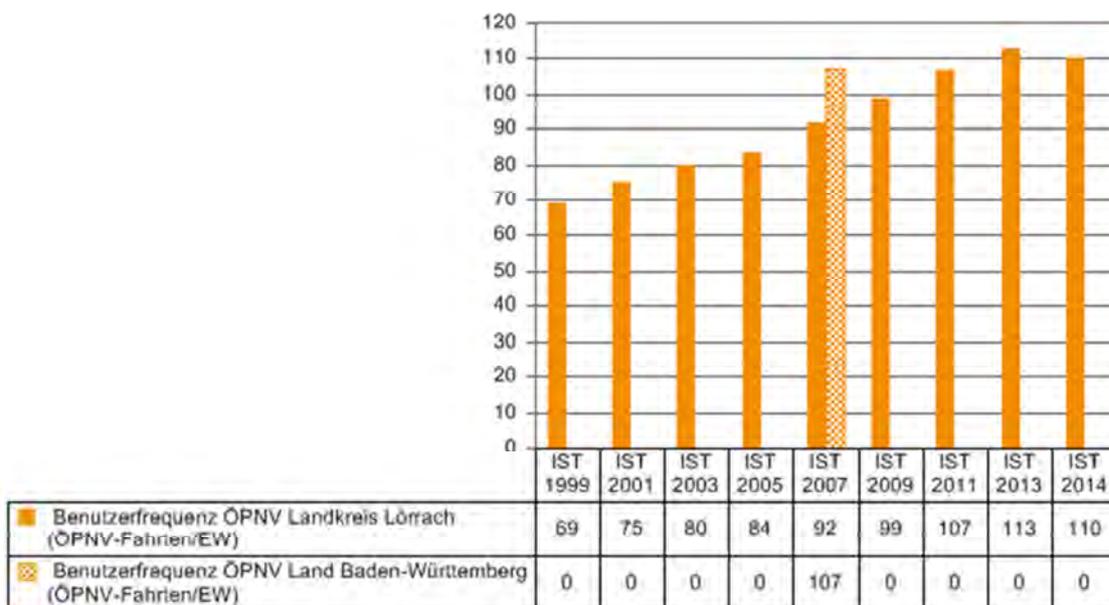
Die Verkehrsdatenerhebung als Basis für die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes konnte in 2014 abgeschlossen und ausgewertet werden. Die gewonnenen Daten dienen ferner auch als Grundlage zur Neufestlegung der Einnahmeverteilung im RVL. Der aktuelle Nahverkehrsplan wurde in 2014 analysiert und bewertet. Soweit beeinflussbar, hat der Landkreis die Projekte Elektrifizierung der KBS 730 sowie Lärmschutz der Anwohner entlang der KBS 703 durch Nutzung des Katzenbergtunnels vorangetrieben. Die ÖPNV-Nutzung konnte auf hohem Niveau stabilisiert werden, obwohl ein deutlicher Anstieg der zugelassenen Kfz im Landkreis zu verzeichnen war.

Motorisierungsgrad Land und LK Lörrach im Vergleich (KFZ je 1.000 EW)



Aufgrund statistischer Unschärfen zeichnet sich ein deutlicher Anstieg der Zulassungszahlen ab, der sachlich nicht erklärt werden kann und nach Vorliegen der Daten vom Kraftfahrtbundesamt voraussichtlich relativiert wird.

ÖPNV-Benutzerfrequenz beim Land und Landkreis im Vergleich



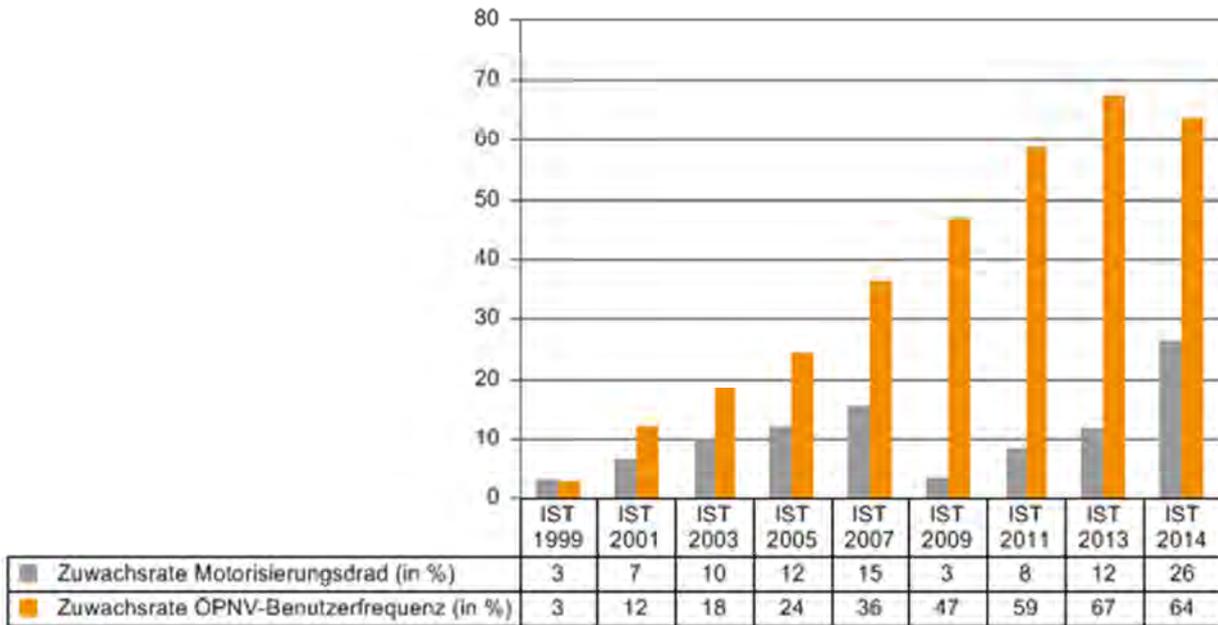
Die ÖPNV-Nutzung im Landkreis konnte auf hohem Niveau stabilisiert werden.

51.10.15 Verkehrsplanung/Konzepte zur Verkehrslenkung und Steuerung

Schlüsselprodukt

Andreas Müller, FBL Verkehr – Umweltausschuss

**Zuwachsrate von Motorisierungsgrad und ÖPNV im LK Lörrach (Basis 1997)
- in % -**



Auch in 2014 konnten hohe Zuwächse in der ÖPNV-Nutzung gehalten werden. Die Zahlen zum Motorisierungsgrad sind von statistischen Unschärfen geprägt und werden tatsächlich eine niedrigere Zuwachsrate enthalten.

Teilergebnisrechnung Verkehrsplanung/Konzepte zur Verkehrslenkung und Steuerung 51.10.15

Andreas Müller, FBL Verkehr – Umweltausschuss

lfd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässiger Mehraufw. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
6	+ Kostenerstattungen Kostenumlagen	22.500,00	120.000	12.500,00	107.500,00-	0	0	107.500,00	0
10	= Ordentliche Erträge	22.500,00	120.000	12.500,00	107.500,00-	0	0	107.500,00	0
11	- Personalaufwendungen	18.772,43-	15.274-	13.648,87-	1.624,69	0	0	1.624,69-	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	124,91-	97-	5.073,65-	4.976,81-	0	0	4.976,81	0
17	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	383.059,36-	340.026-	347.031,65-	7.005,73-	0	102.500,00-	95.494,27-	101.900,00-
18	= Ordentliche Aufwendungen	401.956,70-	355.396-	365.754,17-	10.357,85-	0	102.500,00-	92.142,15-	101.900,00-
19	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	379.456,70-	235.396-	353.254,17-	117.857,85-	0	102.500,00-	15.357,85	101.900,00-
52	- Aufwand für Serviceleistungen	7.363,75-	4.913-	4.967,44-	54,78-	0	0	54,78	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	1.578,05-	2.037-	2.044,62-	8,11-	0	0	8,11	0
54	- Aufwand für IuK	697,19-	867-	897,79-	31,26-	0	0	31,26	0
55	- Aufwand für Steuerung/-unterstützung	1.273,41-	3.133-	2.920,48-	212,23	0	0	212,23-	0
60	- Kalkulatorische Kosten	11.388,82-	5.980-	13.091,94-	7.111,74-	0	0	7.111,74	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	22.301,22-	16.929-	23.922,27-	6.993,66-	0	0	6.993,66	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	401.757,92-	252.325-	377.176,44-	124.851,51-	0	102.500,00-	22.351,51	101.900,00-

Teilfinanzrechnung Verkehrsplanung/Konzepte zur Verkehrslenkung und Steuerung 51.10.15

Andreas Müller, FBL Verkehr – Umweltausschuss

lfd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	22.500,00	120.000	3.500,00	116.500,00-	0	0	116.500,00	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	453.461,48-	355.396-	366.850,13-	11.453,81-	0	102.500,00-	91.046,19-	101.900,00-
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	430.961,48-	235.396-	363.350,13-	127.953,81-	0	102.500,00-	25.453,81	101.900,00-
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	430.961,48-	235.396-	363.350,13-	127.953,81-	0	102.500,00-	25.453,81	101.900,00-
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	430.961,48-	235.396-	363.350,13-	127.953,81-	0	102.500,00-	25.453,81	101.900,00-

54.20 Kreisstraßen

Ziele & Kennzahlen

Anne Wurmitzer, FBL Straßen - Umweltausschuss

WIRKUNGSZIELE		Zielgruppe
A	S Eine bedarfsgerechte und wirtschaftliche Unterhaltung, Erhaltung und Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur (Kreisstraßen und Bauwerke) im Landkreis Lörrach ist sichergestellt.	Verkehrsteilnehmer und Einwohner/-innen im Landkreis Lörrach
B	S Im Landkreis besteht ein verbessertes Angebot an Radwegen.	Bevölkerung im Landkreis und im TEB

Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert		Messgröße
A 1	S Anforderungsgerechte Umsetzung aller Leistungen der betriebl. Unterhaltung (UI) nach „Leistungsheft für den Straßenbetriebsdienst bzw. Erhaltung (UA).	A 1k1, A 1k2
A 2	S Zum 31.12.2019 soll der Anteil der Kreisstraßen mit Zustandsnote 4,5 oder schlechter weniger als 25 % betragen. Zum 31.12.2019 soll der Anteil der Kreisstraßen mit Zustandsnote 3,5 oder schlechter weniger als 50 % betragen. Zum 31.12.2014 soll die durchschnittliche Bauwerksnote besser als 2,0 und die einzelnen Bauwerke nicht schlechter als jeweils 2,9 (ausreichender Zustand) sein.	A 2 k1, A 2 k2, A 2 k3, A 2 k4
A 3	S Bis Ende 2014 sind die Detailplanungen für die Teilumgehungen Rümmlingen in der Variante 3b abgeschlossen und der GVFG Antrag eingereicht.	A 3 k1, A 3 k2
B 1	S Beginn der Umsetzung mit ersten kreiseigener Maßnahmen gem den im Radwegekonzept festgelegten Prioritäten.	B 1k1
B 2	S Bis Ende 2015 ist der Radweg auf der Brücke Markt fertiggestellt.	B 2 k1

Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant		Umsetzungsgrad
A 1.1	S Bis zum 01.08. des Folgejahres sind die Winterschäden im Rahmen der Unter- und Erhaltung beseitigt (Riss-Sanierung).	60 %
A 1.2	S Abfahren der Kreisstraßen und Prüfung im Hinblick auf Verkehrssicherheit (Baumschau, Lichttraumprofil)	80 %
A 2.1	S Die im Kreisstraßenerhaltungsprogramm (2011-2015) vorgesehenen jährlichen Deckenerneuerungen werden bis zum 31.10. umgesetzt.	100 %
A 2.2	S Zustandserfassung, Analyse und Auswertung der Daten, Festlegung von Prioritäten und Fortschreibung des Erhaltungsprogramms	30 %
A 3.1	S Durchführung der Entwurfs- und Genehmigungsplanung	10 %
A 3.2	S Durchführung des Sicherheitsaudits	100 %
A 3.3	S Einleitung des Baurechtsverfahrens	%
A 3.4	S Einreichen des GVFG-Antrags	100 %
B 1.1	S Die konkrete Maßnahmenplanung erfolgt i.R. der HH-Planung 2014 in Abhängigkeit der finanziell bereitgestellten Mittel sowie den unter dem Leistungsziel konkret festgelegten Projekten	
B 2.1	S Die Vorplanung, der Grunderwerb, GVFG-Antragstellung und der Baubeginn durch das LRA ist bis Ende 2014 erfolgt.	85 %

KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG		ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
A 1 k1	S Winterschäden fristgerecht beseitigt	ja	ja	
A 1 k2	S Baumschau, Lichttraumprofilprüfung durchgeführt	ja	ja	
A 2 k1	S Anteil Kreisstraßen mit Zustandsnote 4,5 (in %)	-	-	
A 2 k2	S Anteil Kreisstraßen mit Zustandsnote 3,5 (in %)	-	-	
A 2 k3	S Durchschnittliche Bauwerksnote	-	2,1	
A 2 k4	S Fortschreibung erfolgt und beschlossen	2015	0	
A 3 k1	S Planung abgeschlossen	ja	nein/ja	Detailplanungen stehen aus, GVFG-Antrag fristgerecht eingereicht.
A 3 k2	S Sicherheitsaudit durchgeführt (j/n)	ja	ja	
B 1 k1	S Jährl. Investitionsmittel von LK (netto)	100.000	0	In 2014 konnten keine Mittel umgesetzt werden.
B 2 k1	S Radweg ist fertig: Ja/Nein	2015		Fertigstellung erst 2016

GESAMTBETRACHTUNG

Der Landkreis Lörrach hat seine Kreisstraßen und Radwege in einem dem regelmäßigen Verkehrsbedürfnis genügenden und den allgemein anerkannten Regeln des Straßenbaus entsprechenden Zustand zu bauen, zu unterhalten, zu erweitern oder sonst zu verbessern. Im Anbetracht des derzeitigen Ausbauszustandes der Kreisstraßen liegt der Aufgabenschwerpunkt in der Erhaltung und Unterhaltung der Kreisstraßeninfrastruktur. Für die Erhaltung hat der FB Straßen im Jahr 2014 Deckensanierungsmaßnahmen gemäß dem Kreisstraßenbau- und -erhaltungsprogramm 2011-2015 durchgeführt. Durch die beiden Straßenmeistereien des Landkreises Lörrach werden darüber hinaus die betriebliche Unterhaltung sowie der Winterdienst koordiniert und ausgeführt. Zur punktuellen Verbesserung der Kreisstraßeninfrastruktur wurde in 2014 die Vergabe der Entwurfs- und Genehmigungsplanung für die Teilortsumgehungen Rümmlingen durchgeführt und mit den Planungen begonnen. Zur Verbesserung der Situation für Radfahrer konnten die Planung des straßenbegleitenden Radwegs an der K 6326 über die BAB A5 bei Markt gemeinsam mit dem Regierungspräsidium zum Abschluss gebracht werden, so dass die Maßnahme in den Jahren 2015-2016 umgesetzt werden kann. Aus dem Radverkehrskonzept, das im Jahr 2013 beschlossen wurde, ergeben sich hinsichtlich der Radverkehrsinfrastruktur zusätzliche Maßnahmen. Mit deren Umsetzung konnte in 2014 noch nicht begonnen werden, die bereitgestellten Mittel sollten daher ins kommende Haushaltsjahr übertragen werden. Die Verabschiedung des priorisierten Maßnahmenkatalogs ist für die erste Sitzungsrunde 2015 vorgesehen. Im kommenden Jahr findet nach 2010 die zweite Zustandserfassung am Kreisstraßennetz statt. Die dadurch aufgezeigte Entwicklung ermöglicht eine bessere Abschätzung des künftig benötigten Finanzbedarfs zur Erhaltung des Infrastrukturvermögens.

Teilergebnisrechnung

Kreisstraßen 54.20

Anne Wurmitzer, FBL Straßen - Umweltausschuss

Ifd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässiger Mehraufw. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	Übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
2	+ Umlagen Zuweisungen Zuschüsse	2.518.458,25	2.412.782	2.411.735,15	1.046,69-	0	0	1.046,69	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Entgelte	2.932,04	2.500	2.138,62	361,38-	0	0	361,38	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	40.936,47	14.843	16.726,49	1.883,89	0	0	1.883,89-	0
6	+ Kostenerstattungen Kostenumlagen	78.381,74	0	55.362,60	55.362,60	0	0	55.362,60-	0
9	+ Sonstige ordentliche Erträge	3.860,96	0	1.879,78	1.879,78	0	0	1.879,78-	0
10	= Ordentliche Erträge	2.644.569,46	2.430.124	2.487.842,64	57.718,20	0	0	57.718,20-	0
11	- Personalaufwendungen	1.042.083,99-	1.068.756-	1.174.176,30-	105.420,37-	0	12.000,00-	93.420,37	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.422.585,81-	1.983.137-	1.647.458,31-	335.678,93	0	50.000,00-	385.678,93-	173.200,00-
14	- Planmäßige Abschreibungen	370.014,97-	394.038-	394.219,78-	181,34-	0	0	181,34	0
16	- Transferaufwendungen	0	0	760,00-	760,00-	0	0	760,00	0
17	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	47.551,47-	44.704-	100.558,45-	55.853,97-	0	0	55.853,97	0
18	= Ordentliche Aufwendungen	2.882.236,24-	3.490.636-	3.317.172,84-	173.463,25	0	62.000,00-	235.463,25-	173.200,00-
19	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	237.666,78-	1.060.512-	829.330,20-	231.181,45	0	62.000,00-	293.181,45-	173.200,00-
52	- Aufwand für Serviceleistungen	121.808,73-	112.061-	109.186,72-	2.874,08	0	0	2.874,08-	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	25.774,76-	20.266-	18.921,67-	1.343,89	0	0	1.343,89-	0
54	- Aufwand für IuK	14.573,26-	13.106-	13.707,23-	601,47-	0	0	601,47	0
55	- Aufwand für Steuer-/unterstützung	57.551,36-	63.452-	59.153,61-	4.298,79	0	0	4.298,79-	0
60	- Kalkulatorische Kosten	93.257,41-	86.967-	70.159,19-	16.808,17	0	0	16.808,17-	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	312.965,52-	295.852-	271.128,42-	24.723,46	0	0	24.723,46-	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	550.632,30-	1.356.364-	1.100.458,62-	255.904,91	0	62.000,00-	317.904,91-	173.200,00-

Teilfinanzrechnung

Kreisstraßen 54.20

Anne Wurmitzer, FBL Straßen – Umweltausschuss

Ifd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	Übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	2.433.025,66	2.178.443	2.271.673,19	93.230,59	0	0	93.230,59-	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	2.566.973,97-	3.117.785-	2.818.241,45-	299.543,64	0	62.000,00-	361.543,64-	173.200,00-
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus Ifd. Verwaltungstätigkeit	133.948,31-	939.342-	546.568,26-	392.774,23	0	62.000,00-	454.774,23-	173.200,00-
4	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	47.299,00	336.800	56.533,00	280.267,00-	0	0	280.267,00	0
6	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	4.593,45	0	57.692,66	57.692,66	0	0	57.692,66-	0
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	51.892,45	336.800	114.225,66	222.574,34-	0	0	222.574,34	0
10	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	130.000,00-	130.000,00-	130.000,00-
11	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	255.021,44-	1.030.000-	580.738,26-	449.261,74	45.628,75	398.466,00-	802.098,99-	800.567,00-
12	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	401.987,35-	536.700-	325.678,75-	211.021,25	45.628,75-	105.578,00-	362.228,00-	362.228,00-
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	657.008,79-	1.566.700-	906.417,01-	660.282,99	0	634.044,00-	1.294.326,99-	1.292.795,00-
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	605.116,34-	1.229.900-	792.191,35-	437.708,65	0	634.044,00-	1.071.752,65-	1.292.795,00-
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	739.064,65-	2.169.242-	1.338.759,61-	830.482,88	0	696.044,00-	1.526.526,88-	1.465.995,00-
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	739.064,65-	2.169.242-	1.338.759,61-	830.482,88	0	696.044,00-	1.526.526,88-	1.465.995,00-

54.20.01 Bereitstellung und Betrieb von Kreisstraßen und Radwegen

Ziele & Kennzahlen

Anne Wurmitzer, FBL Straßen - Umweltausschuss

Neben den Leistungszielen der Produktgruppe wurden folgende SCHLÜSSELPRODUKTZIELE definiert	Messgröße
<p>Umsetzung von Erhaltungsmaßnahmen im Umfang von insgesamt 3,32 Mio. EUR bis Ende 2015, davon: Deckenerneuerungen auf ca. 10 km Kreisstraßen-Teilstrecken (1,4 Mio. EUR); Sanierung von 9 Brücken (0,3 Mio. EUR); Überbauerneuerung an 3 Brücken (geschätzte Kosten aus 2011->0,38 Mio. EUR, jedoch nach der Vergabe der ersten Maßnahme ist mit deutlichen Kostensteigerungen zu rechnen ca. 0,93 Mio. EUR)</p> <p>Entwurfs- und Genehmigungsplanung der Ortsumgehung Rümmingen, Bau des Radwegs entlang der K 6326 bei Märkt über die BAB A5.</p> <p>Optimierung des ca. 845 km umfassenden Radverkehrsnetzes im LK Lörrach, auf Basis eines Radverkehrskonzeptes, durch die fortlaufende Umsetzung punktueller Maßnahmen an den kreiseigenen Radwegen (aktuell 21 km) sowie unter besonderer Berücksichtigung grenzüberschreitender Pläne und Wege.</p>	

Um die Schlüsselproduktziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
Umsetzung und Fortschreibung des Kreisstraßen- und -bauprogramms 2011-2015 und Berücksichtigung in der mittelfristigen Finanzplanung.	75 %
Zustandsfassung der Kreisstraßen und Durchführung der Bauwerkshauptprüfungen als Grundlage für die Erstellung des Kreisstraßen- und -bauprogramms 2016-2021.	30 %
Umsetzung von kreiseigenen Maßnahmen auf Basis der Empfehlungen und Prioritäten aus dem Radverkehrswegekonzzept und der dafür bewilligten finanziellen Mittel.	0%

Kennzahlen der ZIELERREICHUNG		ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
K 54.20.01-01	Unterhaltung & Instandsetzung Gemeinschaftsaufwand (UI-GA) Anteil Kreis je Betriebs-km	5.722,0	5.536,8	
K 54.20.01-02	Unterhaltung & Instandsetzung Direktaufwand (UI-DA) Anteil Kreis je Betriebs-km	358,7	625,5	Zielwert falsch bzw. zu niedrig angesetzt. Ist-Wert 2013 lag bei 712,2 je Betriebs-km
K 54.20.01-03	Straßenunterhaltung Gesamtaufwand (GA+DA) Anteil Kreis je Betriebs-km	6.080,7	6.162,3	

Gesamtbetrachtung

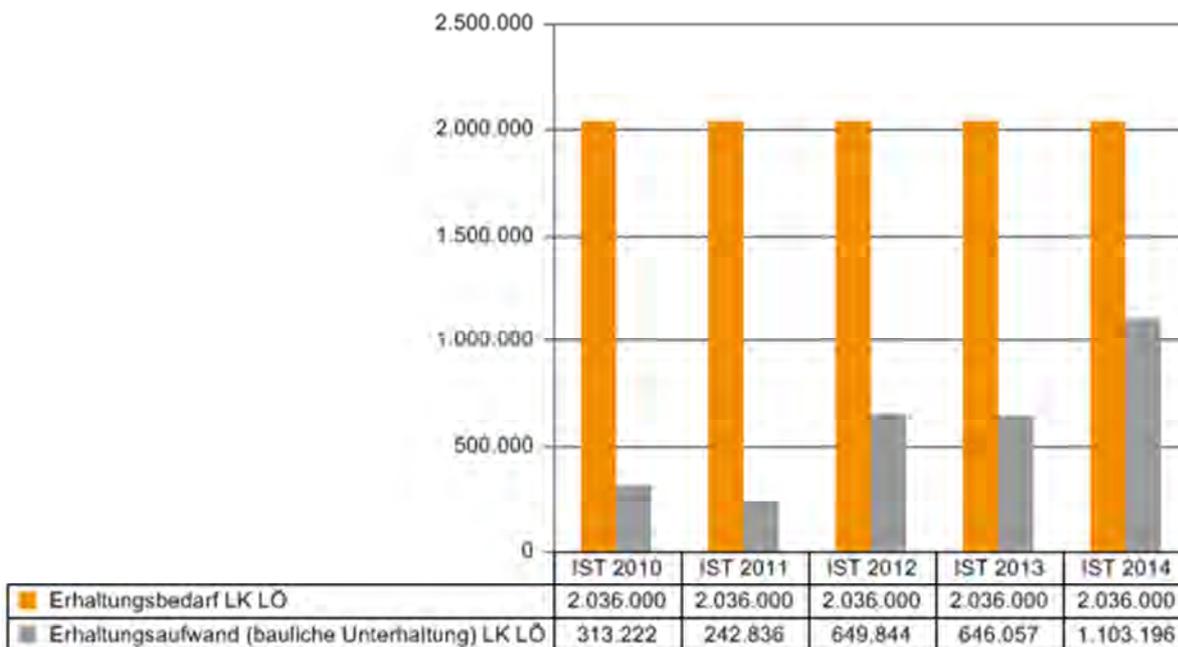
Der Landkreis Lörrach hat seine Kreisstraßen in einem dem regelmäßigen Verkehrsbedürfnis genügenden und den allgemein anerkannten Regeln des Straßenbaus entsprechenden Zustand zu bauen, zu unterhalten, zu erweitern oder sonst zu verbessern. Neben den Kreisstraßen stellen die Radwege des Landkreises eine wichtige Verkehrsinfrastruktur dar. In Anbetracht des derzeitigen Ausbauszustandes der Kreisstraßen im Landkreis Lörrach liegt der Aufgabenschwerpunkt in der Erhaltung sowie der Unterhaltung der Kreisstraßeninfrastruktur. Für die Erhaltung hat das SG Straßen im Jahr 2014 Deckensanierungsmaßnahmen an Kreisstraßen des Landkreises Lörrach nach dem Kreisstraßenbau- und -erhaltungsprogramm 2011-2015 durchgeführt. Durch die beiden Straßenmeistereien des Landkreises Lörrach werden u.a. die betriebliche Unterhaltung sowie der Winterdienst koordiniert und ausgeführt. Zur punktuellen Verbesserung der Kreisstraßeninfrastruktur die Durchführung der Entwurfs- und Genehmigungsplanung zur Ortsumgehung Rümmingen vergeben. In diesem Zusammenhang wurde ein Sicherheitsaudit durchgeführt und mit der Behebung der dort genannten Schwachstellen begonnen. Für die Verbesserung der Situation für Radfahrer wurde die Planung des straßenbegleitenden Radwegs an der K 6326 über die BAB A5 bei Märkt fertiggestellt. Der Baubeginn erfolgt im Sommer 2015. Durch die beiden o.g. Maßnahmen kommen in den nächsten Jahren größere Investitionen auf den Landkreis zu. Die zur Erhaltung zur Verfügung stehenden Mittel reichen langfristig nicht aus, um eine Verschlechterung des Straßenzustandes zu verhindern. Um die Kreisstraßen im Landkreis im dem Zustand zu erhalten, den sie zurzeit haben, müssten ca. 2 Mio. Euro pro Jahr für die Erhaltung der Straßen bereitgestellt werden.

Schlüsselprodukt

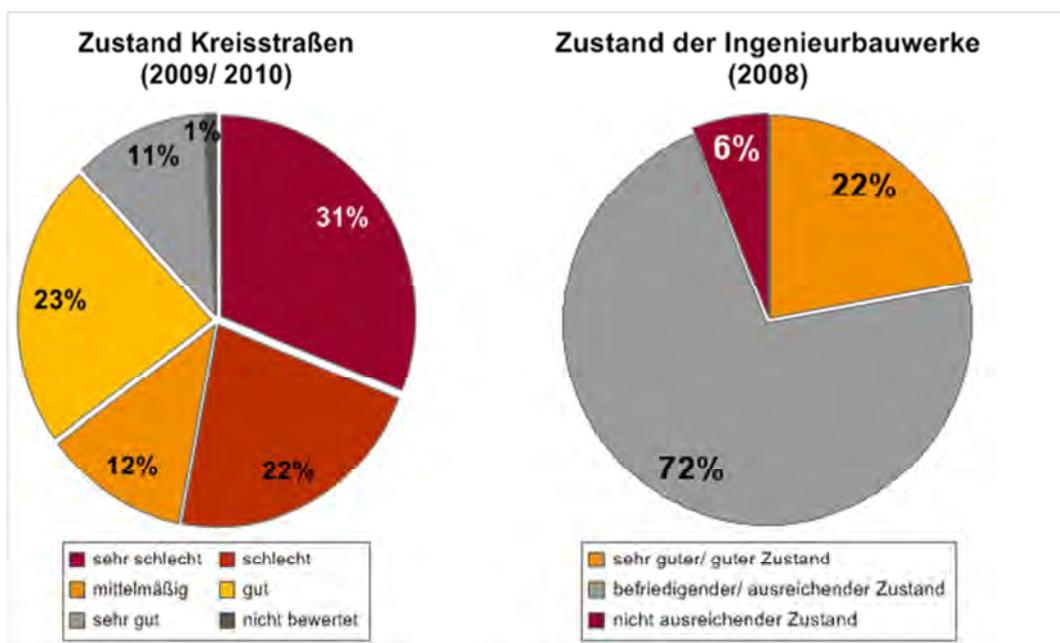
Bereitstellung und Betrieb von Kreisstraßen und Radwegen 54.20.01

Anne Wurmitzer, FBL Straßen - Umweltausschuss

Soll-Ist-Vergleich Erhaltungsmittel Kreisstraßen (in EUR)



Das Diagramm zeigt die zum Substanzerhalt benötigten Mittel im Vergleich zu den tatsächlich bereitgestellten Mittel auf. Es zeigt sich deutlich, dass die zum Substanzerhalt notwendigen Mittel nicht annähernd zur Verfügung gestellt wurden. Im Jahr 2015 findet nach 2009/2010 wieder eine Zustandserfassung statt, bei der sich auch die aktuelle Entwicklung zeigen wird. Insbesondere kann eine Auswertung stattfinden, wie sich der Zustand der Kreisstraßensubstanz in den nächsten Jahren entwickeln wird, wenn ein ähnlich hohes Budget bereitgestellt wird.

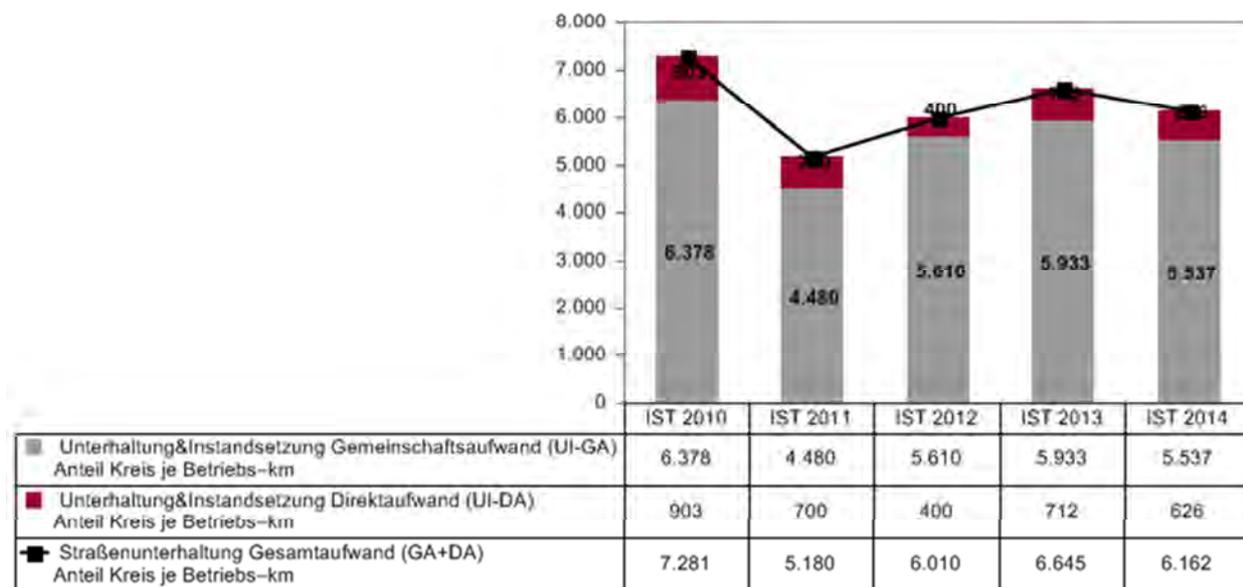


54.20.01 Bereitstellung und Betrieb von Kreisstraßen und Radwegen

Ziele & Kennzahlen

Anne Wurmitzer, FBL Straßen - Umweltausschuss

Straßenunterhaltung gesamt (in EUR je Betriebs-km)



Die Zahlen zeigen den Verlauf des Gesamterhaltungsaufwands je Betriebs-km Kreisstraße. Seit dem Tiefstand von 5.180 EUR/B-km (2011) ist dieser kontinuierlich gestiegen. Die Entwicklung im Jahr 2014 unterbricht diesen Trend in erster Linie wegen des sehr milden Winters.

Grundsätzlich gilt, je weniger Maßnahmen regelmäßig in der Straßenerhaltung durchgeführt werden, umso höher ist der Unterhaltungsaufwand (z.B. provisorische Schlaglochbeseitigung). Der Unterhaltungsaufwand setzt sich zusammen aus Direktaufwendungen (diese können direkt einem der 3 Baulastträger zugerechnet werden) und dem sog. Gemeinschaftsaufwand, der alle Baulastträger gemeinschaftlich betrifft.

Teilergebnisrechnung Bereitstellung und Betrieb von Kreisstraßen und Radwegen 54.20.01

Anne Wurmitzer, FBL Straßen - Umweltausschuss

lfd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässiger Mehraufw. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
2	+ Umlagen Zuweisungen Zuschüsse	2.518.458,25	2.412.782	2.411.735,15	1.046,69-	0	0	1.046,69	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Entgelte	2.932,04	2.500	2.138,62	361,38-	0	0	361,38	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	40.936,47	14.843	16.726,49	1.883,89	0	0	1.883,89-	0
6	+ Kostenerstattungen Kostenumlagen	78.381,74	0	55.362,60	55.362,60	0	0	55.362,60-	0
9	+ Sonstige ordentliche Erträge	3.860,96	0	1.879,78	1.879,78	0	0	1.879,78-	0
10	= Ordentliche Erträge	2.644.569,46	2.430.124	2.487.842,64	57.718,20	0	0	57.718,20-	0
11	- Personalaufwendungen	1.042.083,99-	1.068.756-	1.174.176,30-	105.420,37-	0	12.000,00-	93.420,37	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.422.585,81-	1.983.137-	1.647.458,31-	335.678,93	0	50.000,00-	385.678,93-	173.200,00-
14	- Planmäßige Abschreibungen	370.014,97-	394.038-	394.219,78-	181,34-	0	0	181,34	0
16	- Transferaufwendungen	0	0	760,00-	760,00-	0	0	760,00	0
17	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	47.551,47-	44.704-	100.558,45-	55.853,97-	0	0	55.853,97	0
18	= Ordentliche Aufwendungen	2.882.236,24-	3.490.636-	3.317.172,84-	173.463,25	0	62.000,00-	235.463,25-	173.200,00-
19	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	237.666,78-	1.060.512-	829.330,20-	231.181,45	0	62.000,00-	293.181,45-	173.200,00-
52	- Aufwand für Serviceleistungen	121.808,73-	112.061-	109.186,72-	2.874,08	0	0	2.874,08-	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	25.774,76-	20.266-	18.921,67-	1.343,89	0	0	1.343,89-	0
54	- Aufwand für IuK	14.573,26-	13.106-	13.707,23-	601,47-	0	0	601,47	0
55	- Aufwand für Steuerungs-/unterstützung	57.551,36-	63.452-	59.153,61-	4.298,79	0	0	4.298,79-	0
60	- Kalkulatorische Kosten	93.257,41-	86.967-	70.159,19-	16.808,17	0	0	16.808,17-	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	312.965,52-	295.852-	271.128,42-	24.723,46	0	0	24.723,46-	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	550.632,30-	1.356.364-	1.100.458,62-	255.904,91	0	62.000,00-	317.904,91-	173.200,00-

Teilfinanzrechnung Bereitstellung und Betrieb von Kreisstraßen und Radwegen 54.20.01

Anne Wurmitzer, FBL Straßen - Umweltausschuss

lfd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	2.433.025,66	2.178.443	2.271.673,19	93.230,59	0	0	93.230,59-	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	2.566.973,97-	3.117.785-	2.818.241,45-	299.543,64	0	62.000,00-	361.543,64-	173.200,00-
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	133.948,31-	939.342-	546.568,26-	392.774,23	0	62.000,00-	454.774,23-	173.200,00-
4	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	47.299,00	336.800	56.533,00	280.267,00-	0	0	280.267,00	0
6	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	4.593,45	0	57.692,66	57.692,66	0	0	57.692,66-	0
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	51.892,45	336.800	114.225,66	222.574,34-	0	0	222.574,34	0
10	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	130.000,00-	130.000,00-	130.000,00-
11	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	255.021,44-	1.030.000-	580.738,26-	449.261,74	45.628,75	398.466,00-	802.098,99-	800.567,00-
12	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	401.987,35-	536.700-	325.678,75-	211.021,25	45.628,75-	105.578,00-	362.228,00-	362.228,00-
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	657.008,79-	1.566.700-	906.417,01-	660.282,99	0	634.044,00-	1.294.326,99-	1.292.795,00-
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	605.116,34-	1.229.900-	792.191,35-	437.708,65	0	634.044,00-	1.071.752,65-	1.292.795,00-
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	739.064,65-	2.169.242-	1.338.759,61-	830.482,88	0	696.044,00-	1.526.526,88-	1.465.995,00-
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	739.064,65-	2.169.242-	1.338.759,61-	830.482,88	0	696.044,00-	1.526.526,88-	1.465.995,00-

57.10 Wirtschaftsförderung

Ziele & Kennzahlen

Sonya Baron, SSt GÜZ und Strukturpolitik – Umweltausschuss

WIRKUNGSZIELE		Zielgruppe
A	S Das grenzüberschreitende Mobilitäts-Angebot im Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB) ist qualitativ optimiert und wird kontinuierlich benutzerorientiert weiterentwickelt.	Gemeinden, Landkreis, jurist. Personen d. priv. u. öffentl. Rechts (Bürger/-innen, Unternehmen, Vereine; auch im grenznahen Ausland)
B	S Der Landkreis Lörrach setzt sich kreisübergreifend und im TEB für zukunftsfähige Strukturen, eine leistungsfähige Infrastruktur sowie attraktive Lebens- und Standortbedingungen mit dem Ziel der Schaffung einer bevorzugten Wirtschaftsregion ein.	Gemeinden, Landkreis, jurist. Personen d. priv. u. öffentl. Rechts (Bürger/-innen, Unternehmen, Vereine; auch im grenznahen Ausland)
C	S Unterstützung einer zielgerichteten und nachhaltigen Entwicklung der Infrastruktur im ländlichen Raum unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung.	Gemeinden, Landkreis, jurist. Personen d. priv. u. öffentl. Rechts (Bürger/-innen, Unternehmen, Vereine; auch im grenznahen Ausland)

Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert		Messgröße
A 1	S Das Angebot im Bereich des grenzüberschreitenden Busverkehrs ist verbessert.	A 1 k1
A 2	S Schrittweise Konkretisierung des Ausbaus der grenzüberschreitenden Ticket- und Tarifkooperation (vorgesehenes INTERREG-Projekt im TEB).	A 2 k1
A 3	S Intensivierte Mitwirkung beim Agglomerationsprogramm Basel zur Verbesserung der trinationalen Verkehrsinfrastruktur (u.a. Regio-S-Bahn).	A 3 k1, A 3 k2
A 4	S Das Angebot an grenzüberschreitender Radwegeinfrastruktur ist optimiert (u.a. Bike-and-Ride).	A 4 k1
B 1	S Die räumliche bzw. funktionale Strukturentwicklung ist bis Ende 2014 in einem landkreisweiten Konzept aufgearbeitet und Handlungsansätze für den Landkreis und die Kommunen abgeleitet.	B 1 k1
C 1	S Im Landkreis Lörrach sind die Voraussetzung für eine bedarfsgerechte Breitbandversorgung bis Ende 2015 geschaffen.	C 1 k1
C 2	S Koordination und Umsetzung von Förderprogrammen.	C 2 k1, C 2 k2, C 2 k3, C 2 k4

Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant		Umsetzungsgrad
A 1.1	S Prüfung und Initiieren weiterer grenzüberschreitender Buslinien	0 %
A 2.1	S Initiierung und Mitarbeit an einem INTERREG-Projekt zur Erweiterung der Tarifkooperation	0 %
A 3.1	S Vermehrte Präsenz des Landkreises bei Veranstaltungen des Agglo-Programms Basel.	100 %
A 4.1	S Der Landkreis bringt sich aktiv in das TEB-Projekt Radschnellwege ein.	0 %
B 1.1	S Fertigstellung von Ist-Analyse und Handlungsansätzen (2014).	100 %
C 1.1	S Erstes Teilziel: Erstellung Breitbandplanung (2014).	100 %
C 2.1	S Durchführung Gemeindeberatungsgespräche.	100 %
C 2.2	S Antragsberatung und -bearbeitung.	100 %
C 2.3	S Durchführung kreiseigene Strukturförderung.	90 %

KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG		ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
A 1 k1	S Anzahl neu eingerichteter Buslinien	0	0	Durch Verzögerung INTERREG keine neuen Projekte in 2014.
A 2 k1	S Anzahl neuer Tarifmaßnahmen	0	0	Durch Verzögerung INTERREG in 2014 keine neuen Projekte.
A 3 k1	S Anzahl der im Agglo-Programmeingereichten, für den LK wichtigen Strukturprojekte	0	0	3. Gen. Agglo in Erarbeitung
A 3 k2	S Erhaltene Mittel (in Mio. EUR)	0	0	
A 4 k1	S Höhe der Investitionsmittel für grenzüberschreitende Radinfrastruktur	0	0	TEB-Arbeitsgruppe aktualisiert Ausschreibungen.
B 1 k1	S Konzept liegt vor (j/n)	ja	ja	Konzept erstellt. 2015 Start mit erstem Pilotprojekt.
C 1 k1	S Anzahl der Gemeinden mit Anschlussmöglichkeit ans Breitband-Backbone.	0	0	Zweckverband in Gründung
C 2 k1	S Anzahl Projekte (kreiseigene Fördermittel)	10	5	weitere folgen mit Start des INTERREG-Programms
C 2 k2	S Mit Kreisressourcen aquirierte Fördergelder (in Mio. EUR)	0	0	
C 2 k3	S Anzahl Projekte (sonstige Fördermittel)	0	0	
C 2 k4	S Mit sonstigen Mitteln aquirierte Fördergelder (in Mio. EUR)	20	0	Breitband

GESAMTBETRACHTUNG

Die Entwicklung konnte weitgehend im Plan gehalten werden. Bei den angestrebten INTERREG-Projekten ist eine Verzögerung wegen des um über ein Jahr verzögerten Programmstarts festzustellen.

Teilergebnisrechnung

Wirtschaftsförderung 57.10

Sonya Baron, SSt GÜZ und Strukturpolitik - Umweltausschuss

lfd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässiger Mehraufw. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
6	+ Kostenerstattungen Kostenumlagen	2.845,93	0	595,70	595,70	0	0	595,70-	0
9	+ Sonstige ordentliche Erträge	3.209,20	0	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	6.055,13	0	595,70	595,70	0	0	595,70-	0
11	- Personalaufwendungen	285.302,00-	306.882-	350.460,48-	43.578,95-	0	0	43.578,95	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.149,40-	2.030-	1.789,54-	240,94	0	0	240,94-	0
14	- Planmäßige Abschreibungen	7.352,95-	6.600-	8.842,54-	2.242,54-	0	0	2.242,54	0
16	- Transferaufwendungen	168.705,47-	407.000-	350.485,40-	56.514,60	11.800,00	22.900,00-	67.614,60-	30.000,00-
17	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	52.514,95-	120.859-	89.453,97-	31.404,95	0	0	31.404,95-	19.500,00-
18	= Ordentliche Aufwendungen	515.024,77-	843.371-	801.031,93-	42.339,00	11.800,00	22.900,00-	53.439,00-	49.500,00-
19	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	508.969,64-	843.371-	800.436,23-	42.934,70	11.800,00	22.900,00-	54.034,70-	49.500,00-
52	- Aufwand für Serviceleistungen	35.506,06-	46.165-	47.681,85-	1.516,68-	0	0	1.516,68	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	16.532,26-	18.266-	20.860,24-	2.594,37-	0	0	2.594,37	0
54	- Aufwand für IuK	7.332,52-	9.442-	7.787,74-	1.654,65	0	0	1.654,65-	0
55	- Aufwand für Steuerung/-unterstützung	0	28.892-	26.934,63-	1.957,35	0	0	1.957,35-	0
60	- Kalkulatorische Kosten	28.077,74-	40.754-	28.369,38-	12.384,86	0	0	12.384,86-	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	87.448,58-	143.520-	131.633,84-	11.885,81	0	0	11.885,81-	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	596.418,22-	986.891-	932.070,07-	54.820,51	11.800,00	22.900,00-	65.920,51-	49.500,00-

Teilfinanzrechnung

Wirtschaftsförderung 57.10

Sonya Baron, SSt GÜZ und Strukturpolitik - Umweltausschuss

lfd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	2.832,81	0	608,82	608,82	0	0	608,82-	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	477.442,16-	836.771-	644.298,74-	192.472,19	11.800,00	22.900,00-	203.572,19-	49.500,00-
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	474.609,35-	836.771-	643.689,92-	193.081,01	11.800,00	22.900,00-	204.181,01-	49.500,00-
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
14	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	20.000,00-	0	11.800,00-	11.800,00-	11.800,00-	0	0	0
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	20.000,00-	0	11.800,00-	11.800,00-	11.800,00-	0	0	0
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	20.000,00-	0	11.800,00-	11.800,00-	11.800,00-	0	0	0
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	494.609,35-	836.771-	655.489,92-	181.281,01	0	22.900,00-	204.181,01-	49.500,00-
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	494.609,35-	836.771-	655.489,92-	181.281,01	0	22.900,00-	204.181,01-	49.500,00-

Dezernat IV

Verantwortung:

Ausschuss:

Umweltausschuss

Dezernatsleitung:

Ulrich Hoehler



5

Produktbereich 52

Bauen & Wohnen

- 52.10** Baurecht*
- 52.20** Wohnraumförderung
- 52.30** Denkmalschutzrecht

Produktbereich 55

Natur & Landschaftspflege

- 55.20** Gewässerschutz
- 55.40** Naturschutz*
- 55.50** Waldwirtschaft
- 55.51** Landwirtschaft

Produktbereich 56

Umweltschutz

- 56.10** Umweltschutz*
- 56.20** Arbeitsschutz

* Im Jahresabschluss im Detail abgedruckt

Strategische Entwicklung

Ubergreifende
Strategische Schwerpunkte THH 5

Das Landratsamt Lörrach

- ist eine moderne, dienstleistungsorientierte Verwaltung und ein attraktiver Arbeitgeber.

Der Landkreis

- stellt sich den gesellschaftlichen Auswirkungen und Herausforderungen des demographischen Wandels.

Strategische Schwerpunkte
THH 5

Der Landkreis

- fördert den Einsatz regenerativer Energien verbunden mit der Steigerung der Energieeffizienz und der Schonung der endlichen Ressourcen.
- sichert gefährdete landkreisspezifische Tier- und Pflanzenarten in ihrem Bestand.

Zielbeiträge 2014

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis fördert den Einsatz regenerativer Energien verbunden mit der Steigerung der Energieeffizienz und der Schonung der endlichen Ressourcen.

■ Wirkungsziel 2014 – PG 52.10

- Der Anteil an erneuerbaren Energien beim Wärme- und Strombedarf im Landkreis wird erhöht.

■ Wirkungsziele 2014 – PG 56.10

- Der Anteil an Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien (Wasser-, Wind-, Erdwärme, Solar-, Biomassenanlagen) wird erhöht.
- Förderung des Klima- und Umweltschutzes.

Das Strategiethema „Umwelt, Energie und Klimaschutz“ stellt in dieser Form nach wie vor einen neuen Schwerpunkt des Landkreises dar, der durch das Management- und Zertifizierungsverfahren des European Energy Award (eea) nun noch einmal neue Impulse erhält. Im Rahmen des Teilhaushalts 5 sind die Produktgruppen Baurecht und Umweltschutz betroffen. Bei den Maßnahmen im Jahr 2014 handelte es sich um eine Kombination von Normumsetzung, Aktivierung, Beratung und Steuerung des eea-Prozesses.

Die Klimaschutzstelle im Fachbereich Baurecht setzt mit Erfolg die Wärmegesetze und die Energie-Einsparverordnung um. Die Beratung, Kontrolle und Durchsetzung der Verpflichtungen nach den Wärmegesetzen und der Energieeinsparverordnung wird von den Bürgern und den Beteiligten (Heizungsbauunternehmen, Gemeinden usw.) sehr gut angenommen und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Energieeinsparung und zur Umstellung auf erneuerbare Energien.

Die angestrebte verstärkte Unterstützung/Beratung von potenziellen Anlagenbetreibern im Bereich der erneuerbaren Energien konnte zielgemäß erfüllt werden (Datensammlung, Auswertung und Beratungstätigkeiten mit Blick auf Standortsuche und Eignungsprüfung). Ein besonderes Gewicht lag und liegt weiterhin auf der Windkraft, da hier seit 01.01.2013 die neuen kommunalen Planungskompetenzen auf der Ebene der Flächennutzungsplanung gelten. In 2014 erfolgten eine Vielzahl von Abstimmungs- und Beratungsgesprächen mit insgesamt fünf potenziellen Windkraftbetreibern hinsichtlich der Eignung von Standorten/Flächen und der erforderlichen Untersuchungen (vor allem vor dem Hintergrund von Restriktionen in den Bereichen Artenschutz und Landschaftsbild).

Seit 2013 ist der Landkreis Träger der Energieagentur Landkreis Lörrach GmbH gemeinsam mit den weiteren Partnern Stadt Lörrach, Stadt Rheinfeldern (Baden), Stadt Weil am Rhein, badenova und Energiedienst. Nach erfolgter Aufbauarbeit sowie Einstieg in die Informations- und Beratungsaufgabe, wie Energie eingespart, effizienter genutzt und erneuerbare Energien ausgebaut werden können, ist inzwischen von einem gut laufenden Geschäft zu sprechen. Dies soll in 2015 zu einer personellen Aufstockung und entsprechenden Ausweitung der Geschäftstätigkeit des Unternehmens führen. Adressaten der Energieagentur sind insbesondere der private Bereich (kostenfreie Erstberatung), aber auch Gewerbe, Kommunen und andere öffentliche Einrichtungen.

Strategischer Schwerpunkt

Mit der Energieagentur als Berater ist der Landkreis in den eea als Management- und Zertifizierungsverfahren eingestiegen. Die Ist-Analyse wurde Mitte 2014 unter umfangreicher Beteiligung und Mitarbeit aller mit dem Thema Energie befassten Einheiten des Landratsamts abgeschlossen und anschließend dem Kreistag vorgestellt. Die Analyse hat gezeigt, dass viele Maßnahmen, die für eine erfolgreiche erste Zertifizierung erforderlich sind, bereits umgesetzt werden oder in Planung sind. Insofern darf davon ausgegangen werden, dass das Ziel, dass der Landkreis in 2015 die Zertifizierungsvoraussetzungen erfüllt, erreicht werden kann.

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis sichert gefährdete landkreisspezifische Tier- und Pflanzenarten in ihrem Bestand.

■ Wirkungsziel 2014 – PG 55.40

- Landschaft und Natur sind wirkungsvoll geschützt und gefährdete landkreisspezifische Tier- und Pflanzenarten sind in ihrem Bestand gesichert.

Über die Maßnahmen in diesem strategischen Schwerpunkt konnten seltene Tier- und Pflanzenarten auf einem größeren Raum erhalten werden, womit der Landkreis einen wichtigen Beitrag zur biologischen Vielfalt leistet. Darüber hinaus sichern Naturschutz und Landschaftsoffenhaltung die Grundlage jedweder Naturnutzung wie auch des für den Landkreis wichtigen Tourismus. Insbesondere gilt dies für Offenhaltungsmaßnahmen, durch die die Kultur- und Erholungslandschaft bewahrt wird. So konnten im Jahr 2014 die Flächen im Landkreis, die von Fördermitteln nach der Landschaftspflegerichtlinie (LPR) profitieren, zielgemäß in einem Umfang von 1.100 ha gehalten werden. Insgesamt werden für den Landkreis auf diese Weise Landes- und EU-Mittel in Höhe von jährlich 200.000 EUR bis 300.000 EUR generiert.

Zur konzeptionellen Unterstützung der Artenschutzmaßnahmen wurde im Rahmen der Landkreisstrategie beschlossen, Gutachten zu den landkreisspezifischen Tier- und Pflanzenarten in Auftrag zu geben. Der erste Schritt, das Gutachten zur Erfassung landkreisspezifischer Arten, wurde in 2012 abgeschlossen. Im zweiten Schritt sind in 2013 die Gefährdungsursachen für die landkreisspezifischen Arten und mögliche Abhilfemaßnahmen untersucht worden. Die Ergebnisse wurden in der Sitzung des Umweltausschusses am 19.02.2014 vorgestellt und diskutiert. Im weiteren Jahresverlauf wurden dann drei Maßnahmen zum Schutz des Schwarzkehlchens im Raum Tannenkirch und Mappach umgesetzt (Gehölzplanungen und -pflege, Ufergestaltung). Zwei weitere Maßnahmen im Stadtwald Lörrach und in Steinen galten dem Schutz und der Bestandssicherung der Gelbbauchunke.

Nach Aufbauarbeit im Jahr 2013 ist die Geschäftsstelle des neuen Landschaftserhaltungsverband Landkreis Lörrach (LEV), die im Landratsamt sitzt, im üblichen Geschäftslauf angekommen. Beim LEV handelt es sich um eine Einrichtung des Landkreises, der Städte und Gemeinden, der Verbände aus den Bereichen Landwirtschaft und Naturschutz und engagierter Einzelpersonen. Im Jahr 2014 konnte der ohnehin hohe Anteil an Mitgliedsgemeinden weiter gesteigert werden. Kurz gefasst koordiniert der LEV – mit erheblicher finanzieller Unterstützung des Landes – die Landschaftspflegemaßnahmen im Kreisgebiet, berät die Landnutzer bei der Umsetzung der NATURA 2000-Managementpläne und bringt sich bei der Antragstellung für Fortsetzungs- und Neumaßnahmen ein.

Weitere Aufgabenschwerpunkte 2014

Die im Teilhaushalt 5 im Übrigen zusammengefassten Bereiche bestehen fast ausschließlich aus staatlichen Aufgaben. In erster Linie handelt es sich dabei um dauerhafte Aufgabenerfüllungen. Dementsprechend stellten ca. 90 % der ordentlichen Aufwendungen in den Fachbereichen Umwelt, Baurecht, Waldwirtschaft und Landwirtschaft bzw. in den umfassten neun Produktgruppen Personalkosten dar. Die Gegenfinanzierung erfolgte überwiegend aus Landesmitteln im Zusammenhang mit dem Sonderbehörden-Eingliederungsgesetz (SoBEG) und dem Finanzausgleichsgesetz (FAG).

Erläuterungen zur Teilergebnisrechnung 2014

PG THH 5	PLAN 2014	IST 2014	Abweichung 2014	Erläuterung
52.10	78.617	192.246	113.629	Mehrerträge durch Baugenehmigungen
52.20	-22.011	-28.827	-6.816	Höherer Personalaufwand
52.30	-44.036	-55.839	-11.802	Höherer Personalaufwand
55.20	-802.454	-884.330	-81.875	Mindererträge wegen geringerer Verfahrenszahlen; Mehraufwendungen wegen Untersuchungskosten Einzelschadensfall Wiese
55.40	-322.477	-335.989	-13.512	Mindererträge mangels gebührenpflichtiger Verfahren
55.50	-1.977.169	-1.770.760	206.409	Ergebnisverbesserung im Wesentlichen aufgrund Mehreinnahmen im Geschäftsbereich Wirtschaftsverwaltung (Holzverkauf) sowie Rückerstattungen
55.51	-1.330.758	-1.339.550	-8.792	
56.10	-620.101	-577.491	42.610	Höhere Gebühreneinnahmen, geringere Ausgaben im Bereich Altlasten als geplant
56.20	-110.673	-149.403	-38.730	Geringere Bußgeldeinnahmen (Fahrpersonalrecht); leicht geringere Einnahmen bei gebührenpflichtigen Verfahren
gesamt	-5.151.062	-4.949.942	201.120	

Weiterführende Erläuterungen

Mit rd. 200.000 EUR trägt der Teilhaushalt 5 zum positiven ordentlichen Jahresergebnis 2014 bei. Den beiden wesentlichen Positionen liegen dabei der gute Geschäftsverlauf bei der Holzvermarktung für Kommunen und Privatwaldbesitzer und erneut höherer Gebühreneingänge im Baurechtsbereich zugrunde. Vor diesem Hintergrund wurden die erwarteten Baugenehmigungsgebühren für den Haushaltsplan 2015 nochmals angepasst.

Investitionen 2014

PG	Bezeichnung der Investitionsmaßnahme	zeitliche Umsetzung	Gesamt-betrag	bis 2013 finanziert	Ermächti-gungsübertra-gungen aus Vorjahr	2014 PLAN	2014 IST	Ermächti-gungsübertra-gungen ins Folgejahr	Finanzpl. Jahre 2015-2017
			- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
52.20	Rückflüsse aus Ausleihungen	fortlaufend	83.132			12.500	12.544		34.500
XX.XX	Software, bew. Anlagevermögen u. Beteiligungen	2014				0	-3.131		
Saldo aus Investitionstätigkeit			83.132		0	12.500	9.413		34.500

Erläuterungen zu den Investitionen 2014

Bei den Rückflüssen aus Ausleihungen (Produktgruppe Wohnraumförderung) handelt es sich um Darlehen an Wohnungsbaugesellschaften, deren Rückzahlung fortlaufend erfolgt.

Teilergebnisrechnung

lfd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässiger Mehraufw. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
2	+ Umlagen Zuweisungen Zuschüsse	1.132.691,42	944.161	1.071.379,15	127.218,19	0	0	127.218,19-	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Entgelte	1.150.650,57	1.032.500	1.005.449,82	27.050,18-	41.200,00	0	68.250,18	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	7.981,79	18.100	9.867,71	8.232,29-	0	0	8.232,29	0
6	+ Kostenerstattungen Kostenumlagen	1.092.825,60	1.221.837	1.210.996,62	10.840,22-	0	0	10.840,22	0
7	+ Zinsen und ähnliche Erträge	507,24	400	429,97	29,97	0	0	29,97-	0
9	+ Sonstige ordentliche Erträge	45.683,99	60.350	130.899,29	70.549,77	0	0	70.549,77-	0
10	= Ordentliche Erträge	3.430.340,61	3.277.347	3.429.022,56	151.675,24	41.200,00	0	110.475,24-	0
11	- Personalaufwendungen	6.979.904,21-	7.361.294-	7.464.345,50-	103.051,58-	0	15.600,00-	87.451,58	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	329.390,02-	408.481-	289.797,11-	118.683,41	17.400,00-	52.900,00-	188.983,41-	36.000,00-
14	- Planmäßige Abschreibungen	16.511,72-	8.613-	19.347,05-	10.733,93-	0	0	10.733,93	0
16	- Transferaufwendungen	108.023,37-	118.327-	120.294,71-	1.968,19-	0	0	1.968,19	0
17	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	519.130,09-	531.695-	485.179,86-	46.515,46	3.131,04	20.700,00-	64.084,42-	30.900,00-
18	= Ordentliche Aufwendungen	7.952.959,41-	8.428.409-	8.378.964,23-	49.445,17	14.268,96-	89.200,00-	152.914,13-	66.900,00-
19	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	4.522.618,80-	5.151.062-	4.949.941,67-	201.120,41	26.931,04	89.200,00-	263.389,37-	66.900,00-
40	+ Erträge aus internen Leistungen	85.828,23	54.763	73.431,63	18.668,30	0	0	18.668,30-	0
51	- Aufwand für Mitwirkungsleistungen	103.486,97-	169.606-	155.286,28-	14.319,49	0	0	14.319,49-	0
52	- Aufwand für Serviceleistungen	1.081.795,00-	883.707-	858.985,37-	24.721,83	0	0	24.721,83-	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	611.049,48-	599.450-	619.362,60-	19.912,87-	0	0	19.912,87	0
54	- Aufwand für IuK	272.816,81-	297.647-	300.262,99-	2.616,09-	0	0	2.616,09	0
55	- Aufwand für Steuerung/-unterstützung	556.787,78-	465.825-	434.267,29-	31.558,09	0	0	31.558,09-	0
60	- Kalkulatorische Kosten	1.248.089,59-	1.296.806-	1.253.840,43-	42.966,05	0	0	42.966,05-	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	3.788.197,40-	3.658.278-	3.548.573,33-	109.704,80	0	0	109.704,80-	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	8.310.816,20-	8.809.340-	8.498.515,00-	310.825,21	26.931,04	89.200,00-	373.094,17-	66.900,00-

Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächti- gungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	3.458.559,54	3.277.347	3.311.888,48	34.541,16	41.200,00	0	6.658,84	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	8.158.684,69-	8.530.585-	8.385.632,99-	144.952,45	14.268,96-	89.200,00-	248.421,41-	66.900,00-
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	4.700.125,15-	5.253.238-	5.073.744,51-	179.493,61	26.931,04	89.200,00-	241.762,57-	66.900,00-
8	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	13.612,09	12.500	12.543,95	43,95	0	0	43,95-	0
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	13.612,09	12.500	12.543,95	43,95	0	0	43,95-	0
12	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	10.705,24-	0	3.131,04-	3.131,04-	3.131,04-	0	0	0
13	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	25.000,00-	0	0	0	0	0	0	0
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	35.705,24-	0	3.131,04-	3.131,04-	3.131,04-	0	0	0
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	22.093,15-	12.500	9.412,91	3.087,09-	3.131,04-	0	43,95-	0
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	4.722.218,30-	5.240.738-	5.064.331,60-	176.406,52	23.800,00	89.200,00-	241.806,52-	66.900,00-
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	4.722.218,30-	5.240.738-	5.064.331,60-	176.406,52	23.800,00	89.200,00-	241.806,52-	66.900,00-

Ausblick, Chancen und Risiken

Die strategische Ausrichtung unter dem Thema „Umwelt, Energie und Klimaschutz“ ist, soweit der Teilhaushalt 5 in seiner bisherigen Struktur betroffen ist, weiterhin stimmig. Nach wie vor sind besondere Schwerpunkte auf die Themen regenerative Energien, Energieeffizienz und Ressourcenschutz einerseits und landkreisspezifischer Artenschutz andererseits zu legen.

Seit dem Kick-off zum European Energy Award im Jahr 2013 ist der Landkreis bereits so genannte „eea-Kommune“, die sich zum Ziel setzt, ihre Energieaktivitäten systematisch zu erfassen, zu bewerten, kontinuierlich zu überprüfen, aufeinander abzustimmen und zielgerichtet umzusetzen. Die Ist-Analyse in 2014 hat gezeigt, dass der Landkreis auf dem richtigen Weg ist. Mit einem vom Kreistag zu beschließenden Energiepolitischen Arbeitsprogramm – dabei handelt es sich um ein Standardinstrument des eea – sollen die weiteren Schritte bis zur Zertifizierung aufgezeigt werden. Politische Bekenntnisse allein sind allerdings nicht ausreichend; vielmehr sind Umsetzungsmaßnahmen und Ressourceneinsatz in vielen Bereichen des Landratsamts dauerhaft erforderlich.

Die Energieagentur Landkreis Lörrach mit ihren Aufgaben Bewusstseinsbildung, Unterstützung und Beratung in den Bereichen Energienutzung und -effizienz sowie Energieproduktion ergänzt das Tätigkeitsfeld der Fachbereiche des Landratsamts. Gemeinsame Ansprechpartner sind hier die Hauseigentümer, das produzierende Gewerbe, Energieerzeuger, Investoren, Städte und Gemeinden etc. Bei der Inanspruchnahme von Unterstützungsleistungen ist derzeit allerdings die Verunsicherung von Projektträgern (insbesondere im Sektor Windkraft) hinsichtlich der Erlöse im Vergleich zum Investitionsaufwand und hinsichtlich naturgegebener bzw. rechtlicher Einschränkungen bemerkbar.

Im Naturschutzbereich werden auf der Grundlage der beiden Gutachten zu den landkreisspezifischen Tier- und Pflanzenarten spezifische Maßnahmen über die beiden Arten-Hotspots Streuobstwiesen und Gewässerrandstreifen/Feuchtgebiete hinaus geplant.

Unsicher ist, wann die projektierte Umstellung der landwirtschaftlichen Förderverfahren in ganz Baden-Württemberg auf ein neues EDV-System („Projekt Infrastruktur und Architektur der Förder- und Ausgleichsmaßnahmen“) greift. Auch ggf. notwendige organisatorische Vorgaben aus dem Bereich der EU-Finanzkontrolle in den Bereichen Landwirtschaft, Naturschutz, Waldwirtschaft und auch Vermessung und Flurneueordnung sind aktuell noch nicht konkret absehbar.

Erhebliche rechtliche und strukturelle Ungewissheiten ergeben sich für die Forstverwaltung aus dem laufenden Verfahren des Bundeskartellamts gegen die gemeinsame Holzvermarktung in Baden-Württemberg. Hier müssen in Abstimmung mit den Kunden zumindest neue Übergangsstrukturen für die Holzverkaufstätigkeit gefunden werden.

52.10 Baurecht

Ziele & Kennzahlen

Nicole Issler-Burger, FBL Baurecht – Umweltausschuss

WIRKUNGSZIELE		Zielgruppe
A	S Der Anteil an erneuerbaren Energien beim Wärme- und Strombedarf wird erhöht.	Hauseigentümer
B	Baugenehmigungen möglichst zeitnah erteilen.	Einwohner/-innen Kommunen, Bauherren
C	Freihalten der Landschaft von illegalen Kleinbauten.	Bauherren, Kommunen

Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert		Messgröße
A 1	S Verstärkte Beratung und Kontrolle von Hauseigentümern hinsichtlich ihrer Verpflichtungen nach den Wärmegesetzen und der Energieeinsparverordnung.	A 1k1
B 1	Genehmigungsverfahren innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Fristen abwickeln und darüber hinaus eine durchschnittliche Bearbeitungszeit von 25 Arbeitstagen anstreben.	B 1k1
C 1	Regelmäßige Information der Öffentlichkeit.	C 1k1

Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant		Umsetzungsgrad
A 1.1	S Beratung der Heizungsbauunternehmen, Anschreiben der betroffenen Hauseigentümer, Überwachung und Durchsetzung der gesetzlichen Verpflichtungen (Wärmegesetze, EnEV).	80 %
B 1.1	Überwachung der Fristen.	68 %
C 1.1	Faltblatt „Gerätehütten im Außenbereich“ an Bauinteressenten herausgeben.	100 %
C 1.2	Prüfung von Anfragen.	50 %
C 1.3	Einschreiten gegen illegale Bauten.	60 %

KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG		ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
A 1 k 1	S Anzahl der Objekte	1200	1230	
B 1 k 1	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Arbeitstagen	25	33	Längerer Ausfall eines Kreisbaumeisters
C 1 k 1	Anzahl der geprüften Objekte	70	70	

GESAMTBETRACHTUNG

Das Ergebnis übersteigt bei den Erträgen den Ansatz um ca. 50.500 EUR. Dies ist auf Mehreinnahmen bei den Baugenehmigungsgebühren zurückzuführen. Für den Haushalt 2015 wurden die Gebühreneinnahmen angepasst. Aufgrund des längeren Ausfalls eines Kreisbaumeisters konnten die gesetzlich vorgeschriebenen Bearbeitungs- und Entscheidungsfristen zeitweise nicht eingehalten werden.

Das strategische Ziel, den Anteil an erneuerbaren Energien beim Wärme- und Strombedarf zu erhöhen, wird weiterhin durch die Klimaschutzstelle verfolgt. Aufgrund des erhöhten Aufwandes im Bereich des Schornsteinfegewesens (vorbeugender Brandschutz) kam es zu Rückständen. Im zweiten Halbjahr konnte durch eine Personalaufstockung dieser Rückstand weitgehend aufgearbeitet werden.

Bauordnungsrechtliche Maßnahmen konnten aufgrund der Stellensituation nicht zeitnah erfolgen. Die Bearbeitung musste nach Prioritäten erfolgen und weist hohe Rückstände auf. Dank der genehmigten Stellenerhöhung wird sich die Situation entschärfen.

Teilergebnisrechnung

Baurecht 52.10

Nicole Issler-Burger, FBL Baurecht – Umweltausschuss

lfd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässiger Mehraufw. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
2	+ Umlagen Zuweisungen Zuschüsse	1.036.763,08	798.500	944.128,08	145.628,08	0	0	145.628,08-	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Entgelte	0	100.000	3.138,23	96.861,77-	0	0	96.861,77	0
6	+ Kostenerstattungen Kostenumlagen	9.068,66	9.000	10.653,69	1.653,69	0	0	1.653,69-	0
9	+ Sonstige ordentliche Erträge	1.408,17	6.000	6.153,93	153,93	0	0	153,93-	0
10	= Ordentliche Erträge	1.047.239,91	913.500	964.073,93	50.573,93	0	0	50.573,93-	0
11	- Personalaufwendungen	606.420,20-	675.688-	683.182,73-	7.495,13-	0	0	7.495,13	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	15.609,80-	123.031-	21.124,44-	101.906,20	0	5.300,00-	107.206,20-	9.000,00-
14	- Planmäßige Abschreibungen	5.206,94-	600-	8.234,12-	7.634,12-	0	0	7.634,12	0
17	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	39.802,06-	35.564-	59.286,38-	23.722,02-	0	10.100,00-	13.622,02	6.900,00-
18	= Ordentliche Aufwendungen	667.039,00-	834.883-	771.827,67-	63.054,93	0	15.400,00-	78.454,93-	15.900,00-
19	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	380.200,91	78.617	192.246,26	113.628,86	0	15.400,00-	129.028,86-	15.900,00-
40	+ Erträge aus internen Leistungen	5.257,98	28.824	130,44	28.693,87-	0	0	28.693,87	0
51	- Aufwand für Mitwirkungsleistungen	44.787,73-	32.485-	39.236,23-	6.750,84-	0	0	6.750,84	0
52	- Aufwand für Serviceleistungen	87.796,83-	93.928-	82.593,98-	11.333,73	0	0	11.333,73-	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	65.983,48-	68.012-	72.040,93-	4.028,46-	0	0	4.028,46	0
54	- Aufwand für IuK	22.866,21-	26.712-	27.232,46-	520,32-	0	0	520,32	0
55	- Aufwand für Steuerungs-/unterstützung	38.630,85-	42.366-	39.496,11-	2.870,15	0	0	2.870,15-	0
60	- Kalkulatorische Kosten	26.196,11-	35.274-	23.133,64-	12.140,64	0	0	12.140,64-	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	281.003,23-	269.954-	283.602,91-	13.648,97-	0	0	13.648,97	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	99.197,68	191.337-	91.356,65-	99.979,89	0	15.400,00-	115.379,89-	15.900,00-

Teilfinanzrechnung

Baurecht 52.10

Nicole Issler-Burger, FBL Baurecht - Umweltausschuss

lfd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	1.046.015,96	913.500	942.470,49	28.970,49	0	0	28.970,49-	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	663.913,20-	834.283-	728.130,25-	106.152,35	0	15.400,00-	121.552,35-	15.900,00-
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	382.102,76	79.217	214.340,24	135.122,84	0	15.400,00-	150.522,84-	15.900,00-
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	382.102,76	79.217	214.340,24	135.122,84	0	15.400,00-	150.522,84-	15.900,00-
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	382.102,76	79.217	214.340,24	135.122,84	0	15.400,00-	150.522,84-	15.900,00-

55.40 Naturschutz

Ziele & Kennzahlen

Dr. Georg Lutz, FBL Umwelt – Umweltausschuss

WIRKUNGSZIELE		Zielgruppe
A	S Landschaft und Natur sind wirkungsvoll geschützt und gefährdete landkreisspezifische Tier- und Pflanzenarten sind in ihrem Bestand gesichert.	Bevölkerung LK Lörrach
B	Natur und Landschaft werden in ihrer standorttypischen Ausprägung	Bevölkerung LK Lörrach

Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert		Messgröße
A 1	S Für 5 der 59 in den Artenschutzgutachten ausgewählten prioritär zu schützenden Arten, sind bis Ende 2014 Maßnahmen ergriffen.	A 1 k1
A 2	Ausweisung von Schutzgebieten sowie Einbringen und Umsetzung der Naturschutz- und Artenschutzbelange in sonstigen Verfahren.	A 2 k1
A 3	LPR-Pflegeflächen erweitern und wertvolle Flächen (z.B. Streuobstbestände, FFH-Wiesen) durch den Abschluss von Verträgen sichern. Bis Ende 2013 sind die Gefährdungsursachen und Abhilfemaßnahmen zum Schutz der gefährdeten Tier- und Pflanzenarten dargestellt.	A 3 k1
B 1	Offenhaltung, Pflege von Natura 2000- Flächen und Biotoppflege (Artenschutz). Umsetzung der Management- und Entwicklungspläne der Natura 2000-Gebiete.	B 1 k1

Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant		Umsetzungsgrad
A 1.1	S Umsetzung der im Gutachten 2013 vorgeschlagenen Maßnahmen.	100 %
A 2.1	Daten zu potentiell schutzwürdigen Gebieten erfassen, bewerten; Gebiete ausweisen, Stellungnahmen in Verfahren abgeben, Umsetzung kontrollieren.	ca. 50 %
A 3.1	LPR-Verträge: Maßnahmenbezogene Verträge abschließen, Gelder zur Durchführung von Pflegemaßnahmen beschaffen. Kontaktaufnahme und -pflege mit Landwirten und Institutionen, die Maßnahmen durchführen können.	100 %
B 1.1	Landschaftspflegekonzept modifizieren und konkretisieren, Maßnahmen und Konzepte abstimmen, koordinieren und priorisieren.	ca. 50 %

KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG		ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
A 1 k1	S Zahl der ergriffenen Artenschutzmaßnahmen	5	5	
A 2 k1	Zahl Schutzgebietsausweisung	n.n.	0	
A 3 k1	LPR-Pflegeflächen (in ha)	1.100	1100	
B 1 k1	Aktualisiertes Landschaftspflegekonzept liegt vor (j/n)	2014	0	wegen fehlender Personalkapazitäten nur Teilaspekte bearbeitet

GESAMTBETRACHTUNG

Die Leistungsziele konnten in 2014 nicht in vollem Umfang erreicht werden. Defizite bestehen in den Bereichen Datensammlung, Aktualisierung Landschaftspflegekonzept und Umsetzung von Inhalten der Natura 2000-Managementpläne. Beim Artenschutz befindet sich eine der vorgesehenen Maßnahmen noch in der Planung.

Allerdings konnten wie in 2013 auch in 2014 über 1.100 Verträge mit Landnutzern (vor allem mit Landwirten und Umweltverbänden) abgeschlossen werden, um damit Landschaft in ihrer standorttypischen Ausprägung zu entwickeln oder zu erhalten. Falls in den Folgejahren weiterhin entsprechende Finanzmittel über die Landschaftspflegeleitlinie zur Verfügung stehen und sich weiterhin kompetente Bewirtschafter finden, wird erwartet, die Landschaftspflege in dieser Dimension weiterführen bzw. sogar erweitern zu können, zumal der in 2013 gegründete Landschaftserhaltungsverband mit gleicher Zielrichtung arbeitet.

In 2014 hat sich die Aufgabenmehrung im Vergleich zu den vorhandenen Personalkapazitäten wie in den vergangenen Jahren weiter verfestigt. Das Defizit besteht insbesondere im Bereich der (biologisch ausgebildeten) Fachkräfte. So konnte beispielsweise ein Teil der Artenschutzmaßnahmen nur mit Unterstützung eines Praktikanten erledigt werden.

Teilergebnisrechnung

Naturschutz **55.40**

Dr. Georg Lutz, FBL Umwelt - Umweltausschuss

Ifd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässiger Mehraufw. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
2	+ Umlagen Zuweisungen Zuschüsse	1.090,01	30.784	1.384,00	29.400,36-	0	0	29.400,36	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	12,00	6.100	14,78	6.085,22-	0	0	6.085,22	0
6	+ Kostenerstattungen Kostenumlagen	38.185,04	58.800	68.315,61	9.515,61	0	0	9.515,61-	0
9	+ Sonstige ordentliche Erträge	7.757,29	0	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	47.044,34	95.684	69.714,39	25.969,97-	0	0	25.969,97	0
11	- Personalaufwendungen	311.518,99-	329.266-	327.209,37-	2.056,21	0	0	2.056,21-	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	20.199,21-	4.651-	5.513,21-	862,25-	0	0	862,25	0
14	- Planmäßige Abschreibungen	95,26-	0	4,55-	4,55-	0	0	4,55	0
16	- Transferaufwendungen	59.732,00-	58.300-	60.018,40-	1.718,40-	0	0	1.718,40	0
17	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	32.126,55-	25.945-	12.958,23-	12.987,05	0	0	12.987,05-	0
18	= Ordentliche Aufwendungen	423.672,01-	418.162-	405.703,76-	12.458,06	0	0	12.458,06-	0
19	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	376.627,67-	322.477-	335.989,37-	13.511,91-	0	0	13.511,91	0
40	+ Erträge aus internen Leistungen	10.429,51	7.782	8.668,28	886,58	0	0	886,58-	0
51	- Aufwand für Mitwirkungsleistungen	0	7.108-	0	7.107,57	0	0	7.107,57-	0
52	- Aufwand für Serviceleistungen	68.587,52-	51.512-	54.287,70-	2.776,14-	0	0	2.776,14	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	53.228,21-	49.037-	51.571,74-	2.534,41-	0	0	2.534,41	0
54	- Aufwand für IuK	21.102,25-	22.256-	22.440,22-	184,08-	0	0	184,08	0
55	- Aufwand für Steuerungs-/unterstützung	36.503,21-	29.613-	27.606,69-	2.006,27	0	0	2.006,27-	0
60	- Kalkulatorische Kosten	97.975,81-	97.747-	108.197,58-	10.450,98-	0	0	10.450,98	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	266.967,49-	249.490-	255.435,65-	5.945,19-	0	0	5.945,19	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	643.595,16-	571.968-	591.425,02-	19.457,10-	0	0	19.457,10	0

Teilfinanzrechnung

Naturschutz **55.40**

Dr. Georg Lutz, FBL Umwelt - Umweltausschuss

Ifd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	39.641,35	95.684	66.723,11	28.961,25-	0	0	28.961,25	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	433.256,32-	418.162-	407.840,07-	10.321,75	0	0	10.321,75-	0
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus Ifd. Verwaltungstätigkeit	393.614,97-	322.477-	341.116,96-	18.639,50-	0	0	18.639,50	0
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	393.614,97-	322.477-	341.116,96-	18.639,50-	0	0	18.639,50	0
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	393.614,97-	322.477-	341.116,96-	18.639,50-	0	0	18.639,50	0

56.10 Umweltschutz

Ziele & Kennzahlen

Dr. Georg Lutz, FBL Umwelt – Umweltausschuss

WIRKUNGSZIELE		Zielgruppe
A	S Der Anteil an Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien (Wasser-, Wind-, Erdwärme-, Solar-, Biomasseanlagen) wird erhöht.	Bürger, Industrie- und Gewerbebetriebe Städte, Gemeinden
B	S Förderung des Klima- und Umweltschutzes.	Bürger, Industrie- und Gewerbebetriebe Städte, Gemeinden
C	Es ist sichergestellt, dass im Kreisgebiet keine Gefährdungen oder maßgebliche Beeinträchtigungen durch Altlasten bestehen. Die Qualität der Böden im Kreis wird erhalten und verbessert. Eine geordnete und umweltgerechte Abfallentsorgung in den Betrieben, maximale Sicherheit der Anlagen, Minimierung der Schadstoff- und Lärmemissionen und eine Kreislaufwirtschaft zur Schonung der natürlichen Ressourcen ist sichergestellt.	Bürger, Industrie- und Gewerbebetriebe Städte, Gemeinden

Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert		Messgröße
A 1	S Verstärkte Unterstützung/ Beratung von potenziellen Betreibern von Anlagen im Bereich erneuerbarer Energien bei der Standortsuche und	A 1 k1
B 1	S Fachkundige Beratung und Information des privaten, gewerblichen und öffentlichen Bereichs zu Möglichkeiten, wie Energie eingespart, effizienter genutzt und erneuerbare Energien ausgebaut werden können (Energie-	
B 2	S Teilnahme des Landkreises am European Energy Award.	B 2 k1, B 2 k2
C 1	Untersuchung, Gefährdungsabschätzung, ggf. Sanierung von Altlasten zeitnah und im Rahmen finanzieller Möglichkeiten, Organisieren und Bereitstellen von Fördermitteln.	C 1 k1
C 2	Böden vor Schadstoffeinträgen schützen, Erkundungen u. Untersuchungen durchführen u. Ergebnisse bewerten.	
C 3	Stand der Technik bei Anlagen sicherstellen und regelmäßig anpassen, regelmäßiges Überwachen der Anlagen.	C 3 k1

Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant		Umsetzungsgrad
A 1.1	S Daten und Informationen sammeln, auswerten. Kontaktaufnahme und Beratung potenzieller Betreiber.	100 %
B 1.1	S Trägerschaft und Unterstützung der E-Agentur.	100 %
B 2.1	S Koordinierung des EEA-Prozesses mit Beiträgen aller betroffener Einheiten des LRA.	100 %
C 1.1	Untersuchungen veranlassen, Bewerten der Ergebnisse, Fördergelder organisieren, ggf. Anordnungen zur Sicherung/ Sanierung treffen.	100 %
C 3.1	Betriebsrevisionen, Messungen vornehmen, Belastungssituationen beurteilen, ggf. Anordnungen, Beseitigungsverfügungen erlassen.	100 %

KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG		ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
A 1 k1	S Anzahl durchgeführter Beratungen	10	12	
B 2 k1	S Landkreis nimmt am EEA teil (JA/Nein)	2014	Ja	
B 2 k2	S Landkreis ist zertifiziert	2015	0	
C 1 k1	Anzahl Altlastenuntersuchungen/ -sanierung	1	1	
C 3 k1	Anzahl Betriebsrevisionen (vgl. PG 56.20 Arbeitsschutz)	100	100	

GESAMTBETRACHTUNG

Alle Ziele im Bereich Altlasten, Bodenschutz, abfallrechtliche und immissionsschutzrechtliche Maßnahmen und im Bereich Energie/Klimaschutz konnten erreicht werden. Bis auf Letzteres handelt es sich um staatlich vorgegebene Daueraufgaben, die jährlich aktualisiert und fortgeschrieben werden. Die Ziele bzw. die damit verbundenen Maßnahmen dienen den Bürgerinnen und Bürgern, den Unternehmen und den Städten und Gemeinden im Landkreis.

Im Bereich Energie und Klimaschutz wurden eine Vielzahl von Beratungen durchgeführt, insbesondere zu Erdwärme- und Wasserkraftanlagen. In 2014 konnten weitere 3 Anlagen mit 12 Erdwärmesonden und 3 Kleinwasserkraftanlagen genehmigt werden. Im Bereich der Windkraft gab es eine Vielzahl von Veranstaltungen, Abstimmungsgesprächen, Scoping-Terminen mit Kommunen, Planern und potenziellen Investoren im Zusammenhang mit den angelaufenen Flächennutzungsplanungen bzw. mit den erforderlichen Verfahren nach dem BImSchG.

Der Prozess des European Energy Awards wurde erfolgreich koordiniert, die Ist-Analyse ist abgeschlossen und die Daten zeigen eine gute Zahl bereits umgesetzter Maßnahmen. Es kann davon ausgegangen werden, dass der Landkreis in 2015 die Voraussetzungen für die erste Zertifizierungsstufe erreicht.

Die finanziellen Ressourcen waren ausreichend bemessen - ohne Auffälligkeiten im Jahresverlauf -, die personelle Situation war und ist angespannt, vor allem im Bereich der Gewerbeaufsicht (zunehmende Zahl an Beschwerden in den Bereichen Lärm, Gerüche, Staub). Eine deutlicher Aufgabenzuwachs für den gesamten Fachbereich Umwelt ergibt sich aus der zunehmenden Bedeutung des Themas Energie und Klimaschutz. Dies betrifft z.B. die Bereiche Windkraft und Kleine Wasserkraft (Anlagen < 1.000 kW), aber auch die EEA-Aktivitäten und das gemeinsam mit der Stadt Lörrach durchgeführte Programm ECOfit. Die Zusammenarbeit mit der Energieagentur Landkreis Lörrach läuft sehr gut, sodass künftig erwogen werden kann, Aufgaben ohne direkten Bezug zur Funktion als untere Verwaltungsbehörde an die Agentur überzuleiten.

Teilergebnisrechnung

Umweltschutz **56.10**

Dr. Georg Lutz, FBL Umwelt - Umweltausschuss

Ifd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässiger Mehraufw. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
2	+ Umlagen Zuweisungen Zuschüsse	24.151,55	41.704	49.010,50	7.306,66	0	0	7.306,66-	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Entgelte	56.802,03	0	300,00	300,00	0	0	300,00-	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.187,68	0	0	0	0	0	0	0
6	+ Kostenerstattungen Kostenumlagen	23.482,83	50.000	42.854,89	7.145,11-	0	0	7.145,11	0
9	+ Sonstige ordentliche Erträge	0	0	28.776,07	28.776,07	0	0	28.776,07-	0
10	= Ordentliche Erträge	105.624,09	91.704	120.941,46	29.237,62	0	0	29.237,62-	0
11	- Personalaufwendungen	541.137,80-	512.934-	536.957,33-	24.023,78-	0	0	24.023,78	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	116.395,68-	105.904-	68.561,12-	37.343,00	0	4.500,00-	41.843,00-	0
14	- Planmäßige Abschreibungen	2.483,88-	2.300-	3.901,85-	1.601,85-	0	0	1.601,85	0
16	- Transferaufwendungen	48.000,00-	60.000-	60.000,00-	0	0	0	0	0
17	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	40.232,74-	30.667-	29.012,03-	1.655,09	0	0	1.655,09-	0
18	= Ordentliche Aufwendungen	748.250,10-	711.805-	698.432,33-	13.372,46	0	4.500,00-	17.872,46-	0
19	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	642.626,01-	620.101-	577.490,87-	42.610,08	0	4.500,00-	47.110,08-	0
40	+ Erträge aus internen Leistungen	13.906,01	10.376	11.557,69	1.182,16	0	0	1.182,16-	0
51	- Aufwand für Mitwirkungsleistungen	0	9.477-	0	9.476,94	0	0	9.476,94-	0
52	- Aufwand für Serviceleistungen	89.603,93-	69.070-	68.047,53-	1.022,33	0	0	1.022,33-	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	61.444,69-	58.150-	61.583,51-	3.433,42-	0	0	3.433,42	0
54	- Aufwand für IuK	22.642,48-	24.628-	24.836,99-	209,00-	0	0	209,00	0
55	- Aufwand für Steuerungs-/unterstützung	37.823,79-	40.117-	37.399,06-	2.717,82	0	0	2.717,82-	0
60	- Kalkulatorische Kosten	167.173,83-	185.291-	153.728,41-	31.562,39	0	0	31.562,39-	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	364.782,71-	376.357-	334.037,81-	42.319,22	0	0	42.319,22-	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	1.007.408,72-	996.458-	911.528,68-	84.929,30	0	4.500,00-	89.429,30-	0

Teilfinanzrechnung

Umweltschutz **56.10**

Dr. Georg Lutz, FBL Umwelt - Umweltausschuss

Ifd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	63.460,54	91.704	57.883,40	33.820,44-	0	0	33.820,44	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	762.871,65-	742.526-	656.156,35-	86.370,00	0	4.500,00-	90.870,00-	0
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus Ifd. Verwaltungstätigkeit	699.411,11-	650.823-	598.272,95-	52.549,56	0	4.500,00-	57.049,56-	0
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
12	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	10.705,24-	0	0	0	0	0	0	0
13	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	25.000,00-	0	0	0	0	0	0	0
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	35.705,24-	0	0	0	0	0	0	0
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	35.705,24-	0	0	0	0	0	0	0
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	735.116,35-	650.823-	598.272,95-	52.549,56	0	4.500,00-	57.049,56-	0
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	735.116,35-	650.823-	598.272,95-	52.549,56	0	4.500,00-	57.049,56-	0

Dezernat V

Verantwortung:

Ausschuss:

Sozialausschuss

Dezernatsleitung:

Elke Zimmermann-Fiscella

6



Produktbereich 31

Soziale Hilfen

31.10	Grundversorgung Hilfen nach SGB XII*
31.10.01	Hilfe zur Pflege*
31.20	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II*
31.20.01	Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 SGB II*
31.30	Hilfen für Flüchtlinge und Aussiedler
31.40	Soziale Einrichtungen
31.50	Leistungen nach Bundesversorgungsgesetz
31.60	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
31.70	Betreuungsleistungen
31.80	Sonstige Soziale Hilfen und Leistungen
31.90	Bildung & Teilhabe

Produktbereich 37

**Schwerbehinderten- & Soziales
Entschädigungsrecht**

37.10	Schwerbehindertenrecht
37.20	Soziales Entschädigungsrecht

* Im Jahresabschluss im Detail abgedruckt

Strategische Entwicklung

Ubergreifende
Strategische Schwerpunkte THH 6

Das Landratsamt Lörrach

- ist eine moderne, dienstleistungsorientierte Verwaltung und ein attraktiver Arbeitgeber.

Der Landkreis

- stellt sich den gesellschaftlichen Auswirkungen und Herausforderungen des demographischen Wandels.

Strategische Schwerpunkte THH 6

- Mittelfristig wird der soziale Zuschussbedarf im landesweiten Vergleich gesenkt bei gleichzeitigem Erhalt eines qualitativ hochwertigen Angebotes.

Zielbeiträge 2014

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis stellt sich den gesellschaftlichen Auswirkungen und Herausforderungen des demographischen Wandels.

■ **Wirkungsziel 2014 – PG 31.10**

- Menschen mit Behinderungen leben im Landkreis Lörrach so normal wie möglich.

■ **Wirkungsziel 2014 – PG 31.20**

- Erwerbsfähige Personen sind in den Arbeitsmarkt integriert und können ihren Lebensunterhalt selbständig sichern.

Im Jahr 2014 stand unter anderem die Senkung der Quote der Leistungsempfänger in der Eingliederungshilfe im stationären Wohnen im Fokus. Durch die Erarbeitung einer Leistungsvereinbarung für ambulante Wohngemeinschaften sollte die Angebotslandschaft im ambulanten Bereich weiter ausgebaut werden. Denn nur wenn ausreichend bedarfsgerechte ambulante Angebote zur Verfügung stehen, kann trotz weiter steigender Fallzahlen in der Eingliederungshilfe diese Quote gesenkt werden. Die Erarbeitung der Leistungsbeschreibung konnte 2014 abgeschlossen werden, derzeit laufen die Verhandlungen bezüglich des Abschlusses.

In den Jahren 2011 bis 2014 konnte die Quote der Leistungsempfänger im stationären Wohnen leicht um 0,08 von 2,4 je 1000 Einwohner (EW) auf 2,32 gesenkt werden. Interessant ist, dass diese Entwicklung gegen den Landestrend erfolgte, da landesweit die Quote im gleichen Zeitraum leicht um 0,06 gestiegen ist.

Im Bereich des SGB II konnten die guten Ergebnisse der Vorjahre gehalten und weiter konsolidiert werden. Neben dem stabilen Arbeitsmarkt haben dazu Maßnahmen wie eine konsequente Fortbildung der Fallmanager und Arbeitsvermittler sowie eine ausgewogene Maßnahmenplanung beigetragen. Durch die Vor-Ort-Angebote wie Schuldnerberatung, Suchthilfe und psychosoziale Beratung konnten die kommunalen Eingliederungshilfen mit den über Bundesmittel finanzierten Eingliederungsmaßnahmen optimal verzahnt werden.

Durch die erfolgreiche Arbeit des Jobcenters konnte sowohl die Zielsetzung, die SGB II - Quote auf Landesschnitt zu halten, als auch die Zielmarke der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften deutlich unterschritten werden. So lag 2014 die SGB II - Quote mit 4,7 sogar um 0,3 Prozentpunkte unter dem Landesschnitt, die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften lag im Dezember 2014 bei 4.509. Erfreulicherweise spiegelte sich dies auch in einem in der PG 31.20 um rd. 1,14 Mio. EUR verbesserten ordentlichen Ergebnis wieder.

Strategischer Schwerpunkt

Mittelfristig wird der soziale Zuschussbedarf im landesweiten Vergleich gesenkt bei gleichzeitigem Erhalt eines qualitativ hochwertigen Angebots.

■ Wirkungsziel 2014 . – PG 31.80

Im Landkreis existiert ein zukunftsorientiertes Unterbringungsangebot für Pflegebedürftige.

■ Wirkungsziele 2014 – PG 31.20

- Kaum jugendliche Arbeitslose oder Jugendliche ohne Abschluss – kein unter 25 jähriger geht verloren.
- Es gibt keine Hartz IV Karrieren.

Im Jahr 2014 wurde intensiv an dem Teilhabepan 4 - Senioren- gearbeitet. Die Vorgehensweise, sich nicht nur auf die Bedarfszahlenentwicklung der Pflegeangebote zu konzentrieren sondern auch indirekt bedarfsbestimmende Faktoren wie ÖPNV, Versorgungsangebote des täglichen Bedarfs, die Wohnsituation älterer Menschen und die medizinische Versorgung in den Blick zu nehmen, macht das Planungsvorhaben zu einer komplexen Aufgabe mit einem entsprechend hohen Zeitbedarf. Allerdings zeigt sich, dass auch der Landkreistag mittlerweile ein solches Vorgehen dringend empfiehlt, da nur diese gesamthafte Betrachtung eine zukunftsfähige Planung ermöglicht.

2014 wurde auch an der grenzüberschreitenden "Studie zu Pflege und Pflegebedürftigkeit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe" in Kooperation mit den Kantonen Basel-Stadt und Basel Landschaft weiter gearbeitet. Unter Projektleitung der Universität Tübingen wurden weitere Daten durch Experteninterviews und durch Fragebögen an unterschiedliche Akteure im Bereich Pflege (z. B. Angehörige, Pflegeeinrichtungen) erhoben und ausgewertet. Das Projekt läuft noch bis zum 15.11.2015, so dass Ende dieses Jahres die Ergebnisse vorgelegt werden können.

Das Ziel, den Betreuungsschlüssel bei den Fallmanagern für die Leistungsempfänger unter 25 Jahren bei 1 : 75 zu halten, wurde durchgängig erreicht. Dadurch konnte die eine intensive Betreuung und Begleitung sicher gestellt werden. Gerade für die jungen Leistungsempfänger im SGB II ist es wichtig, alles dafür zu tun, dass eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt erfolgt. Aufgrund der oftmals schwierigen Problemlagen kann das nur durch intensive Betreuung gelingen. Erfreulich ist, dass das Ziel, die Quote der jungen Arbeitslosen im SGB II auf 5 Prozentpunkte zu senken mit einer Quote von 4,8 sogar leicht übertroffen wurde.

Die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes sollen schon im Vorfeld dazu beitragen, dass für Kinder und Jugendliche aus Familien mit finanziellen Belastungen Bildungsnachteile vermieden werden, damit später die Sicherung der Lebensgrundlage ohne Transferleistungen gelingt (Vermeidung von Hartz-IV- Karrieren). Von Beginn der Einführung der Leistung bis zum Jahr 2014 konnte die Inanspruchnahme pro Antrag von 253 EUR auf 353 EUR gesteigert werden, was gegenüber dem für 2014 gesetzten Ziel (325 EUR/Antrag) eine leichte Verbesserung bedeutet. Die gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Information von Netzwerken (z. B. AK Migration) und Multiplikatoren muss weiter fortgesetzt werden.

Weitere Aufgabenschwerpunkte 2014

Sozialstrategie

Ziel der im Jahr 2012 mit der Prognos AG erarbeiteten Sozialstrategie ist, durch frühzeitige unterstützende und präventive Angebote Menschen zu befähigen, ihr späteres Leben unabhängig von Transferleistungen zu gestalten.

Im Jahr 2014 wurde die in der Sozialstrategie festgelegten Maßnahmen weiter umgesetzt.

Steuerungsfachkraft in der Pflege

Mitte 2013 wurde konnte die im Rahmen der Sozialstrategie eingerichtete 1,0 VZÄ Stelle einer Steuerungsfachkraft in der Pflege zu vorerst 75 % besetzt werden. Im Laufe des Jahres 2014 erfolgte die Besetzung der noch vakanten 25%. Damit stand Jahr 2014 die strategische Ausrichtung, stationäre Pflege möglichst hinauszuschieben oder zu vermeiden im Mittelpunkt. Dafür war es wichtig, Alternativen in der ambulanten Versorgung aufzuzeigen. 2014 ist es gelungen, nahezu alle Anträge auf Übernahme der Heimkosten im Rahmen der Hilfe zur Pflege durch die Steuerungsfachkraft zu überprüfen, bei denen eine Heimaufnahme noch nicht erfolgt war. Bei den Anträgen auf Leistungen der Hilfe zur Pflege im ambulanten Bereich konnten alle Fälle überprüft werden, wobei eine Stabilisierung der Situation in der Häuslichkeit im Fokus stand.

Dieses Vorgehen zeigte 2014 erste Erfolge. So konnte die Fallzahl der Leistungen im Rahmen der Hilfe zur Pflege im stationären Bereich 2014 konstant gehalten werden, trotz der Tatsache, dass zusätzliche Heimplätze auf den Markt kamen und dies bislang stets zu Fallzahlensteigerungen im stationären Bereich geführt hatte.

Die Steuerungsfachkräfte setzten 2014 auch die Hausbesuche der Ü 75 jährigen Empfänger von Grundsicherungsleistungen im Alter fort. Leider zeigte sich hier noch eine spürbare Zurückhaltung, der durch zahlreiche Maßnahmen im Rahmen von Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung begegnet wurde. Die durchgeführten Hausbesuche führten ebenfalls zu einer Stabilisierung der Häuslichkeit, so dass sich auch hier zeigt, dass der eingeschlagene strategische Weg richtig ist. Sehr erfreulich war 2014 auch die Entwicklung beim präventiven Hausbesuch, der durch den I-Punkt des Fritz-Berger-Fonds koordiniert wird. Ende 2014 befanden sich 28 ehrenamtliche BesucherInnen im aktiven Dienst. Der I-Punkt übernimmt die Aufgabe der Werbung, Qualifizierung und Begleitung der ehrenamtlichen Kräfte. Die kontinuierlich hohe Anzahl der aktiven Ehrenamtlichen zeigt die hohe Qualität der Begleitung, welche dafür Sorge trägt, dass die Ehrenamtlichen sich gut betreut und unterstützt fühlen.

Eine weiterhin gute Entwicklung nahmen im Jahr 2014 die Beratungsangebote des Pflegestützpunktes, die gegenüber 2013 nochmals um 16,5 % gesteigert werden konnten. Durch die Sprechstunden des I-Punkts in Lörrach, Rheinfeldern, Efringen-Kirchen, Schliengen und Zell im Wiesental konnte das Beratungsangebot des Pflegestützpunktes auch 2014 flächendeckend ergänzt werden. 2015 steht nun die Erweiterung des Beratungsangebotes in das Mittlere Wiesental an. Der Antrag an die Landesarbeitsgemeinschaft Pflegestützpunkt wird im April 2015 gestellt werden.

Weitere Aufgabenschwerpunkte 2014

Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen

Im Jahr 2014 sind die Neuzugänge an Asylbewerbern in Baden-Württemberg gegenüber dem Vorjahr nochmals dramatisch angestiegen. Ende Dezember 2014 lag die Quote der zuzuweisenden Asylbewerber in den Landkreis Lörrach bei ca. 100 Personen - pro Monat. Im gesamten Jahr 2011 hatte die Zugangszahl bei 85 Personen gelegen.

Dies bedeutet, dass die Zugangszahlen sich innerhalb des Jahres 2014 nochmals mehr als verdoppelt haben. Aufgrund der andauernd kritischen weltpolitischen Lage muss davon ausgegangen werden, dass sich diese Zahl 2015 noch weiter erhöhen oder zumindest auf dem aktuellen hohen Niveau stabilisieren. Die aktuellen Zugangszahlen stellen den Landkreis Lörrach für den Bereich der Unterbringung und Versorgung weiterhin vor enorme Herausforderungen.

Im Jahr 2014 wurden mit Schönau, Wieden, Lörrach-Gretherstraße und Efringen-Kirchen vier weitere Gemeinschaftsunterkünfte geschaffen. Somit verfügte der Landkreis Ende 2014 über 772 Wohnheimplätze. Diese werden jedoch bei weitem nicht ausreichen, den wachsenden Bedarf zu decken. Aufgrund der aktuellen Prognosen geht die Verwaltung davon aus, dass bis Ende 2015 1.000 Wohnheimplätze benötigt werden. Verschärft wird die Situation durch die zum 01.01.2016 durchschlagende Regelung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes, nach der die zu Verfügung stehende Wohn- und Schlaffläche pro Person in staatlichen Gemeinschaftsunterkünften von 4,5 qm auf 7,0 qm erhöht wurde. Der Landkreis Lörrach wird aufgrund dieser Regelung zum 01.01.2016 auf einen Schlag 250 der bestehenden Wohnheimplätze verlieren, die im Laufe des Jahres 2015 durch die Schaffung neuer Unterbringungsmöglichkeiten kompensiert werden müssen.

Aufgrund der zunehmenden Problematik wurde 2014 die Projektgruppe Asylbewerberunterbringung gebildet, deren Leitung Herr Michael Laßmann, Leiter der Stabsstelle Recht übernommen hat, der auch für die Gesamtkoordination des Themas "Asylbewerberunterbringung" zuständig ist. In der Projektgruppe arbeiten der Fachbereich Planung & Bau, die Pressestelle, der Fachbereich Baurecht, der Katastrophenschutz und das Sozialdezernat mit dem Sachgebiet Aufnahme & Integration an der Suche nach Unterbringungsmöglichkeiten und der Umsetzung der neuen Projekte. Mit dabei ist auch ein Architekturbüro. Aufgrund der aktuellen Situation tagt die Projektgruppe alle 2 Wochen. Diese engmaschige Abstimmung hat sich trotz des damit verbundenen Zeitaufwands sehr gut bewährt.

Viel Zeit erforderte im Jahr 2014 auch die Öffentlichkeitsarbeit. Bei den zahlreichen neuen Projekten galt es, die Anwohnerinnen und Anwohner zu informieren und mitzunehmen. Dazu gab es Bürgerinformationsveranstaltungen in Efringen-Kirchen, Lörrach und Wieden sowie zahlreiche Presseterminale und Auftritte in Kommunalen Gremien.

Deutlich gestiegen ist 2014 auch die Anzahl der Menschen, die den kreisangehörigen Städten und Gemeinden in die Anschlussunterbringung zugewiesen wurden. Dies war sowohl für den Landkreis als auch die betroffenen Städte und Gemeinden eine große Herausforderung. Trotz einer intensiven Unterstützung der auszugsberechtigten Menschen gelang es aufgrund der angespannten Wohnungssituation nur schwer, passende Wohnungen für die Menschen zu finden.

Positiv war 2014 das Ergebnis der Rückkehrberatung, die seit 2011 besteht und dem Sachgebiet Aufnahme & Integration organisatorisch zugeordnet ist. Durch die "ergebnisoffen" erfolgende Rückkehr- und Perspektivberatung sind 2014 insgesamt 110 Menschen freiwillig in ihr Heimatland zurückgekehrt, wobei großen Wert darauf gelegt wird, den Menschen nach ihrer Rückkehr neue Möglichkeiten der Sicherung der Lebensgrundlage mit auf den Weg zu geben. Zwischenzeitlich interessieren sich auch andere Landkreise für unser Modell und beabsichtigen, bei sich eine solche Rückkehrberatung aufzubauen.

Betreuung der Flüchtlinge

Die stark gestiegene Zahl der unterzubringenden Menschen stellte auch an die Betreuung neue und zusätzliche Anforderungen. Anfang 2014 war entschieden worden, die soziale Beratung und Betreuung der Menschen, die in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind sowie die bis zu 12 Monate dauernde Nachbetreuung nach dem Auszug in die Anschlussunterbringung an die Liga der freien Wohlfahrtsverbände zu vergeben. Die Liga hatte zuvor mehrfach den Wunsch geäußert, diese Aufgabe zu übernehmen. Nachdem eine Leistungsvereinbarung erarbeitet und abgestimmt war übernahm der Caritasverband die Betreuung der Unterkünfte im Oberen Wiesental sowie eine Stelle in Rheinfelden, das Diakonische Werk die Unterkünfte in Lörrach und Efringen-Kirchen. Grundlage ist der vom Kreistag festgelegte Betreuungsschlüssel von 1 : 130.

Nach nunmehr einem Jahr kann man sagen, dass sich diese Entscheidung sehr gut bewährt hat und die Zusammenarbeit mit den kreiseigenen BetreuerInnen und den Heimleitungen gut funktioniert.

Stark an Bedeutung zugenommen hat im Laufe des Jahres 2014 die Koordination der ehrenamtlichen Betreuerkreise, die es mittlerweile an nahezu allen Standorten von Gemeinschaftsunterkünften und auch in einigen Städten und Gemeinden, die Flüchtlinge in die Anschlussunterbringung aufgenommen haben, gibt. Die Koordination der ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer obliegt den hauptamtlichen Kräften in Abstimmung mit den Heimleitungen. 2014 wurden Informationsblätter für ehrenamtliche HelferInnen erarbeitet, Anfang 2015 fand unter Federführung des Landkreises eine große Informationsveranstaltung für ehrenamtliche Helferinnen und Helfer statt.

Betreuungsrecht

Die Fallzahlen und Anforderungen im Bereich rechtliche Betreuungen sind 2014 angestiegen. Auch hier spielt der demografische Wandel eine nicht unerhebliche Rolle. Die gewachsene Anzahl der MitarbeiterInnen und die neue Ausrichtung der Arbeit in der Betreuungsbehörde machten 2014 deutlich, dass eine Neuorganisation unumgänglich ist, um den Aufgaben in beiden Bereichen im erforderlichen Maße gerecht zu werden. Nach eingehenden Überlegungen wurde entschieden, das bisherige Sachgebiet Eingliederungshilfe & Betreuung in zwei Sachgebiete zu teilen. Die Neuorganisation wurde zum 01.01.2015 umgesetzt.

Suchtprävention und Suchthilfe

2014 wurde mit der Umsetzung des Teilhabepplans 3 zur Suchthilfe und Suchtprävention begonnen. Dabei standen die kurz- und mittelfristigen Ziele im Vordergrund, z. B. die sozialräumliche Ausrichtung der Angebote, sowie die Evaluation der Zusammenarbeit von Suchthilfe und Jobcenter, unter wissenschaftlicher Begleitung.

Erläuterungen zur Teilergebnisrechnung 2014

PG THH 6	PLAN 2014	IST 2014	Abweichung 2014	Erläuterung
31.10	-43.113.426	-43.181.756	-68.330	Mehraufw and von 668.000 EUR wird durch Mehrerträge von 641.000 EUR fast ausgeglichen.
31.20	-13.688.101	-12.547.487	1.140.614	Mehrerträge durch erhöhte Wohngeldentlastung und Auflösung Rückstellung BuT; Minderaufw endungendurch verringerte Zahl
31.30	-2.559.006	-1.317.920	1.241.086	Minderaufw endungen: kommunale Unterbringung geringere Fallkosten, Unterbringung GU Fallanstieg später und geringer als geplant.
31.40	-457.085	-1.154.025	-696.940	erhöhter Aufw and zur Unterbringung von Flüchtlingen
31.50	-187.887	-154.580	33.308	Planung leicht unterschritten. Geringere Aufw endungen
31.60	-246.100	-202.837	43.263	Minderaufw and im Vor- und Umfeld der Pflege
31.70	-338.369	-305.053	33.315	leichte Planunterschreitung durch geringere Aufw endungen
31.80	-1.849.970	-1.815.811	34.159	Mehreinnahmen durch Auflösung Rückstellung
31.90	-196.560	-187.154	9.406	planmäßiger Verlauf
37.10	-506.353	-510.442	-4.089	planmäßiger Verlauf
37.20	-143.547	-151.414	-7.867	planmäßiger Verlauf
gesamt	-63.286.405	-61.528.479	1.757.926	

Weiterführende Erläuterungen

Gegenüber der Planung ergab sich eine Verbesserung um ca. 1.758.000 EUR. Gründe hierfür sind Mehrerträge in Höhe von 1.420.000 EUR und Minderaufwendungen in Höhe von 340.000 EUR.

Die Mehrerträge resultieren zum Großteil aus der Auflösung der Rückstellung für Bildung und Teilhabe (BuT) aus 2012 (470.000 EUR), aus höheren Erstattungen (620.000 EUR), aus mehr Transfererträgen (200.000 EUR) und aus 130.000 EUR erhöhten Erträgen bei der Wohngeldentlastung.

Der geringere Aufwand (Minderaufwendungen) ergibt sich aus einem Saldo der Aufwendungen wobei es in manchen Bereichen Minder- und in anderen Mehraufwendungen gab.

Die Minderaufwendungen resultieren aus gegenüber der Planung niedrigerer Aufwendungen im Bereich Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (-660.000 EUR) wo der Fallanstieg 2014 später als erwartet eingesetzt hat. Hierdurch waren Leistungen erst später zu zahlen. Zudem sind die Aufwendungen für die kommunale Unterbringung je Fall gegenüber den Planungen geringer ausgefallen. Hier fehlten bisher verlässliche Daten im großen Stil.

Im Bereich des SGB II (-390.000 EUR) hat eine leicht geringere Zahl an Bedarfsgemeinschaften (-155) zu geringeren Aufwendungen an KdU geführt

Mehraufwendungen gab es beim Personal (+100.000 EUR); vor allem im Bereich der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und bei den Sachkosten (+450.000 EUR), ebenfalls im Bereich Flüchtlingsunterbringung. Hier waren und sind immer noch die Ersterstellungskosten für neue Unterkünfte sehr kostenintensiv, und aufgrund völlig unterschiedlicher Ausgangslagen auch nur sehr schwer abzuschätzen. Außerdem hat der Bereich Sicherheit (Sicherheitsdienst) erheblich mehr Aufwand verursacht als angenommen.

Investitionen 2014

PG	Bezeichnung der Investitionsmaßnahme	zeitliche Umsetzung	Gesamt-betrag	bis 2013 finanziert	Ermächti-gungsübertra-gungen aus Vorjahr	2014 PLAN	2014 IST	Ermächti-gungsübertra-gungen ins Folgejahr	Finanzpl. Jahre 2015-2017
			- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
31.40	Rückflüsse aus Ausleihungen	fortlaufend	238.253			5.500	6.321		16.500
31.80	Zuschuss von Fritz-Berger-Stiftung	2014				0	2.731		
31.40	Förderung - APH St. Friedolin	2009-2014	-1.051.000	-104.200		0	-9.000		
31.40	Förderung - Bürgerheim Rheinfeldern	2010-2014	-768.300	-609.200		-159.200	-157.968		
31.40	Förderung - Seniorenzentrum Efringen-Kirchen	2010-2014	498.500	-418.287		-80.300	-80.225		
31.40	GU Efringen-Kirchen - Erwerb Baubüro	2014				0	-35.700		
XX.XX	Software und bewegliches Anlagevermögen	2014				-12.500	-82.673		
Saldo aus Investitionstätigkeit			-1.082.547	-1.131.687	0	-246.500	-356.513	0	16.500

Erläuterungen zu den Investitionen 2014

An investiven Maßnahmen werden im THH 6 neben einem Darlehensrückfluss die Förderung von Pflegeheimen abgewickelt.

Diese Förderung (vollstationäre Dauerpflege, Kurzzeitpflege, Tagespflege und Nachtpflege) ist nach § 5 Landespflegegesetz Aufgabe von Land, Städten und Gemeinden. Das Land gibt für die Kreise Bedarfskorridore vor, innerhalb derer diese den örtlichen Bedarf festlegen. Nach Feststellung des Landkreises erhalten bedarfsgerechte Einrichtungen bis zum Jahr 2010 in das Förderprogramm des Landes aufgenommene Neubauten und Sanierungen eine Investitionsförderung (Objektförderung), die zu zwei Dritteln vom Land und zu einem Drittel vom Standortkreis erbracht wird. Die Maßnahmen sind zwischenzeitlich alle abgeschlossen. Aufgrund der Deckelung der hierfür bereitgestellten Mittel werden die Investitionskostenzuschüsse des Landkreises über mehrere Jahre verteilt gewährt. Für einen Teil der geförderten Maßnahmen waren daher Restzahlungen des Landkreises noch bis zum Jahr 2014 vorgesehen.

Der Erwerb des sogenannten Baubüros (Baustelle Katzenbergtunnel) der Firma Max Bögl durch den Landkreis war notwendig, da auf dem Gelände die GU Efringen-Kirchen eingerichtet wurde und das Gebäude als Wohngebäude für Flüchtlinge umgebaut wurde.

Die weiteren Investitionen waren auch im Themenbereich Flüchtlinge angesiedelt. Es mussten Industriewaschmaschinen (lange Haltbarkeit bei Dauernutzung) sowie weitere Fahrzeuge zur Bewirtschaftung der neu eingerichteten GU's angeschafft werden.

Teilergebnisrechnung

lfd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässiger Mehraufw. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	1.869.030,14	1.200.000	1.335.980,63	135.980,63	0	0	135.980,63-	0
2	+ Umlagen Zuweisungen Zuschüsse	17.175.725,39	20.957.200	19.017.271,07	1.939.928,93-	0	0	1.939.928,93	0
3	+ Sonstige Transfererträge	7.294.783,91	7.466.000	9.589.890,85	2.123.890,85	0	0	2.123.890,85-	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Entgelte	45.221,57	45.000	38.507,81	6.492,19-	0	0	6.492,19	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	23.283,58	1.000	6.871,59	5.871,59	0	0	5.871,59-	0
6	+ Kostenerstattungen Kostenumlagen	5.703.087,74	7.173.400	7.796.589,99	623.189,99	0	0	623.189,99-	0
7	+ Zinsen und ähnliche Erträge	889,34	1.200	1.191,65	8,35-	0	0	8,35	0
9	+ Sonstige ordentliche Erträge	72.092,55	0	474.371,53	474.371,53	0	0	474.371,53-	0
10	= Ordentliche Erträge	32.184.114,22	36.843.800	38.260.675,12	1.416.875,12	0	0	1.416.875,12-	0
11	- Personalaufwendungen	5.546.262,64-	6.203.293-	6.299.907,28-	96.614,62-	0	16.200,00-	80.414,62	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.201.820,96-	1.810.936-	2.261.874,06-	450.937,78-	113.565,69	0	564.503,47	0
14	- Planmäßige Abschreibungen	203.766,08-	203.011-	366.813,41-	163.802,25-	0	0	163.802,25	0
16	- Transferaufwendungen	64.386.726,92-	70.040.900-	69.380.775,97-	660.124,03	0	2.300,00-	662.424,03-	14.600,00-
17	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	21.850.313,95-	21.872.065-	21.479.783,50-	392.281,78	0	0	392.281,78-	4.000,00-
18	= Ordentliche Aufwendungen	93.188.890,55-	100.130.205-	99.789.154,22-	341.051,16	113.565,69	18.500,00-	245.985,47-	18.600,00-
19	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	61.004.776,33-	63.286.405-	61.528.479,10-	1.757.926,28	113.565,69	18.500,00-	1.662.860,59-	18.600,00-
51	- Aufwand für Mitwirkungsleistungen	35.814,27-	65.613-	27.035,70-	38.576,91	0	0	38.576,91-	0
52	- Aufwand für Serviceleistungen	1.181.626,51-	1.476.428-	1.492.240,62-	15.812,21-	0	0	15.812,21	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	310.651,62-	303.512-	376.668,27-	73.156,61-	0	0	73.156,61	0
54	- Aufwand für IuK	417.219,88-	459.648-	476.667,38-	17.019,03-	0	0	17.019,03	0
55	- Aufwand für Steuerung/-unterstützung	458.897,77-	631.145-	590.093,51-	41.051,69	0	0	41.051,69-	0
60	- Kalkulatorische Kosten	316.202,25-	344.295-	297.305,37-	46.989,83	0	0	46.989,83-	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	2.720.412,30-	3.280.641-	3.260.010,85-	20.630,58	0	0	20.630,58-	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	63.725.188,63-	66.567.047-	64.788.489,95-	1.778.556,86	113.565,69	18.500,00-	1.683.491,17-	18.600,00-

Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	33.168.388,13	36.843.800	37.140.000,08	296.200,08	0	0	296.200,08-	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	95.036.219,13-	99.930.129-	97.873.469,50-	2.056.659,56	113.565,69	18.500,00-	1.961.593,87-	18.600,00-
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	61.867.831,00-	63.086.329-	60.733.469,42-	2.352.859,64	113.565,69	18.500,00-	2.257.793,95-	18.600,00-
4	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	2.731,05	2.731,05	0	0	2.731,05-	0
8	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	5.423,77	5.500	6.320,68	820,68	0	0	820,68-	0
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	5.423,77	5.500	9.051,73	3.551,73	0	0	3.551,73-	0
10	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	35.700,00-	35.700,00-	35.700,00-	0	0	0
12	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	3.686,91-	12.500-	82.673,19-	70.173,19-	70.173,19-	0	0	0
14	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	499.893,50-	239.500-	247.192,50-	7.692,50-	7.692,50-	0	0	0
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	503.580,41-	252.000-	365.565,69-	113.565,69-	113.565,69-	0	0	0
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	498.156,64-	246.500-	356.513,96-	110.013,96-	113.565,69-	0	3.551,73-	0
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	62.365.987,64-	63.332.829-	61.089.983,38-	2.242.845,68	0	18.500,00-	2.261.345,68-	18.600,00-
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	62.365.987,64-	63.332.829-	61.089.983,38-	2.242.845,68	0	18.500,00-	2.261.345,68-	18.600,00-

Ausblick, Chancen und Risiken

Transferaufwendungen für Flüchtlinge

Die erhöhten Zugänge von Flüchtlingen und Asylbewerbern erfordern auch höhere Aufwendungen des Landkreises für diesen Personenkreis. Für die zugewiesenen Menschen erhält der Landkreis eine pauschale Kostenerstattung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz, welche die Aufwendungen für 18 Monate - dies entspricht der durchschnittlichen Verweildauer in den Gemeinschaftsunterkünften - decken soll. Es ist jedoch nicht davon auszugehen, dass die Menschen nach Abschluss des Asylverfahrens in ihr Heimatland zurückkehren, sondern in eine Stadt oder Gemeinde des Landkreises zugewiesen werden müssen. Dort wird die Mehrzahl weiterhin auf Transferleistungen angewiesen sein, die der Landkreis Lörrach dann voll zu tragen hat. In diesem Bereich wird zukünftig mit einem sehr deutlich erhöhten Zuschussbedarf zu rechnen sein.

Mit dem Beschluss eines neuen Strategischen Handlungsschwerpunktes zur Integration von Flüchtlingen und der Bereitstellung von 100.000 EUR für Integrationsmaßnahmen für Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt hat der Kreistag die Möglichkeit geschaffen, aktiv daran zu arbeiten, dass möglichst viele Flüchtlinge ihren Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit sichern können.

Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen

Aufgrund der demografischen Entwicklung und den medizinischen Fortschritten wird im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen noch bis zum Jahr 2020 mit steigenden Fallzahlen gerechnet. Mit ordentlichen Aufwendungen in Höhe von knapp 35 Mio. EUR ist dieser Bereich der größte Kostenblock im Teilhaushalt 6. Entsprechend dem Wirkungsziel sollen Menschen mit Behinderung im Landkreis Lörrach so normal wie möglich leben können. Dies erfordert eine individuelle Betrachtung der Menschen, um gezielt die Hilfen zusammen zu stellen, die ihm Rahmen der gegebenen Möglichkeiten die größtmögliche Teilhabe in den unterschiedlichen Lebensbereichen sichern.

Zukünftige Zielsetzung muss sein, die erwarteten Fallzahlenzuwächse in den Bereichen Wohnen und Arbeit vorwiegend im ambulanten Bereich aufzufangen. Dazu soll unter anderem 2015 das Kurzzeitwohnen für Kinder zur Entlastung der Familien ausgebaut werden.

Inklusion und Teilhabe beginnt schon im vorschulischen und schulischen Bereich. Deshalb möchte der Landkreis 2015 die erforderlichen Schulbegleitungen, ohne die für Kinder mit Behinderungen der Besuch einer Regelschule oftmals nicht möglich ist, aktiv und offensiv anbieten und eine Handreichung zu dem Thema bei den Schulträgern einführen. Wie sich die zum neuen Schuljahr 2015/2016 angekündigte Änderung des Schulgesetzes auf die Ausgaben der Eingliederungshilfe auswirken wird, ist derzeit schwer einschätzbar. Mit einer weiteren Zunahme an von der Eingliederungshilfe zu finanzierenden Schulbegleitungen und einem zunehmenden Abstimmungsbedarf im Rahmen der Schulwegekonferenzen ist zu rechnen.

31.10 Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII

Ziele & Kennzahlen

Hugo Mehlin, FBL Soziales - Sozialausschuss

WIRKUNGSZIELE		Zielgruppe
A	S Menschen mit Behinderungen leben im LK Lörrach so normal wie möglich.	Menschen mit Behinderung
B	Der Vorrang häuslicher Pflege, um den betroffenen Menschen möglichst lange die gewohnte Umgebung zu erhalten ist gesichert.	Gesetzlich konkretisierte leistungsberechtigte Personen
C	Sicherung des Lebensunterhalts für dauernd Erwerbsgeminderte sowie für Personen über der Altersgrenze, die ihren Lebensunterhalt nicht unabhängig von Leistungen nach dem SGB XII bestreiten können.	Leistungsberechtigte Bürgerinnen und Bürger

Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert		Messgröße
A 1	S Die Zahl der Leistungsempfänger im "stationären Wohnen" wird bis Ende 2014 auf den Landesdurchschnitt BW gesenkt. (Ist BW 2011: 2,1 LE / 1000 EW und Ist LK Lö 2011: 2,4 LE / 1000 EW).	A 1 k 1, A 1 k 2
A 2	S 2014 werden zur weiteren Förderung der Inklusion mit mindestens 5 Wohngemeinden Vereinbarungen über Angebote zur Verbesserung der Freizeitsituation der Menschen mit Behinderung getroffen. Die sozialräumliche Versorgung mit allen Angeboten wird vorangetrieben.	A 2 k 1, A 2 k 2
A 3	S Schaffung von mehr Angeboten für Schüler/-innen mit geistiger und körperlicher Behinderung an Regelschulen. Der Anteil Kinder und Jugendlicher mit geistiger und körperlicher Behinderung, die (anstelle einer Förderschule) eine Regelschule besuchen können steigt kontinuierlich und entspricht bis Ende 2016 mindestens dem Landesschnitt BW (Ist BW 2011: 0,58, Ist LK Lö 2011: 0,43). Dafür soll bis Ende 2016 die momentan bestehende Differenz i.H. von 0,15 (2011) zum Landesschnitt aufgeholt werden. (KNZ: Inklusionsquote).	A 3 k 1, A 3 k 2
A 4	S Menschen sollen in den Arbeitsmarkt integriert werden. Die Anzahl der Leistungsempfänger in Werkstätten für behinderte Menschen wird bis Ende 2015 um 0,35 auf den Landesschnitt BW gesenkt (Ist BW 2011: 3,94, Ist LK Lö 2011: 4,29).	A 4 k 1
B 1	S Aufbau und Etablierung eines Steuerungssystems zur Feststellung erforderlicher Hilfen um einen möglichst langen Zeitraum in der Häuslichkeit zu verbleiben	B 1 k 1
C 1	S Anträge werden weiterhin zeitnah, auf hohem fachlichen Niveau und nach den gesetzlichen Vorgaben durch ausreichende personelle Ressourcen bearbeitet.	C 1 k 1, C 1 k 2

Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant		Umsetzungsgrad
A 1.1	S Abschluss einer Leistungsvereinbarung für ambulante Hausgemeinschaften.	70 %
A 2.1	S Abschluss von Zielvereinbarungen mit Wohngemeinden zur Unterstützung inklusiver Freizeitprojekte.	5 %
A 3.1	S Gemeinsame Erarbeitung einer Handreichung (LK+Gemeinden+Schulträger) zur Erleichterung der Sicherstellung in Assistenz innerhalb von Schulen bis Ende 2014.	70 %
A 4.1	S Erarbeitung einer Analyse der Ursachen der bereits seit Jahren andauernden hohen Werkstattzahlen bis 2015. Ein Konzept wird 2014 erarbeitet.	30 %
B 1.1	S Durchführung von Hausbesuchen bei Bürgerinnen und Bürgern, die einen Antrag auf Hilfe zur Pflege gestellt haben	70 %
B 1.2	S Durchführung von Hausbesuchen bei Grusi Beziehern Ü75 zum frühzeitigen Erkennen von Bedarfen	60 %
C 1.1	S Optimierung der Prozesse in der Fallbearbeitung.	- %
C 1.2	S Intensive Sicherung des Nachrangs in der Grundsicherung.	- %

KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG		ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
A 1 k 1	S LE stationäres Wohnen (je 1.000 EW)	2,36	2,32	-
A 1 k 2	S Differenz (LE je 1.000 EW BW/LK Lö)	0	-	Aussage möglich wenn offizielle Zahlen vom KVJS vorliegen
A 2 k 1	S Zahl der Vereinbarungen mit Gemeinden	5	20	Gespräche darüber Netzwerk Inklusion
A 2 k 2	S Zahl inklusiver Projekte des LK	2	-	Ziel muss angepasst werden, da im Zuschnitt nicht ganz passend
A 3 k 1	S Kinder in Förderschulen (absolut)	12	50	Neue Vereinbg.Schulbegeleiter mehr Planungs- +Beratgssicherh.f.Schulen
A 3 k 2	S Differenz (Inklusionsquote BW/LK Lö)	6	-	KNZ momentan nicht ermittelbar
A 4 k 1	S Anzahl Leistungsempfänger in WfbM Differenz (WfbM -Quote BW / . LK Lö)	0,10	-	bereits erreicht, weitere Zahlen werden aber untersucht
B 1 k 1	S Erhöhung des Anteils der ambulanten Pflege an allen Fällen der Hilfe zur Pflege	12,45	12,18	hohe Fluktuation (Tod/Heimaufnahme) daher schwer abschätzbar
C 1 k 1	S Bearbeitungszeit nach Vorliegen aller Unterlagen in Werktagen.	10	10	-
C 1 k 2	S Zahl der Prüfungshinweise-/ beanstandungen.	20	>20	-

GESAMTBETRACHTUNG

Im Bereich der Eingliederungshilfe konnten an den geplanten Zielen kontinuierlich gearbeitet werden. Insbesondere, die Fallzahlen sind nur in engen Grenzen erhöht. Allerdings sind in Teilbereichen der Leistungen höhere als erwartete Vergütungen mit den Leistungserbringern vereinbart worden. Insbesondere im Gesamtbereich Teilhabe am Arbeitsleben, zu dem auch der Bereich Werkstatt zählt, sind die Mehrkosten nicht unerheblich. Die Steuerungsmöglichkeiten sind hier an Fallzahlen gebunden. Das deutliche Fallzahlenwachstum wird derzeit untersucht.

Im Bereich des ambulant betreuten Wohnens wird die weitere Versorgung im ambulanten Bereich durch die bestehende Wohnraumnot blockiert, dies lässt sich aus der Eingliederungshilfe alleine nicht beeinflussen. Die bestehenden Konzepte in diesem Bereich sind bereits soweit ausgeweitet, dass auch für schwerer eingeschränkte Menschen ambulante Versorgungsmöglichkeiten im Hilfemix mit der Pflegekasse möglich sind. Die stationären Kosten werden sich noch deutlich erhöhen aufgrund der Veränderung die die Heimbauverordnung sowie das neue Wohn- und Teilhabe-Pflege – Gesetz (WTPG) und der Mindestlohnsetzung.

In der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit war 2014 ein Anstieg in den Leistungsfällen zu verzeichnen. Per 31.12.2014 lag der Fallbestand bei 1.578 Fällen, dies entspricht einem Anstieg von 4,6 % oder 70 Fällen. Darin enthalten sind auch stationäre Grundsicherungsfälle, die für sich im Wesentlichen konstant blieben.

Die Zunahme fand überwiegend im ambulanten Bereich statt (75 neue Leistungsfälle am Jahresende 2014). Ein Großteil dieser neuen Fälle entstand durch einen Rechtskreiswechsel vom SGB II in das SGB XII, d.h., bedürftige Leistungsempfänger wechselten altersbedingt oder aus Gründen der vollen Erwerbsminderung in die Grundsicherung nach dem SGB XII. Von 287 neuen Leistungsanträgen in 2014 bezogen 71 bedürftige Antragsteller zuvor Hartz IV Leistungen, in diesem Wechsel liegt daher die eigentliche Zunahme für den Anstieg der Leistungsempfänger.

Die gesamten Aufwendungen der Grundsicherung nach dem SGB XII werden ab 2014 vom Bund erstattet, damit auch der Aufwand für diese Wechselfälle. Für 2014 sind 1,8 Mio EUR weniger als angenommen vom Bund gekommen.

Teilergebnisrechnung

Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII 31.10

Hugo Mehlin, FBL Soziales – Sozialausschuss

lfd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässiger Mehraufw. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
2	+ Umlagen Zuweisungen Zuschüsse	9.876.533,38	14.099.900	12.243.530,03	1.856.369,97-	0	0	1.856.369,97	0
3	+ Sonstige Transfererträge	6.958.221,39	7.135.000	9.254.587,62	2.119.587,62	0	0	2.119.587,62-	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	21.264,66	0	5.942,39	5.942,39	0	0	5.942,39-	0
6	+ Kostenerstattungen Kostenumlagen	597.575,66	155.000	518.990,78	363.990,78	0	0	363.990,78-	0
9	+ Sonstige ordentliche Erträge	47.769,44	0	7.944,82	7.944,82	0	0	7.944,82-	0
10	= Ordentliche Erträge	17.501.364,53	21.389.900	22.030.995,64	641.095,64	0	0	641.095,64-	0
11	- Personalaufwendungen	1.587.740,03-	1.693.113-	1.692.637,81-	475,05	0	16.200,00-	16.675,05-	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	91.431,49-	54.552-	80.749,47-	26.196,99-	7.735,00	0	33.931,99	0
14	- Planmäßige Abschreibungen	0	0	158.633,42-	158.633,42-	0	0	158.633,42	0
16	- Transferaufwendungen	59.878.512,76-	62.670.200-	63.202.377,22-	532.177,22-	0	0	532.177,22	0
17	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	75.260,91-	85.460-	78.353,59-	7.106,65	0	0	7.106,65-	4.000,00-
18	= Ordentliche Aufwendungen	61.632.945,19-	64.503.326-	65.212.751,51-	709.425,93-	7.735,00	16.200,00-	700.960,93	4.000,00-
19	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	44.131.580,66-	43.113.426-	43.181.755,87-	68.330,29-	7.735,00	16.200,00-	59.865,29	4.000,00-
51	- Aufwand für Mitwirkungsleistungen	22.868,13-	9.431-	14.977,92-	5.547,06-	0	0	5.547,06	0
52	- Aufwand für Serviceleistungen	351.266,04-	316.012-	325.860,72-	9.848,56-	0	0	9.848,56	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	118.291,35-	99.255-	104.126,84-	4.871,57-	0	0	4.871,57	0
54	- Aufwand für IuK	66.154,94-	63.341-	67.690,37-	4.349,87-	0	0	4.349,87	0
55	- Aufwand für Steuerungs-/unterstützung	114.665,81-	125.189-	116.706,49-	8.482,07	0	0	8.482,07-	0
60	- Kalkulatorische Kosten	9.570,92-	26.036-	11.728,67-	14.307,61	0	0	14.307,61-	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	682.817,19-	639.264-	641.091,01-	1.827,38-	0	0	1.827,38	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	44.814.397,85-	43.752.689-	43.822.846,88-	70.157,67-	7.735,00	16.200,00-	61.692,67	4.000,00-

Teilfinanzrechnung

Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII 31.10

Hugo Mehlin, FBL Soziales – Sozialausschuss

lfd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	17.929.996,76	21.389.900	20.666.739,29	723.160,71-	0	0	723.160,71	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	62.228.796,47-	64.503.326-	65.066.961,62-	563.636,40-	7.735,00	16.200,00-	555.171,40	4.000,00-
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	44.298.799,71-	43.113.425-	44.400.222,33-	1.286.797,11-	7.735,00	16.200,00-	1.278.332,11	4.000,00-
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
12	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	7.735,00-	7.735,00-	7.735,00-	0	0	0
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	7.735,00-	7.735,00-	7.735,00-	0	0	0
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	7.735,00-	7.735,00-	7.735,00-	0	0	0
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	44.298.799,71-	43.113.425-	44.407.957,33-	1.294.532,11-	0	16.200,00-	1.278.332,11	4.000,00-
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	44.298.799,71-	43.113.425-	44.407.957,33-	1.294.532,11-	0	16.200,00-	1.278.332,11	4.000,00-

31.10.01 Hilfe zur Pflege

Ziele & Kennzahlen

Hugo Mehlin, FBL Soziales - Sozialausschuss

Neben den Leistungszielen der Produktgruppe wurden folgende SCHLÜSSELPRODUKTZIELE definiert	Messgröße
Aufbau und Etablierung eines Steuerungssystems zur Feststellung erforderlicher Hilfen um einen möglichst langen Zeitraum in der Häuslichkeit zu verbleiben. Anträge auf Leistungen werden weiterhin zeitnah, auf hohem fachlichen Niveau und nach dem gesetzlichen Vorgaben durch ausreichende persönliche Ressourcen bearbeitet.	

Um die Schlüsselproduktziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
Schulung und Fortbildung der MA, regelmäßige Teamgespräche	100 %
Durchführung von Hausbesuchen bei Bürgerinnen und Bürgern, die einen Antrag auf Hilfe zur Pflege gestellt haben	70 %
Durchführung von Hausbesuchen bei Grusi-Beziehern Ü75 zum frühzeitigen Erkennen von Bedarfen	60 %

Kennzahlen der ZIELERREICHUNG	ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
K 31.10.01-01 Kosten der Hilfe zur Pflege je Einwohner	58,1	60,5	s.u.
K 31.10.01-02 Kosten der Hilfe zur Pflege je Heimfall	14.956,6	15.797,4	
K 31.10.01-03 Falldichte stationärer HzP	0,4	0,4	
K 31.10.01-04 Anteil stationäre Fälle an Gesamtfälle HzP	87,6	87,9	weitere Heime am Markt, daher leichte Abweichung zum Plan
K 31.10.01-05 Anteil ambulante Fälle an Gesamtfälle HzP	12,4	12,2	

Gesamtbetrachtung

Das Jahr 2014 stand ganz im Zeichen der strategischen Ausrichtung, stationäre Pflege möglichst hinauszuschieben oder gar zu vermeiden und hierfür Alternativen einer ambulanten Versorgung aufzuzeigen. Nebeneffekt dieser Ausrichtung ist, dass die Notwendigkeit einer stationären Aufnahme und damit der Einsatz öffentlicher Mittel sehr genau überprüft wird.

2014 waren insgesamt 329 neue Anträge auf Übernahme von Heimkosten zu verzeichnen, wobei 195 Personen schon stationär im Pflegeheim versorgt wurden und diesen Aufenthalt nicht mehr eigenständig finanzieren konnten.

134 Personen stellten den Antrag auf der Schwelle zur Heimaufnahme, hiervon 48 Personen aus einem Krankenhaus oder aus der Psychiatrie. In insgesamt 73 Fällen wurde durch die Pflegesteuerung das Aufnahmeerfordernis sehr sorgfältig überprüft. Fokussiert hatte man sich auf die Personen, bei denen aufgrund des Grades der Pflegebedürftigkeit (oder bei denen ein soziales Netzwerk vorhanden war) Hoffnung bestand, die Heimaufnahme noch abwenden zu können.

46 Personen beantragten ambulante Hilfeleistungen, 20 weitere eine Hilfe zur Finanzierung einer Kurzzeitpflege. Bei nahezu allen ambulanten Antragstellern (44 Personen) wurde der Bedarf sehr genau durch die Pflegesteuerung geprüft, das ambulante Setting wurde so gestaltet, dass der ambulante Aufenthalt möglichst längerfristig gesichert werden kann. Jeder zweite Antrag (es waren genau 10) auf Kurzzeitpflege wurden von der Pflegesteuerung begleitet.

Die stationären Fallzahlen 2014 konnten daher aufgrund der strategischen Ausrichtung, obgleich ein größeres Versorgungsangebot durch weitere Heimplätze im Landkreis Lörrach hinzukam und weniger Sterbefälle vorhanden waren (2014 = 168, 2013 = 187), wider Erwarten konstant gehalten werden (2013, Dezember 790 Fälle, 2014 Dezember 792 Fälle, jeweils ohne Pflegefälle in der Eingliederungshilfeeinrichtung im St. Josefshaus Herten [12 Fälle]). In konkret 10 Fällen konnte die Heimaufnahme durch Intervention der Pflegesteuerung zunächst vermieden und entscheidend hinausgezögert werden.

Die gestiegenen Aufwendungen sind durch die Pflegesatzsteigerungen in den einzelnen Heimen bedingt, erfreulich ist die bessere Einnahmenschließung verlaufen, zum Teil durch Geltendmachung von Sachleistungen bei stationären Fällen ohne Pflegestufe, aber mit fehlender Alltagskompetenz. Für diese, gerade im Kreis Lörrach durch das Markus-Pflüger-Heim stark ausgeprägten Personengruppe gab es 2014 erstmals Leistungen der Pflegeversicherung (mtl. 225 EUR pro Person).

Noch immer ist zu verzeichnen, dass eine stärkere Zunahme bei der Nachfrage nach stationären Fällen bei jüngeren Personen aufgrund multipler psychischer Erkrankungen unter 65 Jahren stattfinden.

Ambulante Pflegefälle konnten ausgebaut werden und betragen nun im Jahresmittel 2014 insgesamt 110 Fälle, im Hoch bei 114 Fällen (2013 zum Vergleich Mittelwert 105). In dieser Personengruppe ist ebenfalls immer eine starke Bewegung zu verzeichnen, erkennbar durch die jährlichen Anträge (63 in 2014), teils durch Ableben, teils durch Heimaufnahme.

Durch eine bessere ambulante Versorgung steigen zwangsläufig die Ausgaben für diesen Bereich weiter an, bedingt aber auch durch die Vergütungen für die ambulante Pflege.

Im Rahmen des präventiven Ansatzes wurden darüber hinaus alle ältere Mitbürger über 75 Jahren aus Lörrach, Weil am Rhein, Rheinfelden, die im Bezug der Grundsicherung im Alter stehen und dies wünschten, in ihrer Wohnung aufgesucht, um häusliches Wohnen weiter zu unterstützen, Hilfen im Haushalt auszubauen oder vorhandene zu vernetzen und so möglichst lange Selbständigkeit in den eigenen Wänden zu erhalten.

Insgesamt kam es mit 35 Personen zu Hausbesuchkontakten (ein oder mehrere Hausbesuche), weitere 8 Klienten wurden in der Dienststelle beraten. Von diesen 43 Klienten waren in 17 Fällen eine länger andauernde Betreuung und Fallsteuerung durch die Pflegesteuerung notwendig.

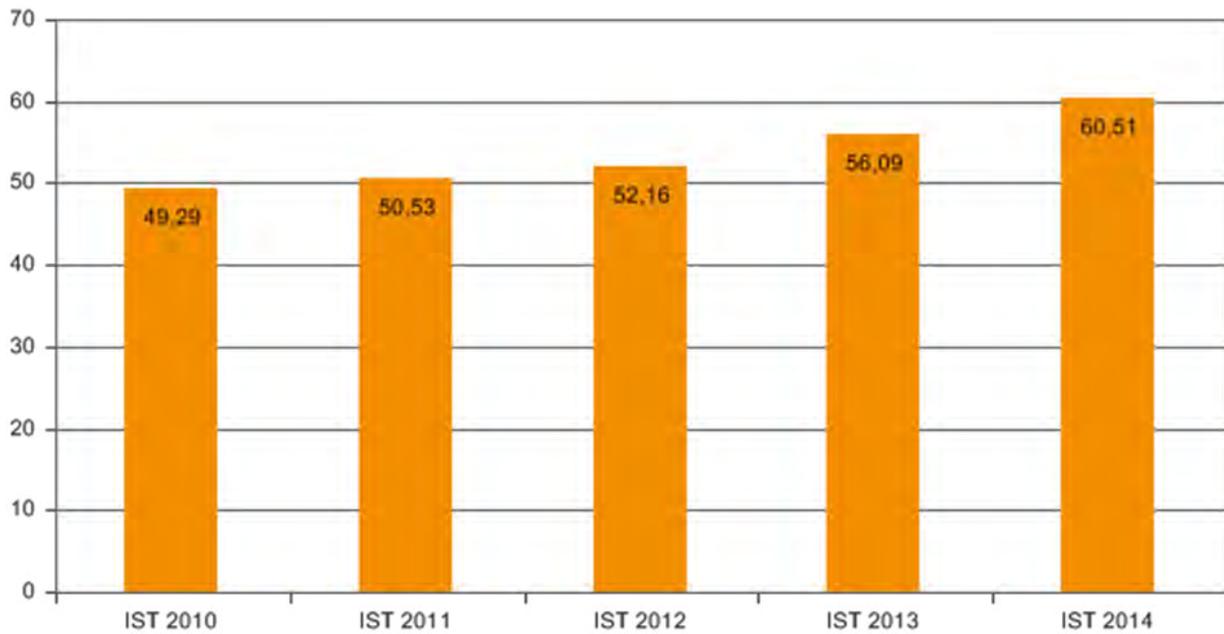
Bisher zeichnet sich ab, dass die – weitgehend von fremden Faktoren bestimmte - Pflege im ambulanten Bereich ein gutes Versorgungsnetz bedarf, insbesondere müssen Kurzzeitpflegeplätze auch tatsächlich vorhanden sein, um die Bereitschaft pflegender Angehöriger nachhaltig erhalten zu können. Hierzu ist zwingend erforderlich, ihnen zur temporären Entlastung verlässliche Alternativen anbieten zu können.

Schlüsselprodukt

Hilfe zur Pflege **31.10.01**

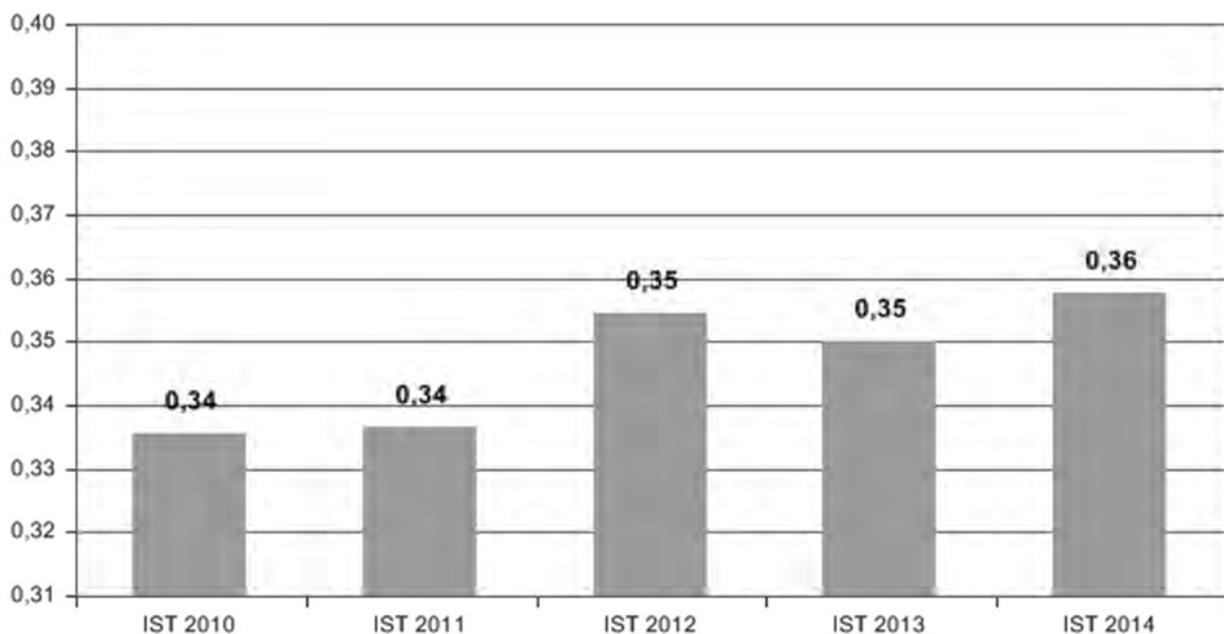
Hugo Mehlin, FBL Soziales - Sozialausschuss

Kosten der Hilfe zur Pflege je Einwohner LK Lörrach (in EUR)



Jährliche Pflegesatzsteigerungen überwiegend bedingt durch höhere stationäre Kosten aufgrund der überwiegend kommunalen oder kirchlichen Trägerschaft der Einrichtungen.

Falldichte stationärer HzP



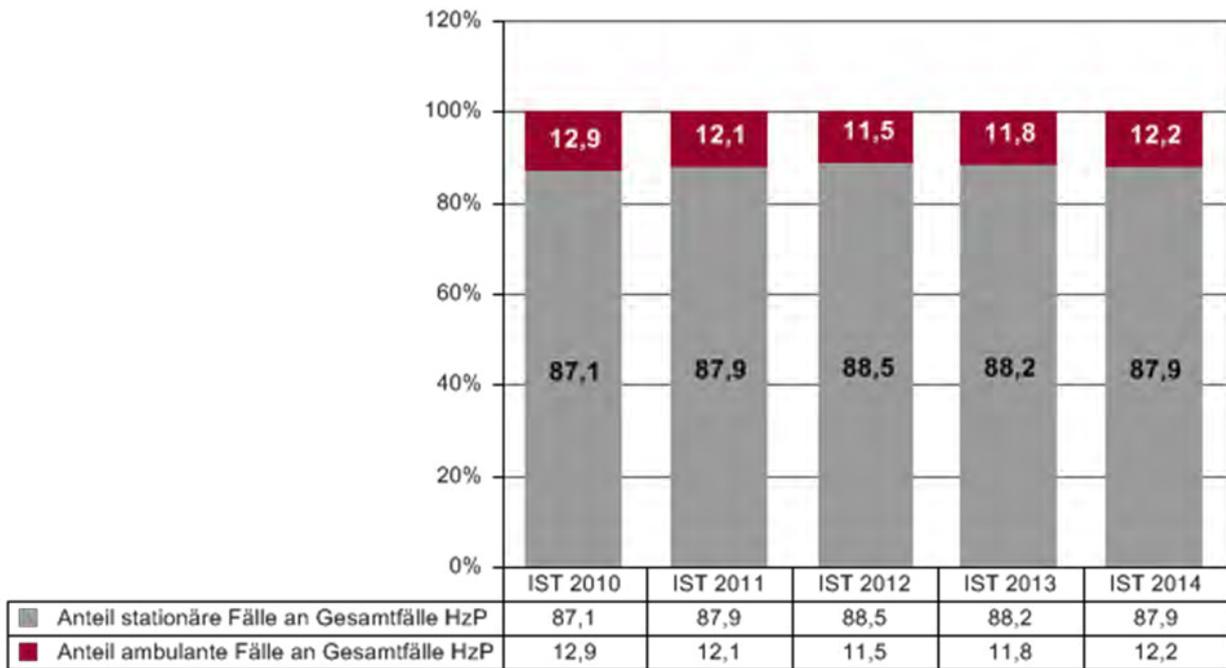
Weitere Plätze am Markt vergrößern das Angebot stetig.

31.10.01 Hilfe zur Pflege

Schlüsselprodukt

Hugo Mehlin, FBL Soziales – Sozialausschuss

Verhältnis amb. Fälle zu stat. Fällen im LK Lörrach (in %)



Jährlich hohe Fluktuation zu verzeichnen (Tod/Heimaufnahme)

Teilergebnisrechnung

Hilfe zur Pflege 31.10.01

Hugo Mehlin, FBL Soziales - Sozialausschuss

lfd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässiger Mehraufw. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
3	+ Sonstige Transfererträge	1.848.278,79	1.870.000	2.782.528,22	912.528,22	0	0	912.528,22-	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	4.675,00	4.675,00	0	0	4.675,00-	0
6	+ Kostenerstattungen Kostenumlagen	6.140,43	0	0	0	0	0	0	0
9	+ Sonstige ordentliche Erträge	1.188,26	0	1.245,30	1.245,30	0	0	1.245,30-	0
10	= Ordentliche Erträge	1.855.607,48	1.870.000	2.788.448,52	918.448,52	0	0	918.448,52-	0
11	- Personalaufwendungen	349.921,32-	431.667-	425.032,94-	6.633,59	0	16.200,00-	22.833,59-	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	17.015,41-	13.680-	10.078,24-	3.601,40	0	0	3.601,40-	0
14	- Planmäßige Abschreibungen	0	0	876,49-	876,49-	0	0	876,49	0
16	- Transferaufwendungen	12.524.513,33-	12.891.702-	13.432.471,29-	540.769,29-	0	0	540.769,29	0
17	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	13.568,89-	28.130-	14.977,32-	13.152,84	0	0	13.152,84-	4.000,00-
18	= Ordentliche Aufwendungen	12.905.018,95-	13.365.178-	13.883.436,28-	518.257,95-	0	16.200,00-	502.057,95	4.000,00-
19	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	11.049.411,47-	11.495.178-	11.094.987,76-	400.190,57	0	16.200,00-	416.390,57-	4.000,00-
51	- Aufwand für Mitwirkungsleistungen	327,53-	685-	52,85-	631,75	0	0	631,75-	0
52	- Aufwand für Serviceleistungen	82.758,41-	79.621-	83.019,73-	3.398,74-	0	0	3.398,74	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	26.188,11-	26.094-	27.381,35-	1.287,44-	0	0	1.287,44	0
54	- Aufwand für IuK	14.645,09-	16.649-	17.797,36-	1.148,70-	0	0	1.148,70	0
55	- Aufwand für Steuerungs-/unterstützung	25.384,91-	32.458-	30.259,49-	2.198,81	0	0	2.198,81-	0
60	- Kalkulatorische Kosten	718,13-	5.132-	1.352,92-	3.778,76	0	0	3.778,76-	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	150.022,18-	160.638-	159.863,70-	774,44	0	0	774,44-	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	11.199.433,65-	11.655.816-	11.254.851,46-	400.965,01	0	16.200,00-	417.165,01-	4.000,00-

Teilfinanzrechnung

Hilfe zur Pflege 31.10.01

Hugo Mehlin, FBL Soziales - Sozialausschuss

lfd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	1.832.394,86	1.870.000	2.181.334,19	311.334,19	0	0	311.334,19-	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	12.848.884,16-	13.365.178-	13.867.598,11-	502.419,78-	0	16.200,00-	486.219,78	4.000,00-
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	11.016.489,30-	11.495.178-	11.686.263,92-	191.085,59-	0	16.200,00-	174.885,59	4.000,00-
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	11.016.489,30-	11.495.178-	11.686.263,92-	191.085,59-	0	16.200,00-	174.885,59	4.000,00-
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	11.016.489,30-	11.495.178-	11.686.263,92-	191.085,59-	0	16.200,00-	174.885,59	4.000,00-

31.20 Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II

Ziele & Kennzahlen

Elke Zimmermann-Fiscella, Dezernentin V – Sozialausschuss

WIRKUNGSZIELE		Zielgruppe
A	S Erwerbsfähige Personen sind in den Arbeitsmarkt integriert und können ihren Lebensunterhalt selbstständig sichern.	Arbeitsfähige Personen zwischen 15 und 64 Jahren
B	S Kaum jugendliche Arbeitslose oder Jugendliche ohne Abschluss – kein unter 25 jähriger geht verloren.	Bürgerinnen und Bürger U25
C	S Es gibt keine Hartz 4 Karrieren.	Kinder und Jugendliche im Landkreis Lörrach, die in Bedarfsgemeinschaften leben

Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert		Messgröße
A 1	S Die SGB II Quote im Landkreis Lörrach wird bis zum Jahr 2014 auf den Landesschnitt gesenkt (Ist B W 2012: 4,88%/ Ist Lö 2012: 4,95%)	A 1k1, A 1k2
B 1	S Der Anteil junger Arbeitsloser im SGB II (U25) liegt bis Ende 2014 unter 5% .	B 1k1, B 1k2
C 1	S Die Inanspruchnahme von BuT-Leistungen je Leistungsberechtigtem steigt von 253 €(in 2011) auf mindestens 325 €(ab 2014).	C 1k1, C 1k2

Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant		Umsetzungsgrad
A 1.1	S Regelmäßige, enge Abstimmung Leitung Jobcenter. Mitwirkung im Beirat Jobcenter.	100 %
B 1.1	S Sicherstellung über die Trägerversammlung das Betreuungsschlüssel U25 bei 1:75 bleibt.	100%
C 1.1	S Weitere intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit, Suche nach neuen Wegen, potentielle Empfänger zu erreichen.	90%
C 1.2	S Aufklärung der Leistungsempfänger SGB II über weitere Leistungen BuT.	80%

KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG		ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
A 1 k 1	S SGB II Quote LK Lörrach	5,32	4,7	-
A 1 k 2	S Differenz (SGB II Quote B W / LK Lö)	0	-0,3	Die Quote von Ba-Wü wurde um 0,3 %-Punkte unterschritten
B 1 k 1	S Betreuungsschlüssel U25	1:75	1:75	
B 1 k 2	S Konzept umgesetzt (Ja/Nein)	Ja	Ja	-
C 1 k 1	S BuT-Leistungen je LE (in EUR)	325	353	-
C 1 k 2	S Gesamtbetrag gewährter BuT-Mittel (in EUR)	470.000	538.000	gewollter Mehraufwand. Insbesondere in der Lernförderung

GESAMTBETRACHTUNG

Auch Jahr 2014 stand im Bereich SGB 2 die Konsolidierung des Erreichten im Fokus. So konnte in den letzten 4 Jahren die SGB 2 Quote von einem Wert weit über dem Landesdurchschnitt (5,2%) auf einen Wert darunter (4,7%; Landesschnitt 5,0%) gebracht werden. Dieser Wert konnte 2014 gehalten werden. Ebenfalls wurde die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften auf dem sehr niedrigen Vorjahreswert gehalten. Im Dezember 2013 gab es 4.511 Bedarfsgemeinschaften, im Dezember 2014 noch 4.509. Um dieses sehr gute Ergebnis zu erreichen wurden wie im Vorjahr das Ende 2014 ausgelaufene Projekt Bürgerarbeit sowie das Landesprojekt Gute und sichere Arbeit mit dem Modul Passiv-Aktiv Tausch durchgeführt. Dieses läuft noch bis Ende 2015. Zudem konnte Anfang 2014 der Betreuungsschlüssel im U25 Bereich wie geplant auf die geforderten 1:75 gebracht werden.

Die Aufwendungen im Bereich KdU konnten 2014 unter dem Planansatz gehalten werden. Das liegt daran, dass entgegen der Planung die durchschnittliche Anzahl BG's nochmals gesenkt werden konnte. Zum guten Ergebnis der Produktgruppe tragen zudem eine etwas höhere Wohngeldentlastung durch das Land sowie die Auflösung einer Rückstellung bei.

Ein Problem, das auch im Laufe des Jahres 2014 weiter in den Fokus gerückt ist, ist der Bereich des Wohnens. Insbesondere die immensen Mietpreissteigerungen in den Ballungsräumen rund um Basel geben Grund zu größter Sorge. Hier liegt auch aus Sicht der Verwaltung ein Schwerpunkt der Arbeit der nächsten Jahre.

Im Bereich BuT wurden etwas mehr Mittel als geplant verausgabt, vor allem im Bereich der Lernförderung. Hier wird aber durch die Bundeserstattung ein finanzieller Ausgleich hergestellt.

Teilergebnisrechnung

Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SBG II 31.20

Elke Zimmermann-Fiscella, Dezernentin V - Sozialausschuss

lfd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässiger Mehraufw. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	1.869.030,14	1.200.000	1.335.980,63	135.980,63	0	0	135.980,63-	0
2	+ Umlagen Zuweisungen Zuschüsse	7.299.192,01	6.857.300	6.773.578,48	83.721,52-	0	0	83.721,52	0
3	+ Sonstige Transfererträge	177.768,99	150.000	197.820,29	47.820,29	0	0	47.820,29-	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	120,82	0	0	0	0	0	0	0
6	+ Kostenerstattungen Kostenumlagen	1.981.457,58	1.950.000	2.070.633,14	120.633,14	0	0	120.633,14-	0
9	+ Sonstige ordentliche Erträge	123,39	0	455.626,71	455.626,71	0	0	455.626,71-	0
10	= Ordentliche Erträge	11.327.692,93	10.157.300	10.833.639,25	676.339,25	0	0	676.339,25-	0
11	- Personalaufwendungen	1.988.750,71-	2.213.647-	2.185.592,25-	28.054,90	0	0	28.054,90-	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	13.896,95-	17.689-	30.515,42-	12.826,50-	0	0	12.826,50	0
14	- Planmäßige Abschreibungen	0	0	57,63-	57,63-	0	0	57,63	0
16	- Transferaufwendungen	98.899,99-	143.000-	135.613,34-	7.386,66	0	0	7.386,66-	0
17	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	21.455.122,84-	21.471.065-	21.029.347,77-	441.717,63	0	0	441.717,63-	0
18	= Ordentliche Aufwendungen	23.556.670,49-	23.845.401-	23.381.126,41-	464.275,06	0	0	464.275,06-	0
19	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	12.228.977,56-	13.688.101-	12.547.487,16-	1.140.614,31	0	0	1.140.614,31-	0
52	- Aufwand für Serviceleistungen	80.837,26-	311.405-	308.681,81-	2.723,45	0	0	2.723,45-	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	22.179,09-	20.153-	28.949,12-	8.795,97-	0	0	8.795,97	0
54	- Aufwand für IuK	6.783,91-	5.853-	6.174,03-	321,52-	0	0	321,52	0
55	- Aufwand für Steuerungs-/unterstützung	173.936,06-	215.507-	200.906,91-	14.599,96	0	0	14.599,96-	0
60	- Kalkulatorische Kosten	130,16-	15.099-	8.443,26-	6.656,10	0	0	6.656,10-	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	283.866,48-	568.017-	553.155,13-	14.862,02	0	0	14.862,02-	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	12.512.844,04-	14.256.119-	13.100.642,29-	1.155.476,33	0	0	1.155.476,33-	0

Teilfinanzrechnung

Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SBG II 31.20

Elke Zimmermann-Fiscella, Dezernentin V - Sozialausschuss

lfd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	11.586.405,16	10.157.300	9.908.683,37	248.616,63-	0	0	248.616,63	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	24.944.177,31-	23.845.401-	22.091.856,83-	1.753.544,64	0	0	1.753.544,64-	0
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	13.357.772,15-	13.688.101-	12.183.173,46-	1.504.928,01	0	0	1.504.928,01-	0
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	13.357.772,15-	13.688.101-	12.183.173,46-	1.504.928,01	0	0	1.504.928,01-	0
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	13.357.772,15-	13.688.101-	12.183.173,46-	1.504.928,01	0	0	1.504.928,01-	0

31.20.01 Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 SGB II

Ziele & Kennzahlen

Elke Zimmermann-Fiscella, Dezernentin V - Sozialausschuss

Neben den Leistungszielen der Produktgruppe wurden folgende SCHLÜSSELPRODUKTZIELE definiert	Messgröße
Die SGB II Quote im Landkreis Lörrach wird bis zum Jahr 2014 auf den Landesdurchschnitt gesenkt (Ist BW 2012: 4,88 % / Ist Lö 2012: 4,95 %). Der Anteil junger Arbeitsloser im SGB II (U25) liegt bis Ende 2014 unter 5%.	

Um die Schlüsselproduktziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
Regelmäßige, enge Abstimmung Leitung Jobcenter. Mitwirkung Beirat Jobcenter.	100 %
Sicherstellung über die Trägerversammlung, dass Betreuungsschlüssel U25 bei 1:75 bleibt.	100 %

Kennzahlen der ZIELERREICHUNG	ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
K 31.20.01- 01 Kosten KdU je EW	86,6	83,1	
K 31.20.01- 02 Kosten KdU je BG	4.090,4	4.061,4	
K 31.20.01- 03 SGB II Quote LK Lö	5,3	4,8	
K 31.20.01- 04 Integrationsquote	0,0	27,2	
K 31.20.01- 05 SGB II Quote BW	0,0	5,0	

Gesamtbetrachtung

2014 waren die ersten 8 Monate im SGB II von leicht zunehmenden und dann stabilen BG-(Bedarfsgemeinschaften) -Zahlen geprägt, ab September sank die Zahl bis auf 4.429 im Oktober um dann bis im Dezember wieder auf 4509 anzusteigen. Im Jahresmittel wurde das für 2014 zwischen Jobcenter und Landkreis Ziel von 4.700 BG's mit 4.545 so gar (-155 BG's) unterschritten.

Durch die gute Entwicklung bei den Bedarfsgemeinschaften wurde auch die SGB II Quote als weiterer Erfolgsindikator positiv beeinflusst. Die SGB II Quote hat im Verlauf des Jahres 2013 den Landesdurchschnitt BW unterschritten, nachdem sie in den Jahren davor immer weit darüber gelegen hat. 2014 konnte diese Entwicklung fortgesetzt werden und so lag zum Ende des Jahres 2014 der Wert der SGB II Quote im Landkreis bei 4,7%, der Landesschnitt bei 5,0%.

Daher waren auch die Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft im Jahr 2014 um ca. 800.000 EUR niedriger als geplant.

Finanziell wirken sich diese Komponenten für Produkt 31.20.01 so aus, dass die Aufwandsseite um 795.000 EUR niedriger liegt als geplant. Zu den Aufwendungen gehören die Aufwendungen der Unterkunft (19.114.654 €), aber auch Aufwendungen für Wohnraumbeschaffung, Leistungen bei Mietschulden und Darlehen für Unterkunft, Mietkautionen und Mietschulden. Die Abweichung hat sich nur bei den KdU ergeben.

Diese Minderaufwendungen zeigen sich auch auf der Ertragsseite. So ist die Erstattung durch den Bund für die KdU entsprechend der geringeren Aufwendungen auch geringer ausgefallen. Mehreinnahmen gibt es durch eine höhere Wohngeldentlastung sowie durch die Auflösung einer Rückstellung für eventuelle Rückzahlungsverpflichtungen aus dem BuT 2012. Insgesamt sind ca. 680.000 EUR mehr Erträge eingegangen als geplant.

Die für 2013 geplante Stelle für KdU-Qualitätsmanagement wurde zum Sommer 2013 eingerichtet und hat sich auch 2014 bewährt. Ebenfalls wurde der Mitarbeiterschlüssel im Vermittlungsbereich U25 auf 1 zu 75 angepasst. Auch die Zusammenarbeit zwischen dem Fachbereich Jugend & Familie des Landkreises und dem Jobcenter wurde kontinuierlich weiterentwickelt. Dieses sind Forderungen des Landkreises resultierend aus der Sozialstrategie.

Insgesamt kann man sagen, dass auch 2014 das Jobcenter hervorragende Arbeit geleistet hat. Die Zusammenarbeit mit dem Landratsamt in verschiedenen Gremien und Arbeitsgruppen sowie der regelmäßige gemeinsame Austausch auf verschiedenen Ebenen funktioniert weiterhin sehr gut. Hier kann der Landkreis seine strategische Vorstellungen, auch aus der Sozialstrategie, und Wünsche einbringen und diese finden sich in der Operationalisierung durch das Jobcenter in der Jahresplanung wieder.

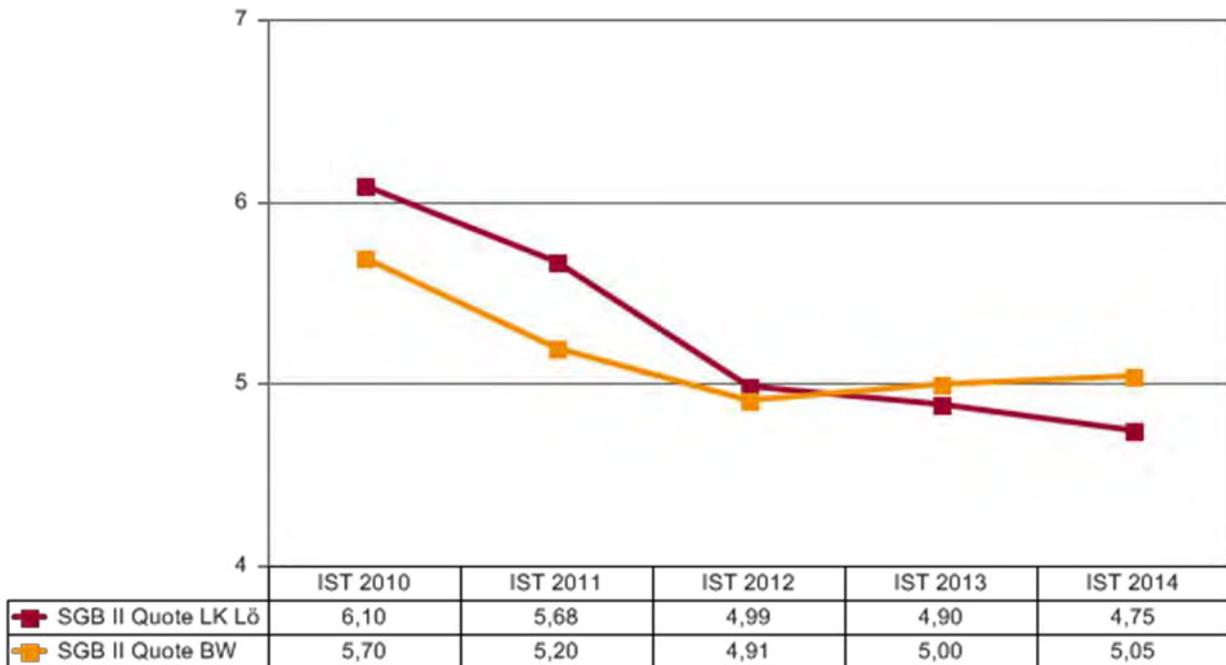
Für 2015 ist eine Fortsetzung des eingeschlagenen Kurses vorgesehen, ein Schwerpunkt muss jedoch darin liegen, die ausgelaufene Förderung der Bürgerarbeit zu kompensieren bzw. sich der Zielgruppen anzunehmen, die es auf dem ersten Arbeitsmarkt auch unter den vorherrschend guten Bedingungen unglaublich schwer haben.

Schlüsselprodukt

Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 SGB II 31.20.01

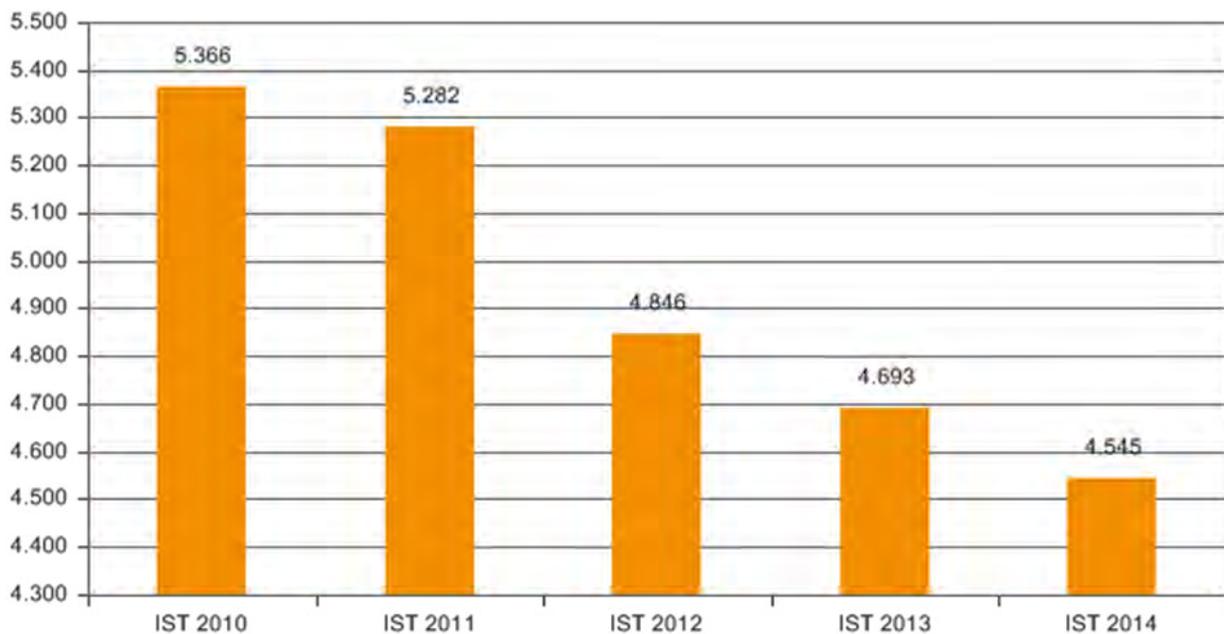
Elke Zimmermann-Fiscella, Dezernentin V - Sozialausschuss

SGB II Quote LK Lörrach und Land Baden Württemberg (in %)



Die SGB 2 Quote konnte sich im Vergleich zum Durchschnitt Ba-Wü weiter verbessern.

Anzahl Bedarfsgemeinschaften (BG's)



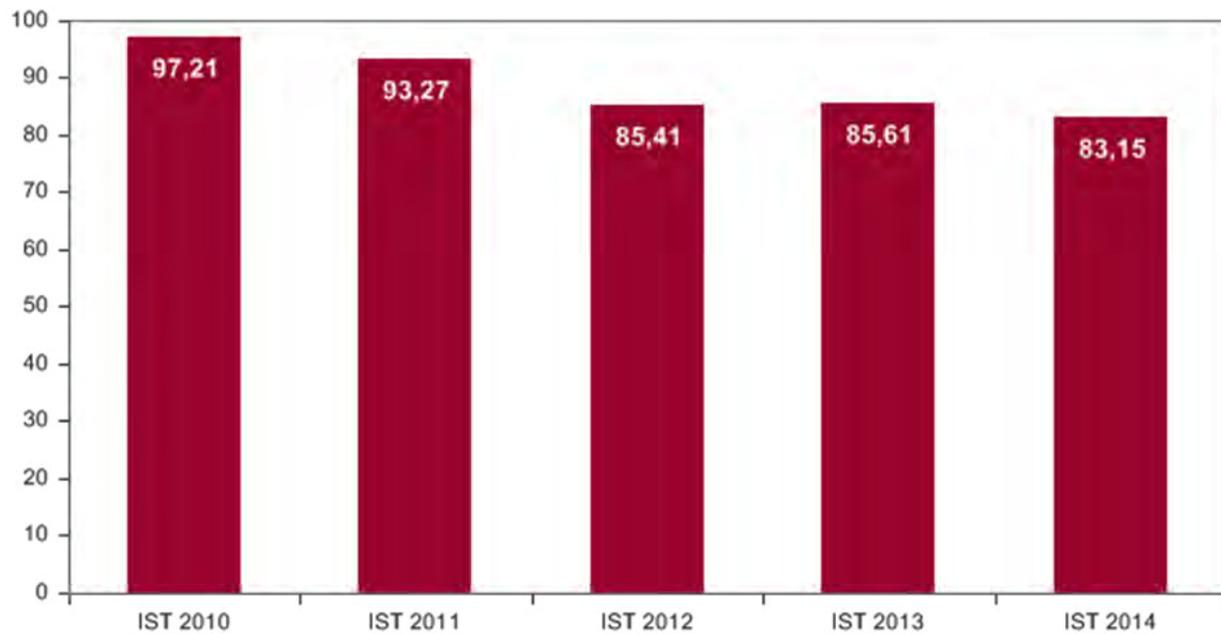
Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften im Landkreis Lörrach ist im Jahr 2014 weiter gesunken. Seit dem Jahr 2010 wurde ein Tiefststand erreicht.

31.20.01 Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 SGB II

Schlüsselprodukt

Elke Zimmermann-Fiscella, Dezernentin V - Sozialausschuss

Kosten KdU je EW (in EUR)



Die Kosten der Unterkunft und Heizung je EW im Landkreis Lörrach konnte aufgrund der gesunkenen Bedarfsgemeinschaftszahlen gegenüber dem Vorjahr wieder gesenkt werden. Dies, obwohl die Kosten je Bedarfsgemeinschaft weiter angestiegen sind.

Teilergebnisrechnung

Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 SGB II 31.20.01

Elke Zimmermann-Fiscella, Dezernentin V - Sozialausschuss

lfd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässiger Mehraufw. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	1.869.030,14	1.200.000	1.335.980,63	135.980,63	0	0	135.980,63-	0
2	+ Umlagen Zuweisungen Zuschüsse	7.220.402,01	6.735.300	6.660.435,15	74.864,85-	0	0	74.864,85	0
3	+ Sonstige Transfererträge	176.033,42	145.000	195.333,77	50.333,77	0	0	50.333,77-	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	102,70	0	0	0	0	0	0	0
6	+ Kostenerstattungen Kostenumlagen	1.673.777,04	1.640.000	1.752.327,81	112.327,81	0	0	112.327,81-	0
9	+ Sonstige ordentliche Erträge	104,88	0	455.562,52	455.562,52	0	0	455.562,52-	0
10	= Ordentliche Erträge	10.939.450,19	9.720.300	10.399.639,88	679.339,88	0	0	679.339,88-	0
11	- Personalaufwendungen	1.579.766,72-	1.770.481-	1.747.006,16-	23.474,98	0	0	23.474,98-	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.819,92-	9.019-	6.713,92-	2.304,92	0	0	2.304,92-	0
17	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	20.494.472,04-	20.598.251-	19.828.257,99-	769.993,41	0	0	769.993,41-	0
18	= Ordentliche Aufwendungen	22.079.058,68-	22.377.751-	21.581.978,07-	795.773,31	0	0	795.773,31-	0
19	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	11.139.608,49-	12.657.451-	11.182.338,19-	1.475.113,19	0	0	1.475.113,19-	0
52	- Aufwand für Serviceleistungen	58.445,46-	248.786-	246.069,57-	2.716,55	0	0	2.716,55-	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	2.114,66-	2.833-	2.466,04-	367,30	0	0	367,30-	0
54	- Aufwand für IuK	815,82-	932-	931,44-	0,75	0	0	0,75-	0
55	- Aufwand für Steuerung/-unterstützung	147.558,88-	185.036-	172.500,12-	12.535,63	0	0	12.535,63-	0
60	- Kalkulatorische Kosten	57,21-	12.164-	7.217,40-	4.946,52	0	0	4.946,52-	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	208.992,03-	449.751-	429.184,57-	20.566,75	0	0	20.566,75-	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	11.348.600,52-	13.107.203-	11.611.522,76-	1.495.679,94	0	0	1.495.679,94-	0

Teilfinanzrechnung

Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 SGB II 31.20.01

Elke Zimmermann-Fiscella, Dezernentin V - Sozialausschuss

lfd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	11.189.170,48	9.720.300	9.478.858,00	241.442,00-	0	0	241.442,00	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	23.451.163,66-	22.377.751-	20.297.218,28-	2.080.533,10	0	0	2.080.533,10-	0
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	12.261.993,18-	12.657.451-	10.818.360,28-	1.839.091,10	0	0	1.839.091,10-	0
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	12.261.993,18-	12.657.451-	10.818.360,28-	1.839.091,10	0	0	1.839.091,10-	0
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	12.261.993,18-	12.657.451-	10.818.360,28-	1.839.091,10	0	0	1.839.091,10-	0

Dezernat V

Verantwortung:

Ausschuss:

Jugendhilfeausschuss

Dezernatsleitung:

Elke Zimmermann-Fiscella



Produktbereich 36

Kinder-, Jugend- & Familienhilfe

36.20	Allgemeine Förderung junger Menschen
36.30	Hilfe für jungen Menschen und ihre Familien*
36.30.03	Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien einschließlich Krisenintervention*
36.50	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege*
36.80	Kooperation und Vernetzung
36.90	Unterhaltsvorschussleistungen

Strategische Entwicklung

Ubergreifende
Strategische Schwerpunkte THH 7

Das Landratsamt Lörrach

- ist eine moderne, dienstleistungsorientierte Verwaltung und ein attraktiver Arbeitgeber.

Der Landkreis

- stellt sich den gesellschaftlichen Auswirkungen und Herausforderungen des demographischen Wandels.

Strategische Schwerpunkte
THH 7

- Der Landkreis stärkt die Erziehung in der Herkunftsfamilie.
- Mittelfristig wird der soziale Zuschussbedarf im landesweiten Vergleich gesenkt bei gleichzeitigem Erhalt eines qualitativ hochwertigen Angebotes.

Zielbeiträge 2014

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis stärkt die Erziehung in der Herkunftsfamilie.

■ **Wirkungsziel 2014 – PG 36.30**

- Kinder werden ab Geburt zur optimalen Förderung in der Herkunftsfamilie bedarfsgerecht begleitet („Familie gelingt“).

Die Zahl der familienersetzenden Hilfen konnte 2014 grundsätzlich konstant gehalten werden, die Steigerungen in diesem Bereich resultieren ausschließlich durch die 2014 weiterhin stark gestiegene Zahl der Inobhut genommenen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (UMF). Die dafür anfallenden Mehraufwendungen werden über Kostenerstattungen ausgeglichen, die jeweils vom Sachgebiet Wirtschaftliche Jugendhilfe geltend gemacht werden müssen.

Um den Stand der familienersetzenden Hilfen weiterhin halten zu können ist eine auskömmliche Personalausstattung in den Sozialen Diensten, der weitere Ausbau der ambulanten Hilfen und die Weiterverfolgung des Prozesses der Wirkungsorientierten Steuerung unabdingbare Voraussetzung.

Im Jahr 2014 wurde die Umsetzung der Maßnahme aus der Sozialstrategie "Einrichtung von 12 Elterntreffs" im Landkreis Lörrach weiter vorangetrieben. Aufgrund der starken Belastung durch die Zugänge an unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (UMF) konnten die erforderlichen Ressourcen nicht wie geplant für die Umsetzung dieser Maßnahme eingesetzt werden, so dass Ende 2014 bereits 8 Elterntreffs eröffnet waren. Bis zum 2. Quartal 2015 werden jedoch alle Elterntreffs arbeiten und Eltern mit Unterstützungsbedarf eine niederschwellige Möglichkeit bieten, sich auszutauschen und sozialpädagogische Unterstützung zu erhalten.

Das Projekt "Familienbesucher" konnte aufgrund der starken personellen Belastung der Sozialen Dienste durch die UMF im Jahr 2014 noch nicht auf den Stand gebracht werden, wie es geplant war. Derzeit werden rd. 10 % der Neugeborenen durch einen Mitarbeiter bzw. eine Mitarbeiterin der Sozialen Dienste zu Hause besucht und die Eltern u.a. über die Angebote der "Frühen Hilfen" informiert.

2015 soll das Angebot weiter ausgebaut werden und zum Jahresende 2015 soll der Familienbesuch flächendeckend im Landkreis erfolgen.

Strategischer Schwerpunkt

Mittelfristig wird der soziale Zuschussbedarf im landesweiten Vergleich gesenkt bei gleichzeitigem Erhalt eines qualitativ hochwertigen Angebotes.

■ Wirkungsziele 2014 – PG 36.30

- Junge Menschen erhalten unabhängig von ihrer persönlichen Lebenssituation die Chance, ihr Leben selbständig ohne Inanspruchnahme von Transferleistungen zu gestalten.

■ Wirkungsziele 2014 – PG 36.50

- Die Städte und Gemeinden des Landkreises stellen ausreichend pädagogisch hochwertige Betreuungsplätze zur Kindertagesbetreuung und Kindertagespflege zur Verfügung, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.
- Durch den Ausbau von Betreuungsangeboten steht eine bedarfsgerechte Anzahl von Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren zur Verfügung. Davon sollen mind. 20 % durch den Landkreis Lörrach als Kindertagespflegeplätze gewährleistet werden.

Im Jahr 2014 wurde die Maßnahme Ambulante Intensiv Begleitung (AIB), die von dem Jugendhilfeträger Michaelsgemeinschaft durchgeführt wird, fortgesetzt. Es ist festzustellen, dass die erwarteten positiven Effekte auf die jungen Menschen schon früher einsetzen, als im Vorfeld erwartet. Die Verläufe werden weiter beobachtet und ggfs. die Betreuungsdauer entsprechend angepasst. Leider war dieses Projekt 2014 von Personalwechseln beim Träger beeinflusst, es bleibt zu hoffen, dass 2015 mehr Kontinuität im Hinblick auf das eingesetzte Personal besteht.

In den Jahren 2011 - 2013 sind die Fallzahlen in der Kindertagespflege im Bereich U 3 Betreuung sprunghaft angestiegen. Diese Entwicklung hat sich 2014 nicht weiter fortgesetzt. Eine Erklärung für diese Entwicklung mag der fortschreitende Ausbau der institutionellen Betreuungsangebote U 3 der Städte und Gemeinden im Landkreis sein, die manche Eltern der Kindertagespflege im Falle der Wahlmöglichkeit vorziehen. Somit ist davon auszugehen, dass die Fallzahlen in der Kindertagespflege zukünftig eher konstant bleiben werden.

Erfreulicherweise kam es 2014 zu keiner weiteren Klage bezüglich eines Betreuungsplatzes U 3, was darauf zurück zu führen ist, dass für Fälle, in denen die Städte und Gemeinden keine Lösung finden konnten, diese durch den Fachbereich Jugend & Familie über die Kindertagespflege oder angrenzende Städte und Gemeinden gefunden werden konnte.

Im Jahr 2014 wurden wieder mehr Anträge auf Förderung von Ganztagsplätzen aus dem Kindergartenförderprogramm gestellt als Mittel zur Verfügung standen. Somit wurde nochmals anhand der vom Kreistag fest gelegten Kriterien eine Förderentscheidung getroffen, die im Jahr 2105 vom Jugendhilfeausschuss beschlossen werden soll. Die Auszahlung erfolgt dann mit den Mittel aus dem Haushalt 2015.

Weitere Aufgabenschwerpunkte 2014

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF)

Die starke Steigerung der Zugangszahlen bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, die sich bereits zum Jahresende 2013 abgezeichnet hatte, setzte sich zum Jahresbeginn 2014 ungebrochen fort. Insgesamt wurden 125 UMF im Jahr 2014 vom Landkreis Lörrach in Obhut genommen - eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um über 200 %.

Die Unterbringung, Versorgung und Betreuung dieser jungen Menschen erforderte 2014 erhebliche personelle Ressourcen, so dass andere Aufgaben entsprechend im Fachbereich zurückgestellt werden mussten.

Problematisch war das Fehlen von Plätzen in Jugendhilfeeinrichtungen. Die zuständigen MitarbeiterInnen der Sozialen Dienste mussten z. T. über 50 Telefonate mit Jugendhilfeeinrichtungen im gesamten Land führen, um einen geeigneten Platz zu finden. Und nicht immer waren diese Bemühungen von Erfolg gekrönt. So kam es zu der überaus unbefriedigenden Situation, dass UMF in Hotels im Landkreis untergebracht werden mussten. Mehr als einmal musste sogar über eine Unterbringung in Zelten nachgedacht werden, was aber jedes Mal noch im letzten Moment vermieden werden konnte.

Aufgrund der dramatischen Situation hat sich die Landrätin zu Beginn des Jahres an den Ministerpräsidenten gewandt mit der Forderung nach einer landesweiten Verteilung der UMF. Unterstützt wurde sie dabei von Ihren Kollegen aus den Landkreisen Ortenaukreis und Konstanz, sowie Karlsruhe, die aufgrund ihrer geografischen Lage ebenfalls sehr starke Zugänge an UMF zu verzeichnen hatten. Dieser politische Vorstoß hatte Erfolg. Eine Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der betroffenen Landkreise, sowie dem Landkreistag, dem Landesjugendamt und dem Integrationsministerium erarbeitete einen Lösungsansatz, der zu einer Änderung der Durchführungsverordnung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes führte, der ab Oktober eine landesweite Verteilung der UMF ermöglicht, die um Asyl nachsuchen, bzw. einen Asylantrag stellen.

Leider kam die Umsetzung dieser Regelung nur sehr schleppend in Gang, da das Verfahren sehr bürokratisch angelegt war. Zwischenzeitlich jedoch sind die ersten Verteilungen angelaufen, wobei es wünschenswert wäre, wenn das Verfahren - vor allem im Hinblick auf die Integrationsbedürfnisse der UMF - noch schneller ablaufen könnte.

Soziale Dienste

Die personelle Fluktuation der Sozialen Dienste konnte Ende 2014 erfreulicherweise leicht stabilisiert werden. Problematisch blieben die großen Teams, vor allem der SD II, der eine Leitung im erforderlichen Maße nicht mehr ermöglichte. Somit wurde die Entscheidung getroffen, den SD II zu teilen und einen SD V - zuständig für das Markgräfler Land - einzurichten. Beide SDs werden ab Juni 2015 neue Büroräume in Weil-Friedlingen ziehen, um so der sozialräumlichen Ausrichtung stärker Rechnung tragen zu können.

Inhaltlich erfolgte die Weiterentwicklung der Arbeit der Sozialen Dienste im Rahmen der Einführung des Wirkungscontrollings - eine Maßnahme aus der Sozialstrategie. Als erste Schritte wurde die Verbesserung der Diagnostik entwickelt; 2015 werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Schulungen entsprechend vorbereitet.

Weitere Aufgabenschwerpunkte 2014

Zur weiteren Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Jugendhilfe und dem medizinischen System wurde 2014 ein Qualitätszirkel Jugendhilfe-Kinderärzte eingerichtet, in dem u.a. an Fallbeispielen die gegenseitige Zusammenarbeit besprochen und nach Optimierungsmöglichkeiten gesucht wird.

Ziel- und Leistungsvereinbarungen Schulsozialarbeit

Der Abschluss von Ziel- und Leistungsvereinbarungen im Bereich Schulsozialarbeit war 2014 ein weiterer Schwerpunkt. In den vergangenen Jahren hat die Schulsozialarbeit an Bedeutung gewonnen, was sich in einem deutlichen Ausbau der Stellen im Landkreis nieder schlug. Das erforderte auch einen steigenden finanziellen Aufwand des Landkreises, der entsprechend der Vereinbarung zur Schulsozialarbeit diese gemeinsam mit Land und Schulträger zu rd. 1/3 finanziert.

Es war naheliegend, diese finanzielle Unterstützung mit einem entsprechenden Steuerungssystem zu hinterlegen. Dieses wurde vom Fachbereich Jugend & Familie mit der Erarbeitung und Umsetzung der sogenannten Ziel - und Leistungsvereinbarungen implementiert.

2014 fanden landkreisweit Gespräche zur Umsetzung der Vereinbarung statt. Die Evaluation in den kommenden Jahren wird aufzeigen, welche Wirkungen sich aufgrund des Einsatzes von Schulsozialarbeit ergeben.

Psychologische Beratungsstelle

Die Psychologische Beratungsstelle setzte mit dem Ausbau der Elternbildungskurse im Jahr 2014 einen Schwerpunkt. Zwischenzeitlich ist die Psychologische Beratungsstelle im Landkreis der größte Anbieter von Stärke-Kursen.

Auch die Frühen Hilfen, die organisatorisch dem Sachgebiet Psychologische Beratungsstelle zugeordnet sind, haben ihre Arbeit 2014 erfolgreich weiter entwickelt. Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit nahm dabei eine wichtige Rolle ein, z. B. durch Vorstellung der Angebote im AK Migration, oder die Erarbeitung von Flyern in verschiedenen Sprachen.

Die Runden Tische, die in den vier Sozialräumen mit den Kooperationspartnern stattfanden, waren sehr erfolgreich. Es zeigte sich, dass in allen Sozialräumen durchaus unterschiedliche Themen im Vordergrund standen, was zeigt, dass diese sozialräumliche Orientierung der Frühen Hilfen der richtige Ansatz war.

Ein weiterhin erfolgreicher Ansatz war die Fortsetzung der so genannten "Fallwerkstatt" mit den Sozialen Diensten. Hier werden gemeinsame Fälle besprochen um in Zusammenarbeit von sozialpädagogischem und psychologischem Know How den Hilfeverlauf zu verbessern.

Erläuterungen zur Teilergebnisrechnung 2014

PG THH 7	PLAN 2014	IST 2014	Abw eichung 2014	Erläuterung
36.20	-1.145.789	-1.173.903	-28.114	leichte Mehraufw endungen Schulsozialarbeit, sonst planmäßiger Verlauf
36.30	-21.185.549	-19.865.772	1.319.776	Mehrertrag Erstattung Gemeinden, Mehraufw and Heimerziehung (UMF)
36.50	-2.509.310	-2.161.653	347.656	Aufw endungen unter Plan w.g. niedrigerem FAG 29c Ausgleich; Aufw endungen unter Plan w.g. niedrigeren Kosten in der Tagespflege, da die beantragten Stundenkontingente je Fall niedriger gew orden sind.
36.80	-410.872	-343.369	67.503	Minderaufw endungen Sachleistungen und Projektmittel
36.90	-816.358	-1.179.079	-362.721	Mehraufw and Unterhaltsvorschuss durch Abschreibungen/Niederschlagungen, die nicht eingeplant w aren.
gesamt	-26.067.877	-24.723.776	1.344.100	

Weiterführende Erläuterungen

Im Teilhaushalt 7 ergaben sich im Haushaltsjahr 2014 Verbesserungen gegenüber der Planung von insgesamt 1.344.000 EUR.

Diese Verbesserung ergibt sich aus Mehrerträgen in Höhe von rd. 2.027.000 EUR und aus Mehraufwendungen in Höhe von rd. 683.000 EUR.

Mehraufwendungen (-683.000 EUR) ergaben sich vor allem aufgrund der hohen Anzahl von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF), die im Jahr 2014 im Landkreis Lörrach in Obhut genommen werden mussten und die in dieser Höhe nicht eingeplant waren. Nach den Zugangszahlen von 2013 von rd. 40 UMF war zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung 2014 die kommende Steigerung um rd. 200 % auf 125 UMF nicht vorhersehbar. Den Mehraufwendungen standen 2014 jedoch bei den UMF erhebliche Mehreinnahmen (+2.027.000 EUR) durch Kostenerstattungen anderer Jugendhilfeträger gegenüber, so dass sich im Saldo eine erfreuliche Verbesserung ergab.

Insgesamt konnten 2014 die Fallzahlen bei der stationären Hilfe zur Erziehung – außerhalb der UMF – konstant gehalten und damit eine wichtige Zielsetzung erreicht werden. Das außerordentlich positive Ergebnis von 1,3 Mio. EUR resultiert deshalb im Wesentlichen aus geringeren Ausgaben im Bereich der Hilfen zur Erziehung und der Heimerziehung nach § 35 a (seelische Behinderung). Überdurchschnittliche Steigerungen gab es bei den Fällen der ambulanten Hilfen für seelisch Behinderte, die im Wesentlichen aus den Schulbegleitungen für autistische Kinder resultieren.

Der Fachbereich Jugend & Familie wird hier weiterhin Anstrengungen unternehmen, mit den Kooperationspartnern klare Strukturen in der gegenseitigen Zusammenarbeit zu erreichen und dadurch zu gleichbleibenden Fallzahlen zu gelangen.

Investitionen 2014

PG	Bezeichnung der Investitionsmaßnahme	zeitliche Umsetzung	Gesamt-betrag	bis 2013 finanziert	Ermächti-gungsüber-tragungen aus Vorjahr	2014 PLAN	2014 IST	Ermächti-gungsübertra-gungen ins Folgejahr	Finanzpl. Jahre 2015-2017
			- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
XX.XX	Software und bewegliches Anlagevermögen					-3.000	0	-3.000	
Saldo aus Investitionstätigkeit			0	0	0	-3.000	0	-3.000	0

Im Bereich des Sozialdienstes war geplant, ein E-Bike anzuschaffen. Da die Lieferung dessen erst in 2015 erfolgte, wurden die hierfür vorgesehenen Mittel nach 2015 übertragen.

Teilergebnisrechnung

lfd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässiger Mehraufw. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
2	+ Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	1.242.634,78	1.237.000	1.153.444,49	83.555,51-	0	0	83.555,51	0
3	+ Sonstige Transfererträge	2.103.322,55	1.868.000	2.176.946,64	308.946,64	0	0	308.946,64-	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Entgelte	5.848,97	0	0	0	0	0	0	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	8.245,61	2.000	29.242,74	27.242,74	0	0	27.242,74-	0
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	1.928.606,92	1.712.900	3.437.709,45	1.724.809,45	0	0	1.724.809,45-	0
9	+ Sonstige ordentliche Erträge	66.359,09	0	49.423,51	49.423,51	0	0	49.423,51-	0
10	= Ordentliche Erträge	5.355.017,92	4.819.900	6.846.766,83	2.026.866,83	0	0	2.026.866,83-	0
11	- Personalaufwendungen	6.510.858,18-	7.167.952-	7.123.296,69-	44.654,81	0	28.500,00-	73.154,81-	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	261.210,81-	288.714-	255.315,58-	33.398,62	0	0	33.398,62-	0
14	- Planmäßige Abschreibungen	0	2.500-	739.703,57-	737.203,57-	0	0	737.203,57	0
16	- Transferaufwendungen	21.164.883,87-	22.650.400-	22.761.481,25-	111.081,25-	0	37.700,00-	73.381,25	44.200,00-
17	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	722.832,75-	778.211-	690.746,01-	87.464,95	0	0	87.464,95-	0
18	= Ordentliche Aufwendungen	28.659.785,61-	30.887.777-	31.570.543,10-	682.766,44-	0	66.200,00-	616.566,44	44.200,00-
19	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	23.304.767,69-	26.067.877-	24.723.776,27-	1.344.100,39	0	66.200,00-	1.410.300,39-	44.200,00-
40	+ Erträge aus internen Leistungen	0	0	0	0,48-	0	0	0,48	0
51	- Aufwand für Mitwirkungsleistungen	506,18-	725-	502,08-	222,84	0	0	222,84-	0
52	- Aufwand für Serviceleistungen	1.026.966,20-	993.492-	981.822,63-	11.669,60	0	0	11.669,60-	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	485.894,82-	476.685-	479.154,55-	2.469,51-	0	0	2.469,51	0
54	- Aufwand für IuK	235.949,86-	258.876-	264.210,65-	5.334,86-	0	0	5.334,86	0
55	- Aufwand für Steuerung/-unterstützung	509.671,77-	555.542-	517.906,17-	37.636,05	0	0	37.636,05-	0
60	- Kalkulatorische Kosten	11.118,63-	73.552-	21.922,44-	51.629,44	0	0	51.629,44-	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	2.270.107,46-	2.358.872-	2.265.518,52-	93.353,08	0	0	93.353,08-	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	25.574.875,15-	28.426.748-	26.989.294,79-	1.437.453,47	0	66.200,00-	1.503.653,47-	44.200,00-

Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächti- gungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	5.237.007,42	4.819.900	6.019.735,31	1.199.835,31	0	0	1.199.835,31-	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	28.642.079,97-	31.061.176-	31.528.669,27-	467.493,24-	0	66.200,00-	401.293,24	44.200,00-
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	23.405.072,55-	26.241.276-	25.508.933,96-	732.342,07	0	66.200,00-	798.542,07-	44.200,00-
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
12	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	3.000-	0	3.000,00	0	0	3.000,00-	3.000,00-
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	3.000-	0	3.000,00	0	0	3.000,00-	3.000,00-
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	0	3.000-	0	3.000,00	0	0	3.000,00-	3.000,00-
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	23.405.072,55-	26.244.276-	25.508.933,96-	735.342,07	0	66.200,00-	801.542,07-	47.200,00-
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	23.405.072,55-	26.244.276-	25.508.933,96-	735.342,07	0	66.200,00-	801.542,07-	47.200,00-

Ausblick, Chancen und Risiken

Ausbau des betreuten Wohnens

Aufgrund der immer größeren Knappheit an bezahlbarem Wohnraum ist der Ausbau des betreuten Wohnens nach wie vor problematisch. Dies verhindert leider oftmals die nach dem Aufenthalt in stationären Jugendhilfeeinrichtungen dringend erforderliche Phase der Verselbstständigung.

Schulbezogene Jugendhilfeplanung

Aufgrund der sich dynamisch verändernden Schullandschaft durch Ganztagschulen, Gemeinschaftsschulen und Inklusion ist die Jugendhilfe im Sinne der Verbesserung von Lern- und Lebenschancen junger Menschen gefordert, ihre Angebote entsprechend dieser Entwicklung zu ergänzen und mit Schule zu verzahnen.

Bereits Ende 2014 startete der Prozess der schulbezogenen Jugendhilfeplanung, der vom KVJS (Kommunalverband für Jugend & Soziales) im Rahmen eines Projektes wissenschaftlich begleitet wird.

Integration der UMF

Auch wenn die politischen Anstrengungen bezüglich der landesweiten Verteilung der UMF erfolgreich waren: Die bis Oktober 2014 aufgenommenen UMF werden hier verbleiben. Es gilt nun, diese jungen Menschen zu fördern, damit sie eine berufliche und gesellschaftliche Integration erleben können. Die Potentiale dafür sind da. Besonders erfreulich ist der weitere Ausbau der Förderklassen an den beruflichen Schulen des Landkreises, in denen die jungen Menschen auf eine Ausbildung vorbereitet werden.

Umsetzung Sozialstrategie

Frühzeitige Prävention, bereits in den Kindertageseinrichtungen (Kita + und Bildungsregion), die Steigerung der Erziehungskompetenz (Elterntreffs), die intensive Begleitung von Jugendlichen mit besonderen Problemlagen (AIB), der Ausbau der Gehstruktur durch Familienbesuche, das Angebot von ehrenamtlichen Lernbegleitern für junge Menschen mit Unterstützungsbedarf - all diese Maßnahmen müssen in den kommenden Jahren konsequent fortgesetzt werden. Das vom Sozialdezernat entwickelte System von Ziel- und Kennzahlen soll dabei helfen, die Wirkungen der Maßnahmen aufzuzeigen und - wo erforderlich - Gegensteuerungsbedarf aufzeigen.

36.30 Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

Ziele & Kennzahlen

Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschuss

WIRKUNGSZIELE		Zielgruppe
A	S Junge Menschen im Landkreis Lörrach erhalten, unabhängig von ihrer persönlichen Lebenssituation die Chance, ihr Leben selbstständig und ohne Inanspruchnahme von Transferleistungen zu gestalten (keine Hartz 4 Karrieren).	Kinder und Jugendliche im Landkreis Lörrach
B	S Kinder werden ab Geburt zur optimalen Förderung in der Herkunftsfamilie bedarfsgerecht begleitet („Familie gelingt“).	Eltern und deren Kinder im Landkreis Lörrach

Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert		Messgröße
A 1	S Mind. 30 Jugendliche mit besonderen sozialen Schwierigkeiten werden pro Jahr intensiv ambulant begleitet (AIB).	A 1k1
A 2	S Aufgrund der geplanten Änderungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes durch das KJVVG sind künftig die wirtschaftlichen Verhältnisse der Eltern jährlich zu prüfen bzw. auf Antrag der Eltern die Kostenbeitragsfestsetzungen nachträglich neu zu berechnen und ggf. neue Verwaltungsakte zu erlassen.	A 2k1
A 3	S Anträge auf Leistungen werden weiterhin zeitnah, auf höchstem fachlichen Niveau und nach den gesetzlichen Vorgaben durch ausreichende personelle Ressourcen bearbeitet.	
B 1	S Die Zahl der familienersetzenden Hilfen (in Heimunterbringung) je 1000 EW U21 sinkt bis Ende 2015 auf 4,0 (1,2). Ist 2012: 4,26 (1,4)	B 1k1
B 2	S Bis Ende 2014 sind 12 Elterntreffs zum Austausch der Eltern untereinander und zur Verbesserung ihrer Erziehungskompetenzen als niederschwelliges Angebot eingerichtet.	B 2k1, B 2k2
B 3	S 90 % der Neugeborenen im Landkreis werden aufgesucht um präventiv ggf. rechtzeitig "Frühe Hilfen" anbieten zu können.	B 3k1

Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant		Umsetzungsgrad
A 1.1	S Sicherstellen, dass AIB finanziell und fachlich erfolgreich durchgeführt wird.	100 %
A 2.1	S Einstellung und Qualifizierung einer zusätzlichen Fachkraft aufgrund der gesetzlichen Änderungen und ggf. Zusatzbedarf aufgrund Personalbedarfsbemessung.	100 %
A 3.1	S Aufgrund der aktuellen Personalbedarfsbemessung in der wirtschaftlichen Jugendhilfe durch eine landesweite AG ist davon auszugehen, dass im Landkreis Lörrach noch weiterer Personalbedarf im SG WJH besteht.	NN %

KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG		ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
A 1 k1	S Kinder und Jugendliche in AIB	30	18	Betreuungskapazität (2 Stellen Träger) im Laufe des Jahres erreicht
A 2 k1	S Häufigkeit der Prüfung pro Jahr	600	550	-
B 1 k1	S Zahl familienersetzende Hilfen (in Heimunterbringung) je 1000 EW	4,16	4,79	Zunahme durch unbegl., minderj. Flüchtlinge. (§34 Heim und betr. W.)
B 2 k1	S Zahl der eingerichteten Elterntreffs	12	8	Zielerreichung März 2015; Verzögerung: organisatorische Gründe
B 2 k2	S Zahl der Teilnehmer (insges.)	48	NN	nach in der Anlaufphase
B 3 k1	S Quote der aufgesuchte Familien mit Neugeborenen (in %)	50	10%	Stellen in 2014 nicht alle besetzt; dazu kam die Pflichtaufgabe der Versorgung der Flüchtlinge (UmF). Daher in 2014 nur Pilotumsetzung in Steinen und Weil am Rhein.

GESAMTBETRACHTUNG

Zur Produktgruppe 3630:

Die Mehraufwendungen von ca. 650.000,00 EUR resultieren aus dem angestiegenen Zuzug der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Dem gegenüber stehen jedoch erheblich höhere Mehreinnahmen von 1,9 Mio EUR, so dass insgesamt ein erfreulich positives Ergebnis erzielt werden konnte. Dieses Rechnungsergebnis entspräche dem Vorjahr, das trotz steigender Personalkosten erzielt werden konnte, was umso erfreulicher ist.

Teilergebnisrechnung

Hilfen für jungen Menschen und ihre Familien **36.30**

Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschuss

Ifd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässiger Mehraufw. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
2	+ Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	6.812,78	0	15.991,93	15.991,93	0	0	15.991,93-	0
3	+ Sonstige Transfererträge	835.815,58	800.000	821.881,66	21.881,66	0	0	21.881,66-	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.141,87	1.811	17.955,95	16.145,43	0	0	16.145,43-	0
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	1.107.355,24	810.000	2.677.716,32	1.867.716,32	0	0	1.867.716,32-	0
9	+ Sonstige ordentliche Erträge	63.086,17	0	48.079,36	48.079,36	0	0	48.079,36-	0
10	= Ordentliche Erträge	2.014.211,64	1.611.811	3.581.625,22	1.969.814,70	0	0	1.969.814,70-	0
11	- Personalaufwendungen	5.649.006,18-	6.190.980-	6.161.126,91-	29.853,09	0	28.500,00-	58.353,09-	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	201.639,12-	204.293-	193.350,38-	10.942,34	0	0	10.942,34-	0
14	- Planmäßige Abschreibungen	0	2.491-	15.101,14-	12.610,46-	0	0	12.610,46	0
16	- Transferaufwendungen	15.263.698,17-	15.724.716-	16.489.444,99-	764.728,99-	0	0	764.728,99	0
17	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	653.915,70-	674.792-	588.374,22-	86.418,06	0	0	86.418,06-	0
18	= Ordentliche Aufwendungen	21.768.259,17-	22.797.272-	23.447.397,64-	650.125,96-	0	28.500,00-	621.625,96	0
19	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	19.754.047,53-	21.185.461-	19.865.772,42-	1.319.688,74	0	28.500,00-	1.348.188,74-	0
40	+ Erträge aus internen Leistungen	0	0	0	0,48-	0	0	0,48	0
51	- Aufwand für Mitwirkungsleistungen	506,18-	725-	502,08-	222,84	0	0	222,84-	0
52	- Aufwand für Serviceleistungen	850.040,75-	764.194-	767.232,58-	3.038,62-	0	0	3.038,62	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	424.470,45-	418.566-	418.138,96-	427,23	0	0	427,23-	0
54	- Aufwand für IuK	208.543,63-	221.546-	226.082,69-	4.536,91-	0	0	4.536,91	0
55	- Aufwand für Steuerungs-/unterstützung	448.246,18-	470.980-	439.072,46-	31.907,17	0	0	31.907,17-	0
60	- Kalkulatorische Kosten	9.753,37-	61.700-	18.522,12-	43.177,84	0	0	43.177,84-	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	1.941.560,56-	1.937.710-	1.869.550,89-	68.159,07	0	0	68.159,07-	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	21.695.608,09-	23.123.171-	21.735.323,31-	1.387.847,81	0	28.500,00-	1.416.347,81-	0

Teilfinanzrechnung

Hilfen für jungen Menschen und ihre Familien **36.30**

Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschuss

Ifd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	2.057.640,63	1.611.811	2.816.197,33	1.204.386,81	0	0	1.204.386,81-	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	21.635.654,50-	22.968.797-	24.078.053,96-	1.109.257,23-	0	28.500,00-	1.080.757,23	0
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus Ifd. Verwaltungstätigkeit	19.578.013,87-	21.356.986-	21.261.856,63-	95.129,58	0	28.500,00-	123.629,58-	0
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
12	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	3.000-	0	3.000,00	0	0	3.000,00-	3.000,00-
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	3.000-	0	3.000,00	0	0	3.000,00-	3.000,00-
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	0	3.000-	0	3.000,00	0	0	3.000,00-	3.000,00-
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	19.578.013,87-	21.359.986-	21.261.856,63-	98.129,58	0	28.500,00-	126.629,58-	3.000,00-
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	19.578.013,87-	21.359.986-	21.261.856,63-	98.129,58	0	28.500,00-	126.629,58-	3.000,00-

36.30.03 Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien einschließlich Krisenintervention

Ziele & Kennzahlen

Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschuss

Neben den Leistungszielen der Produktgruppe wurden folgende SCHLÜSSELPRODUKTZIELE definiert	Messgröße
Gezielte Angebote für Kinder/Jugendliche und ihre Familien um Heimaufnahmen im Vorfeld zu verhindern und/oder im Nachgang von Heimaufnahmen diese in der Dauer zu verkürzen. Stärkung der Erziehung in der Herkunftsfamilie.	

Um die Schlüsselproduktziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
Intensive ambulante Begleitung von jungen Menschen mit besonderen sozialen Belastungen (AIB).	100 %
Erweiterung des Angebotes im betreuten Wohnen.	100 %
Erweitertes finanzielles Engagement im Bereich der ambulanten Begleitung/ Übergänge.	100 %

Kennzahlen der ZIELERREICHUNG	ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
K 36.30.03- 01 Indiv. Hilfefälle gesamt je Einwohner 0-20 Jahre	1,8	1,9	
K 36.30.03- 02 Anteil Fälle stationäre/teilstationäre indiv. Hilfen	54,1	55,9	
K 36.30.03- 03 Anteil Fälle nichtstationäre indiv. Hilfen	45,9	44,1	
K 36.30.03- 04 Kosten indiv. Hilfefälle gesamt je Einwohner 0-20 Jahre	306,6	324,8	
K 36.30.03- 05 Kosten Fälle stationäre/teilstationäre indiv. Hilfen	250,0	273,0	
K 36.30.03- 06 Kosten Fälle nichtstationäre indiv. Hilfen	56,6	51,7	

Gesamtbetrachtung

Das außerordentlich positive Ergebnis von einem geringeren Nettoressourcenbedarf von 1,3 Mio EUR und damit sogar ein um 120.000,00 EUR geringeren Nettoressourcenbedarf im Vergleich zum Vorjahr 2013 resultiert im Wesentlichen aus weniger Ausgaben im Bereich der Hilfen zur Erziehung und der Heimerziehung nach § 35 a (seelische Behinderung). Höhere Aufwendungen wie geplant, gab es durch den außerordentlich starken Zuzug der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in den Bereichen Inobhutnahme, Heimerziehungsbetreuung und betreutes Wohnen für junge Volljährige. Diesen erhöhten Aufwendungen stehen jedoch auch entsprechend hohe Kostenerstattungen gegenüber.

Obwohl wir ein sehr erfreuliches Ergebnis erzielen konnten, muss auch für die Zukunft berücksichtigt werden, dass wir im Bereich der Heimerziehung für seelisch Behinderte, für junge Volljährige, Steigerungen zu verzeichnen haben. Ebenfalls gab es überdurchschnittliche Steigerungen bei den Fällen der ambulanten Hilfen für seelisch Behinderte, die im Wesentlichen aus den Schulbegleitungen für autistische Kinder resultieren.

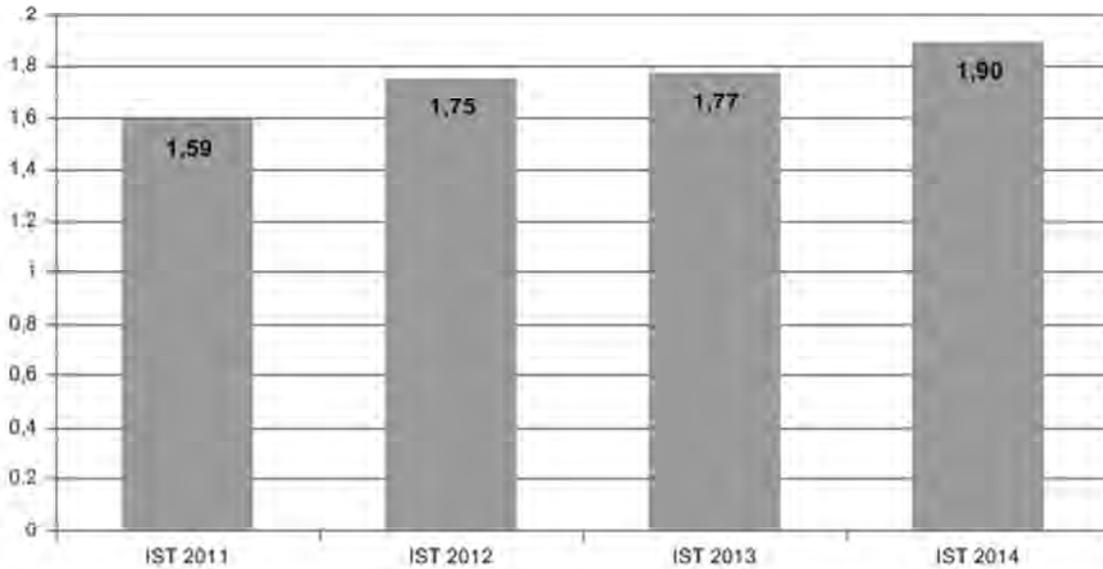
Der Fachbereich Jugend & Familie wird hier weiterhin Anstrengungen unternehmen mit den Kooperationspartnern klare Strukturen in der gegenseitigen Zusammenarbeit zu erreichen und dadurch zu gleichbleibenden Fallzahlen zu gelangen.

Schlüsselprodukt

Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien einschließlich Krisenintervention **36.30.03**

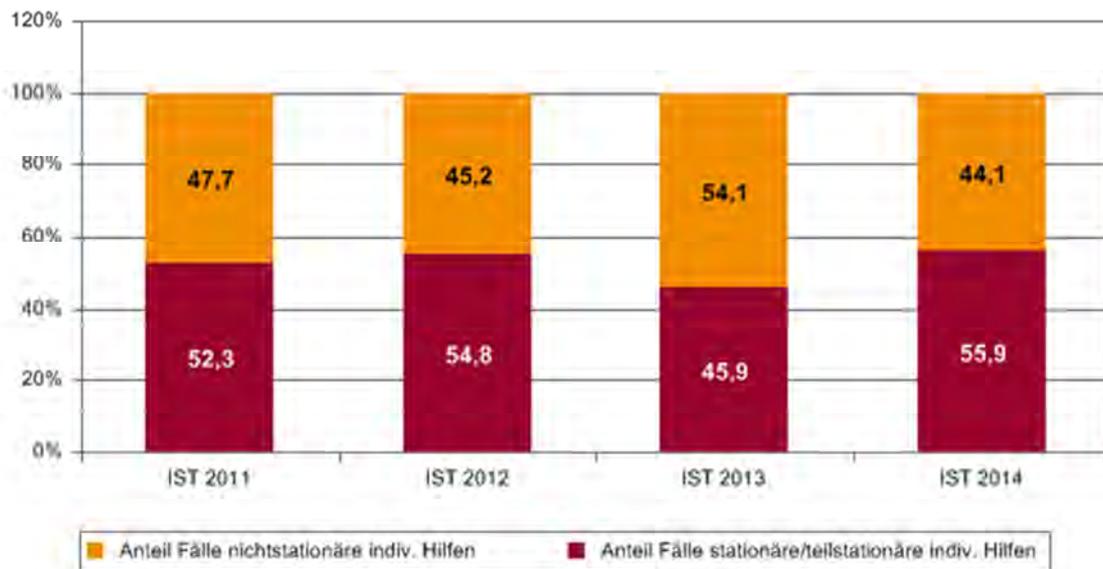
Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschuss

Individuelle Hilfefälle gesamt je Einwohner 0-20 Jahre (in %)



Die Anzahl der individuellen Hilfen je Jugendeinwohner ist weiter gestiegen. Dieses ist so erwartet worden und ist bedingt durch ein mehr an Hilfen, aber auch einer rückläufigen Zahl an Jugendeinwohnern.

Anteil Fälle stationäre/ teilstationäre indiv. Hilfen & Anteil Fälle nichtstationäre indiv. Hilfen



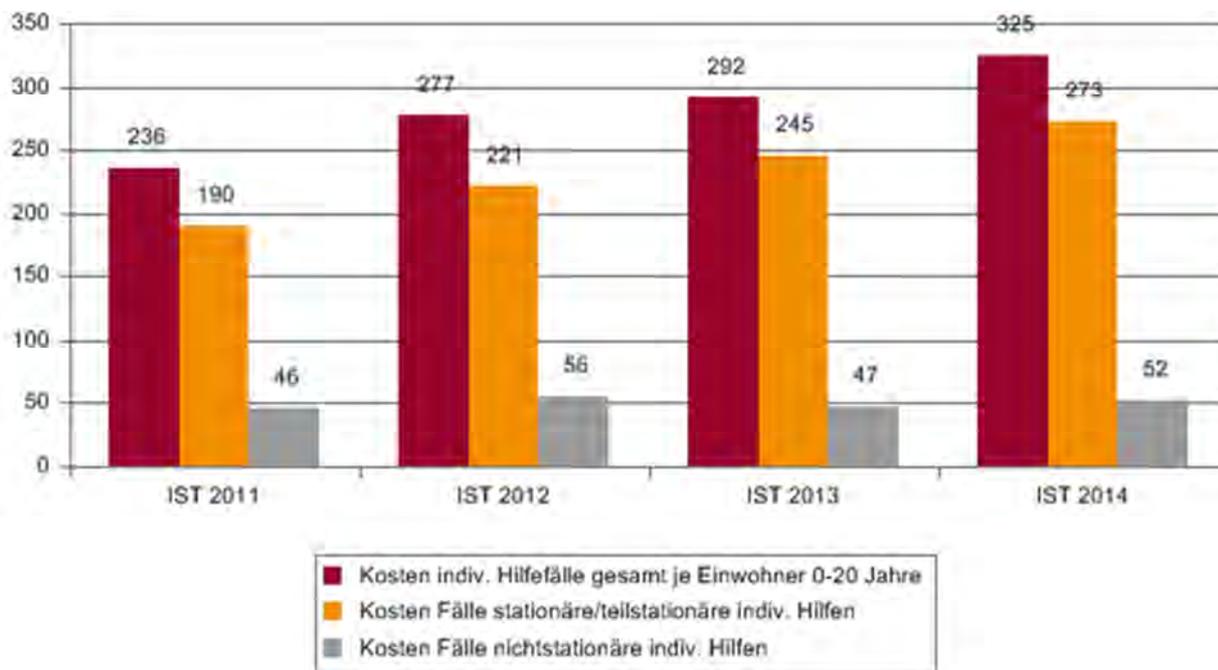
Der Anteil an nichtstationären Hilfen konnte leider nicht wie geplant weiter gesteigert werden. Grund hierfür waren die vielen Heimaufnahmen von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

36.30.03 Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien einschließlich Krisenintervention

Schlüsselprodukt

Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschuss

Kostenanteile nach Hilfeart/individuelle Hilfen (in EUR)



Die Aufwendungen nach Hilfen haben sich in etwa so entwickelt wie erwartet.

Teilergebnisrechnung

Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien einschließlich Krisenintervention **36.30.03**

Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschuss

lfd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässiger Mehraufw. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
2	+ Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse	0	0	1.478,96	1.478,96	0	0	1.478,96-	0
3	+ Sonstige Transfererträge	824.641,12	785.000	812.898,66	27.898,66	0	0	27.898,66-	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.101,87	1.146	157,80	987,72-	0	0	987,72	0
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	1.097.871,23	810.000	2.667.670,45	1.857.670,45	0	0	1.857.670,45-	0
9	+ Sonstige ordentliche Erträge	62.958,09	0	48.172,29	48.172,29	0	0	48.172,29-	0
10	= Ordentliche Erträge	1.986.572,31	1.596.146	3.530.378,16	1.934.232,64	0	0	1.934.232,64-	0
11	- Personalaufwendungen	3.395.152,98-	3.834.798-	3.774.803,91-	59.994,49	0	0	59.994,49-	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	102.329,92-	113.592-	85.909,32-	27.683,00	0	0	27.683,00-	0
14	- Planmäßige Abschreibungen	0	115-	15.101,14-	14.986,42-	0	0	14.986,42	0
16	- Transferaufwendungen	15.012.785,37-	15.344.728-	16.168.721,68-	823.993,68-	0	0	823.993,68	0
17	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	595.609,26-	604.194-	518.964,96-	85.229,24	0	0	85.229,24-	0
18	= Ordentliche Aufwendungen	19.105.877,53-	19.897.428-	20.563.501,01-	666.073,37-	0	0	666.073,37	0
19	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	17.119.305,22-	18.301.282-	17.033.122,85-	1.268.159,27	0	0	1.268.159,27-	0
40	+ Erträge aus internen Leistungen	0	0	0	0,48-	0	0	0,48	0
51	- Aufwand für Mitwirkungsleistungen	446,63-	107-	502,08-	394,64-	0	0	394,64	0
52	- Aufwand für Serviceleistungen	506.736,21-	469.796-	470.153,04-	356,75-	0	0	356,75	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	253.265,44-	235.736-	239.080,22-	3.343,98-	0	0	3.343,98	0
54	- Aufwand für IuK	111.186,73-	120.236-	122.914,51-	2.678,63-	0	0	2.678,63	0
55	- Aufwand für Steuerungs-/unterstützung	267.451,85-	288.361-	268.825,89-	19.535,48	0	0	19.535,48-	0
60	- Kalkulatorische Kosten	5.819,49-	37.617-	11.334,90-	26.282,18	0	0	26.282,18-	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	1.144.906,35-	1.151.854-	1.112.810,64-	39.043,18	0	0	39.043,18-	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	18.264.211,57-	19.453.136-	18.145.933,49-	1.307.202,45	0	0	1.307.202,45-	0

Teilfinanzrechnung

Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien einschließlich Krisenintervention **36.30.03**

Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschuss

lfd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	1.965.118,46	1.596.146	2.778.866,66	1.182.721,14	0	0	1.182.721,14-	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	18.846.400,19-	19.932.040-	21.048.668,38-	1.116.628,15-	0	0	1.116.628,15	0
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	16.881.281,73-	18.335.895-	18.269.801,72-	66.092,99	0	0	66.092,99-	0
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
12	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	3.000-	0	3.000,00	0	0	3.000,00-	3.000,00-
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	3.000-	0	3.000,00	0	0	3.000,00-	3.000,00-
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	0	3.000-	0	3.000,00	0	0	3.000,00-	3.000,00-
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	16.881.281,73-	18.338.895-	18.269.801,72-	69.092,99	0	0	69.092,99-	3.000,00-
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	16.881.281,73-	18.338.895-	18.269.801,72-	69.092,99	0	0	69.092,99-	3.000,00-

36.50 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege

Ziele & Kennzahlen

Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschuss

WIRKUNGSZIELE		Zielgruppe
A	S Die Städte und Gemeinden des LK stellen ausreichend pädagogisch hochwertige Betreuungsplätze zur Kindertagesbetreuung und Kindertagespflege zur Verfügung, um die Vereinbarkeit von Familie und	Kinder von 0 - 14 und deren Familien
B	S Durch den Ausbau von Betreuungsangeboten steht eine bedarfsgerechte Anzahl von Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren zur	Kinder von 0 - 14 und deren Familien
C	S Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird durch zeitnahe Bearbeitung der Anträge auf Übernahme von Kinderbetreuungskosten gefördert.	Kinder von 0 - 14 Jahren und deren Familien

Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert		Messgröße
A 1	S Angebot einer Fachberatung für Kindertageseinrichtungen.	A 1 k 1
A 2	S Etablierung des Konzeptes Kita+.	A 2 k 1
A 3	S Koordination, Beratung und finanzielle Förderung (bzgl der Qualifizierung der Tageseltern) der vier Fachdienste KTP im LK LÖ mit dem Ziel, dass mindestens 20% der Betreuungsplätze U3 durch KTP abgedeckt werden	A 3 k 1
B 1	S Bis 31.12.2015 unterstützt der LK die Städte und Gemeinden mit jährl. 100.000 EUR finanziell beim Ausbau der normierten Ganztagesbetreuung auf Basis seiner Förderrichtlinien.	B 1 k 1
C 1	S Anpassung des Personalschlüssels an die ansteigende Fallzahl.	C 1 k 1

Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant		Umsetzungsgrad
A 1.1	S Im Jahr 2014 werden zwei Tagungen für Leiterinnen und Leiter der Kindertageseinrichtungen der freien, nicht kirchlichen und kommunalen Träger ausgerichtet	100 %
A 2.1	S Fachliche Begleitung der Träger und MitarbeiterInnen der am Projekt Kita+ beteiligten Kindertageseinrichtungen.	100 %
A 3.1	S Im Jahr 2014 finden 5 Vernetzungstreffen mit den Fachdiensten statt. Der LK berät und unterstützt die Fachdienste KTP bei der Wahrnehmung der ihm übertragenen Aufgaben.	100 %
B 1.1	S Weiterhin sachgerechte Durchführung des Förderprogrammes.	100 %
C 1.1	S Die Anzahl der Berechtigten auf Betreuung in Kindertageseinrichtungen/-pflege steigt aufgrund des Rechtsanspruchs für 1- 3 jährige Kinder zum 01.08.2013 von bisher 5.747 auf 9.593 Kinder (Stand 31.12.2012). Damit die zusätzlich eingehenden Anträge zeitnah bearbeitet werden können, muss zusätzliches Personal qualifiziert werden.	100 %

KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG		ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
A 1 k 1	S Zahl der durchgeführten Beratungen	1.150	1.150	
A 2 k 1	S Kita Plus ist im LK LÖ etabliert	ja	ja	4/5 1 Standort ist noch offen. Er wird 2015 etabliert
A 3 k 1	S Anteil der KTP Plätze zu den gesamten Betreuungsplätzen	20,0	30 %	Mehr als erfüllt 30%! Werden durch KTP abgedeckt
B 1 k 1	S Förderbetrag LK gefördertes Gesamt-Investitionsvolumen	100.000	100.000	-

GESAMTBETRACHTUNG

Die sprunghaften Fallzahlensteigerungen der Kindertagespflege, die seit dem Haushaltsjahr 2012 ungeahnte Ausmaße annahmen, ebten im Haushaltsjahr 2014 ab, so dass wir künftig auch mit stabilen Fallzahlen rechnen können. Das um ca. 350.000,00 EUR bessere ordentliche Ergebnis resultiert aus der stagnierenden Fallzahlenentwicklung, die auf Grund der ungewöhnlich hohen Steigerungsrate der Vorjahre so nicht vorhergesehen werden konnte.

Teilergebnisrechnung Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege **36.50**

Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschuss

Ifd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässiger Mehraufw. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
2	+ Umlagen Zuweisungen Zuschüsse	1.235.822,00	1.234.000	1.136.208,14	97.791,86-	0	0	97.791,86	0
3	+ Sonstige Transfererträge	482.749,63	525.000	530.648,80	5.648,80	0	0	5.648,80-	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Entgelte	5.848,97	0	0	0	0	0	0	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.930,00	91	11.275,00	11.184,16	0	0	11.184,16-	0
6	+ Kostenerstattungen Kostenumlagen	64.487,43	50.000	68.814,68	18.814,68	0	0	18.814,68-	0
9	+ Sonstige ordentliche Erträge	329,43	0	1.344,15	1.344,15	0	0	1.344,15-	0
10	= Ordentliche Erträge	1.796.167,46	1.809.091	1.748.290,77	60.800,07-	0	0	60.800,07	0
11	- Personalaufwendungen	243.910,39-	295.342-	288.575,58-	6.766,31	0	0	6.766,31-	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	18.213,36-	13.082-	13.406,73-	324,85-	0	0	324,85	0
16	- Transferaufwendungen	3.295.401,52-	3.994.084-	3.597.369,48-	396.714,52	0	20.000,00-	416.714,52-	44.000,00-
17	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	13.650,31-	15.893-	10.592,32-	5.300,40	0	0	5.300,40-	0
18	= Ordentliche Aufwendungen	3.571.175,58-	4.318.400-	3.909.944,11-	408.456,38	0	20.000,00-	428.456,38-	44.000,00-
19	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	1.775.008,12-	2.509.310-	2.161.653,34-	347.656,31	0	20.000,00-	367.656,31-	44.000,00-
52	- Aufwand für Serviceleistungen	50.532,93-	50.281-	47.461,80-	2.818,97	0	0	2.818,97-	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	19.450,75-	15.220-	16.067,42-	847,42-	0	0	847,42	0
54	- Aufwand für IuK	8.539,14-	10.528-	10.760,29-	232,70-	0	0	232,70	0
55	- Aufwand für Steuer-/-unterstützung	20.540,57-	25.223-	23.514,01-	1.708,80	0	0	1.708,80-	0
60	- Kalkulatorische Kosten	446,93-	3.340-	1.001,54-	2.338,46	0	0	2.338,46-	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	99.510,32-	104.591-	98.805,06-	5.786,11	0	0	5.786,11-	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	1.874.518,44-	2.613.901-	2.260.458,40-	353.442,42	0	20.000,00-	373.442,42-	44.000,00-

Teilfinanzrechnung Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege **36.50**

Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschuss

Ifd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014	Vergleich PLAN / IST 2014	Zulässige Mehrausz. 2014	Ermächtigungen aus 2013	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2014	übertragene Ermächt. nach 2015
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	1.793.927,01	1.809.091	1.747.280,22	61.810,62-	0	0	61.810,62	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	3.765.861,14-	4.318.400-	3.896.679,98-	421.720,51	0	20.000,00-	441.720,51-	44.000,00-
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus Ifd. Verwaltungstätigkeit	1.971.934,13-	2.509.310-	2.149.399,76-	359.909,89	0	20.000,00-	379.909,89-	44.000,00-
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	1.971.934,13-	2.509.310-	2.149.399,76-	359.909,89	0	20.000,00-	379.909,89-	44.000,00-
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	1.971.934,13-	2.509.310-	2.149.399,76-	359.909,89	0	20.000,00-	379.909,89-	44.000,00-



Allgemeine Hinweise

- Abs. Absatz
- AK Arbeitskreis
- Art. Artikel
- BW Baden-Württemberg
- bzw. beziehungsweise
- d.h. das heißt
- EAL Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach
- EB Eigenbetrieb
- EU Europäische Union
- EUR Euro
- EW Einwohner
- GemHVO Gemeindehaushaltsverordnung
- GemO Gemeindeordnung
- HH-Plan Haushaltsplan
- LK Landkreis
- LR Landrat
- lt. laut
- MA Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- NKHR Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen
- PE Personalentwicklung
- % Prozent
- sh. siehe
- sog. so genannte
- THH Teilhaushalt
- u. a. unter anderem
- vgl. vergleiche

Allgemeine Hinweise

- Sämtliche Planansätze und IST-Ergebnisse in diesem Jahresabschluss sind in der Währung Euro (EUR) ausgewiesen.
- Die örtliche Wertgrenze für Investitionen wird gemäß § 4 Abs. 4 GemHVO auf 50.000 EUR festgelegt.
- Für bewegliche Vermögensgegenstände des Sachvermögens bis zu einem Wert von 1.000 EUR (geringwertige Wirtschaftsgüter) wird die Vereinfachungsregelung des § 38 Abs. 4 GemHVO in Anspruch genommen.

■ **Teilhaushaltsbezeichnungen (THH)**

THH 1	Finanzen & Zentrales Management
THH 2	Ordnung & Gesundheit
THH 3	Bildung & Kultur
THH 4	Verkehr & Strukturpolitik
THH 5	Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum
THH 6	Soziales & Arbeit
THH 7	Jugend & Familie

■ **Abkürzungen der Ausschüsse**

KT	Kreistag
VA	Verwaltungsausschuss
UA	Umweltausschuss
SozA	Sozialausschuss
JHA	Jugendhilfeausschuss

Budgetabrechnung

Die in Orientierung an den Organisationseinheiten (Dezernaten) gebildeten Hauptbudgets B_1 bis B_7 sind mit den THH-Budgets nicht vollständig deckungsgleich. Hintergrund ist, dass Aufgaben einiger Teilprodukte zwar aufgrund der Produktorientiertheit der Haushaltsgliederung einem THH zugeordnet, organisatorisch aber von einem anderen Dezernat wahrgenommen werden. Es handelt sich dabei um die in den Haushaltsvermerken (S. 474) als nicht gegenseitig deckungsfähig aufgeführten Teilprodukte. Die genannten Teilprodukte sind hinsichtlich des Haushaltsvolumens weniger bedeutend.

Die Hauptbudgets wurden in Teilbudgets (Fachbereichs-Budget) untergliedert. Durch das Engagement der Budgetverantwortlichen und deren Mitarbeiter/innen konnten auch im Jahr 2014 beträchtliche Mehrerträge bzw. Einsparungen bei den Aufwendungen erzielt werden.

Entsprechend der beschlossenen Budgetregeln wurde aufgrund einzeln begründeter Anträge im Rahmen einer Stufenprüfung der tatsächliche Budgetübertrag ermittelt. Es erfolgten Budgetüberträge aufgrund managementbedingter Mehrerträge/ Minderaufwendungen von 210.500 EUR (VJ 255.300 EUR). Budgetüberträge aufgrund nicht besetzter Personalstellen gab es in 2014 wegen der Mehraufwendungen im Bereich Personal nicht (VJ 167.500 EUR). In Summe haben sich die Budgetüberträge im Vergleich zum Vorjahr um 212.300 EUR vermindert.

Bei den managementbedingten Budgetüberträgen handelt es sich vorwiegend um Einzelpositionen bis zu 15.000 EUR, die seitens der Fachbereiche geltend gemacht wurden. Höhere Einzelbudgetüberträge erhielten der Fachbereich Waldwirtschaft aufgrund der Intensivierung seiner Dienstleistungen und der hierdurch entstandenen Mehrerträge (34.900 EUR) sowie der FB Verkehr aufgrund der Minderaufwendungen im Bereich der Schülerbeförderung durch optimierte Fahrwege und durch Verzicht auf freiwillige Leistungen (68.300 EUR).

Die Budgets schlossen wie folgt ab:

Budget	Bezeichnung	Ermächtigungs- übertragungen aus 2013 - in EUR -	ordentliches Ergebnis PLAN - in EUR -	ordentliches Ergebnis IST Budget - in EUR -	zulässiger Mehraufwand	verfügbare Mittel abzüglich IST 2014
		Plan / Budget				
B_1	Finanzen & Zentrales Management	-249.900	105.819.827	109.035.849	31.494	-3.434.428
B_2	Ordnung & Gesundheit	-40.300	-4.237.483	-4.200.374	0	-77.409
B_3	Bildung & Kultur	-975.881	1.253.669	1.425.715	-45.271	-1.193.198
B_4	Verkehr & Strukturpolitik	-362.300	-8.137.461	-7.685.419	23.915	-790.427
B_5	Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum	-89.200	-4.908.313	-4.692.894	26.931	-277.688
B_6	Soziales & Arbeit	-18.500	-63.892.033	-62.083.711	113.566	-1.713.256
B_7	Jugend & Familie	-66.200	-25.898.206	-24.606.567	0	-1.357.839
Gesamthaushalt		-1.802.281	0	7.192.600	150.636	-8.844.246

Ermächtigungsübertragungen

■ Übertragungen aufgrund Haushaltsvermerke nach § 21 Abs. 2 GemHVO

Die Übertragbarkeit von Ansätzen des Ergebnis- und Finanzhaushalts ist in § 21 GemHVO geregelt. Danach bleiben bei Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen die Ansätze bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar, bei Baumaßnahmen längstens jedoch zwei Jahre nach Schluss des Haushaltsjahres, in dem der Bau oder der Gegenstand in seinen wesentlichen Teilen in Benutzung genommen werden kann. Außerdem können Ansätze für Aufwendungen und Auszahlungen eines Budgets für übertragbar erklärt werden. In den Haushaltsvermerken (Haushaltsplan S. 475) wurde die Ausgestaltung dieser Übertragbarkeitsregelung für den Landkreis Lörrach näher definiert.

Die Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens stellt auch in diesem Bereich einen Paradigmenwechsel dar. Entsprechend den Grundsätzen des Ressourcenverbrauchskonzeptes wird das Ergebnis des Jahres belastet, in dem der Aufwand tatsächlich anfällt. Bei der Übertragung von Ansätzen wird allein die (Budget-) Ermächtigung, somit die Berechtigung die Haushaltsmittel für den genannten Zweck verwenden zu dürfen, in das neue Jahr übertragen. Erst bei tatsächlicher Inanspruchnahme der Mittel wirkt sich dies belastend auf die Ergebnisrechnung bzw. die Finanzrechnung aus.

Die Ermächtigungsübertragungen beeinträchtigen somit nicht das Ergebnis des Haushaltsjahres 2014, sondern führen zu einer wirtschaftlichen Belastung des Haushaltsjahres 2015.

PG	Bezeichnung	Betrag - in EUR -
11.24	Architektenwettbewerb Masterplan	100.000,00
11.24	Umbau ehemalige Räume Kfz-Zulassungsstelle Lörrach	130.000,00
11.24	Dachsanierung HKS Maulburg	93.000,00
11.24	Rauch- und Brandschutztüren GWS Lörrach	45.000,00
11.30	Projekt Internet-Relaunch	45.000,00
21.20	Sonderschulen - Schulbudgetreste	189.693,93
21.30	Berufliche Schulen - Schulbudgetreste	985.323,45
36.50	Kindertageseinrichtungen	44.000,00
51.10	Räumliche Planung - Nahverkehrsplan	101.900,00
54.20	Radverkehrskonzept	50.000,00
54.20	Bauwerkshauptprüfungen und Straßenzustandserfassung	103.800,00
57.10	Breitbandversorgung und Regionalkonferenzen	49.500,00
XX.XX	Weitere Übertragungen entsprechend den Haushaltsvermerken	217.000,00
Gesamtsumme		2.154.217,38

■ Ermächtigungsübertragungen im Ergebnishaushalt

Die Ermächtigungsübertragungen in Höhe von insgesamt 2.364.717,38 EUR sind entsprechend den im Haushaltsplan 2014 festgelegten Budget- und Übertragungsvermerken gebildet worden. Sie haben sich im Vergleich zu 2013 um rund 562.400 EUR erhöht.

Im Wesentlichen setzen sich die gebildeten Ermächtigungsübertragungen wie folgt zusammen:

Teil- haushalt	Bezeichnung	managementbedingte Budgetüberträge - in EUR -		Ermächtigungs- übertragungen aufgrund Haushaltsvermerke - in EUR -	Summe - in EUR -
		Sach- aufwendungen	Personal- aufwendungen		
THH 1	Finanzen & Zentrales Management	35.000,00	0,00	619.800,00	654.800,00
THH 2	Ordnung & Gesundheit	6.100,00	0,00	0,00	6.100,00
THH 3	Bildung & Kultur	0,00	0,00	1.175.017,38	1.175.017,38
THH 4	Verkehr & Strukturpolitik	83.900,00	0,00	315.200,00	399.100,00
THH 5	Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum	66.900,00	0,00	0,00	66.900,00
THH 6	Soziales & Arbeit	18.600,00	0,00		18.600,00
THH 7	Jugend & Familie	0,00	0,00	44.200,00	44.200,00
Gesamthaushalt		210.500,00	0,00	2.154.217,38	2.364.717,38

■ Ermächtigungsübertragungen im Finanzhaushalt

Die Ermächtigungsübertragungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Finanzhaushalt wurden gemäß der Bestimmung des § 21 Absatz 1 GemHVO gebildet und betragen insgesamt 2.880.242 EUR.

PG	Bezeichnung	bereits genehmigt - in EUR -	Zustimmung Ausschuss - in EUR -
11.20	Videosystem	13.623,00	
11.24	Gebäudemanagement	100.029,00	705.000,00
12.80	Gerätewagen Gefahrgut		360.000,00
	Mobile Ölsperre		210.000,00
21.20	Sonderschulen	22.500,00	
21.30	Berufsbildende Schulen	152.544,00	
21.50	Kreismedienzentrum	7.751,00	
28.10	Kulturpflege	13.000,00	
54.20	Radverkehrskonzept		100.000,00
	Radwegebrücke Märkt		296.255,00
	Teillumgehung Rümplingen		534.312,00
	Fuhrpark		322.228,00
	technische Aufrüstung Winterdienstgeräte	40.000,00	
36.30	E-Bike	3.000,00	
Summe		352.447,00	2.527.795,00
Gesamtsumme		2.880.242,00	

Die Genehmigungen für die Ermächtigungsübertragungen unter 100.000 EUR wurden durch die Landrätin erteilt. Die über dieser Wertgrenze liegenden Einzelfälle werden entsprechend den Vorschriften der Hauptsatzung mit der Feststellung des Jahresabschlusses dem Verwaltungsausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt.

Die Detailsicht über die gebildeten Ermächtigungsübertragungen findet sich im Anhang unter Kapitel 9 – Anlagen.

Gegenüberstellung Zeilentexte

In nachfolgender Übersicht werden die Abweichungen der gesetzlich vorgeschriebenen Zeilentexte in der Gesamt- sowie in den jeweiligen Teilrechnungen dargestellt. Abweichende Bezeichnungen werden **rot** hervorgehoben:

Gesamtergebnisrechnung

Ertrags- und Aufwandsarten Gesamtergebnisrechnung lt. §§ 49 und 51 GemHVO			Ertrags- und Aufwandsarten Gesamtergebnisrechnung Landratsamt Lörrach
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	Steuern und ähnliche Abgaben
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen und aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse
3	+	Sonstige Transfererträge	Sonstige Transfererträge
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	Öffentlich-rechtliche Entgelte
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	Privatrechtliche Leistungsentgelte
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	Kostenerstattungen und Kostenumlagen
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	Zinsen und ähnliche Erträge
8	+	Aktivierete Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	Aktivierete Eigenleistungen
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	Sonstige ordentliche Erträge
10	=	Summe der ordentlichen Erträge (Summe aus Nummern 1 bis 9)	Ordentliche Erträge

11	-	Personalaufwendungen	11 Personalaufwendungen
12	-	Versorgungsaufwendungen	
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
14	-	Planmäßige Abschreibungen	Planmäßige Abschreibungen
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	Zinsen und ähnliche Aufwendungen
16	-	Transferaufwendungen	Transferaufwendungen
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	Sonstige ordentliche Aufwendungen
18	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Summe aus Nummer 11 bis 17)	Ordentliche Aufwendungen
19	=	Ordentliches Ergebnis (Saldo aus Nummern 10 und 18)	Ordentliches Ergebnis
20	+/-	Fehlbetragsabdeckung aus Vorjahren	Fehlbetragsabdeckung aus Vorjahren
21	=	Ordentliches Ergebnis einschl. Fehlbetragsabd. (Saldo aus Nummern 19 und 20)	Ordentliches Ergebnis einschließlich Fehlbetragsabdeckung
22	+	Außerordentliche Erträge	Außerordentliche Erträge
23	-	Außerordentliche Aufwendungen	Außerordentliche Aufwendungen
24	=	Sonderergebnis (Saldo aus Nummern 22 und 23)	Sonderergebnis
25	=	Gesamtergebnis (Summe aus Nummern 21 und 24)	Gesamtergebnis

Gegenüberstellung Zeilentexte

■ Gesamtfinanzrechnung

Einzahlungs- und Auszahlungsarten Gesamtfinanzrechnung lt. §§ 50 und 51 III GemHVO			Einzahlungs- und Auszahlungsarten Gesamtfinanzrechnung Landratsamt Lörrach
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	Steuern und ähnliche Abgaben
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen und allgemeine Umlagen	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse
3	+	Sonstige Transfereinzahlungen	Sonstige Transfereinzahlungen
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	Öffentlich-rechtliche Entgelte
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	Privatrechtliche Leistungsentgelte
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	Kostenerstattungen und Kostenumlagen
7	+	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	Zinsen und ähnliche Einzahlungen
8	+	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	Sonst. haushaltswirks. Einzahlungen
9	=	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe aus Nummer 1 bis 8 ohne außerordentliche zahlungs- wirksame Erträge aus Vermögensveräußerung)	Einzahlungen der Ergebnisrechnung
10	-	Personalauszahlungen	11 Personalauszahlungen
11	-	Versorgungsauszahlungen	
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen
13	-	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	Zinsen und ähnliche Auszahlungen
14	-	Transferauszahlungen (ohne Investitionszuschüsse)	Transferauszahlungen
15	-	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	Sonst. haushaltswirksame Auszahlungen
16	=	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe aus Nummer 10 bis 15)	Auszahlungen der Ergebnisrechnung
17	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf der Ergebnisrechnung (Saldo aus Nummer 9 und 16)	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit
18	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen
19	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen
21	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen
22	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit
23	=	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe aus Nummer 18 bis 22)	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	Auszahlungen für Baumaßnahmen
26	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen

Gegenüberstellung der Zeilentexte

28	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen
29	-	Auszahlungen für sonstige Investitionen	Auszahlungen für sonstige Investitionen
30	=	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe aus Nummer 24 bis 29)	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit
31	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus Nummer 23 und 30)	Saldo aus Investitionstätigkeit
32	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Saldo aus Nummern 17 und 31)	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag
33	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen
34	-	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen
35	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Nummer 33 und 34)	Saldo aus Finanzierungstätigkeit
36	=	Änderung des Finanzierungsmittelbestandes zum Ende des Haushaltsjahres (Summe aus Nummer 32 und 35)	Delta Finanzierungsmittelbestand
37	+	Haushaltsunwirksame Einzahlungen (u.a. durchlaufende Finanzmittel, Rückzahlung von angelegten Kassenmitteln, Aufnahme von Kassenkrediten)	Haushaltsunwirksame Einzahlungen
38	-	Haushaltsunwirksame Auszahlungen (u.a. durchlaufende Finanzmittel, Anlegung von Kassenmitteln, Rückzahlung von Kassenkrediten)	Haushaltsunwirksame Auszahlungen
39	=	Überschuss/Bedarf aus haushaltsunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen (Saldo aus Nummer 37 und 38)	Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen
40	+	Anfangsbestand an Zahlungsmitteln	Anfangsbestand an Zahlungsmitteln
41	+/-	Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln (Summe aus Nummer 36 und 39)	Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln
42	=	Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres (Saldo aus den Summen Nummer 40 und 41)	Endbestand an Zahlungsmitteln

Gegenüberstellung der Zeilentexte

■ Teilergebnisrechnung

Ertrags- und Aufwandsarten Teilergebnisrechnung lt. § 51 und § 4 III GemHVO			Ertrags- und Aufwandsarten Teilergebnisrechnung Landratsamt Lörrach
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	Steuern und ähnliche Abgaben
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen und aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	Umlagen, Zuweisungen, Zuschüsse
3	+	Sonstige Transfererträge	Sonstige Transfererträge
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	Öffentlich-rechtliche Entgelte
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	Privatrechtliche Leistungsentgelte
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	Kostenerstattungen, Kostenumlagen
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	Zinsen und ähnliche Erträge
8	+	Aktiviere Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	Aktiviere Eigenleistungen
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	Sonstige ordentliche Erträge
10	=	Summe der ordentlichen Erträge (Summe aus Nummern 1 bis 9)	Ordentliche Erträge

11	-	Personalaufwendungen	11 Personalaufwendungen
12	-	Versorgungsaufwendungen	
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
14	-	Planmäßige Abschreibungen	Planmäßige Abschreibungen
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	Zinsen und ähnliche Aufwendungen
16	-	Transferaufwendungen	Transferaufwendungen
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	Sonstige ordentliche Aufwendungen
18	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Summe aus Nummern 11 bis 17)	Ordentliche Aufwendungen
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis (Saldo aus Nummern 10 und 18)	Anteiliges ordentliches Ergebnis
22	+	Erträge aus internen Leistungen	40 Erträge aus internen Leistungen
23	-	Aufwendungen für interne Leistungen	51 Aufwand für Mitwirkungsleistungen 52 Aufwand für Serviceleistungen 53 Aufwand für Miete (intern) 54 Aufwand für LuK 55 Aufwand für Steuerung/-unterstützung
24	-	Kalkulatorische Kosten	60 Kalkulatorische Kosten
25	=	Kalkulatorisches Ergebnis (Saldo aus Nummern 22 bis 24)	70 Kalkulatorisches Ergebnis
26	=	Nettoressourcenbedarf/-überschuss (Summe aus Nummern 21 und 25)	90 Nettoressourcenbedarf oder -überschuss

Gegenüberstellung der Zeilentexte

Teilfinanzrechnung

Einzahlungs- und Auszahlungsarten Teilfinanzrechnung lt. §§ 50 und 51 III GemHVO		Einzahlungs- und Auszahlungsarten Teilfinanzrechnung Landratsamt Lörrach	
1	+	zahlungswirksame ordentliche und außerordentliche Erträge abzüglich außerordentliche zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerung	Einzahlungen der Ergebnisrechnung
2	+	zahlungswirksame ordentliche und außerordentliche Aufwendungen	Auszahlungen der Ergebnisrechnung
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit (Saldo aus Nummer 1 und 2)	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit
9	=	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe aus Nummer 4 bis 8)	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	Auszahlungen für Baumaßnahmen
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen
15	-	Auszahlungen für sonstige Investitionen	Auszahlungen für sonstige Investitionen
16	=	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe aus Nummer 10 bis 15)	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit
17	=	Anteiliger Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus Nummer 9 und 16)	Saldo aus Investitionstätigkeit
18	=	Anteiliger Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Summe aus Nummer 3 und 17)	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag
19	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen
20	-	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen
21	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Nummern 19 und 20)	Saldo aus Finanzierungstätigkeit
22	=	Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres (Saldo aus Nummer 18 und 21)	Delta Finanzierungsmittelbestand